

## Mit einer Stimme; TEILHABE Der neu gewählte Integrationsbeirat tagt heute zum ersten Mal. Gewählt wurden viele muslimische Mitglieder - dies allerdings vor dem Hintergrund eines Machtkampfs

taz, die tageszeitung

Donnerstag 07. Juni 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLINER THEMA; S. 23

**Length:** 939 words

**Byline:** Alke Wierth

**Highlight:** TEILHABE Der neu gewählte Integrationsbeirat tagt heute zum ersten Mal. Gewählt wurden viele muslimische Mitglieder dies allerdings vor dem Hintergrund eines Machtkampfs

### Body

---

VON ALKE WIERTH

Aufregung herrscht derzeit bei nichtreligiös orientierten Migrantenorganisationen der Stadt: Nach den Neuwahlen des Integrationsbeirats im Mai, bei denen nur einem der bisherigen Mitglieder die Wiederwahl gelang, dominiert den Beirat nun ein Bündnis aus religiösen und konservativen Vereinen insbesondere türkischstämmiger Einwander (taz berichtete). Sieben statt wie bisher sechs MigrantInnenvertreter, gewählt von Einwanderervereinen, bringen ihre Stimmen in das Gremium ein. Am heutigen Donnerstag nun treffen sich die neuen Mitglieder des Beirats zum ersten Mal.

Die Grundgesamtheit der Wahlberechtigten sei manipuliert worden, heißt es in einem internen Papier des Migrationsrats Berlin Brandenburg (MRBB), das der taz vorliegt. Der Rat, eine Dachorganisation aus 70 Vereinen von EinwanderInnen unterschiedlicher Herkunft, hatte seine KandidatInnen bei den Wahlen bisher meist durchsetzen können. Zur jüngsten Wahl hätten sich jedoch viele Vereine neu eingetragen, ein Teil von ihnen hat sich zu einer Gegenpartei zusammengeschlossen, heißt es in dem Papier. Verantwortlich dafür macht der Migrationsrat die Türkische Gemeinde Berlin (TGB), die bewusst Politik für die Ausgrenzung unserer KandidatInnen betrieben habe: Ziel der TGB war es, möglichst nur VertreterInnen zu wählen, die sich auf deren inhaltliche Positionen berufen, so der MRBB in dem internen Papier.

Tatsächlich hatten sich nach einer ersten Neuwahl im vergangenen Dezember, die aufgrund eines Verfahrensfehlers für ungültig erklärt worden war, bis zur Wahlwiederholung Anfang Mai mehr als fünfzig Vereine neu in die Liste der Wahlberechtigten eintragen lassen. Viele davon gehören den islamischen Dachverbänden Ditib und Milli Görüs und teils auch der TGD an. Das verhalf der konservativ-religiösen Fraktion zu der Mehrheit, mit der sie auch über die Mitglieder bestimmen konnte, die im Beirat afrikanische Einwanderer oder AussiedlerInnen vertreten sollen. Die KandidatInnen des MRBB blieben draußen.

Mit einer Stimme TEILHABE Der neu gewählte Integrationsbeirat tagt heute zum ersten Mal. Gewählt wurden viele muslimische Mitglieder - dies allerdings vor dem H....

## Internes Papier

Doch ausgerechnet die vom MRBB kritisierte TGB spielte der taz die internen Papiere des Migrationsrates zu versehen mit dem Hinweis von TGB-Präsident Bekir Yilmaz: Darin werden Sie die Haltung von MRBB zu Demokratie und Pluralismus sehen. Aus den Papieren geht hervor, dass auch dem MRBB Wahlabreden nicht fremd sind: Eine Vereinbarung zwischen dem MRBB-Mitglied Türkischer Bund (TBB) und der Türkischen Gemeinde (TGB) sowie zwischen den türkischen und kurdischen Vereinen zur Rotation sei trotz erneuter Absprachen vor den Wahlen gebrochen worden, heißt es dort etwa. Bei früheren Wahlen hatte diese Absprache geregelt, dass Mitglieder türkischer und kurdischer Herkunft im Beirat vertreten sind. Mit der von der TGD dominierten Neuwahl gehören dem Gremium künftig keine kurdischstämmigen Mitglieder und auch keine Angehörigen religiöser Minderheiten aus der Türkei mehr an.

Die Gewählten im neuen Landesbeirat können nicht alle MigrantInnen vertreten, lautet deshalb die Befürchtung des MRBB in den internen Papieren. Gegen diesen Vorwurf hatte sich TGB-Präsident Bekir Yilmaz bereits kurz nach der Wahl in einem Brief an den MRBB, der der taz vorliegt, gewehrt. Dass unter den Vertretern Menschen muslimischen Glaubens seien, mache den Beirat nicht konservativer oder religiöser, schrieb er da: Die Vertreter Ihrer Organisation haben doch dabei mitgewirkt, das Integrations- und Partizipationsgesetz zu verabschieden. Jetzt seien junge Männer und Frauen angetreten, am politischen Leben teilzunehmen. Ist dieses Feld nur für Vertreter Ihrer Organisationen reserviert?, fragt der TGB-Präsident.

Das sei natürlich nicht so, sagt Koray Yilmaz-Günay, Vorstandssprecher des Migrationsrates. Doch einen Ausschluss von Muslimen habe es im Landesbeirat nie gegeben: Antimuslimischer Rassismus war dort immer eines der Schwerpunktthemen. Auch die TGD sei im Beirat immer vertreten gewesen: durch die Verabredung über Rotation zwischen türkischen und kurdischen Vereinen, so Yilmaz-Günay.

Das Erstarken und gemeinsame Auftreten der muslimischen Organisationen hält Yilmaz-Günay für ein Ergebnis des Umgangs mit Muslimen in der deutschen Gesellschaft: Die permanente Ansprache als Muslime fördert den Zusammenschluss. Zudem forderten deutsche Institutionen, dass Muslime mit einer Stimme sprechen sollten: Muslime werden so zur homogenen Gruppe gemacht, so Yilmaz-Günay. Das fördere eine gemeinsame Identität.

Der Integrationsbeirat sei mit den neuen Mitgliedern gar nicht muslimischer, sondern vielfältiger und multikultureller als zuvor, sagt dagegen TGB-Präsident Bekir Yilmaz: Wir haben ja auch einen Vertreter der Aussiedler, jemanden aus der polnischen Community und die Schwarze Natasha Kelly als Vertreterin der EU-Bürger gewählt. Drei weitere neu gewählte Mitglieder des Beirates gehören dem Umfeld des TGB-Bündnisses an.

Solange das Spiel von mir bestimmt wird, ist Demokratie okay wenn andere drankommen, ist sie schlecht, sei die Haltung des MRBB, so Yilmaz zur taz: Wären mehr Mitgliedsvereine des Migrationsrats zur Wahl gekommen, wäre keiner von uns gewählt worden. Dann würde ich auch nicht das Recht haben, mich zu beklagen.

Es gehe dem Migrationsrat gar nicht darum, sich über das Wahlergebnis zu beschweren, so der MRBB-Sprecher Yilmaz-Günay: Das waren demokratische Wahlen, aus denen die TGB siegreich hervorgegangen ist. Wie mit der Situation künftig umgegangen werde, diskutiere der Migrationsrat noch. Klar ist, so Yilmaz-Günay: Wie werden die Arbeit des Landesbeirats kritisch begleiten und da, wo es uns nötig erscheint, auch außerhalb des Beirats die Initiative ergreifen.

**Load-Date:** June 6, 2012

**Beckstein unerwünscht; DEBATTE FlüchtlingsaktivistInnen kritisieren, dass CSU-Politiker Günther Beckstein in der Uni zum Asylkompromiss reden darf. Er sei ein "geistiger Brandstifter"**

taz, die tageszeitung

Dienstag 04. Dezember 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BREMEN AKTUELL; S. 24

**Length:** 656 words

**Byline:** JEAN-PHILIPP BAECK

**Highlight:** DEBATTE **FlüchtlingsaktivistInnen** kritisieren, dass CSU-Politiker Günther Beckstein in der Uni zum **Asylkompromiss** reden darf. Er sei ein geistiger Brandstifter

## Body

---

VON JEAN-PHILIPP BAECK

Für eine Provokation halten **FlüchtlingsaktivistInnen** die Einladung des CSU-Politikers Günther Beckstein zu einer Diskussion zum Thema Zuwanderungskompromiss. Die soll am Mittwoch in der Uni Bremen stattfinden, es geht um die politisch-parlamentarischen Debatte vor 20 Jahren. Die **FlüchtlingsaktivistInnen** rufen dazu auf, dem CSU-Politiker zu zeigen, dass er als Redner nicht willkommen ist.

Seit Wochen protestieren Flüchtlinge in Berlin und in ganz Europa für ihre Rechte gegen die Residenzpflicht, das Sachleistungsprinzip und ein Leben in Angst. Am Montag gab es in Bremen eine Fahrraddemo aus Solidarität mit den Flüchtlingen und ihrem Kampf für die Rücknahme von Regelungen, die 1992 im Zuge des Asylkompromisses im Bundestag beschlossen wurden. Wenn es in diesem Kampf so etwas wie einen großen Gegenspieler gibt: Günter Beckstein (CSU) wäre ein Kandidat. Der langjährige bayerische Innenminister hat mit Äußerungen zu unerwünschten Wirtschaftsflüchtlings und für die Eindämmung der Zuwanderung die Asyldebatte der 1990er Jahr nicht nur geprägt, sondern den Asylkompromiss 1992 auch selbst mitgestaltet.

Beckstein vertritt rechts-außen Positionen, so ein Aktivist zur taz. Man sollte ihm kein Forum geben, um seine menschenverachtende Politik rechtfertigen zu können. Beckstein habe in der Asyldebatte Anfang der 1990er Jahre Flüchtlinge etwa als Kriminelle und Sozialschmarotzer dargestellt und sei geistiger Brandstifter eines rassistischen Klimas, das zu den Brandanschlägen in Mölln und dem Pogrom von Rostock-Lichtenhagen geführt habe.

Mit Beckstein auf dem Podium sind Dieter Wiefelspütz, langjährige innenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, die ehemalige Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Cornelia Schmalz-Jacobsen (FDP) sowie Konrad Weiß, Mitglied der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen von 1990 bis 1994. Die AktivistInnen kritisieren, dass kein Flüchtlingsvertreter geladen wurde. Die jedoch hätten dazu einiges zu sagen.

Beckstein unerwünscht DEBATTE FlüchtlingsaktivistInnen kritisieren, dass CSU-Politiker Günther Beckstein in der Uni zum Asylkompromiss reden darf. Er sei ein "g....

Alexander Thal vom Bayrischen Flüchtlingsrat hat die Karriere Becksteins in Bayern begleitet. Beckstein war seit 1988 bayerischer Staatssekretär des Inneren, von 1993 bis 2007 bayerischer Innenminister, danach, bis 2008, Ministerpräsident. Es ist bitter, was er hier alles angerichtet hat , so Thal. Im bayerischen Aufnahmegesetz von 2002 etwa ist festgelegt worden, dass Flüchtlinge in Lagern leben müssen , so Thal. Die Begründung, Die Unterbringung soll die Bereitschaft zur Rückkehr ins Heimatland fördern , sei auf Becksteins Mist gewachsen. Beim Zuwanderungsgesetz 2005 habe der Entwurf von SPD und Grünen vorgesehen, den unsicheren Duldungsstatus für Flüchtlinge komplett abzuschaffen Beckstein hat ihn wieder rein verhandelt , so Thal. Er kann deshalb verstehen, wenn Aktivisten sagen, dass Beckstein kein Diskussionspartner sein kann.

Die Kritik nehme ich zur Kenntnis , sagt der Politikwissenschaftler Stefan Luft trocken. Er hat die Diskussion mit Beckstein organisiert, sie findet im Rahmen einer Ringvorlesung zum 20-jährigen Bestehen des Asylkompromisses statt. Luft, selbst CSU-Mitglied, war einst stellvertretender Sprecher des Bremer Senats und Sprecher des CDU-Finanzsenators Helmut Perschau. Im Rahmen der Ringvorlesung seien Vertreter des UN-Flüchtlingshilfswerks und von Amnesty International geladen, Anwälte der Flüchtling , so Luft. Auch saßen auf dem Podium mit Schmalz-Jacobsen und Weiß zwei PolitikerInnen, die im Bundestag gegen den Asylkompromiss gestimmt hätten. An der Diskussion mit Beckstein lädt Luft alle ein, sich zu beteiligen.

Kein Problem mit seinem Mitdiskutanten hat der ehemaligen DDR-Bürgerrechtler und Bündnis90/Die Grünen-Politiker Konrad Weiß: Beckstein ist Mitglied einer demokratischen Partei wenn jemand von der PDS oder der Linken dasitzen würde, wäre das etwas anderes.

Es ist bitter, was Günter Beckstein hier alles angerichtet hat

Alexander Thal, bayrischer Flüchtlingsrat

**Load-Date:** December 3, 2012

## LESERINNENBRIEFE

taz, die tageszeitung

Donnerstag 07. November 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 07

**Length:** 801 words

### **Body**

---

#### LESERINNENBRIEFE

Ökonomische Perspektivlosigkeit

- betr.: Kehrt um, zurück nach Afrika , taz vom 4. 11. 13

Mit der Genfer Flüchtlingskonvention und anderen Abkommen zum Schutz aller Menschen lassen sich die geplanten Änderungsvorschläge der EU-Kommission zur Neuregelung der Frontex-Operationen ja wohl sicher nicht vereinigen. Vielmehr wird das Recht auf Zugang zu einem Asylverfahren weiter verunmöglicht, wenn Verfolgte bereits an den Küsten des Mittelmeers oder bereits auf dem Wege dorthin abgefangen werden.

Dass sich nicht nur politisch Verfolgte auf den lebensgefährlichen Weg nach Europa machen wollen, liegt nicht an den Schleusern, sondern vielmehr tragen dazu auch die gegenwärtigen Politiken der EU dazu bei; dazu gehören z. B. die Exporte von subventionierten Nahrungsmitteln in afrikanische Staaten, die verfehlte Fischereipolitik, wodurch die afrikanischen Fischer vom eigenen Markt verdrängt werden, und schließlich auch das Landgrabbing , wodurch den Einheimischen die Lebensgrundlagen entzogen werden.

Das alles führt zu einer ökonomischen Perspektivlosigkeit, die zu dem von Europas Innenministern gefürchteten massenhaften Zustrom führt. Für Arbeitsmigranten gibt es fast keine legale Möglichkeit, z. B. mit einem Visum nach Europa zu kommen, obwohl in einigen Branchen händeringend Fachkräfte gesucht werden. Die Rücküberweisungen von Exilafrikanern sind heute schon ein wichtiger Beitrag zur Versorgung der Familien in der afrikanischen Heimat.

Innenminister Friedrich, der jede Migration als Bedrohung empfindet, bereitet jedoch mit seinem Ausgrenzungs- und Abwehrperfektionismus und seiner diffamierenden Behauptung einer Zuwanderung in die deutschen Sozialsysteme ein Klima von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, dem dringend entgegengewirkt werden muss.  
HELGA SCHNEIDER-LUDORFF, Oberursel

Man sollte bedenken

- betr.: Tod in der Wüste , taz vom 1. 11. 13

## LESERINNENBRIEFE

Dominic Johnson weist darauf hin, dass Weltregionen am schnellsten prosperierten, wenn sie ihre Arbeit suchende Jugend millionenfach nach Übersee ziehen ließen, und meint, dass Europa vor 100 Jahren davon profitierte, hingegen den Afrikanern dies jetzt verwehre. Bedenken sollte man dabei jedoch, dass die millionenfache Auswanderung der Europäer untrennbar verbunden ist mit Kolonialismus sowie Imperialismus. CHRISTIAN KOSITZA, Bad Salzuflen

Keine Absolution für Hoeneß

- betr.: Raus aus der normativen Enge , taz vom 6. 11. 13

Jo mei, der Uli! Macht im katholischen Bayern alles richtig: sündigen, fast erwischt werden, beichten gehen (so ein bisschen wenigstens) und bereit sein, drei bis fünf Ave Maria zu beten. Und jetzt keine Absolution, sondern doch die Strafverfolgung! Einfach ungerecht! Dabei darf nie vergessen werden, dass wir in einem Land leben, in dem Menschen, die in ein altes belegtes Arbeitgeberbrötchen beißen, deswegen arbeitsrechtlich einwandfrei fristlos entlassen werden. WOLFGANG SIEDLER, Langenhagen

Bespitzelung ist Unfreiheit

- betr.: Wer wird ihn verraten? , taz vom 5. 11. 13

Sie alle haben ihn schon verraten. Es bleibt nur die vage Hoffnung, dass die SPD-Basis sich der Traditionen dieser Partei besser besinnt als die postengeile Führung und dem Koalitionsvertrag eben nicht zustimmt. Schon allein die Vorgänge um Snowden zeigen, dass denen alles andere wichtiger scheint als Aufrichtigkeit oder gar das Interesse der Bevölkerung.

Die Kanzlerin sollte es aus ihrer Vergangenheit wissen: Massenhafte Bespitzelung ist die blanke Unfreiheit. Konsequenzen? Wozu? Die ganze Affäre wird in ein paar Wochen versanden. Solange es so viele Leute gibt, die nichts zu verbergen haben und denen das alles vollkommen gleichgültig ist, so lange kann die deutsche Regierung sehr beruhigt darauf vertrauen, dass nichts zurückbleibt und alles bei den nächsten Wahlen vergessen ist.

FRITZ LOTHAR WINKELHOCH, Gummersbach

Ein großes Theater

- betr.: Wer wird ihn verraten? , taz vom 5. 11. 13

Super, treffender Titel und Leitartikel! Unsere BRD-Verwalter müssen jetzt Farbe bekennen, nachdem sie sich mit der Snowden-Einladung populistisch verplappert haben. Es wird jetzt herauskommen, was uns mit großem Aufwand verschwiegen wurde: dass Deutschland mitnichten souverän ist, sondern immer noch, ohne Friedensvertrag, von den Amis besetzt und kontrolliert.

Die NSA-Empörung ist für alle, die Bescheid wissen, ein großes Theater. Keiner gesteht es ein: Nirgendwo wäre Ed Snowden unsicherer als hier. Snowden tut gut daran, sich nicht hierzulande um Asyl zu bewerben. SABINE MIEHE, Marburg

Abgabe auf größere Vermögen

- betr.: IWF rückt rein theoretisch in Attac-Nähe , taz vom 6. 11. 13

Die Notwendigkeit der Forderung des IWF nach einer Abgabe auf größere Vermögen, um die Staatsfinanzen sanieren zu können, ist Folge des Verhaltens derjenigen, die von sich aus geben könnten, aber nicht geben. ARTUR BORST, Tübingen

**Load-Date:** November 6, 2013

## LESERINNENBRIEFE

---

End of Document

**Die Schickeria setzt sich durch; CONTRA Kreuzberg kämpft gegen die Aufwertung - vergeblich. Die berühmte Kreuzberger Mischung gibt es bald nicht mehr**

taz, die tageszeitung

Samstag 08. Dezember 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 37

**Length:** 433 words

**Byline:** UWE RADA

**Highlight:** CONTRA Kreuzberg kämpft gegen die Aufwertung vergeblich. Die berühmte Kreuzberger Mischung gibt es bald nicht mehr

## Body

---

VON UWE RADA

Kreuzberg scheint seinem Ruf mal wieder alle Ehre zu machen. Aktivisten und Betroffene verhindern Zwangsräumungen, **Flüchtlinge** reklamieren den öffentlichen Raum am Oranienplatz für sich, Mieterinnen und Mieter sind kampagnenfähig und treiben dem rot-schwarzen Senat mehr Schweißperlen auf die Stirn als die Opposition aus Grünen, Linken und Piraten zusammen. Auch in Zeiten eines Immobilienbooms, der sich inzwischen zum Sturm ausgewachsen hat, soll die Botschaft sein: Kreuzberg zeigt wieder Zähne. Die Frage ist nur: Wie lange noch?

Die Kreuzberger Mischung war einst sprichwörtlich: Dieses Mit- und Nebeneinander von Spießern und Migranten, Punks und Studenten, Intellektuellen und Arbeitern, Gewinnern und Zurückgebliebenen war der lebendige Beweis dafür, dass in Berlin für jeden Platz ist – auch in der Innenstadt.

Doch dieses Kreuzberg gibt es nicht mehr. Längst ist es dem Kreuzberg der zahlreichen Parallelgesellschaften gewichen. Den Yuppies gehört die Bergmannstraße, den Ökos der Wrangelkiez, den Armen das Kottbusser Tor.

Die Mietspirale hat die Kreuzberger Mischung auseinandergetrieben und viele Kreuzbergerinnen und Kreuzberger in die Enge. Ende der neunziger Jahre zog eine Bekannte aus der Wrangelstraße weg. Sie konnte den Uringestank im Treppenhaus nicht mehr ertragen. Der Wrangelkiez galt als sozialer Brennpunkt.

Würde sie heute in ihr altes Haus zurückziehen, würde sie sich die Miete nicht mehr leisten können. Es stinkt nicht mehr in den Treppenhäusern. Günstige Mieten? Die gibt es nicht mehr. Der Druck im Kessel steigt.

Das hat vor allem mit den besser verdienenden Zuzüglern zu tun, die die Preise für Neuvermietungen nach oben getrieben haben. In der Vergangenheit sind diese Aufwertungswellen immer wieder abgeebbt. Wer Kinder bekam,



Die Schickeria setzt sich durch CONTRA Kreuzberg kämpft gegen die Aufwertung - vergeblich. Die berühmte Kreuzberger Mischung gibt es bald nicht mehr

zog spätestens vor der Einschulung weg. Inzwischen bleiben die Neuen und schicken ihre Kinder auch auf die Schulen vor Ort. Kleine Inseln entstehen, sie werden immer größer. So begann es auch in Prenzlauer Berg. Bis die Inseln schließlich keine Inseln mehr waren. Und sich die eine Parallelgesellschaft gegenüber den anderen durchsetzte.

Nun wenden manche ein, es seien die Migranten, die Kreuzberg vor einem ähnlichen Schicksal bewahren. Als eine Art Gegengift gegen den Bionade-Biedermeier. Hoffnung adieu: Im Bergmannkiez und am Lausitzer Platz war dieses Gegengift wirkungslos.

Und die Aktivisten und Betroffenen von Kotti und Co? Die machen keine Stellvertreterpolitik mehr wie früher, sondern kämpfen ums eigene Dableiben. Das ist authentisch und nicht weniger dramatisch. Es könnte ihr letztes Gefecht sein in Kreuzberg.

**Load-Date:** December 7, 2012

---

End of Document

**Hüpfburg gegen Rassismus; BEWEGUNG Das "Festival gegen Rassismus" will Migranten-Initiativen und andere Minderheiten auf dem Kreuzberger Blücherplatz zusammenbringen. Von etablierten Migrantenverbänden grenzt man sich ab**

taz, die tageszeitung

Samstag 18. August 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 41

**Length:** 503 words

**Byline:** DANIEL BAX

**Highlight:** BEWEGUNG Das Festival gegen Rassismus will Migranten-Initiativen und andere Minderheiten auf dem Kreuzberger Blücherplatz zusammenbringen. Von etablierten Migrantenverbänden grenzt man sich ab

## Body

---

Jedes Jahr rückt der Blücherplatz zum Karneval der Kulturen ins Zentrum des Geschehens. Mehrere Musikbühnen säumen dann die Grünfläche zwischen dem U-Bahnhof Hallesches Tor, der Amerika-Gedenkbibliothek und der Heilig-Kreuz-Kirche, wenn hier Berlins größtes Multikulti-Spektakel steigt. Auch an diesem Wochenende wird der Platz wieder bevölkert. Allerdings soll es beim Festival gegen Rassismus nicht nur darum gehen, mal eben zu tanzen und besoffen nach Hause zu gehen, grenzt sich eine der Veranstalterinnen scharf vom Karneval der Kulturen ab.

Es ist das erste Festival dieser Art, das die verschiedenen antirassistischen und antikolonialen Initiativen Berlins zusammen bringen soll. Vom Roma-Verein Amaro Foro über den kurdischen Elternverein Yekma bis zur Opferberatung Reach Out beteiligen sich mehrere Dutzend Gruppen. Fast vier Monate dauerten die Vorbereitungen, der Fokus liegt auf Empowerment, besserer Vernetzung und Koordinierung. Wir haben viel voneinander zu lernen, sagt ein Mitglied der Öffentlichkeits AG. Weil das Bündnis im Vordergrund stehen soll, wollen selbst die Pressesprecher ihre Namen nicht nennen.

### Wandel in der Szene

Drei Zelte und eine Bühne stehen für Filme, Workshops und Konzerte bereit, 16 Musikgruppen haben sich angekündigt. Neben dem offiziellen Programm, das auf farbigen Flyern minutiös aufgelistet ist, soll es aber auch viel Freiraum für flexible Interventionen geben. Für Kinder wird es Workshops und eine Hüpfburg geben. Mit der bundesweiten Vernetzung hat es diesmal zwar noch nicht ganz geklappt. Aber wenn es gut läuft, soll das Festival künftig jedes Jahr stattfinden.

Hüpfburg gegen Rassismus BEWEGUNG Das "Festival gegen Rassismus" will Migranten-Initiativen und andere Minderheiten auf dem Kreuzberger Blücherplatz zusammenbri....

Dass viele der Aktivisten selbst einen Migrationshintergrund besitzen, ist ein Zeichen für einen Wandel der linken Szene, nicht nur in Kreuzberg. Auch die antirassistische Linke ist traditionell weiß dominiert und am Mainstream-Mediendiskurs orientiert, kritisiert ein Veranstalter. Dazu will das Festival einen Gegenakzent setzen und die Dichotomie zwischen VeranstalterInnen und TeilnehmerInnen aufheben.

Die etablierten Migrantenverbände wurden gar nicht erst angefragt, weil man sie als zu angepasst und hierarchisch empfindet. Traditionelle Migrantenorganisationen sind keine Basisbewegungen, sondern machen Stellvertreterpolitik, wird moniert. Außerdem orientieren sich viele von ihnen zu stark an den jeweiligen Herkunftsländern. Dass sich Aleviten und Kurden wegen der Repression in der Türkei an diese Identität klammern, sei zwar selbstverständlich, findet der Veranstalter. Aber es halte sie auch davon ab, sich in innerdeutschen Debatten zu engagieren. Immerhin: Auch die Dersim-Gemeinde, die ihr Hauptquartier am Blücherplatz unterhält, bringt sich beim Festival gegen Rassismus ein.

Der Görlitzer Park wäre den Machern übrigens als Veranstaltungsort lieber gewesen, aber der wurde nicht genehmigt. Dafür führt die Lärmdemo von Kotti & Co an diesem Samstag zum Blücherplatz, wo sie ihren Abschluss findet. DANIEL BAX

Infos: [festivalgegenrassismus.wordpress.com](http://festivalgegenrassismus.wordpress.com)

**Load-Date:** August 17, 2012

## **Anspannung und Hetze nach Gewalt gegen Migranten; ISRAEL Premier Netanjahu will "das Problem der Eindringlinge beheben". Flüchtlingen droht Rauswurf**

taz, die tageszeitung

Samstag 26. Mai 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 08

**Length:** 401 words

**Byline:** SUSANNE KNAUL

**Highlight:** ISRAEL Premier Netanjahu will das Problem der Eindringlinge beheben . **Flüchtlingen** droht Rauswurf

### **Body**

---

AUS JERUSALEM SUSANNE KNAUL

Ein Sonderaufgebot der Polizei soll im Süden Tel Avivs weitere Unruhen verhindern. Ein Dutzend junge Israelis, die illegal eingewanderte Afrikaner mit Schlagstöcken angriffen, waren bei Unruhen am Mittwoch Abend verhaftet worden. Die fremdenfeindliche Gewalt löste eine Welle der Kritik aus.

Regierungschef Benjamin Netanjahu versprach, das Problem der Eindringlinge zu beheben . Die Rede ist von 60.000 Flüchtlingen vor allem aus Eritrea und dem Sudan, die mit Hilfe von Menschenschmugglern illegal aus Ägypten gekommen sind.

Anwohner des Tel Aviver Viertels Hatikwa hatten unterstützt von mehreren rechten Knessetabgeordneten gegen die Flüchtlinge protestiert. Dies ist nicht Afrika , stand auf einem Plakat und: Hört auf zu reden, schmeißt sie raus . Mülleimer brannten, Schaufenster gingen zu Bruch. Nicht zum ersten Mal machte sich der Zorn der Anwohner Luft. Im April kam es zu Angriffen mit Sprengsätzen auf Unterkünfte der Afrikaner.

Der Unmut bekam neuen Zündstoff, als letzte Woche eine 19-Jährige mehrmals brutal vergewaltigt wurde. Die Täter sind mutmaßlich vier Männer aus Eritrea. Laut Tel Avivs Polizeichef nahm die Zahl der von Ausländern begangenen Verbrechen in den letzten Monaten stark zu.

Statt die Anwohner zu beruhigen, hetzten die Politiker die Menge am Mittwochabend noch weiter auf. Die illegalen Einwanderer seien ein Krebsgeschwür in unserem Körper , sagte die Likud-Abgeordnete Miri Regev und versprach, alles zu unternehmen, um sie dorthin zurückzubringen, wo sie hingehören .

Die Regierung bereitet die Abschiebung von 700 Familien vor. Im Gespräch ist auch ein Gesetz, das 30.000 Abschiebungen im ersten Jahr und 50.000 im zweiten vorsieht. Noch 2012 soll der Grenzzaun zu Ägypten fertig

## Anspannung und Hetze nach Gewalt gegen Migranten ISRAEL Premier Netanjahu will "das Problem der Eindringlinge beheben". Flüchtlingen droht Rauswurf

sein, um das Eindringen illegaler Einwanderer zu unterbinden. Auch ist eine Haftanstalt mit rund 10.000 Plätzen im Bau. Flüchtlinge sollen dort so lange festgehalten werden, bis sie abgeschoben werden können.

Einzig Polizeigeneralinspektor Jochanan Danino schlug vor, Flüchtlingen Papiere zu geben und sie arbeiten zu lassen. Nur so seien sie nicht länger zum Stehlen gezwungen. Innenminister Eli Ischai (Schass-Partei) nannte den Vorschlag, eine schreckliche Botschaft, die eine Million weitere Flüchtlinge nach Israel bringen werde. Die Tageszeitung Maariv bezeichnete Danino hingegen als den einzigen weisen Mann innerhalb der xenophoben Regierungskreise.

**Load-Date:** May 25, 2012

---

End of Document

**Ein Anfängerfehler; BILDUNG Die Lenau-Grundschule in Kreuzberg hat ein Problem: Eine Klasse mit rein deutschsprachigen Kindern bringt die Eltern mit Migrationshintergrund auf die Palme**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 22. August 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN; S. 24

**Length:** 669 words

**Byline:** EBRU TASDEMIR

**Highlight:** BILDUNG Die Lenau-Grundschule in Kreuzberg hat ein Problem: Eine Klasse mit rein deutschsprachigen Kindern bringt die Eltern mit Migrationshintergrund auf die Palme

## Body

---

VON EBRU TASDEMIR

Seit der Einschulung der Erstklässler vor zehn Tagen ist es in der Lenau-Grundschule in Kreuzberg dahin mit dem Schulfrieden. Die von vielen Eltern im Bezirk erwünschte Kreuzberger Mischung, eine ausgewogene Anzahl von Kindern mit und ohne deutsche Herkunftssprache, findet sich nur in drei der Anfängerklassen wieder. Und in zwei Klassen nicht: die Klasse A3 mit 20 ErstklässlerInnen nur deutscher Herkunftssprache und die deutlich kleinere Klasse A6, in der jedes Kind Migrationshintergrund hat. Rassismus sei dies, sagen einige Eltern mit Migrationshintergrund, die seit Tagen versuchen, Druck auf die Schulleitung und die Eltern der A3 auszuüben.

Kameras am Schuleingang

Ich kann nicht mehr, stöhnt eine Mutter angesichts der Kameras, die deswegen vor dem Schuleingang postiert wurden. Ihr Kind, auch hier eingeschult, sei zwar nicht betroffen, aber das Thema habe sich durch einige eifrige Eltern und durch die Medienpräsenz hochgeschaukelt. Man kann doch ganz entspannt darüber reden, wirft ein Vater ein, dessen Kind in die A3 geht. Den Vorwurf des Rassismus will er nicht annehmen: Dann würde ich doch mein Kind woanders einschulen lassen, sagt er und erzählt, dass sich Elterngruppen schon seit über einem Jahr getroffen hätten, damit ihre Kinder sich vorab besser kennenlernen. Auch sein jüngeres Kind werde er wieder an der Lenau-Grundschule einschulen lassen. Deshalb ist er zweckoptimistisch, dass dieser Unmut, der sich jetzt so geballt zeigt, bald wieder abebbt.

Gruppeneinschulungen, wie sie die beiden Elternteile in Anspruch nahmen, waren von der Schulleitung beabsichtigt und erwünscht. Seit Jahren hatte die Lenau-Grundschule am Wegbleiben der Eltern mit rein deutschem Hintergrund zu leiden. So erklärte sich auch der Ruf als Migrantenschule. Besonders, da Eltern aus dem nahen Bergmannkiez ihre Kinder an den beliebteren drei Schulen im Umfeld anmeldeten.

Ein Anfängerfehler BILDUNG Die Lenau-Grundschule in Kreuzberg hat ein Problem: Eine Klasse mit rein deutschsprachigen Kindern bringt die Eltern mit Migrationshi....

Mit besonderen Projekten wie einem Leseförderungsprojekt stellte die Lenau-Grundschule aber unter Beweis, dass sie vor allem Kinder mit Defiziten gut fördern kann. Dazu kam, dass die beliebteren Grundschulen maßlos überfüllt waren, sodass Kinder mit deutscher Herkunftssprache wieder den Weg an die Lenau-Grundschule fanden.

Diesem Zuspruch wollte die Schulleitung mit ihrem Zugeständnis an die Eltern begegnen. Bisher sei die Schule mit den Gruppenanmeldungen auch gut gefahren, sagt die Schulleiterin Karola Klawuhn. Aber: Dieses Jahr sind Kinder, deren Eltern nicht in solchen Gruppen organisiert waren, auf andere Schulen gegangen. Dieses konnten wir nicht einplanen. So kam es zu der Bildung der Klasse nur mit Kindern nichtdeutscher Herkunftssprache. Sie habe ihren Fehler eingesehen und nun werden die Klassen auf Geheiß der Senatsbildungsverwaltung zum Anfang nächster Woche erneut gemischt gegen den Willen der Eltern und SchülerInnen, so die Schulleiterin.

Viele steigen hier schnell auf den Türken-, Araber- und Deutschen-Zug auf, sagt eine Mutter, die Frau, die am lautesten krakeelt, hat ja noch nicht einmal ein Kind hier auf der Schule. Sie selbst habe auch Migrationshintergrund und habe ihr Kind bewusst an dieser Schule angemeldet. Es gehe ihr gegen den Strich, dass immer noch gedacht werde, dass deutsch gleichbedeutend sei mit guter Bildung vor allem bei Bildungsbürgern jeglicher Herkunft. Es seien Eltern, die ihre Kinder mit nicht allzu vielen türkisch- und arabischstämmigen Kindern in einer Klasse sehen wollen.

Der Graben, der nun zwischen den Eltern verläuft, müsse mühsam wieder zugeschaufelt werden, so die Mutter. Der Gesprächstermin zwischen den Eltern und der Schulleitung am Montag sei kontrovers ausgegangen und habe sie nicht zufriedengestellt, erzählt die Mutter weiter. Auf einer nichtöffentlichen Veranstaltung am morgigen Donnerstag hofft sie auf ein weiteres klärendes Gespräch. Und darauf, dass endlich wieder Ruhe herrscht vor allem im Alltag der Kinder.

Nun werden die Klassen auf Geheiß der Senatsbildungsverwaltung zum Anfang nächster Woche erneut gemischt

**Load-Date:** August 21, 2012

## Türkische Engel; RAZZIA Polizei bedrängt Hauptstadt-Rocker. Hier haben nicht Nazis, sondern Migranten das Sagen

taz, die tageszeitung

Freitag 08. Juni 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** THEMEN DES TAGES; S. 03

**Length:** 832 words

**Byline:** KONRAD LITSCHKO / PLUTONIA PLARRE

**Highlight:** RAZZIA Polizei bedrängt Hauptstadt-Rocker. Hier haben nicht Nazis, sondern Migranten das Sagen

### Body

---

BERLIN taz Dreimal ist die Polizei innerhalb der letzten Woche in Berlin und Brandenburg mit einem Großaufgebot in der Biker-Szene eingeritten. Wohnungen und Clubhäuser wurden durchsucht, Motorräder, Waffen, Bargeld und Computer beschlagnahmt. Die letzte Aktion erfolgte Donnerstag früh.

Mit rund 1.000 Beamten war die Polizei im Einsatz. Anlass war ein Ermittlungsverfahren wegen schwerer Bandenkriminalität und Drogenhandels. Sieben Haftbefehle gegen Mitglieder des Chapters Bandidos Del Este wurden vollstreckt.

Bereits am Dienstag voriger Woche waren der Hells Angels Motorcycle Club Berlin City und dessen Untergruppe MG 81 an der Reihe. Die Polizisten wollten dem Charter bei der Razzia die Verbotsverfügung überbringen, aber die Nachricht war vorher durchgesickert. Der Clubraum war ausgeräumt, das Vereinsschild abgeschraubt. Jetzt fahndet die Polizei in den eigenen Reihen nach dem Maulwurf.

Einst galten die Rocker als bärbeißige, langhaarige Harley-Liebhaber. Doch das stimmt vielfach nicht mehr. In Berlin und Brandenburg konzentrieren sich Hells Angels und Bandidos auf Revierkämpfe und Gewalttaten. Und noch ein anderer Trend fällt auf: In der Hauptstadt werden die Rocker migrantischer.

Im Februar 2010 hatten die Berliner Hells Angels überraschende Verstärkung bekommen: Rund 70 Mitglieder der eigentlich verfeindeten Bandidos samt ihrem Präsidenten Kadir P. traten geschlossen über fast alle türkischstämmig. Sie firmierten zuerst als Hells Angels Nomads Turkey, bevor sie zu Vollmitgliedern wurden, dem Charter Berlin City.

Schon bei den Bandidos hatte sich die Truppe um Kadir P. als unberechenbar und offen gewalttätig präsentiert. Das führte in der vergangenen Woche zum Verbot. Gleich mit verboten wurde die rund 40 Mitglieder starke Gruppe MG 81. Diese, so heißt es in der Verfügung, sei ein Zusammenschluss überwiegend junger Erwachsener mit Migrationshintergrund, welcher der Hauptgruppe bei der Durchsetzung von Macht- und Gebietsansprüchen helfe, ja vermutlich nur zu diesem Zweck ins Leben gerufen wurde.



Türkische Engel RAZZIA Polizei bedrängt Hauptstadt-Rocker. Hier haben nicht Nazis, sondern Migranten das Sagen

Immer weiter hat sich in Berlin die Gewalt zwischen Bandidos und Hells Angels in den letzten Jahren hochgeschaukelt. Es gab Attacken mit Macheten und Schusswaffen sowie Brandanschläge auf Clubhäuser. 2009 wurde gar ein 33-Jähriger Ex- Angel erschossen. Beide Gruppen galten als unversöhnlich, Seitenwechsel als Hochverrat. Doch erst Ende Mai liefen erneut 20 Berliner Bandidos über. Schon vor Jahren stellten Ermittler fest, dass die Fronten durchlässiger würden. Gleichzeitig weichten Aufnahmekriterien auf. Die Folge: Zählte die Polizei 2008 noch 650 Rocker in Berlin, sind es heute bereits knapp 1.100. Vor allem, so heißt es, arabische und türkische Jungmänner ziehe es in die Clubs.

Kadir P. mischte früh in der Szene mit. Mehrfach wurde er verdächtigt, an Messerstechereien beteiligt gewesen zu sein. P., heute Betreiber einer Shisha-Bar, kam stets mit Freispruch davon, weil sich Opfer nicht mehr an die Tat erinnern mochten. Es gehört zum Rockerethos, Probleme nicht mittels Polizei, sondern untereinander zu lösen.

Das Outlaw-Gehabe der Rocker, schrieb die Gewerkschaft der Polizei in einem Bericht im Frühjahr, habe eine erkennbar starke Anziehungskraft auf Teile jugendlicher Subkulturen, insbesondere mit Migrationshintergrund. Das gilt keineswegs nur für Berlin: In Bremen gründeten kurdische Zuwanderer 2010 die Mongols. Der Rockerclub wurde wenig später wegen diverser Straftaten verboten. Bundesweit aber bleiben Migranten unter Rockern in der Unterzahl. Auch ein BKA-Bericht zählte 2010 bei 35 Rocker-Verfahren 33 Tatverdächtige mit deutscher Staatsangehörigkeit und nur 2 mit türkischer.

Eines der Verfahren, ein versuchter Totschlag, ging auf das Konto der Hells Angels Berlin City. In der Verbotsschrift wird ihnen zudem Schießereien, Messerattacken, Zuhälterei, Handel mit Cannabis, Kokain und Anabolika, ein Raubüberfall auf einen Juwelier und die Erpressung zweier Frisörläden vorgeworfen. Von einer Kontrolle des Rotlichtmilieus scheinen die Hauptstadt-Rocker allerdings entfernt. Anders als zuletzt in Kiel und Hannover (siehe rechts) wurden in Berlin keine Bordelle durchsucht. Dennoch, so heißt es in der Verbotsschrift, würden die Rocker ganze Straßenzüge für sich beanspruchen.

Kontakte zu Neonazis werden den Berlinern nicht vorgeworfen. Eine strategische oder operative Zusammenarbeit gebe es nicht, teilte Berlins Innensenator Frank Henkel (CDU) Anfang des Jahres mit. Die Rocker seien grundsätzlich bemüht, Distanz zur rechtsextremistischen Szene zu halten. Nur vereinzelt gebe es individuelle, persönliche Kontakte, vor allem im Osten der Stadt. Dort tummeln sich frühere Rechte beim Gremium MC. Dieser Club hat aber unter Berliner Rockern schon länger nichts mehr zu sagen.

KONRAD LITSCHKO, PLUTONIA PLARRE

Das Outlaw-Gehabe der Rocker hat eine erkennbar starke Anziehungskraft auf Teile jugendlicher Subkulturen, insbesondere mit Migrationshintergrund

POLIZEIGEWERKSCHAFT GDP

**Load-Date:** June 7, 2012

## Herr Kalali fährt Zug; ASYL Ein iranischer Flüchtling reist durchs Land, um demonstrativ seine Residenzpflicht zu verletzen

taz, die tageszeitung

Dienstag 31. Juli 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 06

**Length:** 566 words

**Byline:** KRISTIANA LUDWIG

**Highlight:** ASYL Ein iranischer Flüchtling reist durchs Land, um demonstrativ seine Residenzpflicht zu verletzen

### Body

---

BERLIN taz Am Freitagnachmittag sitzt Mohammad Kalali in der Bahn nach Regensburg. Dort darf er hin. Es ist die letzte Fahrt seiner Reise, die am Dienstag begann und ihn nur auf unerlaubtes Gebiet führte: von Stadt zu Stadt durch Deutschland. Denn weder in Würzburg noch in Aub, Bamberg oder Düsseldorf, wo derzeit Flüchtlinge in den Innenstädten demonstrieren, darf sich Kalali aufhalten.

Sein Bezirk heißt Oberpfalz, dort hat er als Asylbewerber Residenzpflicht. Verlässt er dieses Gebiet, muss er Strafe zahlen, bei Wiederholung droht ihm Haft. Kalali ist 34 Jahre alt und vor fünf Jahren aus dem Iran geflüchtet. Seit über einem Jahr lebt er in Deutschland, in der Flüchtlingsunterkunft Cham. Bis vor vier Monaten. Seither demonstriert er für mehr Rechte.

Kalali war einer jener acht Asylbewerber, die im März in Würzburg Zelte aufschlugen und in den Hungerstreik traten. Sie reagierten damit auf den Tod eines Iraners, der sich am 29. Januar in einer Flüchtlingsunterkunft das Leben genommen hatte. Die Demonstranten forderten ihre Anerkennung als politische Flüchtlinge und eine bessere Situation für alle Schutzsuchenden in Deutschland.

Zwei Monate später war Kalali auch einer der Ersten, die sich den Mund mit grünem OP-Faden zunähten: nach 80 Tagen Zeltprotest, Tag und Nacht vor dem Würzburger Rathaus. So hielten die sechs Männer einen Monat aus: Mit einem Strohhalm konnten sie trinken und vorsichtig sprechen. Pro Asyl kritisierte den drastischen Protest.

Anfang Juli öffneten die Demonstranten die Fäden wieder: Vier von ihnen hatten die Nachricht erhalten, dass ihre Asylanträge bearbeitet werden. Auch Kalali erhielt Nachricht: Er habe Residenzpflicht in der Oberpfalz, nicht in Würzburg.

Er kehrte zurück nach Regensburg, wo nun seit drei Wochen auch ein Protestcamp steht genauso wie in Bamberg, Düsseldorf und Aub. Bei den Würzburgern seien viele Anrufe von interessierten Asylbewerbern aus ganz Deutschland eingegangen, sagt eine Helferin. Die Flüchtlinge in Aub sind nun seit Mitte Juli im Hungerstreik.

Herr Kalali fährt Zug ASYL Ein iranischer Flüchtling reist durchs Land, um demonstrativ seine Residenzpflicht zu verletzen

Für die Würzburger war das Urteil des Verfassungsgerichts, das vor zwei Wochen Asylbewerbern Anspruch auf mehr Geld beschied, ein gutes Signal. Für den Demonstranten Ashkan Khorasani aus Aub bedeutet es nicht viel: Geld stoppt keine Abschiebungen, sagt er, und auch nicht die Isolation in den Unterkünften.

Die Flüchtlinge, die seit Monaten auf die Straßen gehen, zuletzt am vergangenen Wochenende mit mehreren hundert Unterstützern in Bayern, haben dennoch alle ähnliche Ziele. Sie fordern einen Abschiebestopp, eine bessere Wohnsituation als in den teils maroden Unterkünften und die Abschaffung der Residenzpflicht. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) hält jedoch an den bisherigen Regelungen fest: Die Residenzpflicht sei zur Wahrung der Funktionsfähigkeit des Asylverfahrens und zur Erschwerung des Untertauchens weiterhin erforderlich. Für Flüchtlingsunterbringung und Abschiebungen sei kein neues Bundesgesetz nötig.

Mohammad Kalali will trotzdem weitermachen. Niemand darf einem Menschen vorschreiben, wo er sich aufzuhalten hat, sagt er. Eine Geldbuße habe er absichtlich nicht gezahlt, jetzt wurde eine Strafanzeige gegen ihn aufgenommen. Kalali ist das egal. Er will Asylbewerbern helfen, in weiteren deutschen Innenstädten ihre Zelte aufzuschlagen. KRISTIANA LUDWIG

Die Residenzpflicht erschwere das Untertauchen, sagt der Bundesinnenminister

**Load-Date:** July 30, 2012

**54 Flüchtlinge sind verdurstet; ITALIEN Auf dem Mittelmeer hat sich erneut eine Tragödie ereignet. Auf einem Schlauchboot sind 54 von 55 Menschen umgekommen, einer wurde gerettet**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 12. Juli 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 10

**Length:** 515 words

**Byline:** MICHAEL BRAUN

**Highlight:** ITALIEN Auf dem Mittelmeer hat sich erneut eine Tragödie ereignet. Auf einem Schlauchboot sind 54 von 55 Menschen umgekommen, einer wurde gerettet

## Body

---

AUS ROM MICHAEL BRAUN

Eine **Flüchtlingstragödie** im Mittelmeer zwischen Tunesien und Italien hat 54 Tote gefordert; nur eine Person konnte gerettet werden. In der Nacht von Montag auf Dienstag entdeckten Fischer den Mann vor der tunesischen Küste: Er trieb, geklammert an einen Kanister und an Bootsreste, im Meer. Die tunesische Küstenwache barg daraufhin den aus Eritrea stammenden **Flüchtling**, dessen Aussagen das ganze Ausmaß des Dramas offenlegten.

Nach seinem Bericht, den der Gerettete gegenüber Mitarbeitern des UN-Hochkommissariats für Flüchtlinge (UNHCR) im Krankenhaus von Zarzis gab, waren die 55 Flüchtlinge vor etwa zwei Wochen mit einem Schlauchboot vom libyschen Tripolis aus gestartet. Nach einem Tag waren sie schon in Sichtweite der italienischen Küste. Starke Winde trieben ihr Boot jedoch dann in Richtung Tunesien. Nach einigen Tagen begann das Boot Luft zu verlieren und trieb manövrierunfähig im Meer; Wasservorräte waren nicht an Bord: Einer nach dem anderen verdursteten die Passagiere. Nach der Aussage des Überlebenden waren etwa die Hälfte Eritreer, unter ihnen auch drei Verwandte von ihm. Zur Herkunft der übrigen Opfer lagen zunächst keine Angaben vor.

T. Alexander Aleinikoff, Vizehochkommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge, sprach von einer echten Tragödie und appellierte an die Kapitäne der im Mittelmeer verkehrenden Schiffe, möglichen Fällen von Migranten und Flüchtlingen in Not, die Hilfe brauchen, die höchste Aufmerksamkeit zu schenken.

In den letzten drei Tagen gelangten drei Schiffe mit Flüchtlingen an Bord nach Italien, unter ihnen eines, das am Dienstag ein Hilfsangebot der maltesischen Marine abgelehnt und stattdessen die Fahrt Richtung Italien fortgesetzt hatte. Zugleich ist jedoch ein drastischer Rückgang der Überfahrten übers Mittelmeer Richtung Italien zu verzeichnen. In den ersten sechs Monaten des Jahres 2012 zählte das UNHCR rund 1.300 Personen, die auf diesem Weg von Libyen aus nach Europa gelangten, weitere 170 Menschen ertranken bei der Überfahrt oder

54 Flüchtlinge sind verdurstet ITALIEN Auf dem Mittelmeer hat sich erneut eine Tragödie ereignet. Auf einem Schlauchboot sind 54 von 55 Menschen umgekommen, ein....

wurden als vermisst gemeldet. Berücksichtigt man auch Flüchtlinge, die von Tunesien und dem östlichen Mittelmeerraum in See gestochen sind, kommt man auf eine Gesamtzahl von 3.300 Personen, die an Italiens Küsten ankamen. Im gleichen Zeitraum des Jahres 2011 dagegen waren im Gefolge der Revolutionen in Tunesien und Libyen 44.900 Flüchtlinge nach Italien gelangt.

Diese Zahlen zeigen, dass auch die neuen Regime in Tunesien und Libyen an den bislang geschlossenen Abkommen ihrer Länder mit Italien zur Flüchtlingsabwehr festhalten. Im April des Jahres 2011 hatte der damalige italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi mit der tunesischen Regierung entsprechende Absprachen getroffen, Laut dieser Vereinbarung sollen alle Tunesier, die bis zum 5. April 2011 in Italien einreisten, ein humanitäres Bleiberecht erhalten, während alle später Angekommenen in Abschiebehaft genommen und nach Tunesien zurückgeschafft wurden. Seitdem ist der Flüchtlingsstrom aus Nordafrika weitgehend versiegt.

Das Schlauchboot trieb manövrierunfähig im Meer, Wasser war nicht an Bord

**Load-Date:** July 11, 2012

**Jonny? Egal, war keiner von uns; ERKLÄRUNG Der Mord an Jonny K., mutmaßlich von Migranten verübt, sorgt für Entsetzen. Nun kritisieren Deutschtürken Migrantenverbände für ihre Zurückhaltung**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 14. November 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** TAZZWEI; S. 14

**Length:** 554 words

**Byline:** DENIZ YÜCEL

**Highlight:** ERKLÄRUNG Der Mord an Jonny K., mutmaßlich von Migranten verübt, sorgt für Entsetzen. Nun kritisieren Deutschtürken Migrantenverbände für ihre Zurückhaltung

## Body

---

VON DENIZ YÜCEL

Nach dem Tod Jonny K. am Alexanderplatz melden sich nun Berliner Deutschtürken zu Wort. Den Ursachen der Gewalt in unserer Stadt wird nicht genug Aufmerksamkeit geschenkt, und Jonny ist das neueste Opfer dieser sinnlosen und anhaltenden Brutalität, heißt in der Erklärung, die der taz vorliegt.

Der 20-jährige Thai-Deutsche Jonny war in der Nacht zum 14. Oktober von einer Gruppe Jugendlicher so brutal zusammengeschlagen worden, dass er wenig später an einer Hirnverletzung starb. Sechs Verdächtige konnte die Polizei identifizieren, drei davon sind flüchtig und werden in der Türkei und in Griechenland vermutet.

An Gewalttaten wie dieser trügen die Ignoranz der Mehrheitsgesellschaft, das Justizsystem, die Familien, die Politiker, die im Namen von Migranten agieren, sowie Verantwortliche in der Bildungs- und Jugendpolitik eine Mitschuld, heißt es in der Erklärung weiter. Das Besondere: Die 16 Unterzeichner sind Erzieher und Fußballtrainer, Pflegerinnen, Juristinnen und Bauunternehmer. Man könnte sagen: ein Querschnitt der deutsch-türkischen Zivilgesellschaft.

16 Unterzeichner

Abwesend sind nur jene, die sonst für sich beanspruchen, die Interessenten der Deutschtürken zu vertreten und in deren Namen zu sprechen. An den Migrantenpolitikern, Lobbyvertretern und den acht Türken, die immer reden, haben wir Kritik, sagt einer der Unterzeichner, der Sozialarbeiter Ercan Yasaroglu.

Mit der Erklärung hätten sie gewartet, weil sie den Eindruck vermeiden wollten, dass sie Jonnys Tod instrumentalisieren würden. Und wir haben gewartet, ob die Migrantenpolitiker und Verbandsvertreter von sich aus

Jonny? Egal, war keiner von uns ERKLÄRUNG Der Mord an Jonny K., mutmaßlich von Migranten verübt, sorgt für Entsetzen. Nun kritisieren Deutschtürken Migrantenver....

ihre Betroffenheit zeigen aber da kam null Reaktion. Von seiner Kritik nimmt Yasaroglu allein Remzi Kaplan aus, Vorsitzenden der Türkisch-Deutschen Unternehmervereinigung.

Aus Gesprächen mit deutschtürkischen Bekannten, auch solchen, die sich als linke Humanisten sehen würden, habe er den Eindruck, dass folgende Ansicht weit verbreitet sei: Jonny war keiner von uns, also interessiert uns das nicht. Selbst im Zusammenhang mit den NSU-Morden würden viele nur von den acht türkischen Opfern reden. Für Yasaroglu der Ausdruck eines allgemeinen Phänomens: In unserer Gesellschaft werden immer die Unterschiede und Defizite kommuniziert. Schuld haben immer die anderen. Im Hinblick auf Jonny ergänzt er: An diesen Gewaltexzessen haben alle Schuld. Aber die größte Schuld haben die Eltern. Wenn sie ihren Kindern nicht vermitteln können, was richtig und was falsch ist, hilft alles andere nicht.

Rassismus und Gewalt haben keine Ethnie, fügt die Autorin Gülcin Wilhelm hinzu, neben der Publizistin Arzu Toker die einzige bekannte Unterzeichnerin. Das Schweigen der deutsch-türkischen Politiker wovon sie Cem Özdemir ausnimmt hält sie für Überschwappen des türkische Nationalismus.

Debatte nur bei Türken

Kenan Kolat, der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde Deutschlands, fühlt sich von dieser Kritik nicht angesprochen: Wir haben Kontakt mit der Familie aufgenommen und uns mit der Sache beschäftigt. Er habe auch versucht, den flüchtigen Hauptverdächtigen zur Rückkehr nach Deutschland zu bewegen. Aber so was mache man nicht für die Öffentlichkeit. Jugendgewalt hält Kolat für ein ernstes Problem. Aber diese Debatte wird nicht geführt, wenn deutsche Jugendliche einen Deutschen verprügeln.

**Load-Date:** November 13, 2012

## **Bahn frei für Schwarz-Grün; ARNO FRANK ÜBER DIE AUFHEBUNG DER RESIDENZPFLICHT IN HESSEN**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 22. November 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

**Length:** 292 words

**Byline:** ARNO FRANK

### **Body**

---

#### ARNO FRANK ÜBER DIE AUFHEBUNG DER RESIDENZPFLICHT IN HESSEN

Roland Koch ist Geschichte. Auf Anregung des hessischen Innenministers Boris Rhein (CDU) hat das schwarz-gelbe Kabinett in Wiesbaden die Abschaffung der Residenzpflicht beschlossen. Konnten Asylbewerber den ihnen zugewiesenen Regierungsbezirk bisher allenfalls mit Genehmigung der Ausländerbehörde verlassen, dürfen sie sich jetzt innerhalb der hessischen Grenzen frei bewegen.

Zu dieser Kehrtwende dürften auch pragmatische und strategische Überlegungen beigetragen haben. Erstens entlastet es die betroffenen Kommunen finanziell und personell, wenn sie nicht mehr jeden Einzelfall prüfen müssen. Zweitens bedeutet der Beschluss der Landesregierung von Ministerpräsident Volker Bouffier eine deutliche Abkehr von der populistischen Ausländerpolitik eines Roland Koch. Der hatte keine Gelegenheit versäumt, am rechten Rand mit Ressentiments und obrigkeitstaatlicher Attitüde auf Stimmenfang zu gehen auf Kosten der Schwächsten. Der Opposition bot Bouffiers Vorgänger damit eine breite Angriffsfläche; für Sozialdemokraten und Grüne wurde er zum Paradebeispiel dafür, dass die Union nicht zu einer Politik für aufgeklärte Bürger in der Lage ist.

Diese offene Flanke wollen seine Nachfolger, die sichtlich noch um ein eigenes Profil ringen, nun schließen. Die hessische CDU will sich endlich wieder dort positionieren, wo in Deutschland noch immer die sicheren Mehrheiten zu holen sind: in der Mitte. Und gleichzeitig arbeitet die Union mit der Abkehr von Kochs Ausländerpolitik an der Möglichkeit einer schwarz-grünen Koalition nach der Landtagswahl 2013. Die Zusammenarbeit mit einer CDU, die gegen Migranten mobil machte, war undenkbar für die Grünen. Diese Kuh ist jetzt vom Eis.

Inland SEITE 6

**Load-Date:** November 21, 2012



End of Document

## Rechte Brandstifter; PROZESS Zwei Männer sollen eine Hütte im Großraum Stuttgart angezündet haben, in der sich Migranten aus Angst vor dem braunen Mob verschanzten

taz, die tageszeitung

Dienstag 17. Januar 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 07

**Length:** 399 words

**Byline:** WOLF SCHMIDT

**Highlight:** PROZESS Zwei Männer sollen eine Hütte im Großraum Stuttgart angezündet haben, in der sich Migranten aus Angst vor dem braunen Mob verschanzten

### Body

---

BERLIN taz | Es war der erste warme Tag im Frühling 2011, zehn junge Männer mit türkischen und italienischen Wurzeln wollten auf einem Berg in der baden-württembergischen Gemeinde Winterbach grillen. Ihr großes Pech: In der Nähe ihrer Hütte feierte an diesem Abend eine Gruppe von Neonazis die zu später Stunde Jagd auf die Migranten machte. Ihr Scheißkanaken, wir machen euch fertig, sollen die Rechten gerufen haben, bevor sie angriffen. Fünf der Angegriffenen entkamen nur knapp dem Tod.

Am Montag hat nun am Stuttgarter Landgericht der Prozess gegen einen 21-Jährigen und einen 22-Jährigen begonnen. Der Vorwurf der Staatsanwaltschaft: versuchter Mord. Die beiden sollen sich an der Hetzjagd gegen die Migranten beteiligt haben, und als einige der jungen Männer sich aus Angst in ihrer Gartenhütte verschanzten, soll der Jüngere der Angeklagten die Laube mit einem Ast aus einem Lagerfeuer angezündet haben. Er habe aus dumpfer ausländerfeindlicher Gesinnung gehandelt, so der Vorwurf der Staatsanwaltschaft. Nur durch Glück konnten sich die Migranten damals aus dem brennenden Schuppen befreien. Sie erlitten Rauchvergiftungen, andere der Angegriffenen wurden durch Schläge und Tritte verletzt.

Der Fall zeigt, dass nicht nur in Ostdeutschland, sondern auch im wohlhabenden Speckgürtel von Stuttgart gewalttätige Neonazis ihr Unwesen treiben. Und auch in diesem Fall warfen Kritiker den Behörden vor, zu wenig gegen diese Gefahr unternommen zu haben. Denn: Der Gastgeber der rechten Party, ein ehemaliger Sprecher der rechtsextremen NPD im Kreis, war vor einigen Jahren wegen eines brutalen Angriffs auf einen Griechen verurteilt worden. Auch rechtsextreme Konzerte hatte es auf dem Gartengrundstück bei Winterbach schon gegeben. Kinderzimmerterroristen hieß eine Band aus Thüringen, die dort 2010 aufspielte. Sie seien vor der Gefahr in der Nachbarschaft ihrer Gartenlaube von niemandem gewarnt worden, beklagten die Migranten nach der Attacke.

Rechte Brandstifter PROZESS Zwei Männer sollen eine Hütte im Großraum Stuttgart angezündet haben, in der sich Migranten aus Angst vor dem braunen Mob verschanzt....

Die beiden Angeklagten selbst haben zum Prozessauftakt bestritten, dass sie die Hütte angezündet haben. Als sie zur Laube gekommen seien, habe diese schon gebrannt. Wer den Brand gelegt hat und dass Opfer nahe der Hütte verprügelt wurden, hätten sie nicht gesehen.

Der vorsitzende Richter forderte die beiden auf, ihre Aussage zu überdenken. Für den Prozess vor der Jugendkammer sind rund 30 Verhandlungstage bis Ende Mai angesetzt. WOLF SCHMIDT

**Load-Date:** January 16, 2012

---

End of Document

## Aufstand der Unsichtbaren; RADIKAL In der Heimat traumatisiert, in Deutschland deprimiert. Warum sich immer mehr Flüchtlinge gegen ihre Lage wehren

taz, die tageszeitung

Donnerstag 08. August 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** THEMEN DES TAGES; S. 04

**Length:** 501 words

**Byline:** CHRISTIAN JAKOB

**Highlight:** RADIKAL In der Heimat traumatisiert, in Deutschland deprimiert. Warum sich immer mehr Flüchtlinge gegen ihre Lage wehren

### Body

---

BERLIN taz | Als sich der psychisch kranke Iraner Mohammed Rahsepar im Januar 2012 in Würzburg tötete, begehrten seine Mitbewohner aus dem Asylheim auf. Die Ausländerbehörde habe Rahsepar in den Tod getrieben und mache auch ihnen das Leben zur Hölle, erklärten sie und nahmen den Kampf auf gegen einen Staat, der sie nicht will.

Einige nähten sich die Mäuler zu, sie verweigerten die Nahrung, forderten Bleiberecht und fanden Nachahmer im ganzen Land. Der Protest von Asylbewerbern und Geduldeten reißt seither nicht ab. Sie wehren sich gegen schikanierende Ausländerbehörden, Diskriminierung und drohende Abschiebungen. Dabei sind sie offensiv wie nie zuvor: Im Oktober marschierten sie zu Fuß quer durchs Land, zuletzt traten immer mehr von ihnen in Hungerstreik, einige gar in den potenziell tödlichen Durststreik. Die seit den neunziger Jahren existierende Flüchtlingsbewegung in Deutschland entfaltete eine ungekannte Dynamik.

Fakt ist aber auch: Viele Bedingungen für Asylsuchende haben sich bereits verbessert. Ein Teil des sogenannten Asylkompromisses von 1993 wurde aufgeweicht: Früher mussten Asylbewerber mit gut der Hälfte der Sozialleistungen für Deutsche auskommen, seit einem Verfassungsgerichtsurteil von 2012 erhalten sie heute nominell nur noch 28 Euro im Monat weniger als Hartz-IV-Bezieher. Bis auf Bayern und Sachsen hält kein Bundesland mehr die Residenzpflicht nach innen aufrecht. Und die Dauer des totalen Arbeitsverbots während des laufenden Asylverfahrens hat sich auf neun Monate verkürzt.

Warum also sind die Proteste heute größer, ausdauernder und radikaler als früher?

Früher konnte Deutschland Flüchtlinge nur direkt in ihre Heimatländer abschieben. Das hat oft gedauert, es existierte Rechtsschutz. Heute ermöglicht es die sogenannte Dublin-II-Verordnung der EU, Flüchtlinge in

Aufstand der Unsichtbaren RADIKAL In der Heimat traumatisiert, in Deutschland deprimiert. Warum sich immer mehr Flüchtlinge gegen ihre Lage wehren

europäische Transitstaaten zurückzuschieben. Jeder Afghane zum Beispiel, der über Ungarn oder Italien nach Deutschland kommt, kann hier kein Asyl mehr beantragen. Er muss zurück in das Land seiner EU-Einreise.

Seit den neunziger Jahren sind die Flüchtlingszahlen kontinuierlich gesunken unter anderem infolge des Asylkompromisses . Deshalb wurden vielerorts die Flüchtlingsunterkünfte geschlossen. Doch seit 2009 steigen die Zahlen wieder. Neue Unterkünfte gibt es meist noch nicht, viele Heime sind überfüllt. Das Leben mit fremden Menschen auf engstem Raum setzt vielen der oft traumatisierten Flüchtlinge zu.

Die Angleichungen der Sozialleistungen durch die Karlsruher Richter hat ihren Haken: Viele Städte halten daran fest, Leistungen nicht in bar, sondern als Essenspakete oder Gutscheine auszugeben. So soll das Leben als Flüchtling in Deutschland bewusst unattraktiv bleiben. Empfänger empfinden die Essenspakete oft als entmündigend und frustrierend. Auch die Verkürzung des Arbeitsverbots hat nur wenig verändert: Sie bringt Asylsuchenden meist nur einen nachrangigen Arbeitsmarktzugang. In der Jobkonkurrenz mit Deutschen nutzt das kaum etwas. CHRISTIAN JAKOB

Meinung + Diskussion SEITE 12

**Load-Date:** August 7, 2013

## **Die Guten ins Land, die anderen nicht; ASYL Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann (CDU) will für manche Ausländer die Visumpflicht wieder einführen - damit wirkliche Flüchtlinge Platz fänden**

taz, die tageszeitung

Dienstag 16. Oktober 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 22

**Length:** 303 words

**Highlight:** ASYL Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann (CDU) will für manche Ausländer die Visumpflicht wieder einführen damit wirkliche Flüchtlinge Platz fänden

### **Body**

---

Niedersachsen rüstet sich für die Erstaufnahme syrischer Bürgerkriegsflüchtlinge. Schon in naher Zukunft könnte Deutschland in einer Sonderaktion Flüchtlinge aus dem kampferschütterten Land aufnehmen, sagte Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann (CDU) gestern in Hannover. Wir warten auf ein Signal des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR). Zugleich warnte der Minister vor Asylmissbrauch durch Serben und Mazedonier.

Wenn Deutschland gemeinsam mit anderen europäischen Ländern Syrer aufnehme, werde Niedersachsen sich um eine Erstaufnahme im Lager Friedland bemühen. Gerade damit dringend Hilfsbedürftige unterkommen könnten, müsse dem Asylmissbrauch durch Menschen aus Serbien und Mazedonien ein Riegel vorgeschoben werden, betonte Schünemann.

Er verlangte in diesem Zusammenhang eine schnellere Bearbeitung der Verfahren: Derzeit dauere es etwa drei Monate, bis sie zum Abschluss kämen. Der Bund müsse über die praktisch aussichtslosen Asylanträge schneller entscheiden.

Schünemann zufolge sagen viele der Asylbewerber aus Serbien, Montenegro und Mazedonien derzeit unverblümt, dass sie gekommen seien, da es in Deutschland jetzt mehr Geld gibt: Zwischen Juni und September diesen Jahres seien aus den Balkanstaaten 285 Prozent mehr Asylbewerber in Niedersachsen eingetroffen als im Vorjahreszeitraum. Auffällig sei der sprunghafte Anstieg der Bewerberzahlen, seit das Bundesverfassungsgericht im Juli 2012 über die Erhöhung der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz entschied. Er plädierte dafür, wieder eine Visumpflicht einzuführen.

Die in Niedersachsen mitregierende FDP sieht das anders: Statt in Alarmismus zu verfallen, erklärte der Abgeordnete Jan-Christoph Oetjen, sollte man den nach Deutschland Kommenden die Möglichkeit geben, hier legal zu arbeiten. (dapd / dpa)

Die Guten ins Land, die anderen nicht ASYL Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann (CDU) will für manche Ausländer die Visumpflicht wieder einführen - damit....

**Load-Date:** October 15, 2012

---

End of Document

## THEATER

taz, die tageszeitung

Donnerstag 17. Januar 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** TAZPLAN-PROGRAMM; S. 13

**Length:** 439 words

**Byline:** ESTHER SLEVOGT

### Body

---

Eigentlich sollte die Welt selbst diese Bühne sein: die Bühne für Menschenrechte nämlich. Aber wie man weiß: Sie ist es nicht. Und so müssen wir einstweilen mit dem Theater vorliebnehmen. Daher hat eine Initiative aus Schauspielerinnen und Schauspielern, Musikerinnen und Musikern die Bühne für Menschenrechte gegründet. Gemeinsam wollen die Aktionisten sich mit Hilfe der darstellenden Kunst öffentliche Aufmerksamkeit für aktuelle Menschenrechtsfragen herstellen. Im Heimathafen Neukölln kommt nun das erste Projekt der Initiative zur Aufführung: das Dokumentartheaterstück Asylmonologe, das schon in 55 Städten zu sehen war. Der Abend beruht auf Gesprächen mit Menschen, die fliehen und Grenzen überwinden mussten, weil sie verfolgt oder anderweitig bedroht worden sind (Heimathafen Neukölln: Asylmonologe. Ab 19. 1., 19.30 Uhr).

Sehr oft ist es die einfache Sehnsucht nach Freiheit, die Menschen auf die Suche nach einer besseren Zukunft aufbrechen und zu Migranten werden lässt. Was soll man da von einer Veranstaltung halten, die mit *Fucking Liberty!* überschrieben ist und heute Abend in der Volksbühne Premiere hat? Ulli Lommel, der Schöpfer des Abends, ist Jahrgang 1944 und eine Art Altachtundsechziger aus dem Umfeld des Neuen Deutschen Films. Wikipedia zufolge war Lommel einst auch mal mit einer Ex von Jean-Luc Godard zusammen. 1977 ist er dann nach Amerika gezogen, wo er eine Ölerbin geheiratet hat. Die Freiheit, die er uns also jetzt madig machen will, hat er selbst bereits ausgiebig genossen. Seine Erfahrungen mit der Geliebten und schillernden Hure Erika Amerika bilden jetzt natürlich die Basis des Volksbühnenabends, wie uns die blumige Ankündigungssprosa aus der Volksbühnendramaturgie glaubhaft versichert, wo man die USA bereits auf dem Weg wähnt, eine Art bessere DDR zu werden. (Volksbühne: *Fucking Liberty*, Ab Donnerstag 19.30 Uhr)

Im Rixdorfer Jazzsalon der kleinen Galerie Bauchhund (deren Name ein Anagramm aus dem Wort Buchhandlung ist, was in alten Lettern über dem Laden geschrieben stand, bevor Christoph Böhm dort mit seiner Galerie eingezogen ist) dort also kann man am Samstag die niederländische Sängerin Flavia mit ihrem Programm *Love, Death and Vegetables* erleben, deren finster-melancholische Lieder für Klavier und Akkordeon ein faszinierendes Referenzspektrum haben: von Erik Satie bis zum von Bert Brecht inspirierten Riot-Punk-Cabaret-Style der Bostoner Formation *The Dresden Dolls*. (Galerie bauchhund: *Love, Death and Vegetables*. 19. 1., 20.00 Uhr)

- Mehr Theater:



THEATER

Das Himbeerreich SEITE 3

Brenne SEITE 9

GWSW SEITE 12

THEATER

ESTHER SLEVOGT

betrachtet das Treiben auf Berlins Bühnen

**Load-Date:** January 16, 2013

---

End of Document

**Noch schneller ausweisen, heißt das Motto; SCHWEIZ Eine deutliche Mehrheit stimmt bei einem Referendum für Verschärfung des Asylrechts. Sogenannte renitente Asylbewerber können in besonderen Einrichtungen untergebracht werden**

taz, die tageszeitung

Montag 10. Juni 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 10

**Length:** 374 words

**Byline:** ANDREAS ZUMACH

**Highlight:** SCHWEIZ Eine deutliche Mehrheit stimmt bei einem Referendum für Verschärfung des Asylrechts. Sogenannte renitente Asylbewerber können in besonderen Einrichtungen untergebracht werden

## Body

---

AUS GENF ANDREAS ZUMACH

In der Schweiz gelten künftig verschärfte Bedingungen für Flüchtlinge und Asylbewerber. Und die Möglichkeiten für Flüchtlinge, überhaupt auf Schweizer Boden zu gelangen, werden eingeschränkt.

Einer entsprechenden Gesetzesvorlage der Berner Regierung stimmten die EidgenossInnen am Sonntag mit der großen Mehrheit von 79 Prozent zu. Flüchtlingsinitiativen hatten, unterstützt von den Grünen und den Sozialdemokraten, eine Volksinitiative gegen die Asylrechtsverschärfung lanciert: Mit dem neuen Asylrecht wird zum einen die Möglichkeit, AsylbewerberInnen abzulehnen sowie straffällig gewordene Asylanten auszuweisen, erleichtert. Zudem können als renitent geltende Asylanten künftig zwecks besserer Kontrolle und Überwachung in eigens dafür geschaffenen Asylzentren untergebracht werden. Kriegsdienstverweigerung und Desertion werden nicht mehr als Asylgründe anerkannt. Die Möglichkeit für Flüchtlinge, Asyl bei einer Schweizer Auslandsbotschaft zu beantragen, wird abgeschafft.

Die Option, sogenanntes Botschafts asyl zu erhalten, war erst vor zwei Jahren in das öffentliche Bewusstsein gedrungen und zum Gegenstand kontroverser Debatten geworden, als bekannt wurde, dass Schweizer Botschaften in einer Reihe von Krisenländern im Nahen und Mittleren Osten sowie in Afghanistan Hunderte von Asylansuchen unter Verstoß gegen die bislang geltenden Gesetze einfach nicht bearbeitet hatten.

Annahme auch in Genf

Die breite Zustimmung von 79 Prozent aller stimmberechtigten BürgerInnen ist nach ersten Analysen von WahlforscherInnen nur erklärbar, weil Teile der WählerInnen der Grünen und der Sozialdemokraten entgegen der

Noch schneller ausweisen, heißt das Motto SCHWEIZ Eine deutliche Mehrheit stimmt bei einem Referendum für Verschärfung des Asylrechts. Sogenannte renitente Asyl....

Empfehlung der beiden Parteien die gegen die Asylrechtsverschärfung gerichtete Volksinitiative ablehnten. Erstmals erhielt ein derartiges Verschärfungsgesetz eine Mehrheit der StimmbürgerInnen in sämtlichen Kantonen und Halbkantonen der Schweiz. Wobei die Zustimmung in der französischsprachigen Westschweiz insgesamt geringer ausfiel als in der Deutschschweiz und im italienischsprachigen Tessin. Selbst im liberalen Stadtkanton Genf, mit 42 Prozent die europäische Stadt mit dem höchsten Anteil ausländischer Wohnbevölkerung, wurde die Asylrechtsverschärfung mit einer wenn auch knappen Mehrheit angenommen.

**Load-Date:** July 14, 2015

---

End of Document

**Wanted: Migrationshintergrund; POLIZEI Vor zehn Jahren startete die Berliner Polizei eine Werbekampagne, um mehr Migranten einzustellen. Ob das geklappt hat, ist unklar - die Zahlen werden nicht erfasst**

taz, die tageszeitung

Freitag 10. August 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 18

**Length:** 797 words

**Byline:** OTTO DIEDERICH

**Highlight:** POLIZEI Vor zehn Jahren startete die Berliner Polizei eine Werbekampagne, um mehr Migranten einzustellen. Ob das geklappt hat, ist unklar die Zahlen werden nicht erfasst

## Body

---

VON OTTO DIEDERICH

Auf den Straßen nimmt man sie noch immer eher selten wahr – dennoch verrichten in der Berliner Polizei mittlerweile BeamtInnen aus mehr als hundert Staaten ihren Dienst. Die meisten von ihnen haben türkische, einige auch libanesischen, italienischen oder koreanischen Wurzeln. Und vorausgesetzt, er schafft seine Abschlussprüfung, wird in Kürze auch ein junger Mann aus Trinidad und Tobago dabei sein.

Merkmal nicht erfasst

Vor zehn Jahren startete die Berliner Polizei als erste deutsche Sicherheitsbehörde eine Werbekampagne, um Jugendliche mit Migrationshintergrund anzusprechen. Damals lag deren Anteil noch bei schlappen 1,5 Prozent. Wie viele der fertig ausgebildeten BeamtInnen selbst Migrationshintergrund haben, weiß jedoch auch die Polizei nicht zu sagen – spätestens mit der Verbeamtung nehmen PolizistInnen die deutsche Staatsbürgerschaft an. Eine rechtliche Grundlage für die Erfassung besteht damit nicht mehr. Bekannt ist in Berlin lediglich, dass unter den seit 2006 eingestellten knapp 3.300 PolizeischülerInnen 353 migrantische Wurzeln hatten – das entspricht etwa 10,8 Prozent.

Bülent Topal, der türkischen Wurzeln hat, ist bereits deutlich länger dabei. Als er sich 1992 bei der Polizei bewarb, sagte er seinen Eltern zunächst lieber nichts davon, weil die ein negatives Bild von dem Beruf haben könnten – in der Türkei gilt die dortige Polizei als sehr autoritär. Als er jedoch angenommen wurde und mit der Ausbildung begann, war seine Berufswahl nicht länger zu verheimlichen. Seine Mutter sei in Tränen ausgebrochen, erzählt der heute 37-jährige Polizeikommissar, der nach fast zwölf Jahren bei der Bekämpfung organisierter Kriminalität im Landeskriminalamt heute direkt bei der dem Polizeipräsidenten unterstellten Konfliktkommission tätig ist.

Wanted: Migrationshintergrund POLIZEI Vor zehn Jahren startete die Berliner Polizei eine Werbekampagne, um mehr Migranten einzustellen. Ob das geklappt hat, ist....

In seinem Ausbildungslehrgang, sagt Topal, sei er seinerzeit der einzige Nichtdeutsche gewesen. Da seien schon einige recht grobe Äußerungen gefallen bis hin zu der Bemerkung Na, bald ein Türke weniger? während der Waffenreinigung. Er habe dies alles heruntergeschluckt, um nicht als Nestbeschmutzer zu gelten und versucht, durch gute Arbeit Anerkennung zu bekommen. Für einige sei er als unser Ali dann auch ein Vorzeige-Migrant gewesen, mit dem sich die Dienststelle schmücken konnte. Noch heute nimmt Topal die KollegInnen in Schutz: Viele seien einfach mit der Situation überfordert gewesen.

Serkan Salman, 34, ist fünf Jahre nach Topal zur Polizei gekommen. Er arbeitete unter anderem als Polizeiausbilder für Politische Bildung und ist heute im LKA einer der Ansprechpartner für Interkulturelle Aufgaben. In der Polizeischule und auf den einzelnen Dienststellen bemerke er schon, dass der Anteil der KollegInnen mit Migrationshintergrund gestiegen sei, sagt Salman. Hier hätten der ehemalige Polizeipräsident Dieter Glietsch und Vizepräsidentin Margarete Koppers viel bewirkt, bestätigt auch Topal. Dennoch werde es wohl noch ein paar Jahre dauern, bis auch MigrantInnen als ganz normale Polizisten gälten, sagt Polizeioberkommissar Salman.

Vermutlich hat er damit recht. Eстера Chmielewska, 33, hat polnische Wurzeln und ist seit 2004 mit ihrer Ausbildung fertig. Heute ist sie im LKA bei der Bekämpfung der Geldwäsche tätig. Familiäre Schwierigkeiten hatte sie nicht zu überwinden, sie sei sehr zufrieden mit ihrer Arbeit und gut reingewachsen. Doch auch Kriminaloberkommissarin Chmielewska hat sich im Dienst schon anhören müssen, Ausländer hätten bei der Polizei nichts zu suchen. Bei einigen deutschen KollegInnen werde der Nutzen von Migranten wohl nicht so gesehen, meint Chmielewska. Chmielewska, die wie Bülent Topal und Serkan Salman heute Deutsche ist, hofft, dass sich das noch ändere.

Seit man sich bei der Berliner Polizei nur noch online bewerben kann und der Numerus clausus weggefallen ist, sei die Zahl der Bewerber mit migrantischen Wurzeln bereits auf das Fünf- bis Sechsfache gestiegen, sagt Katja Sievert vom Einstellungsreferat immerhin. Noch immer sind knapp 11 Prozent jedoch nicht sehr viel. Um dies zu verbessern, arbeitet Katja Sievert mit der Türkischen Gemeinde und anderen migrantischen Organisationen zusammen. Sie schickt ihre Mitarbeiter außerdem an Schulen, Jobcenter und auf Straßenfeste, um dort Jugendliche direkt anzusprechen.

Zu den Bedarfssprachen, die bei der Polizei bevorzugt gesucht werden, weil sie bei der täglichen Arbeit von Nutzen sein können, zählen laut Sievert neben Englisch und Türkisch auch Polnisch, Russisch und Arabisch. Aber auch die Beherrschung der deutschen Sprache ist wichtig beim Einstellungstest gilt sie sogar als K.-o.-Fach. Wer hier durchfällt, für den ist der Traum von der Arbeit in der blauen Uniform zu Ende.

Sie musste sich im Dienst schon anhören, Ausländer hätten bei der Polizei nichts zu suchen

**Load-Date:** August 9, 2012

**Verfolgung, Asyl, Freundschaft; LEBEN Homosexuelle werden in Uganda verfolgt. Wie Esther, eine Journalistin. In Deutschland bekam sie Asyl, auch weil Freundinnen sie unterstützten**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 04. Juli 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** LEBENSFORMEN; S. 05

**Length:** 1506 words

**Byline:** Steffi Unsleber

**Highlight:** LEBEN Homosexuelle werden in Uganda verfolgt. Wie Esther, eine Journalistin. In Deutschland bekam sie Asyl, auch weil Freundinnen sie unterstützten

## Body

---

VON STEFFI UNSLEBER

Als Esther zur Polizei ging, weil nachts fremde Männer ihre Wohnung überfielen, sagten die Polizisten nur: Lesbisch? Das ist illegal in Uganda! Das Einzige, was wir für dich tun können, ist, dich einzusperren.

Und Esther, mehrfach vergewaltigt und traumatisiert und frustriert von ihrem Land, beschloss, endlich zu fliehen. Als sie in Deutschland war, legal, bei einem Journalisten-Austauschprogramm, erzählte sie der Seminarleiterin ihre Geschichte.

Darauf wurde eine E-Mail verschickt, über die Verteiler des Journalistinnenbundes. Karin Flothmann hatte sich gerade von ihrem Mann getrennt, als die Mail bei ihr eintraf, und Platz in ihrer Wohnung. Ob sie Essen für einen oder zwei kauft völlig egal, dachte sie. Karin Flothmann, Mitte fünfzig, kurze Haare, rau, robust, sagte, sie könne die ugandische Journalistin aufnehmen. Sie räumte ihr Schlafzimmer und Esther zog ein.

Karin Flothmann dachte: Was mache ich, wenn sie einen Nervenzusammenbruch hat? Wähle ich 112?

Esther schlief, tagelang. Las viel. Putzte die Wohnung. Sie kochten. Es war lustig, sagt Karin Flothmann.

Es gab:

Huhn mit Erdnusssauce.

Kohlrouladen.

Sie gingen in Bars. Sie gingen tanzen.

Verfolgung, Asyl, Freundschaft LEBEN Homosexuelle werden in Uganda verfolgt. Wie Esther, eine Journalistin. In Deutschland bekam sie Asyl, auch weil Freundinnen....

My personal , sagte Esther zu Karin.

My bodyguard , sagte Karin zu Esther. Esther war mal Kapitänin der Rugby-Frauennationalmannschaft in Uganda. Lang her.

Eigentlich wollte Esther nur zehn Tage bleiben. Es wurden sechs Wochen. Dann musste sie nach München. Das Verteilungssystem EASY, die Erstverteilung von Asylbegehrenden , gibt es vor: Flüchtlinge aus Uganda müssen nach Bayern.

München? Karin Flothmann sagte: Das ist so, als ob sie dich zurück nach Afrika schicken.

Wieder bei null anfangen, dachte Esther.

Eine weitere E-Mail wurde verschickt, sie erreichte die Regionalgruppe des Journalistinnenbundes in München, und damit Elke Amberg. Sie holte Esther vom Bahnhof ab. Tölpelhaft , sagt sie. Mit einem großen, strahlenden Lächeln , schreibt Esther später in einem Artikel für das Onlinemagazin The Munich Eye. Wieder eine Journalistin, diesmal eine Lesbe.

Elke Amberg kannte verfolgte Lesben aus anderen Ländern. Sie wollte endlich helfen. Sie kümmerte sich um Esthers Verfahren, sammelte Geld, brachte ihr Nutella. Zwei weitere Journalistinnen auch. Und sie schrieben Artikel. Über die Verfolgung in Uganda, über die Schikanen für Asylsuchende.

Als klar war, dass es Esther im Asylbewerberheim schlecht geht, überlegte Elke Amberg, ob sie sie zu sich nach Hause holt. Ihre Freundin, die selbst mit traumatisierten jungen Frauen arbeitet, hat dann eine Grenze gezogen: Sie will das nicht. Und das kleine Häuschen im Neubaugebiet von München-Fürstenried, das mit dem Gartentor und den Gummistiefeln vor der Haustür, es blieb privat.

Esther blieb im Flüchtlingsheim, wo sie sich das Zimmer mit acht Frauen teilte, wo eine Nigerianerin nachts immer lauthals mit ihrem Freund telefonierte, wo Männerbesuch kam. Elke Amberg sieht immer noch gequält aus, wenn sie sagt: Es ist klar, dass es ihr da scheiße ging.

Flucht und

Drei Jahre später sitzt Esther in einem Restaurant neben dem Münchner Hauptbahnhof und löffelt Leberknödelsuppe. Zu Elke Amberg hat sie keinen Kontakt mehr. Auch zu sonst niemandem aus der Regionalgruppe München.

Irgendwie ist das so passiert. Wer sich mit Esther verabreden will, muss das auch wirklich wollen: Sie geht kaum ans Telefon. Beantwortet E-Mails erst nach vielen Tagen. Reagiert nicht auf SMS. Kommt zum Treffen dann eine Stunde zu spät.

I'm so sorry , sagt sie, eine kleine, kräftige Frau, Anfang dreißig, mit breiten Narben, die sich von ihrer Wange bis zum Kinn ziehen. Wenn sie läuft, sieht es so aus, als hätte sie Schmerzen. Immer leicht vornübergebeugt. Manchmal fasst sie nach der Hand ihrer Begleitung. Dann lässt sie schnell wieder los. Elke Amberg hat mal die anderen Journalistinnen im Verein gefragt, was das ist: Ob Esther so flirtet? Immer dieses Händchenhalten, Tätscheln, die Umarmungen? Wenn Esther demonstriert, was Elke Amberg meinte, lacht sie verschämt.

Esther kommt aus einem Land, in dem es normal ist, dass Frauen Händchen haltend durch die Straßen laufen und in dem seit einigen Jahren über eines der schärfsten Anti-Homosexuellen-Gesetze des Kontinents beraten wird: The Anti-Homosexuality Bill . Die Bürger wären, wenn es durchkäme, unter Strafandrohung verpflichtet, Homosexuelle anzuzeigen. Als Höchststrafe sieht der Entwurf lebenslange Haft vor. Wiederholungstäter könnten zum Tode verurteilt werden.

In Uganda glauben die meisten, Homosexualität sei der letzte Schrei aus dem Westen, sagt Esther. Eine Mode. Und: Dass sie vom Teufel besessen ist. Eine Krankheit hat.

Verfolgung, Asyl, Freundschaft LEBEN Homosexuelle werden in Uganda verfolgt. Wie Esther, eine Journalistin. In Deutschland bekam sie Asyl, auch weil Freundinnen....

Esthers Mutter ist früh gestorben. Sie wuchs bei ihrer Oma auf. Als sie zwölf war, hat ihr Onkel sie vergewaltigt. Wenn sie das erzählt, sagt sie zuerst: Er hat was getan. Und dann, wenn die Ahnung da ist, nach ein paar Sekunden: Er hat mich vergewaltigt. Sie floh, zu einer Freundin ihrer Mutter, zu ihrer Auntie in die Stadt. Sie ging auf die Highschool, hatte mit 16 das erste Mal Sex mit einer Freundin, war danach mit ihr zusammen, zumindest eine Weile. Bis ihre Freundin einen Verehrer hatte, der in der Schule herumerzählte, dass sie, Esther, eine Lesbe sei.

Ich weiß wirklich nicht, ob ich lesbisch geboren wurde oder ob es die Umständen waren: Männer haben mich angewidert, sagt Esther.

Das nächste Mal wurde sie vom Mann der Auntie vergewaltigt. Als Esther ihr das erzählte, sagte die Auntie: Unmöglich. Sie glaubte Esther nicht, sie glaubte nur, dass Esther ihr den Mann ausspannen wollte. Und jagte sie aus dem Haus.

Esther versuchte, sich umzubringen. Nahm eine Menge Medikamente. Wurde schließlich von einer muslimischen Frau gefunden, die sie ins Krankenhaus brachte und danach in ihr Haus. Esther wurde Hausmädchen. Studierte. Fing an, als Journalistin für ugandische Zeitungen zu arbeiten.

Irgendwann rief ein Mann an, sagte, er hätte eine Story für sie. Er wolle sie persönlich treffen.

Sie trafen sich im Restaurant.

Eigentlich habe ich keine Story, sagte er. Deine Familie wollte, dass ich dich finde. Sie wollen, dass ich dich heirate.

Esther stand auf. Du läufst nicht wieder weg!, sagte er. Ich habe schon für dich bezahlt!

Auf der Straße schrie er: Wisst ihr was? Sie ist eine Lesbe! Er stachelte die Leute auf. Esther entkam knapp. Sie hielt ein Motorradtaxi an: Bitte, bring mich einfach hier raus!

Der Mann lauerte ihr weiter auf. In Sportklubs, in Kneipen. Du fühlst dich so klein, sagt sie.

Irgendwann riefen ihre Onkel an. Die Großmutter sei krank. Dass das eine Lüge war, erfuhr sie erst, als sie schon in ihrem Heimatdorf stand. Ihre Onkel sagten: Wir prügeln deine Sexualität aus dir raus.

Ich bin nicht lesbisch, schrie Esther.

Warum heiratest du dann nicht?, schrien ihre Onkel. Auf dem Boden lag Glas. Sie schubsten Esther hinein. Die Scherben zerschnitten ihre Knie, ihren Kehlkopf. Und Esther, die viel Blut verlor und glaubte, sie wäre eh schon tot, packte die Scherben und zerschnitt sich das Gesicht. Sie wollte hässlich sein. Sie hatte nicht damit gerechnet, dass sie überlebt.

Zuflucht

Im Frühjahr 2011 wurde sie als Flüchtling in Deutschland anerkannt. Die erste Anhörung vor dem Bundesamt für Flüchtlinge und Migration musste abgebrochen werden, weil die Übersetzerin anfang zu weinen.

Die Frauen vom Journalistinnenbund hatten auf sie gewartet, in einem Café, sechs Stunden lang. Ich war wirklich berührt, sagt Esther.

Heute sind die Unterstützerinnen etwas enttäuscht.

Ich habe sie ewig nicht mehr gesehen, sagt sie. Und ihre Mails sind superkurz.

Sie hat ihr drei, vier Mails geschrieben, seit sie vor ein paar Monaten von einer längeren Reise zurückgekommen ist. Hat sie zum Essen eingeladen, hat gekocht, hat gewartet. Esther kam nicht. Elke Amberg lächelt. Es ist immer



Verfolgung, Asyl, Freundschaft LEBEN Homosexuelle werden in Uganda verfolgt. Wie Esther, eine Journalistin.  
In Deutschland bekam sie Asyl, auch weil Freundinnen....

irgendwas. Aber, sagt sie dann, es war ja auch eine Art Zwangsfreundschaft. Esther war abhängig von unserer Hilfe. Wer ist schon gern abhängig?

Esther sitzt in ihrer Wohnung in München, schwarze Möbel, weiße Wände, graues Sofa, I don't like colours so much , tippt mit zwei Fingern E-Mails und wartet, der Computer braucht heute wieder ewig. Auf einem Regal steht ein Foto, Esther sieht jung darauf aus, trägt ein gelbes Kleid, umarmt ihre Oma, die nicht weiß, dass sie lesbisch ist.

Esther wird nie mehr nach Uganda zurückkönnen, sonst verliert sie ihr Asyl, auch wenn ihre Freundin Tallie noch dort lebt und nachts heimlich Plakate aufhängt gegen Homophobie. Tallie hatte die Wahl, sie war vor einem Jahr in Deutschland, aber sie hat sich dagegen entschieden, mit Esther zu leben.

Tallie ist kaum zu verstehen, die Verbindung ist schlecht. Warum sie noch in Uganda ist? I'm activist , sagt sie, ihre Stimme klingt sehr weit entfernt. I'm part of the voice. Ich muss hierbleiben, um dafür zu sorgen, dass wir irgendwann wie Menschen behandelt werden.

\* Esthers und Tallies Namen sind geändert. Esther verbirgt vor ihren afrikanischen Freunden in Deutschland, dass sie lesbisch ist

Esther sitzt in ihrer Wohnung in München, schwarze Möbel, weiße Wände, I don't like colours so much

**Load-Date:** July 3, 2013

**Keine Reaktion auf Hungerstreik; IGNORANZ Bundesregierung sollte mit den protestierenden Asylsuchenden sprechen, fordern der Berliner Flüchtlingsrat und CDU-Politikerin John**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 17. Oktober 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SEITE 1; S. 01

**Length:** 234 words

**Highlight:** IGNORANZ Bundesregierung sollte mit den protestierenden Asylsuchenden sprechen, fordern der Berliner Flüchtlingsrat und CDU-Politikerin John

## Body

---

BERLIN taz/epd Angesichts des andauernden Hungerstreiks von Asylsuchenden vor dem Brandenburger Tor fordert der Flüchtlingsrat Berlin, dass die zuständigen Politiker das Gespräch mit den Flüchtlingen suchen. Es sei beschämend, dass die Leute erst reihenweise umkippen müssen, bevor dies geschieht, sagte die Sprecherin des Flüchtlingsrats. Bislang hätten sich weder Vertreter von CDU oder SPD noch des Innenministeriums gezeigt.

Auch die frühere Berliner Ausländerbeauftragte Barbara John (CDU) sagte im RBB, Vertreter der Bundesregierung sollten mit den Flüchtlingen sprechen. Dabei gehe es nicht vordergründig um die Erfüllung von Forderungen. So sei ein Bleiberecht sicher nicht verhandelbar. Ein Politiker müsse sich aber auch zutrauen, die Flüchtlinge zu überzeugen. Am Mittwoch brachen mindestens sieben der Hungerstreikenden entkräftet zusammen. Seit drei Tagen verweigern die knapp 30 Asylsuchenden auch die Getränkeaufnahme. Sie fordern außer der Anerkennung als Asylbewerber auch bessere Lebensbedingungen in den Flüchtlingsunterkünften.

In Hamburg kam es bei Protesten gegen die geplante Abschiebung von Flüchtlingen zu Auseinandersetzungen zwischen Autonomen und der Polizei. Kirchenvertreter, die die Flüchtlinge unterstützen, distanzieren sich von gewaltsamen Aktionen. Nur Besonnenheit ist unsere Stärke, sagte St.-Pauli-Pastor Sieghard Wilm.

Berichte SEITE 6, 21

Meinung + Diskussion SEITE 12

**Load-Date:** October 16, 2013

**Roma tauchen unter; RÜCKFÜHRUNG Eine sechsköpfige Familie, die am Mittwoch in den Kosovo abgeschoben werden sollte, hat sich versteckt. Politiker und Flüchtlingsrat kritisieren Schünemann**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 05. Januar 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 22

**Length:** 455 words

**Byline:** CHRISTIAN JAKOB

**Highlight:** RÜCKFÜHRUNG Eine sechsköpfige Familie, die am Mittwoch in den Kosovo abgeschoben werden sollte, hat sich versteckt. Politiker und **Flüchtlingsrat** kritisieren Schünemann

## Body

---

VON CHRISTIAN JAKOB

Niedersachsen wollte erneut eine Roma-Familie ins Kosovo abschieben. Die für Mittwochnacht angesetzte Rückführung nach Pristina scheiterte jedoch: Die sechsköpfige Familie Keqaj tauchte mit zwei chronisch kranken Kindern unter. Am Nachmittag dann setzte das Verwaltungsgericht Osnabrück die Abschiebung vorerst aus.

Zuvor hatten der Osnabrücker Bischof Franz-Josef Bode sowie die Oppositionsparteien Innenminister Uwe Schünemann (CDU) aufgefordert, die Keqajs in Deutschland zu lassen.

Die Familie lebt seit 2009 im Flüchtlingslager Hesepe bei Bramsche. Die Mutter leidet an Lungenproblemen, die siebenjährige Tochter hat an einen Herzfehler, der zehnjährige Sohn wurde wegen langer Migräneattacken in einem Osnabrücker Krankenhaus behandelt.

Kurz vor Weihnachten hatte die Ausländerbehörde ihnen die Abschiebung angekündigt. Die Keqajs sollen sich ab 2 Uhr morgens bereithalten, hieß es in dem Schreiben.

Eine Rückführung in den Kosovo in den Wintermonaten ist für eine sechsköpfige Familie eine schwere Hypothek, schrieb der Osnabrücker Caritasvorsitzende Gerrit Schulz, der für die Caritas in der niedersächsischen Härtefallkommission sitzt, im Auftrag des Bischofs an Schünemann. Die ärztliche und medikamentöse Behandlung der Kinder sei im Kosovo nicht gesichert. Die Familie muss im Kosovo damit rechnen, den Winter in provisorischen Zeltlagern zu verbringen, fürchtet ihr Osnabrücker Anwalt Ralf Albrecht. Er beantragte beim Verwaltungsgericht, der Familie eine Duldung zu erteilen.

Roma tauchen unter RÜCKFÜHRUNG Eine sechsköpfige Familie, die am Mittwoch in den Kosovo abgeschoben werden sollte, hat sich versteckt. Politiker und Flüchtlings....

Auch die Grünen-Landtagsabgeordnete Filiz Polat appellierte an Schünemann. Es ist für mich absolut unbegreiflich, warum die Landesregierung aus den Folgen ihrer rigorosen Abschiebungen, besonders in letzter Zeit, nichts gelernt hat , sagte Polat.

Schünemann wies die Kritik zurück. In Niedersachsen werde niemand abgeschoben, bei dem beispielsweise eine ernsthafte Erkrankung vorliegt und aufgrund derer die Reisefähigkeit nicht gegeben ist , teilte er schriftlich mit. Die Kinder der Keqajs seien am 30. Dezember in Bramsche amtsärztlich untersucht worden. Die Untersuchung hat ergeben, dass alle Kinder uneingeschränkt auf dem Land- und dem Luftweg reisefähig sind , so der Minister.

Frei übersetzt heißt das: Sie werden den Flug überleben , sagte Kai Weber vom niedersächsischen Flüchtlingsrat. Ob das Kind im Kosovo eine adäquate Behandlung erhält, interessiert das Innenministerium nicht.

Die Landtagsgrünen fordern wie die Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz einen Wintererlass für einen Abschiebungsstopp in den Kosovo in den kalten Monaten.

Eine Rückführung in den Kosovo in den Wintermonaten ist für eine sechsköpfige Familie eine schwere Hypothek

GERRIT SCHULZ, CARITAS

**Load-Date:** January 4, 2012

**Unbekanntes Ehrenamt; MONOKULTUR Der freiwilligen Feuerwehr in Niedersachsen gehen die Mitglieder aus, auch wenn die Nachwuchswerbung gut läuft. Nach wie vor selten sind Feuerwehrleute mit Migrationshintergrund**

taz, die tageszeitung

Samstag 13. Juli 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** THEMEN DES TAGES; S. 44

**Length:** 765 words

**Byline:** TERESA HAVLICEK

**Highlight:** MONOKULTUR Der freiwilligen Feuerwehr in Niedersachsen gehen die Mitglieder aus, auch wenn die Nachwuchswerbung gut läuft. Nach wie vor selten sind Feuerwehrleute mit Migrationshintergrund

## Body

---

VON TERESA HAVLICEK

Fürs Foto darf Antonio sogar ans Funkgerät, oder wenigstens den Hörer ans Ohr halten. Auf dem Fahrersitz des Transporters sitzt Patrick Lutze, zweiter Stadtjugendfeuerwehrwart von Hannover, und blickt etwas skeptisch drein. Eigentlich ist die Einführung ins Funken eine eigene Übungseinheit für den Feuerwehrynachwuchs. Beim Zeltlager der Jugendfeuerwehr im Harz aber darf Antonio nun den Funker spielen, in voller Montur mit Latzhose, schwerer Jacke, orangefarbenem Helm und festen Lederhandschuhen.

Bei der Jugendgruppe Hannover-Linden ist Antonio seit über zwei Jahren dabei. Zwei Mal im Monat kommt er zu den Treffen mit Theorieunterricht und Einsatzübungen in die Lindener Wache. Das Zeltlager auf der Liegewiese des Freizeitbads Vitamar in Bad Lauterberg ist schon seine dritte Feuerwehrfahrt.

Ein Freund hatte Antonio zur Nachwuchsorganisation der freiwilligen Feuerwehren mitgenommen. Vorher wusste ich gar nicht, dass es so etwas gibt, sagt der 16-Jährige. Auch seine Eltern, die aus Spanien stammen, kannten die freiwillige Feuerwehr nicht, bis Antonio sie für sich entdeckte.

Wie Antonios Eltern sei der Aufbau der Feuerwehr in Deutschland vielen Migranten schlicht nicht bekannt, sagt Bernd Dahle, Bildungsreferent bei Niedersachsens Landesverband der Jugendfeuerwehr (JF). EU-weit gibt es nur noch in Österreich freiwillige Feuerwehren. Überall sonst sind die Feuerwehren staatliche oder militärische Einrichtungen. Die Unbekanntheit ist nur einer der Gründe, die Dahle für die Unterrepräsentanz von Migranten bei der Feuerwehr anführt.

Knapp 125.000 Mitglieder hat Niedersachsens freiwillige Feuerwehr, Stand Ende 2011. Das sind gut 2.000 weniger als ein Jahr zuvor. Noch seien die Feuerwehren gut aufgestellt, langfristig aber sind Leistungsfähigkeit und

Unbekanntes Ehrenamt MONOKULTUR Der freiwilligen Feuerwehr in Niedersachsen gehen die Mitglieder aus, auch wenn die Nachwuchswerbung gut läuft. Nach wie vor sel....

Einsatzbereitschaft gefährdet, warnte im vergangenen Jahr der Feuerwehr-Jahresbericht. Bis 2050 werde die Mitgliederzahl auf 107.000 sinken.

Entsprechend groß ist das Werben um den Nachwuchs. Offenbar mit Erfolg: Dort steigen die Mitgliedszahlen, besonders seit die JF 2010 neben den Jugendfeuerwehren für Zehn- bis 16-Jährige auch Kinderfeuerwehren für Sechs- bis Zehnjährige in den Verband aufgenommen hat. Fast 39.000 Mitglieder sind es bei den Kinder- und Jugendfeuerwehren derzeit landesweit. Migrantische Jugendliche wie Antonio sind dennoch die Ausnahme: Gerade mal 170 der Kinder- und Jugendfeuerwehrleute haben laut der offiziellen Statistik der JF einen Migrationshintergrund.

Es sind viele Hemmschwellen abzubauen, sagt Dahle und verweist auf eine Studie, die Niedersachsens Innenministerium 2009 erstellen ließ: Demnach spielen die freiwillige Feuerwehr und ihre Nachwuchsorganisationen in der Lebenswelt migrantischer Jugendlicher kaum eine Rolle. Zudem werden sie mit traditionell deutschen Institutionen wie Heimat- und Schützenvereinen sowie ausgeprägtem Alkoholkonsum verbunden.

Picheln, sagt Hannovers Vize-Stadtjugendfeuerwehrwart Lutze, das gibt es nur in Geschichten von früher. Beim Zeltlager in Bad Lauterberg sind Alkohol und Zigaretten für die Jugendlichen tabu. Die Betreuer ziehen sich zum Rauchen in die kinderfreie Zone zurück, einen Container am Rande des Camps, blickdicht abgetrennt mit einem Tarnnetz. Wir haben hier eine Vorbildfunktion, erklärt Lutze.

Wie gut es gelingt, migrantischen Nachwuchs zu gewinnen, liege an jeder einzelnen Feuerwehr-Ortsgruppe, an jedem einzelnen Betreuer, sagt JF-Referent Dahle. Wir geben auf Verbandsebene jegliche Unterstützung.

Schon 2010 hat sich der Verband die interkulturelle Öffnung in die Leitlinien geschrieben, für Funktionsträger gibt es ein spezielles Fortbildungsprogramm. Um Migranten wird mit mehrsprachigen Flyern und Imagefilmen geworben. Viel hänge aber auch vom Kontakt der Feuerwehr mit Migrantenverbänden vor Ort ab, sagt Dahle. Er sieht vor allem Kommunikationsdefizite, die nur ausgeräumt werden könnten, wenn man miteinander spricht.

Für Jugendfeuerwehrwart Lutze ist das selbstverständlich, wie er sagt. Ebenso wie es selbstverständlich sei, dass es Lunchpakete beim Zeltlager im Harz auch fleischlos gibt, für Vegetarier und Muslime. Da müssen wir drauf achten. Der 24-Jährige ist Erzieher, hauptberuflich arbeitet er in Hannover-Linden in der Kinder- und Jugendarbeit. Brennpunktarbeit, sagt er. Ich kenne die Voraussetzungen, vom Essen bis zur Kultur.

In Linden, wo Lutze bis vor Kurzem die Jugendgruppe leitete, habe sich das rumgesprochen: 14 Jugendliche aus sechs Nationen gehören derzeit dazu, unter anderem mit türkischen, brasilianischen, libanesischen und, wie Antonio, spanischen Wurzeln.

**Load-Date:** July 12, 2013

**Schlafplatz auf den Gängen; FLÜCHTLINGE Die aktuelle Zahl der Asylbewerber liegt deutlich höher als in den Vorjahren. Viele Unterkünfte sind überbelegt - und werden wohl trotzdem bald geschlossen. Sozialsenator Czaja droht den Bezirken - mit Erfolg**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 27. März 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 21

**Length:** 880 words

**Byline:** MARINA MAI

**Highlight:** **FLÜCHTLINGE** Die aktuelle Zahl der **Asylbewerber** liegt deutlich höher als in den Vorjahren. Viele Unterkünfte sind überbelegt und werden wohl trotzdem bald geschlossen. Sozialsenator Czaja droht den Bezirken mit Erfolg

## Body

---

VON MARINA MAI

Franz Allert hat einen der schwierigsten Jobs in Berlin. Er muss für die Unterbringung von **Asylbewerbern** sorgen, oft gegen erbitterten Widerstand der Bezirke. In diesem Jahr ist die Situation so angespannt wie selten zuvor. 5.400 **Flüchtlinge** wohnen derzeit in Wohnheimen, die längst überbelegt sind. In der Motardstraße in Spandau schlafen die Bewohner zum Teil auf den Gängen, berichtet Allert, Präsident des Landesamtes für Gesundheit und Soziales.

Anders als in den Vorjahren, hat die Zahl der neu einreisenden **Asylbewerber** in Berlin zu Jahresbeginn nicht ab-, sondern zugenommen. Vor allem aus den Krisengebieten in Syrien und Tschetschenien kommen immer mehr Menschen. Im Januar und Februar kamen 50 Prozent mehr Menschen in Berlin um **Asyl** als im Vergleichszeitraum des Vorjahres, sagt Allert.

Etwa 1.000 Asylsuchende leben derzeit in Notunterkünften, die das Land nur bis Ende März oder Ende April unter Vertrag hat. Notunterkünfte kann Berlin gegen den Willen der Bezirke beziehen, aber nur für einen begrenzten Zeitraum. Nur mit Lichtenberg, Treptow-Köpenick und Pankow konnte Allert bisher eine längere Vertragszeit vereinbaren. Manche Bezirke versuchen, Flüchtlingsunterkünfte in Wohngebieten zu verhindern und werden dabei mitunter von Bürgerinitiativen unterstützt.

Im Bezirk Spandau betreibt die Arbeiterwohlfahrt zwei Asylbewerberheime: In der zentralen Erstaufnahmestelle in der Motardstraße wohnen 550 Menschen. Die maroden Baracken liegen zwischen rauchenden Schloten fernab jeder städtischen Infrastruktur.

Schlafplatz auf den Gängen FLÜCHTLINGE Die aktuelle Zahl der Asylbewerber liegt deutlich höher als in den Vorjahren. Viele Unterkünfte sind überbelegt - und wer....

Das zweite Heim liegt ein paar Kilometer weiter, neben Verwaltungsgebäuden und kleinen Handwerksbetrieben, am Rande eines Wohngebietes. Schule, Ärzte und Einkaufsmöglichkeiten sind für die 200 Bewohner gut zu Fuß erreichbar. Aus beiden sollen die Flüchtlinge ausziehen. In der Motardstraße ist spätestens zum Jahresende Schluss, weil die maroden Gebäude abrisssreif sind. Das zweite Heim soll Ende März geräumt werden. In der freundlichen Wohnumgebung will Spandau laut Allert keine Flüchtlinge haben: Der Bezirk macht planungsrechtliche Hindernisse geltend. Spandau habe die Unterkunft zur Vermeidung von Obdachlosigkeit nur über den Winter geduldet.

Spandaus Bürgermeister Helmut Kleebank (SPD) sieht die Dinge etwas anders: Wir haben dem Land nur unsere Rechtsposition mitgeteilt. Das Heim liegt in einem Gewerbegebiet. Dort ist ein Asylheim planungsrechtlich nicht zulässig. Bei der Motardstraße hingegen handele es sich um ein Industriegebiet. Auch dort seien Asylheime eigentlich nicht zulässig. Aber das Gesetz sieht bei Industriegebieten anders als bei Gewerbegebieten Ausnahmen vor und wir haben diese Ausnahme gestattet.

Auch in Wohngebieten ist die Unterbringung von Flüchtlingen umstritten. Ein Flüchtlingswohnheim gilt laut Rechtssprechung nicht als Wohnung, sondern als Anlage für soziale Zwecke. Canan Bayram, flüchtlingspolitische Sprecherin der Grünen, hat Urteile aus anderen Bundesländern gefunden, auf die sich auch einige Berliner Bezirke berufen: Weil Flüchtlinge beengt wohnten und ihre Wohnräume nicht abschließbar seien, werde ein Teil der Wohnfunktionen nach außen verlagert. Dadurch entstünden Lärmemissionen, die den Nachbarn in reinen Wohngebieten nicht zuzumuten seien. Reine Wohngebiete ein Begriff aus dem westdeutschen Planungsrecht aus Vor-Wende-Zeiten, der im Westteil der Stadt noch immer gilt. Aus diesem Grund können sich etwa Steglitz-Zehlendorf und Reinickendorf, in denen kaum Asylsuchende wohnen, so vehement gegen die Ansiedlung von Wohnheimen wehren.

Neben reinen gibt es auch allgemeine Wohngebiete, in denen neben Wohnbebauung auch wenige andere Gebäude zulässig sind. Ob hier Asylheime stehen dürfen, ist umstritten. Nach unserer Rechtsposition, so Franz Allert, ist das sehr wohl zulässig. Das sieht auch Lichtenbergs Bürgermeister Andreas Geisel (SPD) so, in dessen Bezirk die meisten Asylsuchenden wohnen. Für ihn ist es eine Selbstverständlichkeit, dass Menschen, die vor existenzieller Bedrohung geflohen sind, in Wohngebieten willkommen geheißen und nicht auf Industriebrachen abgeschoben werden. Doch andere Bezirke sehen das anders. Reinickendorf zum Beispiel.

Hier will die AWO ein nicht ausgelastetes Pflegeheim aufgeben und es in ein Asylheim umbauen gegen den erbitterten Widerstand des Bezirks, der zunächst planungsrechtliche Hindernisse für die Ansiedlung von Asylbewerbern geltend machte.

Sozialsenator Mario Czaja (CDU) stellte vergangene Woche klar, dass das Land, wenn nötig, das planungsrechtliche Verfahren wegen der gesamtstädtischen Bedeutung an sich ziehen werde. Canan Bayram freut sich darüber. Damit hat Czaja eine grüne Forderung aufgegriffen. Ich fordere schon lange, dass der Senat den widerspenstigen Bezirken das Planungsrecht aus der Hand nehmen soll. Ein solches Vorgehen erwägt das Land auch gegen Mitte, wo der Bezirk die Beziehung eines ehemaligen Hostels durch Flüchtlinge mit planungsrechtlichen Argumenten verhindern will. In Reinickendorf hat allein die Drohung gewirkt. Der Bezirk hat seine Bedenken aufgegeben, sagt Snezana Hummel von der AWO. Wir müssen lediglich noch Brandschutzunterlagen einreichen. Dann dürfen wir das Flüchtlingsheim beziehen.

Notunterkünfte kann Berlin gegen den Willen der Bezirke beziehen kurzfristig

**Load-Date:** March 26, 2013



**"Ungefähr jeder Vierte bleibt"; MIGRATION Der Sozialwissenschaftler  
Andreas Kapphan über die stärkere Zuwanderung aus Ländern Südeuropas  
und die Berliner Willkommenskultur**

taz, die tageszeitung

Samstag 30. März 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLINER THEMA; S. 44

**Length:** 669 words

**Byline:** PLUTONIA PLARRE

**Highlight:** **MIGRATION** Der Sozialwissenschaftler Andreas Kapphan über die stärkere Zuwanderung aus Ländern Südeuropas und die Berliner Willkommenskultur

## Body

---

### INTERVIEW PLUTONIA PLARRE

taz: Herr Kapphan, seit 2010 verzeichnen Deutschland und Berlin wieder eine stärkere Zuwanderung. Woher kommen die Leute so?

Andreas Kapphan: Die meisten nach wie vor aus Europa: aus Polen, den baltischen Staaten, Russland, Rumänien und Bulgarien. In den letzten Jahren kommen wieder mehr Zuwanderer aus Spanien, Italien und Griechenland.

Was unterscheidet Zuwanderer aus Südeuropa von der Generation ihrer Großeltern, die vor 50 Jahren als Gastarbeiter nach Deutschland kamen?

Was damals passierte, war eigentlich der ungewöhnliche Fall von Zuwanderung: Die deutsche Industrie hat in großem Maßstab Arbeitskräfte angeworben. Gekommen sind vor allem Handwerker und Bauern. Zu einem Großteil waren es Väter und Mütter, die ihre Familien nachgeholt haben. Was jetzt passiert, ist die Normalität von Wanderungsgeschehen: Junge, qualifizierte, zum Teil studierte Personen wandern aus ihrem Herkunftsland aus, weil sie dort arbeitslos sind und sich anderswo bessere Chancen versprechen.

Kommen die jungen Leute auf gut Glück nach Berlin, oder haben sie eine Jobzusage?

Viele kommen erst mal, um sich vor Ort zu informieren. Das geht vom Ausland aus schlecht. Nicht alle, die kommen, finden auch wirklich Arbeit, geschweige denn bleiben auf Dauer hier. Aus der Geschichte von Zuwanderung wissen wir, dass ungefähr jeder Vierte bleibt. Die meisten gehen doch zurück. Aus Sicht der Empfängerländer sieht es nur so aus, als ob die meisten blieben.

Wer für sich keine Perspektiven in Berlin entwickelt, zieht also weiter?

"Ungefähr jeder Vierte bleibt" MIGRATION Der Sozialwissenschaftler Andreas Kapphan über die stärkere Zuwanderung aus Ländern Südeuropas und die Berliner Willkom....

So ist es. Das, was wir vor 150 Jahren als kleinräumige Mobilität zwischen einer Stadt wie Berlin und den umgebenden ländlichen Gebieten hatten, ist heute durch neue Informations- und neue Verkehrstechnologien wesentlich großräumiger geworden. Wir haben eine vollkommen normale Arbeitskräftemobilität in der EU.

Was sind die Voraussetzungen, um sesshaft zu werden?

Man muss Arbeit finden. Das ist in Berlin gar nicht so einfach. Wir haben hier eine sehr hohe Arbeitslosigkeit bei Ausländern, sie liegt bei 16 Prozent. Auch weil die Arbeitslosigkeit hier noch stärker als anderswo mit dem Ausbildungsstand zu tun hat. Unter den arbeitslosen Migranten in Berlin sind sehr viele Geringqualifizierte. Deswegen gibt es tatsächlich eine reale Chance für Zuwanderer aus Spanien, Italien oder Griechenland, in Berlin Arbeit zu bekommen, wenn sie denn gut qualifiziert sind.

Was macht Berlin sonst noch attraktiv?

Die Stadt ist weltweit für junge Migranten interessant, nicht nur für Südeuropäer. Es ist einfach eine junge, hippe, lebendige und vergleichsweise günstige Stadt.

Und wie ist es um die Willkommenskultur in unserer Stadt bestellt?

Das Selbstverständnis, dass Zuwanderer Teil dieser Stadt sind, ist unheimlich groß. Das spüren die Migranten. Die junge Berliner Bevölkerung ist deutlich offener und internationaler als früher. Wenn man in der U-Bahn fährt, hört man Leute, die auf Englisch oder Spanisch telefonieren. Vor 50 Jahren konnten viele Berliner keine Fremdsprache.

Andere Gruppen wie die Roma stoßen auf Ressentiments. Warum haben es Griechen und Spanier so viel leichter?

Das ist vor allem eine Frage des sozialen Status und der Qualifikation. Wenn es sich um Armutszuwanderung handelt und die Menschen sichtbar anders sind, haben die Deutschen Probleme. Vor allem haben wir einen ganz weit verbreiteten Antiziganismus. Aber nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa.

Haben die Zuwanderer den Berlinern etwas voraus?

In der Regel haben Zuwanderer Erfahrungen mit politischen und wirtschaftlichen Krisen. Und für den Fall, dass wir auch in eine solche hineinschlittern sollten, könnten sie uns helfen, gelassener zu bleiben.

Wie wird Berlin in puncto Zuwanderung in 20 oder 30 Jahren aussehen haben Sie da eine Vision?

Ich hoffe, die Stadt ist genauso bunt und quirlig wie heute. Die Gefahr ist, dass Berlin den Weg geht, den andere Metropolen eingeschlagen haben. Der große Plusfaktor von Berlin ist ja, dass die Stadt so günstig ist und sich jeder leisten kann, hier zu leben.

**Load-Date:** March 29, 2013

**Nazis schicken Rollkommando; ASYL Die NPD setzt ihre Provokationen gegen Flüchtlinge als "Anti-Asyl-Tour" fort. Diesmal aber dürfte es mächtig Gegenwind geben, nicht nur am Kreuzberger Moritzplatz**

taz, die tageszeitung

Samstag 13. Juli 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 52

**Length:** 503 words

**Byline:** Konrad Litschko

**Highlight:** ASYL Die NPD setzt ihre Provokationen gegen Flüchtlinge als Anti-Asyl-Tour fort. Diesmal aber dürfte es mächtig Gegenwind geben, nicht nur am Kreuzberger Moritzplatz

## Body

---

VON KONRAD LITSCHKO

Die NPD setzt ihre rassistische Kampagne fort: Am Samstag wollen die Nazis mit einem Autokorso fünf Orte ansteuern, an denen sich Flüchtlinge aufhalten. Parteien und Initiativen rufen zu breitem Protest auf.

Am Dienstag hatte die NPD auf einer Bürgerversammlung in Hellersdorf gegen eine Asylbewerberunterkunft gehetzt, Bürger stimmten ein. Diesen Geist wollen die Neonazis offenbar aufgreifen. NPD-Landeschef Sebastian Schmidtke sprach von einer Anti-Asyl-Tour mit einem Lkw und Begleitfahrzeugen. Der Tross dürfte überschaubar werden: Laut Polizei sind 20 Teilnehmer angemeldet.

Die erste Station ist gleich Feindesland: Kreuzberg. Die NPD wollte vors Flüchtlingscamp auf dem Oranienplatz, die Polizei genehmigte nur eine Kundgebung um 9.30 Uhr am nahe gelegenen Moritzplatz. Am Freitag verbreiteten sich unzählige Gegenprotestaufrufe. Die Tour der Faschisten zum Desaster machen, will die Antifa. Bürgermeister Franz Schulz (Grüne) sagte, man werde der NPD einen deutlichen Empfang bereiten. Der Bezirk habe sein gesamtes Netzwerk mobilisiert. Das jüngste Infragestellen des Camps durch Senatsmitglieder und Medien habe die NPD zum Protest ermuntert, so Schulz.

Danach will die Partei erneut nach Hellersdorf: um 11.30 Uhr auf den Alice-Salomon-Platz. Auch dort ist eine Gegenkundgebung angemeldet. Die Menschen in Marzahn-Hellersdorf akzeptieren keine rechte Propaganda, heißt es von der neu gegründeten Initiative Hellersdorf hilft Asylbewerbern.

Für 13.15 Uhr ist eine NPD-Kundgebung am U-Bahnhof Wittenau genehmigt, unweit der ehemaligen Bonhoeffer-Klinik, wo derzeit Flüchtlinge untergebracht sind. Um 14.45 Uhr ist die Unterkunft in der Soorstraße im Visier, hier

Nazis schicken Rollkommando ASYL Die NPD setzt ihre Provokationen gegen Flüchtlinge als "Anti-Asyl-Tour" fort. Diesmal aber dürfte es mächtig Gegenwind geben, n....

hält die NPD am Bahnhof Westend. Letzter Stopp: 16.15 Uhr an der Marienfelder Allee, Ecke Hildburghausener, nahe dem derzeit größten Notaufnahmelaager. Direkt vor die Heime dürfen die Neonazis nicht.

Franz Allert, Chef des Landesamts für Gesundheit und Soziales (Lageso) und zuständig für die Unterbringung der Flüchtlinge, nannte die NPD-Provokation unerträglich. Man habe auch alle anderen Unterkünfte informiert, falls die NPD ihre Route ändere. Es ist fürchterlich, die Not der Flüchtlinge als Aufhänger zu nehmen für eine rassistische Kampagne. Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) sprach von widerwärtiger brauner Propaganda und rief zu angemessenem und friedlichem Protest auf.

Der Verfassungsschutz rechnet mit weiteren Aktionen. In Anbetracht des beginnenden Wahlkampfes ist davon auszugehen, dass die NPD hier ein Thema gefunden hat, das sie öffentlichkeitswirksam nutzen kann, so eine Sprecherin. Erst im November hatte die Partei eine Autotour durch vier Bezirke zum Brandenburger Tor veranstaltet, wo Flüchtlinge hungerstreikten.

In Hellersdorf wollen Bezirk und Land an der geplanten Unterkunft festhalten. Die Fremdenfeindlichkeit komme nicht von den Anwohnern, sagte Lageso-Chef Allert. In nichtöffentlichen Treffen sollen die direkten Nachbarn im August noch mal informiert werden.

**Load-Date:** July 12, 2013

## Brandenburg lobt sich selbst; ASYL Residenzpflicht gilt aber noch für viele

taz, die tageszeitung

Mittwoch 04. Januar 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 21

**Length:** 412 words

**Byline:** Konrad Litschko

**Highlight:** ASYL Residenzpflicht gilt aber noch für viele

### Body

---

Jahrelang hatten Flüchtlingsorganisationen gekämpft, im Juli 2010 war es geschafft: Rot-Rot in Brandenburg schaffte die Residenzpflicht ab, zumindest fast. Fortan durften Asylbewerber sich frei in der Mark bewegen, auch antragslos ihre Landkreise verlassen. Nun zieht auch die Landesregierung ein positives Resümee: Die Aufhebung habe sich bewährt, sagte Innenminister Dietmar Woidke (SPD) am Dienstag. Die Lebenssituation der weitaus meisten Asylsuchenden und Geduldeten hat sich wesentlich verbessert.

Mehr als 3.000 Flüchtlinge hätten von der Neuregelung profitiert, erklärte Woidke. Dank eines gemeinsamen Erlasses mit Berlin dürften die Betroffenen auch in die Hauptstadt fahren. Dafür brauchen sie eine Dauerverlasserlaubnis. Zuvor benötigten die Asylbewerber auch jedes Mal eine Erlaubnis, wenn sie nur ihren Landkreis verlassen wollten. Das Innenministerium hat geliefert, lobte sich Woidke. Die Ausländerbehörden hatten fast keine der befürchteten Probleme wie verstärktes Untertauchen, Straftaten oder verzögerte Asylverfahren mangels Erreichbarkeit gemeldet.

Dem Brandenburger Flüchtlingsrat ging die Lobhudelei etwas zu weit. Die Aufhebung der Residenzpflicht war ein wichtiger, wenn auch hart erkämpfter Schritt, so Sprecherin Beate Selders. Immer noch aber seien etwa ein Viertel der Flüchtlinge von der Regelung ausgeschlossen. Dies erfolge schon bei Bagatelldelikten oder dem Vorwurf, Mitwirkungspflichten in ihren Asylverfahren zu verletzen. Wenn man sagt, die Residenzpflicht ist menschenunwürdig, kann man sie nicht gleichzeitig als Sanktionsmittel einsetzen, kritisiert Selders. Für Straftaten sei das Strafrecht zuständig. Zudem seien Fahrten in andere Bundesländer als Berlin weiterhin nicht möglich.

Der Innensenator kündigte an, die Kritik zu prüfen. Grundsätzlich trete Brandenburg für eine völlige Abschaffung der Residenzpflicht ein.

Auch sonst sehen Flüchtlingsinitiativen noch Arbeit für Rot-Rot. Der am neuen Flughafen Schönefeld geplante Abschiebearrest dürfe nicht gebaut werden, so Selders. Und immer noch würden drei Landkreise Oberhavel, Oberspreewald-Lausitz, Havelland Flüchtlingen ihre Sozialhilfen in Gutscheinen anstatt in Bargeld auszahlen. Zwar erließ im November das Brandenburger Sozialministerium einen Runderlass, der die Auszahlung von Bargeld nahelegte. Den hätte sie aber ruhig verbindlicher formulieren können, so Selders. Konrad Litschko

Brandenburg lobt sich selbst ASYL Residenzpflicht gilt aber noch für viele

Ein Viertel der Flüchtlinge ist von der Regelung ausgeschlossen

**Load-Date:** January 3, 2012

---

End of Document

## Betr.: LeserInnenbriefe zum Thema der Woche

taz, die tageszeitung

Samstag 10. August 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** MEINUNG UND DISKUSSION; S. 52

**Length:** 431 words

### **Body**

---

Wer stets nur von anderen fordert ...

- betr.: Hilfe, die Flüchtlinge kommen , taz.nord vom 3. 8. 13

Im Artikel geht es um die Unterbringung von Flüchtlingen und den Protest der Bevölkerung. Wieder wird die Gesellschaft aufgeteilt. Es gibt sozial schwache Viertel, die die Flüchtlinge aufnehmen soll. Die Entscheidungsträger leben wahrscheinlich nicht in diesen Vierteln, sie wohnen sicher etwas vornehmer, und sie werden nicht sozial schwach genannt. Mit sozial schwach werden diejenigen bezeichnet, die bereits jetzt schon einen Großteil der Integrationsarbeit leisten, jeden Tag, diejenigen, die durch ihre Erziehungsarbeit für den Fortbestand der Gesellschaft beitragen, diejenigen, die weniger Geld haben, oft in Armut leben aber einen Großteil der täglichen sozialen Arbeit leisten.

Mein Vorschlag zur Befriedung wäre folgender: wohlhabende, gut bürgerliche Viertel erklären sich bereit, die ersten Flüchtlingsunterkünfte zu übernehmen, die Integrationsarbeit vorzuleben, somit zu zeigen, dass ein gutes Miteinander möglich ist. In diesen Vierteln gibt es ja auch noch nicht so viele Brennpunkte und Probleme mit bereits vorhandenen Menschen mit Migrationshintergrund. Also läuft dort sicher alles sehr gesittet und entspannt. Da dort ja auch die Entscheidungsträger leben, haben diese dann auch das Recht, das, was sie selbst leisten, auch von anderen zu erwarten. Vorher allerdings nicht! Wer stets nur von anderen fordert, wozu er selbst nicht bereit ist, ist unglaublich. So wird sich zeigen, wer sozial schwach ist und wer nicht! ELKE GRÖZINGER, Wunstorf

Container vorm Kanzleramt

- betr.: 5-köpfige Familie aus Syrien sucht , taz.nord vom 3. 8. 13

Heißer Tipp: Wohncontainer im Garten des Bundeskanzleramtes und vor dem Schloß des Bundespräsidenten kämen doch gut!! WÜSTENRATTE, taz.de

Bei Grünen und Linken

- betr.: 5-köpfige Familie aus Syrien sucht , taz.nord vom 3. 8. 13

Betr.: LeserInnenbriefe zum Thema der Woche

@Wüstenratte: Oder jeder Wähler von Linkspartei und Grünen stellt ein Bett zur Verfügung und füttert eine Person. Schon ist alles gelöst. JOHNNY, taz.de

Kurbeln die Wirtschaft an

- betr.: 5-köpfige Familie aus Syrien sucht , taz.nord vom 3. 8. 13

Zum Glück kurbeln die dringend benötigten Flüchtlingsbetten unsere Wirtschaft an: Ob die Matratze im 4- Bett - Zimmer mittlerweile mehr als 100 Euro pro Nacht kostet? Ob es schon Investoren-Prospekte gibt, die von Zukunftsmarkt , Wachstumschancen und Gewinnchancen schreiben? Ob solche Prospekte dann gleichzeitig mit Slogans wie soziale Verantwortung , nachhaltige Anlagen und für Menschen in Not werben? NACHDENKLICH , taz.de

**Load-Date:** August 9, 2013



**"Ich bin nicht von Beruf Migrantin!"; INTEGRATIONSPOLITIK Ihre Erfahrungen als Kind türkischer Einwanderer haben sie zur pragmatischen Politikerin gemacht, sagt Integrationssenatorin Dilek Kolat (SPD). Ihr Ziel: eine verbesserte Teilhabe für MigrantInnen**

taz, die tageszeitung

Freitag 13. April 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN; S. 23

**Length:** 1482 words

**Byline:** ALKE WIERTH

**Highlight:** INTEGRATIONSPOLITIK Ihre Erfahrungen als Kind türkischer Einwanderer haben sie zur pragmatischen Politikerin gemacht, sagt Integrationssenatorin Dilek Kolat (SPD). Ihr Ziel: eine verbesserte Teilhabe für MigrantInnen

## Body

---

### INTERVIEW ALKE WIERTH

taz: Frau Kolat, die Opposition hat Ihnen schon drei Monate nach Amtsantritt unterstellt, gescheitert zu sein: Erst musste die Wahl des Integrationsbeirats für ungültig erklärt werden, dann kündigte der Integrationsbeauftragte seinen Rückzug an. Zudem kämen von Ihnen keine eigenen Ideen. Wo soll es hingehen mit einer Integrationssenatorin Dilek Kolat?

Dilek Kolat: Zu Recht hat die Opposition nachgefragt, was die Wahl des Integrationsbeirats angeht. Das Parlament hat das Recht, Transparenz zu verlangen. Die Wahl muss aufgrund eines Formfehlers wiederholt werden. Aber allein, dass wir das hier im Haus rechtlich geprüft und dann gesagt haben, wir wollen den Beirat auf ordentlicher Basis starten lassen, zeigt, dass uns das Gremium sehr wichtig ist.

Dann kam die Rücktrittsankündigung von Günter Piening: Auch für Sie überraschend?

Herr Piening wollte nach neun Jahren nicht mehr weitermachen. Das ist seine persönliche Entscheidung. Sie hat nichts mit meinem Amtsantritt zu tun. Wir stimmen in unserer Auffassung von Integrationspolitik sehr überein. Die Konzepte, die Herr Piening entwickelt und umgesetzt hat, sind Bestandteil unserer Koalitionsvereinbarung mit der CDU. Dass er diese Entscheidung getroffen hat, ist schade für die Stadt.

Piening befürchtete, seine Konzepte unter einer rot-schwarzen Koalition nicht umsetzen zu können. Sie haben gesagt, dass Sie keine Konflikte mit der CDU erwarten. Wo stehen Sie integrationspolitisch zwischen Pienings

"Ich bin nicht von Beruf Migrantin!" INTEGRATIONSPOLITIK Ihre Erfahrungen als Kind türkischer Einwanderer haben sie zur pragmatischen Politikerin gemacht, sagt ....

Auffassung, dass Einwanderung die Gesellschaft verändert, und der CDU, deren Integrationsbegriff auf Anpassung setzt?

Es ist klar, dass es bei zwei verschiedenen Parteien auch Differenzen gibt. Wir haben diese Differenzen bei den Koalitionsverhandlungen diskutiert. Das kommunale Wahlrecht etwa ist ein Thema, bei dem wir uns nicht einigen konnten. Wir haben als SPD da die klare Position, dass zu gesellschaftlicher Teilhabe gehört, dass Menschen, die viele Jahre in Deutschland leben, das kommunale Wahlrecht bekommen. Das lehnt die CDU ab. Was wir aber geschafft haben, und das ist auch republikweit ein Novum: Wir haben mit der CDU beschlossen, dass wir die Optionspflicht aufheben wollen, die die hier geborenen Einwanderernachkommen, die zunächst Doppelstaatler sein dürfen, zwingt, sich mit der Volljährigkeit für eine ihrer beiden Staatsbürgerschaften zu entscheiden. Das sehe ich als Fortschritt an. Übereinstimmung gibt es auch bei Themen, die Herr Piening in der Stadt sehr vorangebracht hat: die interkulturelle Öffnung der Verwaltung und die Kampagnen für Einbürgerung. Es gibt in der Koalition den klaren Konsens, das fortführen und voranbringen zu wollen.

Trotzdem noch einmal die Frage: Was bedeutet Integration für Sie?

Für mich ist Integration Teilhabe an Bildung, am Erwerbsleben, am gesellschaftlichen Leben. Es geht darum, dass jugendliche Migranten bessere Schulabschlüsse erreichen, dass ihnen der Übergang von der Schule in den Beruf gelingt, dass die Arbeitslosigkeit unter Menschen mit Migrationshintergrund abnimmt.

Gut, aber auch auf dieser Ebene gibt es noch Differenzen: Ist Teilhabe etwas, was Einwanderinnen und Einwanderer aus eigener Kraft schaffen müssen? Oder muss die Gesellschaft ihre Institutionen so gestalten, dass Partizipation möglich ist?

Ich weiß aufgrund meiner eigenen Biografie genau, was es bedeutet, wenn Chancengleichheit nicht ermöglicht wird. Es ist deshalb für mich ganz klar Aufgabe der Politik, diese Möglichkeit herzustellen und Benachteiligung aufzuheben. Aber es gehört dazu und diese Aufgabe übernehme ich auch als Integrationssenatorin, gerade jungen Migrantinnen und Migranten zu sagen: Strengt euch an! Ihr habt es nicht leicht, ihr müsst doppelt so gut sein wie die anderen und euch doppelt so viel anstrengen, damit ihr auch vorankommt. Und ich finde es nicht schlimm, sich anstrengen zu müssen. Das gehört dazu, wenn man benachteiligt ist, das ist die Lebenswirklichkeit. Aber man kann den Menschen nicht sagen, sie sollten sich anstrengen, wenn man ihnen nicht die Chancen dazu gibt, wenn sie etwa per se bei Bewerbungen diskriminiert werden. Da geht es mir um konkrete Perspektiven.

Sind die politisch leichter umzusetzen, wenn Sie sich auf ideologische Debatten mit der CDU gar nicht erst einlassen?

Integrationspolitik ist nicht nur eine ideologische Auseinandersetzung um den richtigen Weg. Es geht auch um pragmatische Ansätze. Den ideologischen Streit führe ich da, wo er zu führen ist. Auch mit der CDU.

Sie sind eingeschult worden, ohne Deutsch zu können. Wie haben Sie das erlebt?

Wir waren damals sehr wenige Kinder mit Migrationshintergrund auf meiner Grundschule. Die Schulen waren noch nicht eingestellt auf Kinder, deren Muttersprache nicht Deutsch ist. Im Unterricht wurde das absolut nicht berücksichtigt. Man fiel durch das Raster, und das endete in den meisten Fällen mit einer Hauptschulempfehlung.

Auch bei Ihnen?

Ja. Aber ich bin glücklicherweise auf eine Gesamtschule gekommen, habe dort meine Sprachdefizite aufgeholt, Abitur gemacht und dann studiert. Ich war eine Art Familienprojekt: Mein Vater ist 1963 als Tischler nach Deutschland gekommen, hatte in der Türkei nur ein paar Jahre die Grundschule besucht, meine Mutter ebenfalls. Sie hat hier in einer Textilfabrik gearbeitet. Ich hatte nicht den Bildungshintergrund in der Familie. Meine drei älteren Geschwister haben alle eine Berufsausbildung gemacht. Aber meine Idee, Abitur zu machen und zu studieren, hat meine Familie sehr erfreut. Obwohl sie mir beim Lernen nicht helfen konnten, haben sie sich sehr um mich gekümmert. Sie haben den richtigen Rahmen geschaffen.

"Ich bin nicht von Beruf Migrantin!" INTEGRATIONSPOLITIK Ihre Erfahrungen als Kind türkischer Einwanderer haben sie zur pragmatischen Politikerin gemacht, sagt ....

Solche auch demütigenden Diskriminierungserfahrungen wie die fast automatische Hauptschulempfehlung haben Sie das Gefühl, dass das von Politikern, die so etwas nicht erlebt haben, verstanden wird?

Ja. Als ich 1995 in der Bezirksverordnetenversammlung Schöneberg integrationspolitische Sprecherin war, habe ich es auch als meine Aufgabe betrachtet, meine Genossinnen und Genossen für solche Fragen zu sensibilisieren. Und ich war stolz, als ich irgendwann nicht mehr die Einzige war, die etwa über Sprachförderung von Kindern gesprochen hat.

Sie haben sich aber später entschlossen, nicht Integrations-, sondern Haushalts- und Finanzpolitik zu machen.

Ich habe irgendwann bemerkt, dass meine Partei mich verstärkt nur zu integrationspolitischen Themen wahrgenommen hat. Da habe ich mir gesagt: Ich bin doch nicht von Beruf Migrantin! Ich habe ja auch unabhängig von meiner Herkunft Qualifikationen. Ich habe Wirtschaftsmathematik studiert und bei einer Bank gearbeitet. Also habe ich mich auch politisch auf Finanzfragen spezialisiert. Das gehört auch zu meinem Verständnis von Integration: dass es Normalität wird, wenn man als Migrant in der Finanzpolitik oder in anderen politischen Bereichen aktiv ist. Dass Migrantinnen und Migranten auf Integrationspolitik reduziert werden, ist nicht sehr fortschrittlich. Und ich bin zu einer Normalität in der Finanzpolitik geworden.

Und jetzt sind Sie Integrationssenatorin.

Ja, das ist doch super!

Haben Sie damit Ihren Weg nicht wieder verlassen?

Nein. Der bedeutete ja auch nicht, dass ich mich weigere, Integrationspolitik zu machen. Im Gegenteil: Ich konnte auch über Finanz- über Haushaltspolitik Integrationspolitik mitbestimmen. Und ich bin auch jetzt als Senatorin nicht nur für Integration zuständig. Ich habe das Amt gerade in der Kombination mit den Themen Arbeit, berufliche Bildung und Frauen sehr gerne übernommen. Integrationspolitik ist ja keine isolierte Aufgabe: Es geht um Teilhabe, und diese Kombination birgt viele Ressourcen, die zu besseren Chancen für viele Menschen führen.

Lassen Sie uns mal fünf Jahre vorausschauen: Was haben wir dann mit einer Integrationssenatorin Kolat erreicht?

Ich möchte, dass sich die Arbeitsmarktchancen von Migrantenjugendlichen dann erheblich verbessert haben, dass die Arbeitslosigkeit unter Migrantinnen und Migranten deutlich niedriger ist als jetzt. Wir müssen das Thema interkulturelle Öffnung nicht nur in der Verwaltung, sondern auch in der Wirtschaft und in der gesamten Gesellschaft voranbringen. Der nächste Schritt muss sein, Diversity

also die Vielfalt und Verschiedenheit in der Gesellschaft

als Prinzip zu verankern. Diversity wird Normalität im alltäglichen Zusammenleben der Menschen hier, und Berlin wird frei von Rassismus sein!

Und wie wollen Sie den Wählerinnen und Wählern vermitteln, dass das Erreichte der SPD zu verdanken ist?

Ich denke, dass die Wählerinnen und Wähler schon ganz genau zwischen SPD und CDU unterscheiden können. Und es wird auch in Zukunft Unterschiede in der Integrationspolitik zwischen uns geben. Wichtig wird sein, zu zeigen, welche guten Ansätze die SPD vorangetrieben hat. Dass die CDU interkulturelle Öffnung als wichtig erachtet, hätte man vor Kurzem nicht gedacht. Das ist doch ein Erfolg, wenn wir bei solchen Themen einen breiteren Konsens herstellen können.

**Load-Date:** April 12, 2012

**Die vergessenen Dementen; Gesundheit Alternde Migranten mit Demenz sind eine schnell wachsende Gruppe. Das Pflegesystem ist allerdings kaum auf ihre speziellen Bedürfnisse vorbereitet**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 11. Januar 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN; S. 23

**Length:** 1544 words

**Byline:** KAREN GRASS

**Highlight:** Gesundheit Alternde Migranten mit Demenz sind eine schnell wachsende Gruppe. Das Pflegesystem ist allerdings kaum auf ihre speziellen Bedürfnisse vorbereitet

## Body

---

VON KAREN GRASS

Als sie erzählte, dass sie ihre demente Mutter in Pflege geben will, hatten viele Freunde und Verwandte dafür kein Verständnis. Die haben gesagt: Du musst sie doch zu Hause behalten und da pflegen. Das bisschen Vergesslichkeit ist doch ganz normal, sagt Nerinan Adalan. Doch die 50-jährige gebürtige Istanbulerin setzte sich durch und brachte ihre Mutter Binnaz Adalan 2009 in die Wohngemeinschaft des interkulturellen Pflegedienstes Medicus in Wedding. Jetzt ist alles besser, hier geht es ihr gut, sagt Nerinan Adalan. Aber vorher musste ich erfahren, dass viele meiner Landsleute zu stolz sind, um Demenz als eine tatsächliche Erkrankung zu akzeptieren.

Dass die Demenz eines Angehörigen tabuisiert wird, sei in jeder Familie ein Problem, sagt Derya Wrobel. Die Leiterin des Informationszentrums für demenziell und psychisch erkrankte Migranten (IdeM) stammt selbst aus der Türkei. Doch bei türkischen und arabischstämmigen Familien ist dies noch ausgeprägter der Fall bis hin zu der Situation, dass sie gar keine Hilfe suchen, sagt Wrobel. Nur wenige Pflegeeinrichtungen seien auf die speziellen Bedürfnisse ihrer Landsleute und anderer Migranten vorbereitet etwa darauf, den Verlust einiger geistiger Funktionen gegenüber einer türkischen Familie nicht einfach Demenz zu nennen, weil dieser Begriff häufig mit Idiotie übersetzt wird.

Ursprünglich leitete Wrobel eine Beratungsstelle für türkische Pflegebedürftige beim Sozialverband Berlin-Brandenburg (VdK). Ihr fiel auf, wie früh viele ratsuchende TürkInnen bereits mit Fällen von Demenz konfrontiert waren und dass wenige damit umgehen konnten. Als bei der Vorstellung der Pflegereform der Bundesregierung 2003 das Thema Migrationshintergrund und Demenz nicht einmal erwähnt wurde, gründete Derya Wrobel ihr eigenes Informationszentrum als Projekt beim (VdK). Es war die erste Beratungsstelle in Deutschland, die speziell auf demente Migranten ausgerichtet ist.

Die vergessenen Dementen Gesundheit Alternde Migranten mit Demenz sind eine schnell wachsende Gruppe.  
Das Pflegesystem ist allerdings kaum auf ihre speziellen B....

Das überrascht im Rückblick, denn viele der hauptsächlich türkischen und italienischen Gastarbeiter aus den 60er Jahren kommen jetzt in ein Alter, in dem sich Erkrankungen dieser Art häufen. Und: Die ausländischen Senioren sind laut Schätzungen des Statistischen Bundesamtes eine der Bevölkerungsgruppen, die am schnellsten wachsen. Diese Menschen brauchen Angebote, die auf ihre kulturellen Bedürfnisse und Besonderheiten eingehen, sagt Wrobel. Darauf sind wir auch in Berlin nicht vorbereitet.

In dem Altbau, in dem der Pflegedienst Medicus seine interkulturelle Wohngemeinschaft eingerichtet hat, sitzt Binnaz Adalan mit Mitbewohnern aus Indonesien, Deutschland, Algerien, dem Libanon und der Türkei am Küchentisch. Alle zwölf Bewohner des Hauses sind geistig behindert oder dement, nicht alle können Deutsch. So auch die 75-jährige Adalan. Die gelernte Näherin erzählt, sie habe bis zur Rente vor zehn Jahren in einem Bekleidungsgeschäft am Ku'damm gearbeitet und ein bisschen Deutsch gelernt. Doch seit ihre Demenz vor acht Jahren einsetzte, hat sie das wieder verlernt. Mir fallen oft Worte nicht mehr ein, übersetzt die stellvertretende Pflegedienstleiterin Vijdan Kocak.

Noch mehr Sorgen macht sich die examinierte Altenpflegerin um Armad Sanjoto aus Indonesien: Er hat keine Angehörigen mehr in Deutschland. Der 75-Jährige muss immer öfter daran erinnert werden, dass niemand um ihn herum seine Muttersprache versteht. Das Pflegeteam ist größtenteils auf türkische und arabische Bewohner eingestellt. Sanjotos Deutsch wird indes immer lückenhafter.

Seine Probleme sind symptomatisch für Demenzerkrankte mit Migrationshintergrund. Da bei ihnen das Kurzzeitgedächtnis nachlässt, haben die meisten Betroffenen Probleme, sich auszudrücken. Insofern ist der Sprachverlust keine Besonderheit von Patienten mit Migrationshintergrund. Doch er wirkt sich gravierender aus bei der Zweitsprache, die weniger gut im Langzeitgedächtnis verankert ist als die Muttersprache. Die Betroffenen vergessen massenhaft Worte, fühlen sich wieder hilflos, von der Umwelt abgeschnitten es ist fast dieselbe Situation wie bei ihrer Ankunft in Deutschland vor mehr als 40 Jahren.

### Viele Spätfolgen

Die letzte umfassende Studie über Demenz bei Menschen mit Migrationshintergrund stammt aus dem Jahr 2000, insgesamt gibt es kaum Forschung in diesem Feld. Obwohl sich nun, 50 Jahre nach Inkrafttreten des Anwerbeabkommens, viele Spätfolgen der Arbeitsmigration zeigen. Nach Einschätzung von Kocak ist die psychische Belastung im Zusammenhang mit Migration der Grund dafür, dass zugewanderte Senioren im Schnitt einige Jahre früher dement werden als deutsche: Wenn ich eine deutsche Frau mit einer gleichaltrigen Türkin vergleiche, sieht diese meist älter, verbraucher aus, sagt Kocak. Man sieht ihre Einwanderungsgeschichte förmlich in ihrem Gesicht, weil Isolation und prekäre Arbeitsbedingungen sie stark belastet haben.

### Selten wird Hilfe gesucht

Heute isoliert der Sprachverlust die Betroffenen erneut und führt im Kontakt mit deutschen Ärzten zu Missverständnissen und Fehldiagnosen. Wenn die Betroffenen überhaupt Hilfe suchen. Sie erleben selten, dass die Menschen einfach so zu ihr kommen, sagt Derya Wrobel vom Informationszentrum IdeM. Sie arbeitet viel mit Aktionen in Gemeinden, in Kooperation mit muttersprachlichen Arztpraxen und mit Medien wie Hürriyet oder dem türkischen Radiosender Metropol fm. Es braucht niedrigschwellige, eher mündliche Angebote, damit man die Leute erreicht, sagt Wrobel.

Davon ist auch Olivia Dibelius überzeugt. Doch es gebe zu wenig dieser Angebote, sagt die Professorin für Pflegewissenschaft an der Evangelischen Hochschule Berlin. Sie führt gerade ein Forschungsprojekt zu Demenz bei Menschen mit Migrationsgeschichte durch. Die Belange von Migranten in der Pflegeberatung würden nicht ausreichend mitgedacht, so Dibelius. Sie kritisiert vor allem die Ausrichtung der 26 sogenannten Pflegestützpunkte, die seit 2009 erste Anlaufstelle für Pflegebedürftige und deren Angehörige sein sollen. Die Stützpunkte werden vom Land Berlin und den Krankenkassen getragen. Sie sind Teil des 2008 vom Bundestag verabschiedeten Pflegegesetzes und sollen auf besondere gesellschaftliche Anforderungen vor Ort eingehen. Das klingt erst mal schön, aber in der Umsetzung hakt es, sagt Dibelius. Das zeige sich schon daran, dass die Beratung von Menschen mit Migrationshintergrund in dem Konzept nicht einmal gesondert erwähnt werde.

Die vergessenen Dementen Gesundheit Alternde Migranten mit Demenz sind eine schnell wachsende Gruppe.  
Das Pflegesystem ist allerdings kaum auf ihre speziellen B....

Wir sind uns bewusst, dass wir viele Menschen mit Migrationshintergrund noch nicht erreichen , sagt Claudia Gorny, Teamleiterin von fünf Pflegestützpunkten unter der Trägerschaft der AOK Nordost. Deshalb arbeite man vor allem an Netzwerken: Selbsthilfeorganisationen oder Nachbarschaftsinitiativen sollen darin eingebunden werden. Aber speziell für Migranten konzipierte Beratung wird es nicht geben , betont Gorny. Die meisten kämen ohnehin mit einem Angehörigen, der übersetzen kann, und dass andere Personen für die Betroffenen sprechen, sei auch bei deutschen Senioren die Regel. Mit gesonderten Angeboten würden wir die Migranten über einen Kamm scheren und nicht mehr individuelle Fälle bewerten , sagt Gorny. Das sei Diskriminierung.

Derya Wrobel von IdeM möchte auch auf die individuellen Bedürfnisse ihrer Klienten eingehen. Doch sie hat in ihrer täglichen Arbeit oft erlebt, wie türkische und arabische Familien ihre erkrankten Angehörigen noch weiter von der Außenwelt isolieren. Laut Wrobel könnten viele Einwanderer der zweiten Generation, die noch in ihren Herkunftsländern geboren wurden, Demenz tatsächlich schwerer akzeptieren als deutsche Familien. Das kann man nicht pauschal sagen, ich will meine Landsleute nicht diskriminieren , sagt Wrobel. Doch es gebe kulturelle Unterschiede, die man nicht leugnen könne: Vor allem ältere Migranten mit geringem Bildungsstandard sähen Demenz als Gottesstrafe an ähnlich wie Wrobel es bei Projekten in der Türkei und Arabien erlebte. Die studierte Sozialarbeiterin vermeidet deshalb das Wort bei ihren Beratungsstunden. Umschreibt man die Symptome wie Vergesslichkeit oder Koordinationsschwierigkeiten, die das Familienleben auch maßgeblich belasten, finden sich die Angehörigen meist viel eher darin wieder , sagt sie. Dann könnten sie sich auch eher auf vorhandene Angebote einlassen. Am Ende sind die Leute richtig erleichtert , berichtet Wrobel aus ihrem Berufsalltag.

#### Lesungen und Musik

Das Pflorgeteam bei Medicus kommuniziert auf Französisch, Deutsch, Arabisch und Türkisch mit den Bewohnern. Somit sorgen die hauptsächlich türkischen und arabischen Mitarbeiter dafür, dass die Bewohner nicht im monokulturellen Raum leben. Binnaz Adalans Zustand hat sich dadurch seit Beginn ihrer Erkrankung zwar nicht verbessert. Meist liegt die türkischstämmige Seniorin in ihrem Zimmer im Erdgeschoss der Medicus-WG. Doch zweimal die Woche besucht Adalan auch kulturelle Angebote des Pflegedienstes außer Haus. Besonders gut gefallen ihr die wöchentlichen türkischen und deutschen Lesungen und Musikstunden, die Medicus anbietet , sagt ihre Tochter. Da hört sie Bekanntes und Unbekanntes und blüht wieder ein bisschen auf.

Der Sprachverlust isoliert die Betroffenen erneut und führt zu Missverständnissen und Fehldiagnosen

Viele meiner Landsleute sind zu stolz, um Demenz als Erkrankung zu akzeptieren

Nerinan Adalan

**Load-Date:** January 10, 2012

**Geduldete Flüchtlinge vor gefährlicher Fahrt; INDONESIA Asylsuchende aus Afghanistan und Irak, die mit Fischerbooten nach Australien fliehen wollen, sind bei ihrem Zwischenaufenthalt in Indonesien mit einer ambivalenten Politik konfrontiert**

taz, die tageszeitung

Freitag 20. April 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 11

**Length:** 644 words

**Byline:** ANTJE MISSBACH

**Highlight:** INDONESIA **Asylsuchende** aus Afghanistan und Irak, die mit Fischerbooten nach Australien fliehen wollen, sind bei ihrem Zwischenaufenthalt in Indonesien mit einer ambivalenten Politik konfrontiert

## Body

---

AUS JAKARTA ANTJE MISSBACH

Jetzt nach Ende des Monsuns nehmen die gefährlichen Überfahrten afghanischer, irakischer und anderer **Asylsuchender** von Indonesien nach Australien wieder zu. Ziel ist meist die nur 450 Kilometer entfernte australische Weihnachtsinsel. Die **Asylsuchenden** reisen oft auf hochseeuntüchtigen und überladenen Booten. Vor einer Woche gerieten 120 **Flüchtlinge** in Seenot, wurden jedoch von einem Tanker gerettet und nach Indonesien zurückgebracht. Dort weigerten sie sich zwei Tage lang, das Schiff zu verlassen, um nicht in indonesischen **Flüchtlingsheimen** zu landen. Gesuche, direkt mit australischen Botschaftsvertretern zu sprechen, wurden abgelehnt.

Zwei Tage später gerieten 60 afghanische Flüchtlinge bei der Insel Sumbawa in Seenot. Sie wandten sich vom Schiff aus telefonisch direkt an australische Flüchtlingsanwälte, die darauf indonesische Rettungsdienste informierten. Nach dreitägiger Suche wurde das Boot an der Südküste Lomboks geortet. Von den Asylsuchenden fehlt jede Spur. Derweil trafen zwei weitere Boote mit 19 und 75 Flüchtlingen auf der Weihnachtsinsel ein. Im Dezember 2011 war ein Boot mit 250 Asylsuchenden vor Java gesunken, nur 47 überlebten.

Laut UN-Flüchtlingshochkommissariat (UNHCR) sind derzeit 4.921 Asylsuchende und anerkannte Flüchtlinge in Indonesien. Die Dunkelziffer ist viel höher. Wegen sinkender Aufnahmequoten dauern Umsiedlungen von Indonesien in Drittländer mindestens drei Jahre. In diesem Jahr wurden erst 17 Personen umgesiedelt. Wegen der langsamen Umsiedlungen und anhaltender Gewalt in den Heimatländern, die eine freiwillige Rückkehr verhindern, wagen mehr Flüchtlinge die gefährliche Schiffspassage.

Geduldete Flüchtlinge vor gefährlicher Fahrt INDONESIEN Asylsuchende aus Afghanistan und Irak, die mit Fischerbooten nach Australien fliehen wollen, sind bei ih....

Obwohl Australien jährlich 13.000 Flüchtlinge aufnimmt, kommt davon nur ein Bruchteil über Indonesien. Die Verantwortung für die Flüchtlinge vor der Küste schieben sich Australiens Regierung und Opposition gegenseitig zu.

Als Nichtunterzeichner der Genfer Flüchtlingskonvention verweist Indonesien Asylsuchende ans UNHCR. Die Behörden sehen von Abschiebungen meist ab, sperren jedoch Asylsuchende ohne gültige Papiere in spezielle Gefängnisse. Diese werden mit australischen Geldern indirekt finanziert, doch sind die Zustände mangelhaft. Im Februar starb ein Afghane in Pontianak an den Misshandlungen des Wachpersonals, nachdem sein Fluchtversuch gescheitert war.

Zunehmend regt sich in Indonesien Unmut, das Land könne zum Langzeitlager werden. Regierungsvertreter sehen inzwischen nationale Interessen gefährdet. Obwohl der aktuelle Fünfjahresplan der Regierung die Unterzeichnung der Flüchtlingskonvention vorsieht, hat das keine Priorität. Ein Mitarbeiter des General-Direktoriats für Immigration sagt: In Indonesien leben 240 Millionen Menschen, 30 Prozent davon unter der Armutsgrenze. Würden wir die Konvention unterzeichnen, müssten wir den Asylsuchenden eine Grundversorgung und Bildung garantieren. Doch können wir das noch nicht einmal unserer eigenen Bevölkerung bieten.

Auch indonesische Nichtregierungsorganisationen helfen kaum. Asylsuchende werden eher als wohlhabend betrachtet. Viele Indonesier versuchen an ihnen zu verdienen, indem ihnen überbezahlte Wohnungen vermietet werden. Asylsuchende dürfen nicht legal arbeiten, sondern sind auf Unterstützung ihrer Familien angewiesen.

Viele Asylsuchende versuchen schnellstmöglich nach Australien weiterzureisen. Es haben sich Schmugglernetzwerke gebildet, die aus dem Ausland operieren und vorfinanziert werden. Indonesier einschließlich korrupter Beamter und Sicherheitskräfte sind nur Vermittler oder Transporteure. Verarmte Fischer sind für die Versprechen der Schmuggler offen. Mit einer Fahrt nach Australien verdienen sie umgerechnet 1.300 Euro, ein wahres Vermögen für sie. Doch wissen viele nicht, dass sie in Australien mehrjährige Haftstrafen erwarten.

Die Asylsuchenden werden in Indonesien eher als wohlhabend betrachtet

**Load-Date:** April 23, 2012



## Zielpunkt Neue Welt; GESCHICHTE Eine Studie folgt jüdischen Migranten während des Nationalsozialismus nach Uruguay

taz, die tageszeitung

Mittwoch 11. Dezember 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** KULTUR; S. 16

**Length:** 689 words

**Byline:** KNUT HENKEL

**Highlight:** GESCHICHTE Eine Studie folgt jüdischen Migranten während des Nationalsozialismus nach Uruguay

### Body

---

An der Schleusenbrücke, nur einen Steinwurf vom mondänen Hamburger Jungfernstieg entfernt, hängt die unscheinbare Gedenktafel für die Brüder Hirschfeld. Deren Modehaus war bis 1938 eine der feinen Adressen für Konfektionskleidung in Hamburg. Hier kaufte auch der Generalkonsul der Republik Uruguay, Señor Rivas, regelmäßig ein. Weniger für die eigene Frau als für seine Mätresse und auf Rechnung, wie in der Firmengeschichte zu lesen ist.

Als Fräulein Müller hat Rudolf Hirschfeld die Geliebte des Konsuls diskret bezeichnet und dem Fräulein Müller hat er genauso wie sein Bruder Otto sein Leben zu verdanken. Sie war es nämlich, die im November 1938 blitzschnell reagierte und Einreisevisa für zwei der drei Brüder Hirschfeld beschaffte und obendrein ein Schreiben des Konsulats an die Gestapo aufsetzen ließ. Aus dem ging hervor, dass die Brüder Hirschfeld zügig ausreisen müssten, weil die Papiere für Uruguay nur bis zum Jahresende gültig seien.

Die Nazis bedrohten die Familie Hirschfeld

So konnten sich die beiden Brüder Hirschfeld gemeinsam mit ihren Frauen nach Uruguay retten. Die Nazis hatten nicht nur ein Auge auf das berühmte Modehaus geworfen, sondern trachteten der ganzen Familie nach dem Leben. In der Reichspogromnacht vom 9. auf den 10. November 1938 wurde die Hochzeitsgesellschaft Rudolf Hirschfelds gestört, zahlreiche Gäste wurden ins Zuchthaus verfrachtet und mehrere Familienangehörige darunter auch Benno, der dritte der drei Brüder, ins KZ Sachsenhausen verschleppt.

Für die Familie Hirschfeld und viele andere noch in Deutschland lebende Juden war die Reichspogromnacht das Ende aller Illusionen. Fortan war klar, dass ein Leben in Zurückgezogenheit im Deutschen Reich unmöglich war. Die einzige Option hieß Auswanderung, und dank Fräulein Müller gingen Rudolf und Otto Hirschfeld am 10. Dezember 1938 in Montevideo an Land.

Uruguay ist das Land Lateinamerikas, welches in Relation zur Bevölkerung mehr jüdische Flüchtlinge aufnahm als jedes andere amerikanische Land. Fast 10.000 jüdische Emigranten landeten zwischen 1933 und 1945 in dem

## Zielpunkt Neue Welt GESCHICHTE Eine Studie folgt jüdischen Migranten während des Nationalsozialismus nach Uruguay

kleinen Agrarstaat. Das geht aus den Passagierlisten der Schiffe hervor, die die Historikerin Sonja Wegner genauso ausgewertet hat wie die Gestapo-Akten aus dem Hauptstaatsarchiv Düsseldorf oder die jüdischen Gemeindeblätter in Montevideo. Hinzu kommen nicht weniger als 51 Interviews mit jüdischen Emigranten und deren Nachkommen in Montevideo, die Licht in das Dunkel der bisher weitgehend unbekannten Geschichte des jüdischen Exils in Uruguay bringen.

Zuflucht fanden sie am anderen Ende der Welt

Uruguay wurde für die in Europa verfolgten deutschen und österreichischen Juden zur Ausreiseoption, weil schon ein Erste-Klasse-Ticket und 600 Peso Vorzeigegeld die reibungslose Einreise garantierten. Das war in den USA, Mexiko oder im benachbarten Paraguay ganz anders. Da wurden jüdische Flüchtlinge teilweise zurückgeschickt, während Uruguays Konsuln in Europa immer wieder Visa aus humanitären Gründen auch lange nach Kriegsausbruch noch bewilligten. In Einzelfällen auch eigennützig, wie die Berliner Historikerin in ihrer lebendig geschriebenen Doktorarbeit Zuflucht in einem fremden Land. Exil in Uruguay 1933 45 nachweist.

Und auch die Startchancen in der Neuen Welt waren nicht schlecht. Kleine Pensionen und Restaurants entstanden, zahlreiche Handwerksbetriebe und auch eine ganze Reihe von Konfektionsgeschäften. Dabei fiel den Frauen die Anpassung an die Lebensumstände deutlich leichter als ihren oft aus prestigeträchtigen Positionen kommenden Männern. Sie wurden oft zu den Schwungrädern des Neustarts und engagierten sich auch in den Organisationen der deutschsprachigen jüdischen Gemeinde Montevideos. Die existiert bis heute. Allerdings verblasen die Spuren der jüdischen Emigration mehr und mehr, so dass Wegners Dissertation genau zum richtigen Zeitpunkt erscheint. Sie hält einen bisher unbekannten Abschnitt der jüdischen Emigration fest und lässt dabei die letzten Zeitzeugen zu Wort kommen.

KNUT HENKEL

- Sonja Wegner: Zuflucht in einem fremden Land. Exil in Uruguay 1933 45 . Assoziation A, Berlin/Hamburg 2013, 376 Seiten, zahlreiche Abb., 22 Euro

**Load-Date:** December 10, 2013

## **Nicht nur Oma Ayse hat spezielle Bedürfnisse; MIGRATION Immer mehr MigrantInnen werden pflegebedürftig. Die Dienste müssen sich ändern**

taz, die tageszeitung

Samstag 14. April 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 06

**Length:** 647 words

**Byline:** WALTER LOCHMANN

**Highlight:** **MIGRATION** Immer mehr **MigrantInnen** werden pflegebedürftig. Die Dienste müssen sich ändern

### **Body**

---

VON WALTER LOCHMANN

BERLIN taz Der Traum vieler türkischer **MigrantInnen** vom Lebensabend am Bosphorus verblasst langsam. Die Generation der GastarbeiterInnen, die sich in der Bundesrepublik durch harte Arbeit und einen genügsamen Lebensstil genug Geld verdienen wollten, um in der ursprünglichen Heimat einen beschaulichen Lebensabend verbringen zu wollen, wird langsam abgelöst. Jetzt finden sich immer mehr Menschen mit **Migrationshintergrund**, die in Deutschland alt und pflegebedürftig werden. So langsam spricht sich diese Erkenntnis rum, und es gibt vor allem in großstädtischen Ballungsräumen oder in öffentlich geförderten Projekten Ideen zum Thema Multikulti - Pflege, zu interkultureller Öffnung und interkultureller Kompetenz.

Ambulante und stationäre Pflegeaufgaben sind körperlich und psychisch anstrengende Jobs mit ungünstigen Arbeitszeiten und gerade bei den ambulanten Pflegediensten eher karger Bezahlung, sarkastisch gesprochen ein klassischer Frauenberuf. Und übrigens einer der wenigen echten Berufe, bei denen es an Fachkräften mangelt. Und dieser Mangel wird zunehmen, weil die Menschen älter und gebrechlicher werden. Oma Ayse braucht Pflege genau so wie Opa Mehmet. Weil familiär oder durch Haus- oder Wohngemeinschaften geprägte Unterstützungsstrukturen abnehmen, ist professionelle Pflege notwendig. Die häufig mit Angst besetzten Vorstellungen von Pflegeeinrichtungen hat der geniale Kabarettist Georg Schramm anschaulich geschildert: Sind Sie auch Rentner? Pensionär sogar, noch besser. Heiminsasse oder freilaufend? Noch draußen. Schön für Sie. Da haben Sie ja das Schlimmste noch vor sich.

Für Menschen mit Migrationshintergrund beinhaltet dieses Schlimmste noch weitere Unwägbarkeiten. Kommt mit dem Pflegedienst plötzlich ein Mann, um die Mutter zu waschen? Und was ist eigentlich in dem Essen auf Rädern? Schweinefleisch? Vor allem in städtischen Ballungsgebieten wie Frankfurt, Berlin oder dem Ruhrgebiet gibt es immer mehr betreuungsbedürftige Ausländer, beobachtet auch Oliver Aitcheson vom Bundesverband Ambulante Dienste. Viele Pflegedienste stellen deshalb gezielt ausländische Mitarbeiter ein oder spezialisieren sich.

Nicht nur Oma Ayse hat spezielle Bedürfnisse MIGRATION Immer mehr MigrantInnen werden pflegebedürftig.  
Die Dienste müssen sich ändern

Doch gezielt ausländische Mitarbeiter einstellen macht aus der Not eine Tugend. Zwar ist es sinnvoll, die Einrichtungen interkulturell zu öffnen und auch die Mehrsprachigkeit zu nutzen. Besser aber wäre es, durch Qualifizierungen in interkultureller Kompetenz alle Pflegefachkräfte in die Lage zu versetzen, mit Unterschiedlichkeit umzugehen. Es sind ja nicht nur muslimische Frauen, die sich schämen, sich einem fremden Mann nackt zu zeigen, oder nur gläubige Muslime, bei denen die Schuhe ausgezogen werden sollen.

Das Spezialisieren dagegen bringt gefährliche Entwicklungen hervor: In einem Gespräch mit Pflegedienstleitungen warb ein Bereichsleiter deutlich für türkische Abteilungen. Seitdem alle türkischen Menschen in einer Abteilung untergebracht seien, gebe es keine Probleme mehr. Das Stereotyp einer lärmenden Familienhorde wird hier massiv bedient und durch Separieren gelöst. Wenn meine Schwiegereltern, die sich als Bauern und Bäuerinnen gegen Maschinenlärm und muhende Kühe verständigen müssen, mich besuchten, wären meine sämtlichen migrantischen FreundInnen nicht mehr zu hören. Und wer schon einmal Auseinandersetzungen von Aleviten mit Schiiten und Sunniten erlebt hat, nimmt spätestens dann Abschied von der kruden Vorstellung, das seien einheitlich agierende Türken oder Muslime.

Das Ziel wäre also: Die Pflegekräfte sind genau so bunt, so kulturell, ethnisch und sozial unterschiedlich wie die zu Pflegenden. Damit ich mich auch im Ried-Dialekt über die grandiose Saison der Dortmunder Borussia im Jahre 2012 unterhalten kann.

- Walter Lochmann, 54, Diplompädagoge aus Bad Vilbel in Hessen, taz-Genosse seit 1991

Nicht nur muslimische Frauen mögen sich einem fremden Mann nicht nackt zeigen

**Load-Date:** April 13, 2012

**Flüchtlinge stark im Kommen; ZUFLUCHT In Berlin suchen deutlich mehr Menschen Asyl als in den Vorjahren. Acht Notunterkünfte eröffnet. Opposition kritisiert "dramatisch verschlechterte" Situation**

taz, die tageszeitung

Freitag 26. Oktober 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 21

**Length:** 471 words

**Byline:** Konrad Litschko

**Highlight:** ZUFLUCHT In Berlin suchen deutlich mehr Menschen Asyl als in den Vorjahren. Acht Notunterkünfte eröffnet. Opposition kritisiert dramatisch verschlechterte Situation

## Body

---

VON KONRAD LITSCHKO

Nach Berlin kommen so viele **Flüchtlinge** wie seit Jahren nicht. 3.500 neue **Asylsuchende** erwartet Sozialsenator Mario Czaja (CDU) dieses Jahr. 2011 kamen 2.316 **Flüchtlinge**, 2006 nur 913.

Czaja sprach am Donnerstag im Abgeordnetenhaus von einem enormen Anstieg. Allein im September hätten 2.316 Menschen Asyl beantragt, im gleichen Monat vor einem Jahr waren es 443. Acht Notunterkünfte mit 920 Plätzen habe man zuletzt eingerichtet. Insgesamt seien momentan 4.878 Asylbewerber in 25 Einrichtungen untergebracht. Dazu kämen 7.000 Flüchtlinge in Wohnungen.

Czaja berichtete vor allem von Einreisen aus Serbien und Mazedonien, teils mit organisierten Busreisen. Kein einziger Asylantrag dieser Bürger sei 2012 bisher anerkannt worden. Das klang nach Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU), der gerade eine Asylmissbrauch-Debatte lostrat. Czaja aber betonte, Berlin habe in den Neunzigern schon größere Flüchtlingszahlen bewältigt. Jeder, der hier Zuflucht sucht, kann aufgenommen und mit angemessener Unterkunft versorgt werden.

Die Opposition kritisierte dagegen eine dramatisch verschlechterte Lebenssituation der Asylbewerber. Einrichtungen seien hoffnungslos überfüllt, Mitarbeiter überfordert. Eilig würden spartanische Container-Dörfer aufgebaut, Sanitäreinrichtungen fehlten, Kinder- und Schulbetreuung ebenso.

Linke, Grüne und Piraten forderten auch die Abschaffung des unwürdigen Asylbewerberleistungsgesetzes: Die entsprechende Bundesratsinitiative solle Berlin mittragen. Mit dem Gesetz erhalten Asylbewerber bisher nur rund 60 Prozent der üblichen Sozialleistungen. Das wertete das Bundesverfassungsgericht im Juli als grundgesetzwidrig.

Flüchtlinge stark im Kommen ZUFLUCHT In Berlin suchen deutlich mehr Menschen Asyl als in den Vorjahren.  
Acht Notunterkünfte eröffnet. Opposition kritisiert "dra....

Rot-Schwarz vertagte den Antrag in die Ausschüsse. Es brauche noch Überzeugungsarbeit bei der CDU, gestand Ülker Radziwill (SPD). Sie selbst zollte dem Protestmarsch von Flüchtlingen, der Anfang Oktober Berlin erreichte, Anerkennung und Solidarität. Auch die Opposition lobte Einsatz und Kraft der Protestierer, von denen sich einige jetzt im Hungerstreik befinden.

Czaja kritisierte die Bezirke, die eine Aufnahme von Flüchtlingen verweigerten. So bringt etwa Lichtenberg 1.181 Asylbewerber unter, in Steglitz-Zehlendorf sind es nur 40, in Reinickendorf 46. Dies soll künftig gleichmäßiger erfolgen, so Czaja. So konnten zuletzt drei Notunterkünfte in Moabit, Mitte und Heiligensee eröffnet werden. Laut Czaja fehlen weitere 700 Plätze.

SPD-Frau Radziwill warnte davor, die Debatte Populisten zu überlassen. Friedrichs Äußerungen nannte sie enttäuschend. Die Linke erinnerte, dass die Asyldebatte der Neunziger zu Ausschreitungen führte. Der CDU warf sie vor, in Rudow gemeinsam mit der NPD gegen ein Flüchtlingsheim gewettert zu haben. Die Neonazipartei will just am Samstag an vier Stellen in der Stadt gegen Südländer-Horden demonstrieren.

**Load-Date:** October 25, 2012

---

End of Document

## Aufrüstung gegen Migranten; MAROKKO Die Regierung in Madrid will ihre Befestigungsanlagen in Melilla und Ceuta verstärken. Flüchtlinge stürmen einen Grenzzaun, ein Afrikaner kommt ums Leben

taz, die tageszeitung

Donnerstag 07. November 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 10

**Length:** 486 words

**Byline:** REINER WANDLER

**Highlight:** MAROKKO Die Regierung in Madrid will ihre Befestigungsanlagen in Melilla und Ceuta verstärken.

**Flüchtlinge** stürmen einen Grenzzaun, ein Afrikaner kommt ums Leben

### Body

---

VON REINER WANDLER

MADRID taz Spanien verstärkt seine Südgrenze. Das Innenministerium der konservativen Regierung unter Mariano Rajoy lässt am Grenzzaun um die nordafrikanische Exklave Melilla Natodraht anbringen. Mindestens ein Drittel der 12 Kilometer langen und 6 Meter hohen Grenzanlage soll mit dem Draht, der mit rasiermesserscharfen Klingen versehen ist, bestückt werden. Madrid reagiert damit darauf, dass seit Sommer immer mehr **Flüchtlinge** von Marokko nach Melilla zu gelangen versuchen.

Außerdem wird der doppelte Grenzzaun mit einem engmaschigen Gewebe versehen. Dieses ist zu fein, um darin Halt zu finden. Damit soll verhindert werden, dass Flüchtlinge auf den Zaun steigen können. Die Arbeiten sollen bis Ende des Monats beendet werden. Zudem soll ein zweiter Hubschrauber zur Luftüberwachung der Grenze eingesetzt werden. In der zweiten Exklave, Ceuta, wird der dortige Zaun in das Meer hinein verlängert, um zu verhindern, dass Flüchtlinge spanisches Territorium schwimmend von Marokko aus erreichen.

Nachdem bei einem Ansturm von über 200 Menschen in der Nacht auf Dienstag rund 100 Flüchtlinge nach Melilla gelangen konnten, befürchten die Grenzbeamten einen erneuten Ansturm von Flüchtlingen, die noch vor Abschluss der Grenzverstärkung versuchen könnten, Spanien zu erreichen. Ein Schwarzafrikaner war in der Nacht zu Dienstag nach marokkanischen Angaben vom Zaun in den Tod gestürzt. 40 Flüchtlinge wurden auf marokkanischer Seite verhaftet.

Es ist nicht das erste Mal, dass Spanien Natodraht an dem Doppelzaun rund um Melilla anbringt. Bereits 2005, damals unter dem Sozialisten José Luis Rodríguez Zapatero, wurden der Zaun nachgerüstet. Er wurde von drei auf sechs Meter erhöht und zusätzlich mit einer zwei Meter hohen Rolle Natodraht versehen. Die Flüchtlinge erlitten an den messerscharfen Metallblättchen schwere Verletzungen am ganzen Körper. Mindestens 13 Menschen verloren

Aufrüstung gegen Migranten MAROKKO Die Regierung in Madrid will ihre Befestigungsanlagen in Melilla und Ceuta verstärken. Flüchtlinge stürmen einen Grenzzaun, e....

an dem Zaun ihr Leben. Einige verbluteten erbärmlich, nachdem sie sich im Draht verfangen hatten. 2007 wurden der umstrittene Draht schließlich entfernt.

Die erneute Aufrüstung des Zaunes sei ein Rückschritt hinsichtlich der Rechte der Immigranten, beschwert sich der Vorsitzende der spanischen Sektion von Amnesty International (AI), Estebán Beltrán. Auf Lampedusa und in Marokko passiert Ähnliches. Das Recht eines Staates, sich zu schützen, wird als wichtiger angesehen, als das Recht der Immigranten auf Leben, fügt er hinzu.

Trotz der Kritik von AI und der Opposition im spanischen Parlament hält die Regierung am Ausbau fest. Die irreguläre Einwanderung ist in Händen des organisierten Verbrechens, das diese Personen dorthin schickt, wo sie sich verletzen, Schiffbruch erleiden oder sterben. Die Staaten versuchen, so menschlich wie möglich zu sein, erklärt der Direktor für Einwanderung im Innenministerium, Carlos Abella y de Arístegui.

Auf Lampedusa und in Marokko passiert Ähnliches

AMNESTY INTERNATIONAL

**Load-Date:** November 6, 2013



**Die Abschiebeheime; ASYL Die Flüchtlingszahlen steigen, und die bestehenden Einrichtungen sind voll. Der ausgerufenen Notstand jedoch ist politisch gewollt**

taz, die tageszeitung

Samstag 24. August 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** MEINUNG UND DISKUSSION; S. 10

**Length:** 630 words

**Byline:** CHRISTIAN JAKOB

**Highlight:** ASYL Die Flüchtlingszahlen steigen, und die bestehenden Einrichtungen sind voll. Der ausgerufenen Notstand jedoch ist politisch gewollt

## Body

---

Nicht überall in Deutschland werden die Menschen ihre Nachbarn so empfangen wie die Anwohner des neuen Asylbewerberheims in Berlin-Hellersdorf mit dem Hitlergruß. Aber in der gesamten Bundesrepublik kann man sich darauf einstellen, dass auf absehbare Zeit mehr Flüchtlinge hierher kommen werden. Und die bestehenden Unterkünfte sind fast alle voll.

Es mag unterschiedliche Vorstellungen darüber geben, wie es vor einem Haus und in einer Straße zuzugehen hat. Und man muss seine Nachbarn nicht mögen. Doch seit Rostock-Lichtenhagen gibt es keine Unschuld mehr in dieser Frage.

Die Pogrome der frühen neunziger Jahre bestimmen das Terrain für jede Verhandlung über eine Flüchtlingsunterkunft. Und nirgendwo sonst ist der Grat von Antipathie zu offenem Hass derart schmal. Wer bestaunen will, was der Deutsche von nebenan sich so ausdenkt, wenn er um die Rassenhygiene vor der Haustür fürchtet, kann sich in diesen Tagen durch Gruselkabinette von Vernichtungsfantasien auf den Facebookseiten diverser Anwohnerinitiativen klicken. Ob Berlin, Duisburg, Wolgast oder Bremen: Aufrufe zu Brandstiftung und Mord werden in Rekordzeit salonfähig, wenn kosovarische Roma, syrische oder afghanische Flüchtlinge angesiedelt werden.

In Hellersdorf schieben heute Antifas Nachtschichten, weil sie der Polizei nicht zutrauen, die Flüchtlinge vor einem Naziangriff zu schützen. Der DGB verlegt seine Kundgebung vor das Heim, um den Bewohner Beistand zu signalisieren. Und der Innenminister sorgt sich öffentlich um das von den braunen Aktivbürgern beschmutzte Ansehen eines der beliebtesten Länder der Welt.

Dabei ist das, was in diesen Tagen an Orten wie Hellersdorf geschieht, Folge staatlichen Willens. Per Gesetz ist festgelegt, dass Asylsuchende nicht in Wohnungen leben sollen, sondern in Heimen. Die werden meist privat

Die Abschiebeheime ASYL Die Flüchtlingszahlen steigen, und die bestehenden Einrichtungen sind voll. Der ausgerufene Notstand jedoch ist politisch gewollt

betrieben. Auch wenn sich viele Kommunen mit Händen und Füßen dagewehrt haben, die entsprechenden Verträge offenzulegen, sind doch immer wieder Details bekannt geworden. Und die zeigen: Billiger als der normale Mietzuschuss sind diese Heime meist nicht.

Doch der Staat profitiert von den Sammelunterkünften auf andere Weise. Denn sie sind immer auch ein Ghetto. Sie isolieren und stigmatisieren die Bewohner. Das Innenpolitiker haben es oft genug deutlich gesagt ist ein Programm der bewussten Antiintegration. Die Heimunterbringung soll künftige Abschiebungen erleichtern: keine protestierenden Mitschüler oder gar befreundete Nachbarn, keine Unterstützer, die Anwälte besorgen oder Arztgutachten.

Dass das Leben in den überfüllten Lagern die Flüchtlinge zermürbt, nimmt der Staat dafür ebenso hin, wie dass die Heime eine bevorzugte Zielscheibe von Rechtsextremen sind.

Es ist eine Ironie der Geschichte, dass sich nun ausgerechnet in Berlin, das schon vor einigen Jahren die Regel der zentralen Unterbringung abschaffen wollte, Szenen wie in Hellersdorf abspielen. Eigentlich können Flüchtlinge hier durchaus in Wohnungen ziehen. Doch der Rückzug des Staats aus dem sozialen Wohnungsbau hat das Niedrigpreissegment immer weiter ausgedünnt. Dort, wo Asylsuchende sich eine Wohnung zur Miete auf Hartz-IV-Niveau suchen dürfen, konkurrieren sie mit den deutschen Bewerbern um den viel zu knappen Wohnraum. Wie das ausgeht, ist klar.

Jetzt ruft der Unionsfraktionschef Wolfgang Bosbach zum Krisengipfel in Sachen Flüchtlingsunterbringung, und Innenminister Friedrich findet die Asylzahlen alarmierend. Der Verlockung, das noch stets für ein paar Wählerstimmen am rechten Rand wie in der bürgerlichen Mitte verfangende Thema im Wahlkampf zu nutzen, widerstehen sie nicht. Man darf getrost davon ausgehen, dass sie ganz genau wissen, wen sie mit solchen Worten ermutigen: Denen, die die Sache mit Gewalt lösen wollen. Das nennt man dann wohl: Mittäterschaft.

CHRISTIAN JAKOB

**Load-Date:** August 23, 2013

## **Türken rein, Flüchtlinge raus; ABKOMMEN EU erleichtert Einreise für türkische Bürger. Dafür nimmt Ankara abgewiesene Asylsuchende zurück**

taz, die tageszeitung

Freitag 06. Dezember 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AKTUELLES; S. 02

**Length:** 626 words

**Byline:** JÜRGEN GOTTSCHLICH

**Highlight:** ABKOMMEN EU erleichtert Einreise für türkische Bürger. Dafür nimmt Ankara abgewiesene **Asylsuchende** zurück

### **Body**

---

AUS ISTANBUL JÜRGEN GOTTSCHLICH

Jahrelang hatte die EU darauf gedrängt, jetzt ist es so weit. Die Türkei ist bereit, ein sogenanntes Rücknahmeabkommen zu unterschreiben, mit dem sie zusichert, alle **Flüchtlinge**, denen es gelang, über ihr Territorium in die EU zu flüchten, wieder zurückzunehmen. Tritt dieses Abkommen Ende des Jahres in Kraft, offiziell will die türkische Regierung die Vereinbarung am 16. Dezember unterzeichnen, wird vor allem die griechische Regierung aufatmen. Im Gegenzug sichert die EU zu, dass für Türken die Einreise in die EU erleichtert wird, bis hin zur Visafreiheit in drei Jahren. Während die Zeitungen in der Türkei vor allem über die in Aussicht gestellten Visaerleichterungen jubeln, bleibt das Rücknahmeabkommen zunächst weitgehend undiskutiert.

Mehrere Hunderttausend Menschen sind in den letzten Jahren über die Türkei in die EU geflüchtet, die meisten nach Griechenland. In letzter Zeit versuchen Flüchtlinge auch nach Bulgarien zu gelangen, weil Griechenland im Verbund mit EU-Frontex-Polizisten den Grenzübertritt erheblich erschwert hat.

Nach Griechenland versuchen Flüchtlinge über die Ägäisinseln, den Grenzfluss Meric/Evros oder über einen schmalen Landstreifen bei der Grenzstadt Edirne zu gelangen. Auf der 12 Kilometer langen Landgrenze hat Griechenland mittlerweile einen Zaun gebaut, die Überwachung der Seegrenze wurde verstärkt. Flüchtlingsorganisationen berichten, dass die griechische Küstenwache auch nicht davor zurückschreckt, Flüchtlingsboote zu versenken.

Die meisten Flüchtlinge, die es dennoch schaffen, kommen von Griechenland aus nicht weiter, weil sie nur dort Asyl beantragen dürfen, wo sie zuerst EU-Boden betreten haben. Griechenland ist mit der großen Zahl an Flüchtlingen völlig überfordert und wird versuchen, möglichst viele wieder in die Türkei abzuschieben. Das aber wird in der Türkei zu ähnlichen Problemen führen.

Türken rein, Flüchtlinge raus ABKOMMEN EU erleichtert Einreise für türkische Bürger. Dafür nimmt Ankara abgewiesene Asylsuchende zurück

Es gibt kaum Aufnahmelager und das Rechtssystem ist für die Bearbeitung von Asylanträgen in keiner Weise vorbereitet. Zwar wurde im Frühjahr ein Asylgesetz verabschiedet, aber das steht bislang nur auf dem Papier. Schon jetzt ist die Türkei mit rund 1 Million syrischer Flüchtlinge an der Grenze ihrer finanziellen Möglichkeiten. Doch die syrischen Flüchtlinge werden offiziell gar nicht als solche bezeichnet, sondern als Gäste der Regierung. Ihr Aufenthalt ist zeitlich nicht befristet, weil man immer noch davon ausgeht, dass der Krieg bald endet. Es wurde aber jetzt begonnen, an einzelne Syrer Arbeitserlaubnisse auszugeben.

Darauf dürfen andere Flüchtlinge in der Türkei nicht hoffen. Die Mehrheit kommt bislang aus Iran, Irak und Afghanistan. Sie müssen sich bei der Flüchtlingshilfe der UNO, dem UNHCR, melden, werden dort registriert und dürfen sich anschließend nur in einer bestimmten Stadt aufhalten. Dort warten sie dann jahrelang ohne staatliche Unterstützung darauf, dass das UNHCR für sie eine Bleibe in Europa oder Nordamerika findet.

Dazu kommen immer mehr afrikanische Flüchtlinge, die derzeit leicht als Touristen in die Türkei einreisen können, weil die Visapflicht für etliche afrikanische Länder abgeschafft wurde, und die nach den erlaubten drei Monaten dann einfach abtauchen. Viele, die ursprünglich vorhatten nach Europa zu gehen, ziehen es bereits vor, in Istanbul zu bleiben, weil es dort bessere Jobmöglichkeiten als in Griechenland gibt. Mit der jetzigen Vereinbarung mit der EU wird die Zahl von Flüchtlingen, die für längere Zeit in der Türkei bleiben, erheblich zunehmen.

Die Konflikte, die sich daraus ergeben werden, sind bereits absehbar. Am meisten leiden werden die Kriegs- und Armutsflüchtlinge, deren Traum von Europa jetzt schon in der Türkei enden wird.

Vor allem Griechenland wird versuchen, möglichst viele Flüchtlinge abzuschieben

**Load-Date:** December 5, 2013

## **Mit Kopftuch in der Arztpraxis? Abgelehnt!; ALLTAG Migranten, die sich auf eine Lehrstelle bewerben, werden häufig diskriminiert, meint der Freiburger Soziologe Albert Scherr**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 16. Mai 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AKTUELLES; S. 02

**Length:** 444 words

**Byline:** SIMONE SCHMOLLACK

**Highlight:** ALLTAG **Migranten**, die sich auf eine Lehrstelle bewerben, werden häufig diskriminiert, meint der Freiburger Soziologe Albert Scherr

### **Body**

---

BERLIN taz | Eine Arztpraxis in Potsdam sucht eine neue Sprechstundenhilfe. Eine junge Muslimin bewirbt sich auf die Stelle und wird abgelehnt. Weil sie während der Arbeit das Kopftuch tragen will. Diskriminierung?

Nein, sagt der Arzt, der seinen Namen nicht in der Zeitung lesen will. Wenn sie das Kopftuch abgelegt hätte, hätte ich sie genommen, sagt er: Ich muss meinen Patienten entgegenkommen. Potsdam ist zugespitzt formuliert reich und weiß, und man bleibt offenbar gerne unter sich.

Für Albert Scherr ist der Potsdamer Fall eine direkte Diskriminierung. Und die treffe nicht nur Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sagt der Soziologe an der Pädagogischen Hochschule Freiburg. Sondern auch migrantische Jugendliche, die sich auf einen Ausbildungsplatz bewerben.

In einer Umfrage unter Betrieben, die in der Industrie- und Handelskammer organisiert sind, hat Soziologe Scherr herausgefunden, dass ein Drittel der Firmen kopftuchtragende Muslima nicht einstellen würden. Circa 12 Prozent der Handwerks-, Bau- und Gastronomiebetriebe möchten nicht, dass bei ihnen praktizierende Moslems arbeiten.

Eine indirekte Diskriminierung sieht Scherr im Ausgrenzen aufgrund der Sprache. So ist es für rund 77 Prozent der Firmenchefs wichtig, dass migrantische Lehrlinge gut Deutsch sprechen. Albert Scherr sagt: Man kann zwar eine Sprache lernen, aber eine Erstsprache kann man sich nicht wählen.

Arbeitgeber argumentieren, dass gutes Deutsch eine Voraussetzung für Lehrlinge und Angestellte sei, die mit Kunden Kontakt haben. Sie müssten sich eindeutig verständlich machen können und dürften nicht geschäftsschädigend wirken. Horst Schollmeyer sind solche Kriterien egal. Der Malermeister in Berlin, zu dessen Kunden Wohnungsbaugenossenschaften, die Charité und Bezirksämter zählen, will lediglich, dass sich meine Jungs verständlich machen können: Ob die den Genitiv richtig verwenden, ist unwichtig.

Mit Kopftuch in der Arztpraxis? Abgelehnt! ALLTAG Migranten, die sich auf eine Lehrstelle bewerben, werden häufig diskriminiert, meint der Freiburger Soziologe ....

Der Malermeister legt Wert darauf, dass seine Auszubildenden mit teils schwierigem sozialen Hintergrund pünktlich zur Arbeit kommen, gut ins Team passen und nicht aufmüpfig sind. Zensuren seien zunächst sekundär. Wer aber zu schlecht ist, wird zur Nachhilfe verpflichtet, sagt Schollmeyer. Eine 4 ist schlecht, eine 3 geht durch. Der Malermeister bildet zehn Azubis aus, einer von ihnen hat einen Migrationshintergrund.

Der Scherr-Studie zufolge bevorzugt fast ein Fünftel der Arbeitgeber deutschstämmige Jugendliche, weil die Kunden das erwarten würden. Albert Scherr zieht ein Fazit: Eine klare Mehrheit der Betriebe geht aufgrund ihrer Einschätzung der Situation davon aus, dass Diskriminierung im Ausbildungsbereich geschieht. SIMONE SCHMOLLACK

**Load-Date:** May 15, 2013

---

End of Document

## Flüchtlinge in der EU fairer verteilen

taz, die tageszeitung

Dienstag 08. Oktober 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** THEMEN DES TAGES; S. 03

**Length:** 651 words

**Byline:** CHRISTIAN JAKOB

### Body

---

#### Die Lage

In Deutschland geht es gerecht zu – jedenfalls was die Verteilung von Asylsuchenden angeht. Der sogenannte Königsteiner Schlüssel legt fest, wie die Ankommenden unter allen 16 Ländern aufgeteilt werden. Grundlage ist dabei ein Mix aus Wirtschaftskraft und Einwohnerzahl. So muss sich Nordrhein-Westfalen um jeden fünften Flüchtling kümmern, Bremen um jeden 100sten.

In der Europäischen Union ist das anders: Seit 2003 gilt hier die Dublin-II-Verordnung. Ihr Ziel war es, sicherzustellen, dass es in Europa keine Flüchtlinge gibt, für die niemand die Verantwortung übernehmen will sogenannte Refugees in Orbit.

Die Richtlinie legt deshalb fest, dass immer der Staat für einen Flüchtling zuständig ist, über den dieser in die EU einreist. Im ersten Ankunftsland werden Fingerabdrücke abgenommen, nur dort darf er einen Asylantrag stellen. Geht er trotzdem woanders hin, etwa nach Skandinavien, wird er zurückgeschoben.

Dies belastet die Länder an den Außengrenzen extrem: So musste sich das kleine Malta 2011 mit 4.525 Anträgen je eine Million Einwohner plagen, in Deutschland waren es nur 625.

Von einem funktionierenden Asylsystem kann daher vor allem in Südeuropa keine Rede sein. Griechenland, Zypern, aber auch Ungarn sperren Flüchtlinge zur Abschreckung unter katastrophalen Bedingungen ein. Asyl gibt es in diesen Ländern praktisch nicht. Italien überlässt die Menschen weitgehend sich selbst. Das führt dazu, dass die Ankömmlinge nach Mitteleuropa weiterreisen. Dort dürfen sie aber keinen Asylantrag stellen; gleichzeitig verbieten Gerichte eine Rückschiebung oft aus humanitären Gründen – und die Flüchtlinge sitzen erneut fest.

#### Die Reform

Die FDP-Europaabgeordnete Nadja Hirsch hat einen Vorschlag für einen europäischen Verteilungsschlüssel entwickelt. Es ist Zeit für ein faires und modernes Verteilungssystem für Asylsuchende, sagt Hirsch. Bevölkerungszahl und Bruttoinlandsprodukt werden bei ihrem Modell im Verhältnis eins zu zwei gewichtet. Deutschland müsste bei diesem Modell etwa jeden fünften Flüchtling aufnehmen. Vor allem Länder wie

## Flüchtlinge in der EU fairer verteilen

Griechenland, Zypern und Malta würden entlastet, Staaten wie Großbritannien oder die Niederlande müssten mehr aufnehmen.

Wer hätte etwas davon?

Von einer solchen Reform würden jährlich Zehntausende Asylsuchende profitieren. Ihnen bliebe die Internierung in griechischen Gefängnissen erspart, sie dürften aus Süd- und Osteuropa in andere Länder der Europäischen Union weiterreisen. Die armen EU-Staaten im Süden würden entlastet. In der Krise werden Asylsuchende dort von Rechtsradikalen bevorzugt als Sündenbock verfolgt oft genug mit Gewalt.

Der Haken

Oft haben Flüchtlinge Sprachkenntnisse, Freundes- oder Familienverbindungen in bestimmte Länder. Darum wollen sie dorthin. Dies müsste bei der Verteilung berücksichtigt werden. Besonders beliebte Länder könnten mit Ausgleichszahlungen entschädigt werden.

Hinzu kommt: Flüchtlinge werden in den EU-Ländern höchst unterschiedlich behandelt. Blicke alles wie bisher, hätten all jene Pech, die per Quote in ein Land mit schlechtem Standard wie etwa Polen umverteilt würden. Die Schutzstandards müssten EU-weit auf dasselbe Niveau gebracht werden. Bis dahin sollten schlechte Länder von der Verteilung ausgenommen sein.

Aussichten auf Umsetzung

Schlecht. So, wie es ist, ist es für die großen, zentraleuropäischen Länder sehr komfortabel. Während der fünfjährigen Verhandlungen zum neuen europäischen Asylpaket Ceas haben sie kategorisch jede echte Reform der Dublin-Richtlinie blockiert. Die wirtschaftlich abhängigen Pleitestaaten im Süden haben darüber stets laut, aber vergeblich gemurrt.

Nach dem jüngsten Schiffsunglück regt sich jedoch erneut Widerstand: Wir werden laut unsere Stimme in Europa erheben, um die Regeln zu ändern, die die ganze Last der illegalen Einwanderung auf die Länder des ersten Eintritts abwälzen, sagte Italiens Vizeregierungschef Angelino Alfano am Freitag. CHRISTIAN JAKOB

**Load-Date:** October 7, 2013



**Seehofers Ziel: ruhende Rechte für Migranten; MIGRANTEN CSU-Chef unterbreitet bei den Koalitionsverhandlungen zum Staatsbürgerschaftsrecht einen Kompromissvorschlag**

taz, die tageszeitung

Freitag 01. November 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AKTUELLES; S. 02

**Length:** 538 words

**Byline:** DANIEL BAX

**Highlight:** **MIGRANTEN** CSU-Chef unterbreitet bei den Koalitionsverhandlungen zum Staatsbürgerschaftsrecht einen Kompromissvorschlag

## Body

---

AUS BERLIN DANIEL BAX

Die SPD hat es im Wahlkampf zum zentralen Ziel erklärt: die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft. In den Koalitionsverhandlungen spielt das Thema eine prominente Rolle. Ohne Doppelpass keine Große Koalition, zitierte die türkische Zeitung Hürriyet jüngst voller Vorfreude die Vizevorsitzende der SPD, Aydan Özoguz. Thomas Oppermann, der für die SPD die Verhandlungen mit Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) führt, gab sich zuversichtlich, dass es hier zu einer Einigung kommt. Auch die Union kann ja nicht verkennen, dass wir qualifizierte Einwanderer in Deutschland brauchen, erklärte er vor dem ersten Treffen der Innen-Arbeitsgruppe in Berlin.

Wenn sich am heutigen Freitag die Unterhändler der Arbeitsgruppe Integration und Migration treffen, dann schwebt das Thema über allen anderen. Denn auch für die Union besitzt das Thema eine besondere Bedeutung, wenn auch eine weitgehend historische. Als sich die erste rot-grüne Bundesregierung 1998 an eine Reform des Staatsbürgerrechts machte, probten Teile der Partei den Aufstand. Der spätere CDU-Ministerpräsident Roland Koch initiierte in Hessen eine Unterschriftenkampagne gegen den Doppelpass und gewann damit die Landtagswahlen. Somit war die Position der Union in dieser Frage auf Jahre zementiert.

Doch nun hat CSU-Chef Horst Seehofer überraschend Kompromissbereitschaft angedeutet. Schon im Sondierungsgespräch mit den Grünen erklärte er sich bereit, die Optionspflicht infrage zu stellen, die es vor allem von jungen Deutsch-Türken verlangt, sich bis zum 23. Lebensjahr für einen der beiden Pässe zu entscheiden, mit denen sie bis dahin aufgewachsen sind. In dieser Woche brachte Seehofer nun den Kompromissvorschlag einer ruhenden Staatsbürgerschaft ins Spiel. Nach dem Motto: Wo ich lebe, da wähle ich.

Seehofers Ziel: ruhende Rechte für Migranten MIGRANTEN CSU-Chef unterbreitet bei den Koalitionsverhandlungen zum Staatsbürgerschaftsrecht einen Kompromissvorsch....

Experten sehen das kritisch. Stephan Mayer, der als Mitglied im CSU-Vorstand und in der Arbeitsgruppe sitzt, ist von diesem Vorschlag persönlich nicht überzeugt, sagte er der taz. Eher schon kann er sich vorstellen, bei der Optionsregelung die Fristen zu verlängern und Einwandererkindern künftig sogar bis zu ihrem 30. Lebensjahr Zeit zu geben, sich zu einem Land zu bekennen.

Auch Aydan Özoguz hält von Seehofers Kompromissvorschlag nicht viel: Seehofer denkt laut nach. Vielleicht gehört das dazu, um seine Leute an den Gedanken zu gewöhnen, dass die Mehrstaatlichkeit kein Tabu mehr ist, sagt die SPD-Vizevorsitzende der taz. Ich sehe aufgrund unserer bisherigen Erfahrungen nicht, welchen Vorteil ein solches Modell haben sollte. Wir nehmen Mehrstaatlichkeit ja in vielen Fällen schon hin.

Die große Schlacht findet wohl am Donnerstag nächster Woche statt. Dann wollen die Untergruppe Migration und die Arbeitsgruppe Innen und Recht gemeinsam über das Thema reden, den ganzen Tag. Die doppelte Staatsangehörigkeit ist für die SPD das wichtigste Thema im Bereich Innen und Recht, heißt es dazu aus SPD-Kreisen - also wichtiger als Extremismusklausel, Volksentscheid oder das NPD-Verbotsverfahren. Parteichef Sigmar Gabriel braucht einen Erfolg beim Doppelpass als Trophäe, um ihn beim anstehenden Mitgliederentscheid in die Waagschale zu werfen und Wähler mit Migrationshintergrund bei der Stange zu halten.

**Load-Date:** October 31, 2013

**Flucht aus dem Flüchtlingsalltag; INTERNET Im Asylbewerberheim  
Marienfelde organisieren die BewohnerInnen ihr eigenes Internetcafé - zum  
ersten Mal in Berlin. Andere Heime zeigen sich gegenüber dieser Idee noch  
skeptisch**

taz, die tageszeitung

Dienstag 27. November 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 21

**Length:** 635 words

**Byline:** JOANNA ITZEK

**Highlight:** INTERNET Im Asylbewerberheim Marienfelde organisieren die BewohnerInnen ihr eigenes Internetcafé zum ersten Mal in Berlin. Andere Heime zeigen sich gegenüber dieser Idee noch skeptisch

## Body

---

VON JOANNA ITZEK

Im Raum 216 des Flüchtlingsheims Marienfelde herrschen Gewächshaustemperaturen: Sieben Computer älteren Baujahrs laufen auf Hochtouren, davor drängeln sich fünfzehn serbische Jungen. Während sie im Wechsel Michael-Jackson-Videos und Fußballtabellen anklicken, überblickt Ferdinand Lekaboth, ein groß gewachsener Mann, von der Tür aus das Geschehen. Wenn ein Rechner streikt oder sich die Jungs um die Maus streiten, eilt der 25-jährige Kameruner herbei. Willkommen in Berlins erstem Internetcafé in einer Flüchtlingsunterkunft, das von den Asylsuchenden selbst organisiert wird.

Gerade sitzen viele Kinder und Jugendliche hier, aber sonst trifft man eher ihre Eltern vor den Computern an, sagt Lekaboth, der seit neun Monaten auf Asyl in Deutschland wartet. Er nennt es einen großen Erfolg, dass sie in Marienfelde jetzt freien und für die Nutzer kostenlosen Zugang zum Netz haben: Nachrichten lesen, der Familie mailen oder sich mit anderen Asylbewerbern vernetzen – das alles ist Empowerment, sagt Lekaboth.

Man stecke als Asylbewerber in einem Vakuum, solange die Aufenthaltsgenehmigung aussteht. Oft fühlst du dich ausgeliefert. Aber wenn du dich informieren kannst, ist das auch eine Form von Emanzipation. Lekaboth hat einen Master in Völkerrecht und nutzt das Netz viel für Recherchen. Eines Tages möchte er an der Fernuniversität Hagen einen Abschluss in Governance machen und in die Politik gehen. Im Augenblick übernimmt er den Großteil der Schichten im Marienfelder Internetcafé.

Das Projekt steht und fällt mit dem Einsatz der Asylsuchenden selbst, die über die Öffnungszeiten bestimmen und sich um die Computer kümmern. Die Heimleitung ist organisatorisch nicht involviert. Das sei ganz entscheidend, sagt Chu Eben von der Brandenburger Initiative Refugees Emancipation, die das Projekt in Berlin auf den Weg

Flucht aus dem Flüchtlingsalltag INTERNET Im Asylbewerberheim Marienfelde organisieren die BewohnerInnen ihr eigenes Internetcafé - zum ersten Mal in Berlin. An....

gebracht hat. Der Internetraum soll ein Ort der Selbstverwaltung sein. Nicht zuletzt, so Chu Eben, weil die Asylsuchenden in manchen Heimen Misstrauen gegen die jeweilige Heimleitung hegten.

Sieben solcher Internetcafés hat Refugees Emancipation bereits in Brandenburger Flüchtlingsunterkünften eingerichtet. Das Prinzip ist immer dasselbe: Das Heim stellt die Räume, der Verein besorgt die Rechner und unterstützt die Asylsuchenden mit Know-how. So geben etwa Studenten von der Technischen Universität Berlin in den Unterkünften Computerkurse auf ehrenamtlicher Basis.

Bislang ist das Übergangwohnheim in Marienfelde die einzige Unterkunft in der Stadt, die mit Refugees Emancipation kooperiert. Aus Marzahn hat der Verein nach eigenen Angaben eine Absage bekommen, mit Lichtenberg ist man im Gespräch. Viele BetreiberInnen der Berliner Flüchtlingsunterkünfte zeigen sich bislang skeptisch, was die Einrichtung von freien Netzzugängen betrifft. Grundsätzlich signalisieren sie zwar ihre Bereitschaft, befürchten jedoch, im Rahmen der Störerhaftung rechtlich belangt zu werden, wenn Flüchtlinge im Netz Urheberrechtsverletzungen begehen. Das ergibt sich aus einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Piraten.

Uta Sternal, Heimleiterin in Marienfelde, kann diese Befürchtung nicht teilen. Der Zugang zum Internet bedeutet Wissenszugang, sagt sie, den muss man fördern. 600 Menschen leben derzeit im Marienfelder Heim, überwiegend sind es serbische und tschetschenische Familien, die auf die Bewilligung ihres Asylantrags warten. Sternal hofft, dass das Netzprojekt auch den inneren Frieden im Heim befördert. Die serbischen und tschetschenischen Gruppen geraten hier schon mal aneinander, erzählt sie. Über das Internetcafé, das sie seit Kurzem gemeinsam verwalten, könne vielleicht eine Annäherung gelingen.

Als Asylbewerber fühlt man sich oft ausgeliefert. Aber wenn man sich informieren kann, ist das auch eine Form von Emanzipation

FERDINAND LEKABOTH, FLÜCHTLING

**Load-Date:** November 26, 2012

**"Der Rückzug des Staates ist offenkundig"; WELTLICHKEIT Kirchen sind der Stachel im Fleisch der staatlichen Flüchtlingspolitik, sagt der Theologe Rolf Schieder**

taz, die tageszeitung

Samstag 21. Dezember 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 45

**Length:** 788 words

**Byline:** ANNE HAEMING

**Highlight:** WELTLICHKEIT Kirchen sind der Stachel im Fleisch der staatlichen Flüchtlingspolitik, sagt der Theologe Rolf Schieder

## Body

---

### INTERVIEW ANNE HAEMING

taz: Herr Schieder, braucht Berlin die Kirchen?

Rolf Schieder: Die Kirchen waren immer schon gesellschaftliche Akteure. Sie haben Kindergärten, diakonische Einrichtungen und Schulen betrieben. Aber gerade in Berlin wird sichtbar, dass sie wegen ihrer transnationalen Orientierung wichtig sind für die Integration von Menschen aus anderen Ländern. Die großen Kirchen haben hier enge Kontakte zu den kleinen Migrantenkirchen. Seit 1990 sind in Berlin 120 davon entstanden, 80 afrikanische, 40 asiatische. Aber wie nötig Kirche ist, ist mit Blick auf andere Länder noch deutlicher: Dort ist sie oft das einzige soziale Netz. Es gibt keine politischen Strukturen, die die Menschen auffangen.

Das kann man mit Bezug auf die aktuelle Berliner Asylpolitik ja genauso sagen.

Das stimmt tendenziell. Der Rückzug des Staates aus vielen sozialen Bereichen ist evident. In der alten Bundesrepublik herrschte noch der Glaube, der Wohlfahrtsstaat sei die Zukunft: Vater Staat sorgt für uns alle. Aber da er seine Verpflichtungen nicht mehr erfüllen kann, wird Mutter Kirche wieder wichtiger. Man erkennt, dass die deutsche Idee vom Staat, der alles richtet, nicht so zukunftsfähig ist, wie viele dachten.

Inwieweit muss Kirche überhaupt Politik machen?

Das Evangelium ist immer politisch. Staat und Kirche werden daher immer in einem Spannungsverhältnis leben. Christen fragen sich, gegenüber welcher Macht sie sich letztlich verantworten müssen. Für sie ist staatliche Macht etwas Vorläufiges im Zweifelsfall muss man Gott mehr gehorchen als dem Staat. Insofern ist allein die bloße Existenz von Kirche ein politisches Statement. Im Philipperbrief des Paulus steht: Wir haben unser Bürgerrecht im Himmel. Mit anderen Worten: Christen besitzen eine doppelte Staatsbürgerschaft. Das macht frei.

"Der Rückzug des Staates ist offenkundig" WELTLICHKEIT Kirchen sind der Stachel im Fleisch der staatlichen Flüchtlingspolitik, sagt der Theologe Rolf Schieder

Frei genug, zu Innensenator Henkel zu sagen: Sie sind in einer christlichen Partei wieso handeln Sie nicht so?

Kirchen haben alles Recht, gerade an die CDU zu appellieren und sie an ihre Verantwortung als Christen zu erinnern. Das ist eine gute Strategie, um Politiker zum Nachdenken zu bringen und zu zwingen, sich zu rechtfertigen.

Verlässt sich die Politik darauf, dass die Kirche es richtet?

Ich glaube nicht, dass der Staat so glücklich ist, wenn sich die Kirchen auf diesem Feld immer stärker engagieren, weil sie ja nicht nur praktisch aktiv werden, sondern auch immer lauter nach Reformen rufen.

Nach dem Motto: Wir leisten etwas, dann wollen wir im Gegenzug auch was?

Warum nicht? Gastfreundschaft ist so zentral für den christlichen Glauben, dass die Kirchen immer ein Stachel im Fleisch bei der Flüchtlingspolitik sein werden. Aber die Kirchen dürfen keine politischen Romantiker sein, Maximalforderungen stellen und die politischen Realitäten nicht ernst nehmen.

Klingt nach Realpolitik.

Eine Kirche, die nur noch symbolische Appelle macht und vollmundig den Systemwechsel propagiert, aber nichts tut, ist unglaublich. Nehmen Sie das Kirchenasyl: Die Spannung zwischen Recht und Barmherzigkeit wird von beiden Seiten anerkannt. Staatliche Stellen dulden diese Praxis, obwohl sie illegal ist. Als kirchlicher Akteur muss man zur Kenntnis nehmen, dass es sich um einen Rechtsbruch handelt. Das Faszinierende beim Kirchenasyl ist aber, dass die beiden Akteure eine gemeinsame Gesprächsebene finden. Man kann in Einzelfällen eben mehr erreichen, wenn man den Staat nicht als Feind sieht. Ist man als Christ politisch engagiert, ist die Motivation zwar christlich, die Ziele sind vom Christentum inspiriert. Aber wenn sie sich durchsetzen sollen, müssen sie verallgemeinerbar sein.

Wie gut ist das alles fürs Image der Kirche?

Na ja, Berlin ist ja auch die Stadt von Thilo Sarrazin, das darf man nicht vergessen. Es gibt hier auch viel Fremdenangst. Die Kirchen stehen für ein Milieu, das nicht unbedingt die Mehrheit in der Stadt repräsentiert. Mit ihrem politischen Engagement exponieren sie sich. Aber wenn sie der Botschaft des Evangeliums treu bleiben wollen, müssen sie dieses Risiko eingehen.

In Deutschland betont man gern die Trennung von Kirche und Staat. Nähern sich die beiden wieder an?

Wir haben nie in einem Land gelebt, in dem es eine Trennung von Staat und Kirche gibt! Wir haben in Deutschland ein Modell der Kooperation auf allen Ebenen. Und die wird immer stärker der Staat ist heilfroh, dass es die Kirchen gibt. Der Vorteil der Kirchen ist: Sie sind parochial organisiert. Es gibt keinen Flecken in Deutschland, für den nicht irgendeine Gemeinde zuständig ist. Lange dachte man, die Kirche sei ein Anachronismus, mit ihr ginge es bergab. Es ist umgekehrt: Je weniger der Staat seine Versprechen einer ewigen Wohlfahrt einlösen kann, je mehr die Globalisierung um sich greift, umso wichtiger wird sie.

**Load-Date:** December 20, 2013

**Noch schneller ausweisen, heißt das Motto; SCHWEIZ Eine deutliche Mehrheit stimmt bei einem Referendum für Verschärfung des Asylrechts. Sogenannte renitente Asylbewerber können in besonderen Einrichtungen untergebracht werden**

taz, die tageszeitung

Montag 10. Juni 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 10

**Length:** 374 words

**Byline:** ANDREAS ZUMACH

**Highlight:** SCHWEIZ Eine deutliche Mehrheit stimmt bei einem Referendum für Verschärfung des Asylrechts. Sogenannte renitente Asylbewerber können in besonderen Einrichtungen untergebracht werden

## Body

---

AUS GENF ANDREAS ZUMACH

In der Schweiz gelten künftig verschärfte Bedingungen für Flüchtlinge und Asylbewerber. Und die Möglichkeiten für Flüchtlinge, überhaupt auf Schweizer Boden zu gelangen, werden eingeschränkt.

Einer entsprechenden Gesetzesvorlage der Berner Regierung stimmten die EidgenossInnen am Sonntag mit der großen Mehrheit von 79 Prozent zu. Flüchtlingsinitiativen hatten, unterstützt von den Grünen und den Sozialdemokraten, eine Volksinitiative gegen die Asylrechtsverschärfung lanciert: Mit dem neuen Asylrecht wird zum einen die Möglichkeit, AsylbewerberInnen abzulehnen sowie straffällig gewordene Asylanten auszuweisen, erleichtert. Zudem können als renitent geltende Asylanten künftig zwecks besserer Kontrolle und Überwachung in eigens dafür geschaffenen Asylzentren untergebracht werden. Kriegsdienstverweigerung und Desertion werden nicht mehr als Asylgründe anerkannt. Die Möglichkeit für Flüchtlinge, Asyl bei einer Schweizer Auslandsbotschaft zu beantragen, wird abgeschafft.

Die Option, sogenanntes Botschafts asyl zu erhalten, war erst vor zwei Jahren in das öffentliche Bewusstsein gedrungen und zum Gegenstand kontroverser Debatten geworden, als bekannt wurde, dass Schweizer Botschaften in einer Reihe von Krisenländern im Nahen und Mittleren Osten sowie in Afghanistan Hunderte von Asylanträgen unter Verstoß gegen die bislang geltenden Gesetze einfach nicht bearbeitet hatten.

Annahme auch in Genf

Die breite Zustimmung von 79 Prozent aller stimmberechtigten BürgerInnen ist nach ersten Analysen von WahlforscherInnen nur erklärbar, weil Teile der WählerInnen der Grünen und der Sozialdemokraten entgegen der

Noch schneller ausweisen, heißt das Motto SCHWEIZ Eine deutliche Mehrheit stimmt bei einem Referendum für Verschärfung des Asylrechts. Sogenannte renitente Asyl....

Empfehlung der beiden Parteien die gegen die Asylrechtsverschärfung gerichtete Volksinitiative ablehnten. Erstmals erhielt ein derartiges Verschärfungsgesetz eine Mehrheit der StimmbürgerInnen in sämtlichen Kantonen und Halbkantonen der Schweiz. Wobei die Zustimmung in der französischsprachigen Westschweiz insgesamt geringer ausfiel als in der Deutschschweiz und im italienischsprachigen Tessin. Selbst im liberalen Stadtkanton Genf, mit 42 Prozent die europäische Stadt mit dem höchsten Anteil ausländischer Wohnbevölkerung, wurde die Asylrechtsverschärfung mit einer wenn auch knappen Mehrheit angenommen.

**Load-Date:** June 9, 2013

---

End of Document



**Jung und gut vernetzt; FLÜCHTLINGE Asylpolitisch herrscht derzeit  
Tauwetter, die Proteste sind jedoch radikal wie noch nie**

taz, die tageszeitung

Freitag 05. Oktober 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** THEMEN DES TAGES; S. 03

**Length:** 450 words

**Byline:** CHRISTIAN JAKOB

**Highlight:** **FLÜCHTLINGE Asylpolitisch** herrscht derzeit Tauwetter, die Proteste sind jedoch radikal wie noch nie

## Body

---

BERLIN taz | Es ist der bislang längste und radikalste Zyklus von organisierten **Flüchtlingsprotesten** in Deutschland. Am 29. Januar machte der Iraner Mohammed Rahsepar in einem **Asylbewerberheim** in Würzburg seine Ankündigung wahr, sich zu erhängen. Zuvor hatte sein Psychiater erfolglos empfohlen, an seinen Unterbringungsbedingungen etwas zu ändern. Für viele **Flüchtlinge**, vor allem in Bayern, war klar: Das Lagersystem (siehe Kasten) hatte ihn in den Tod getrieben.

Das war nur der Anfang: Daraufhin nähten sich einige Flüchtlinge die Münder zu und klagten vor Gericht das Recht ein, so in der Würzburger Fußgängerzone sitzen zu dürfen. Es folgten Dauermahnwachen mit Zelten in zehn Innenstädten. Die Asylbewerber ließen sich über Monate auch nicht davon vertreiben, dass die Polizei ihnen wie in Düsseldorf verbot, dort zu schlafen. Sie knüpften ein Netz von Unterstützern für einen rund 500 Kilometer langen Marsch quer durch Deutschland und liefen los.

Doch wieso jetzt? Und wieso so heftig? Die Aktionen fallen in eine Zeit, in der flüchtlingspolitisch Tauwetter herrscht: Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe entschied kürzlich, dass Flüchtlinge bei den Sozialleistungen gleichgestellt werden müssen; in einigen Ländern bröckeln Residenzpflicht und Heimunterbringung; andere wollen das diskriminierende Asylbewerberleistungsgesetz ganz abschaffen.

Schon seit Ende der neunziger Jahre haben sich Asylbewerber organisiert. Doch die Proteste erreichten nie die Intensität wie jetzt auch nicht nach den mit bestürzender Regelmäßigkeit vorkommenden Suiziden.

Zum einen hat dies damit zu tun, dass die politischen Verbesserungen nicht überall spürbar sind. In Ländern wie Bayern gibt es nach wie vor die volle Härte, da ist der Leidensdruck sehr hoch, sagt Marei Pelzer von Pro Asyl.

Zum anderen wird die aktuelle Protestwelle vor allem von jungen Iranern getragen, viele mit anarchistisch-kommunistischem Hintergrund. Die Flüchtlinge, oft kaum älter als 20 Jahre, haben sich in der Grünen Bewegung im Jahr 2009 radikalisiert. Diese Protestkultur haben sie mitgebracht, sagt Markus Saxinger von der Karawane für die

Jung und gut vernetzt FLÜCHTLINGE Asylpolitisch herrscht derzeit Tauwetter, die Proteste sind jedoch radikal wie noch nie

Rechte der Flüchtlinge. Und während frühere Proteste oft von AktivistInnen getragen waren, die sich erst als Geduldete hier politisierten, brachten die heutigen Protagonisten noch frische politische Erfahrungen mit.

Ihr Eskalationswille strahlte schnell über die fränkischen Protesthochburgen hinaus aus. So hat praktisch die gesamte Flüchtlingsszene in Deutschland mit dem Marsch und der Tent Action (Zeltaktion) in den vergangenen Monaten einen gemeinsamen Bezugspunkt gewonnen ein Zustand, auf den sie seit über einem Jahrzehnt hingearbeitet hatte. CHRISTIAN JAKOB

**Load-Date:** October 4, 2012

---

End of Document

**"Es war ein Schock"; Filmvorführung Der türkische Filmemacher Can Candan interviewte 1991 Migranten in Berlin HEUTE IN BREMEN**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 27. November 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BREMEN AKTUELL; S. 24

**Length:** 378 words

**Byline:** JPB

**Highlight:** Filmvorführung Der türkische Filmemacher Can Candan interviewte 1991 Migranten in Berlin

## **Body**

---

taz: Herr Candan, wie haben Sie die Wiedervereinigung erlebt?

Can Candan: Als die Mauer fiel, war ich als Student in den USA. Mein Blick war durch die US-Medien beschränkt, die darüber nur im Sinne eines Sieges des Westens im Kalten Krieg berichteten.

Was war Ihr Antrieb, 1991 in Berlin einen Dokumentarfilm zu drehen?

Ausschlaggebend war ein Artikel in der Washington Post über zunehmenden Rassismus. Ich hatte zwei Onkel, die als Arbeiter aus der Türkei nach Deutschland gekommen waren. Ich wollte die Sicht der Migranten kennenlernen, aber auch persönlich verstehen, was es heißt, als Ausländer in einem Land zu leben. Ich selbst war ja damals als Türke in den USA.

Gab es eine spezifische Perspektive der MigrantInnen?

Der Film zeigt, dass es eine Vielzahl von Meinungen unter den Migranten gab und wirkt so auch selbst diesem Stereotyp entgegen. Viele wollten teilhaben, wollten als Berliner feiern. Aber sie waren nicht willkommen und wurden nicht als Deutsche gesehen. Es war ein Schock für sie, in ihrer eigenen Stadt ausgeschlossen zu werden.

Wie präsent war der aufkommende Rassismus?

Während der Dreharbeiten geschah Rostock-Lichtenhagen. Im Film sprechen die Leute darüber und fragen, was passieren würde, wenn jemand ihre Häuser niederbrennt. Es war eine Vorahnung der späteren Brandanschläge von Mölln und Solingen. Ich glaube, das macht den Film bedeutsam: Dass die Immigranten schon vorher vor Attacken warnten, aber ihnen niemand zuhörte.

Freuen Sie sich, dass Ihr Film noch diskutiert wird?

"Es war ein Schock" Filmvorführung Der türkische Filmemacher Can Candan interviewte 1991 Migranten in  
Berlin HEUTE IN BREMEN

Es ist auf eine Art traurig, dass es so ist. Wenn es keinen Rassismus, keinen NSU mehr gäbe, wäre es ein historischer Film. Das würde ich mir wünschen. Aber nach über 22 Jahren sind diese Dinge noch aktuell. Die Perspektive der Migranten wird von den Mainstream-Medien immer noch nicht wahrgenommen.

Bei der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 feierten Deutsche und Türken gemeinsam. Ist das keine Veränderung?

Fußball ist das eine. Aber ich traf kürzlich eine Frau aus meinem Film. Sie war eine der ersten ArbeiterInnen, die aus der Türkei nach Deutschland kamen. Nach 40 Jahren in Deutschland darf sie immer noch nicht wählen, gibt es noch keine doppelte Staatsbürgerschaft. Es bleibt ein langer Weg. INTERVIEW: JPB

Film und Gespräch mit dem Filmemacher: 20 Uhr, Lagerhaus

**Load-Date:** November 26, 2013

## Flüchtlingscamp am Berliner Oranienplatz

taz, die tageszeitung

Samstag 10. August 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** HINTERGRUND; S. 13

**Length:** 210 words

**Byline:** Gina Bucher

### Body

---

Mit einem Camp am Berliner Oranienplatz protestieren Flüchtlinge gegen die Residenzpflicht, Diskriminierung gegen Flüchtlinge und Lagerhaltung. Wildfremde Personen aus den unterschiedlichsten Kulturen werden zusammen in Lager gesteckt, die Ausländerbehörde bestimmt, welchen Bewegungsradius die Menschen dann haben. Deutschland ist das einzige Land in der EU, das eine Residenzpflicht für Asylbewerber und Geduldete hat. Wer dagegen verstößt, bekommt die Leistungen gekürzt. Keiner sagt ihnen, dass sich ihr Leben fortan in der Warteschleife befindet, nachdem sie erst mal einen Asylantrag gestellt haben. Für Asylbewerber und Geduldete gelten andere Rechte als für Bürger. Das bedeutet neben dem Arbeits- und Ausbildungsverbot, dass es für diese Menschen keine Deutschkurse gibt und dass sie ständig mit der Angst vor einer drohenden Abschiebung leben müssen.

Der selbst organisierte Kampf der Flüchtlinge gegen die repressive deutsche Asylgesetzgebung entspringt ihrer Verzweiflung. Wir mussten mit unserem Protest in die Hauptstadt, erklärt ein 34-Jähriger aus Uganda. Wir wollen unsere Isolation aufbrechen und die Deutschen über uns informieren. Das Leben der Flüchtlinge im Camp hat sich zu einem politischen Kampf entwickelt, der erst am Anfang steht.

**Load-Date:** August 9, 2013

## "Wie ein Zuhause"; NIEDERLANDE Rund einhundert Menschen haben in der Josefkirche eine Bleibe gefunden. Es ist fast wie ein Weihnachtsmärchen

taz, die tageszeitung

Freitag 21. Dezember 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** THEMEN DES TAGES; S. 05

**Length:** 1490 words

**Byline:** TOBIAS MÜLLER

**Highlight:** NIEDERLANDE Rund einhundert Menschen haben in der Josefkirche eine Bleibe gefunden. Es ist fast wie ein Weihnachtsmärchen

### Body

---

AUS AMSTERDAM TOBIAS MÜLLER

Die Nachbarn sind gut, sagt Josèphe, in der Hand eine pralle weiße Plastiktüte voll frischen Brots. Er läuft die paar Stufen hoch, dorthin, wo einmal der Altar war. Die Nachbarn sind gut, dafür hat Josèphe, ein kleiner Mann mit kurzen Dreadlocks, schwerwiegende Argumente: nicht nur das Brot, das sie ihm eben draußen in die Hand drückten und das er jetzt an der Seite des ovalen Raums in ein gut bestücktes Regal legt. Auf dem ehemaligen Altartisch, der sich biegen würde, wäre er nicht aus Stein, stehen dicht und fertig zum Gebrauch Aufstriche, H-Milch, Saft und Gläser mit eingelegtem Gemüse und mittendrin ein Plastikeimer mit einem ausladenden Strauß Blumen alles gespendet.

Und das ist noch lange nicht alles: Sie bringen abends auch warmes Essen, erzählt Josèphe, der Anfang 30 ist und seinen Nachnamen lieber nicht nennen will. In eine dicke schwarze Daunenjacke gehüllt, lässt der Ivorer sich in der Sitzecke nieder, bei der Wand, hinter der sein neues Schlafzimmer liegt. 25 Zimmerleute haben am Wochenende eine Armada an Rigipsplatten verschraubt, um die Seitenflügel der Kirche abzutrennen. In die neuen Räume zogen sie Wände, sodass 13 Zimmer entstanden, in denen sich die **Flüchtlinge** wohnlich einrichteten. Und auch Medikamente gibt es, falls wir welche brauchen, so Josèphe. Unten im Keller ist sogar ein Arztzimmer mit Liege eingerichtet, wo jeden Nachmittag ein freiwilliger Doktor Sprechstunde hält.

Es ist eine wundersame Geschichte, die sich seit zwei Wochen in einer leer stehenden Kirche im Westen Amsterdams abspielt: Rund 100 abgelehnte Asylbewerber haben hier nicht nur einen Zufluchtsort gefunden, sondern auch eine Welle von Hilfsbereitschaft ausgelöst, die ganz und gar außergewöhnlich ist. Ein Teppichhändler spendierte mehr als 11.000 Quadratmeter, um die neuen Schlafzimmer auszustaffieren, ein Elektriker baute eine Warmwasserheizung ein. 20.000 Euro an Spenden kamen zusammen, mehr als 100 Freiwillige helfen bei den täglichen Dingen. Dimensionen, die dem Projekt Vluchtkerk den Anschein eines Weihnachtsmärchens verleihen.

"Wie ein Zuhause" NIEDERLANDE Rund einhundert Menschen haben in der Josefkirche eine Bleibe gefunden.  
Es ist fast wie ein Weihnachtsmärchen

Fast fragt man sich, ob sich der grobe graue Klotz der protestantischen Jozefkerk gar in den Stall von Bethlehem verwandelt habe.

Für Josèphe ist es immerhin ein Hoffnungsschimmer auf seiner dreijährigen Odyssee. Die Hälfte davon verbrachte er in Erwartung seines Entscheids im Asylantenheim. Nach der Ablehnung tauchte er unter, bis er irgendwann wegen fehlender Papiere festgenommen wurde. Acht Monate saß er ein, dann ließ man ihn laufen, denn abschieben, und dies ist das Besondere ihrer Geschichte, kann man die Bewohner der Vluchtkerk nicht. Unvollständige Dokumente, Botschaften, die die Kooperation mit den Niederlanden verweigern, oder ein Abschiebestopp wie bei den vielen Somaliern in der Kirche. Mehr und mehr Asylbewerber stranden in dieser Grauzone. Was bleibt, ist ein Leben auf der Straße.

Tag der offenen Tür

Als Josèphe im Oktober freigelassen wurde, machte er sich auf nach Amsterdam. Ganz am Rand der Hauptstadt nämlich kampierte den ganzen Herbst über eine Gruppe Flüchtlinge mehr als notdürftig in einem Zeltlager. Josèphe schloss sich ihnen an. Ende November wurde das Camp geräumt, seine Bewohner wurden festgenommen. Doch schon nach 12 Stunden landeten sie erneut auf der Straße mit der Kälte und Mattheit von zwei Monaten Zelten in den Knochen.

Was jetzt? diese Frage stellte sich auch die Filmemacherin Annerike Hekman, als sie davon erfuhr. Einige Anrufe klärten die Unterbringung für eine Nacht in den Räumen eines Hausbesetzerkollektivs. Am selben Wochenende noch wurde die Jozefkerk besetzt, die zuvor als Kletterhalle genutzt wurde und seit dem Frühjahr leer stand. Der Besitzer kam gleich vorbei und meinte: ich höre, mein Gebäude ist besetzt. Das ist prima, Leute, so Annerike Hekman, die inzwischen der Unterstützerguppe Daily Operations angehört. Andere Freiwillige kümmern sich um Kommunikation, Medizinisches, Bau oder Finanzen. Auch die Amsterdamer Diakonie unterstützte die Aktion von Beginn an.

Eine bemerkenswert große Koalition ist das und die Befürchtung, diese sei vor allem weihnachtlicher Sentimentalität geschuldet, ist Annerike Hekman nicht fremd. Andererseits aber ist das Thema seit langem in der Öffentlichkeit. Und hier wird es konkret. So gesehen setzt die Vluchtkerk nicht einfach eine Entwicklung fort: Mehrfach gab es zuletzt in den Niederlanden Flüchtlingszeltlager als politische Demonstration, allerdings in abgelegenen Orten im Norden, in der Nähe der großen Asylbewerberheime. Im Herbst aber zogen sie erstmals in die Metropolen Amsterdam und Den Haag und bekamen damit ständige Medienpräsenz. Und schon damals fanden sich viele Nachbarn, die mit Decken und Essen aushalfen.

Inzwischen aber kommen 300 Interessierte, wenn die neuen Bewohner der Jozefkerk, wie Mitte Dezember geschehen, zum Tag der offenen Tür laden, wo eine Band auftritt und ein Migrationsrechtprofessor Vorträge hält. Einer der Besucher war Max Paans, ein Pfarrer aus Ede nahe der deutschen Grenze. Zwei Tage später kommt er zurück, und im Kofferraum seines Kleinwagens liegt das Ergebnis einer privaten Spendenaktion: Kisten mit Nudeln, Saußen, Gemüse und Suppen. Dazu ein paar 20-Kilo-Reissäcke, die nicht nur Nährwert haben, sondern auch gegen die Kälte im Hauptschiff helfen, wo jedes Wort eine Atemwolke auslöst. In einer Reihe werden die Säcke von Hand zu Hand die modrigen Stufen zur Empore hochgeschafft, wo statt einer Orgel nun der Vorratsraum ist. In Anspielung auf die bekannte Supermarktkette heißt die Empore nun Albert Heijn.

In einem Niemandsland

Im dämmrigen Licht des späten Nachmittags inspiziert derweil ein Mann in Jogginghose und dunkler Jacke die Feldbettunterteile, die mitten im Raum in Stapeln auf dem Steinboden liegen. Eine Nacht haben die Flüchtlinge nun in ihren neuen Betten verbracht, und Zenin, so heißt der Mann, würde seins gerne etwas höher setzen. Mit ein paar Verbindungsstücken in der Hand geht er zurück in sein Zimmer. Hinter der Tür ist es tatsächlich etwas wärmer, auch wenn die Heizung noch nicht richtig funktioniert. Dafür macht der rotbraune Teppich den Raum heimelig, in dem sechs der Feldbetten verteilt sind. Über jedem liegt eine ordentlich gefaltete Decke, dazu gibt es einen Nachttisch mit Lampe, ein Sofa, einen runden Hocker, der als Tisch dient, und einen hohen Spiegel neben dem Eingang. Die Zimmer, sagt der Mann mit leiser Stimme, sind das Beste hier. Zenin kommt aus Sudan und ist

"Wie ein Zuhause" NIEDERLANDE Rund einhundert Menschen haben in der Josefkirche eine Bleibe gefunden.  
Es ist fast wie ein Weihnachtsmärchen

Mitte 30. Hemden und Hosen hat er an Bügeln über sein Bett an die Wand gehängt. Sein etwas jüngerer Freund Omer, ebenfalls Sudanese, freut sich vor allem, dass die Gruppe hier zusammenbleiben kann. Nur so, meint er, könnten sie weiterhin auf sich aufmerksam machen. Denn obwohl der Eigentümer seine Unterstützung bis Ende März zugesagt hat, will sich hier niemand zurücklehnen. Wir sind in einem Niemandsland, fasst Omer die Lage zusammen. Wirklich glücklich sind wir erst, wenn wir eine Lösung haben. Aber immerhin können wir uns hier ausruhen.

Erleichtert ist Omer auch, dass sein Freund nun Zugang zu Insulin hat. Zenin ist Diabetiker und nicht der einzige in der Kirche. Eine 65-jährige Frau aus Somalia hat auch Diabetes. Und solche Menschen lassen sie aus dem System fallen, so Omer empört, während er den Wasserkocher anstellt. Zenin putzt sich unterdessen die Brille. Kennen gelernt haben die beiden sich im Asylheim. Nach ihrer Ablehnung vor vier Monaten zogen sie mit anderen Sudanesen in besagtes Amsterdamer Zeltlager. In der Kirche sind die Sudanesen mit etwa 20 Personen nach den Somaliern eine der größten Gruppen. Die Übrigen kommen aus Eritrea, Äthiopien und dem frankofonen Westafrika.

Dampf steigt auf, als Omer heißes Wasser in die Pappbecher gießt und Teebeutel mit Minze- Zimt-Geschmack hineinlegt. Als wir hier ankamen, war es dreckig und es gab kein Licht, sagt er. Aber ich bin trotzdem froh, hier zu sein. Weil es wie ein Zuhause ist. Und als wollten sie das unterstreichen, drehen die Nachbarn im Zimmer nebenan die Musik auf. Auch sie kommen aus Sudan, sind aber jünger und bevorzugen HipHop, während Omer und Zenin Reggae-Liebhaber sind.

Ungeachtet musikalischer Vorlieben werden alle am nächsten Tag zusammen nach Den Haag fahren, um auf ihre Lage aufmerksam zu machen. Das müssen wir tun, sagt Omer eindringlich. Denn so dankbar sie den Freiwilligen sind, ist doch niemand gekommen, um in einem solchen Provisorium zu leben. Die Stadt hat zugesagt, bis Ende März nicht zu räumen. Erst mal aber soll es am Weihnachtsabend eine Party geben, mit Auftritten bekannter Musiker und Schriftsteller. Bis zum Frühjahr wird die Vluchtkerk mit ihrer besonderen Dynamik noch für einiges Aufsehen sorgen. Und solange Menschen in der Grauzone zwischen zwei Bürokratien landen, wird sie auch irgendwo eine Nachfolgerin haben.

Als wir ankamen, war es dreckig und es gab kein Licht, aber ich bin froh, hier zu sein

FLÜCHTLING OMER

**Load-Date:** December 20, 2012



**Schutzsuchende brutal zurückgewiesen; ÄGÄIS Studie: Frontex und griechische Grenzer jagen Flüchtlingsboote und schleppen sie in türkische Gewässer zurück. Vor allem Syrer und Afghanen sind betroffen. "Völkerrechtswidrig", sagt Pro Asyl**

taz, die tageszeitung

Freitag 08. November 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 10

**Length:** 536 words

**Byline:** CHRISTIAN JAKOB

**Highlight:** ÄGÄIS Studie: Frontex und griechische Grenzer jagen **Flüchtlingsboote** und schleppen sie in türkische Gewässer zurück. Vor allem Syrer und Afghanen sind betroffen. Völkerrechtswidrig , sagt Pro **Asyl**

## Body

---

BERLIN taz | Die EU-Grenzschutzagentur Frontex und Griechenland schieben massenhaft **Flüchtlinge** an der Grenze zur Türkei zurück. Das berichtet Pro **Asyl** in einer am Donnerstag vorgestellten Studie.

Demnach inhaftieren Beamte maskierter Spezialeinheiten **Flüchtlinge** ohne jegliche Registrierung auf griechischem Territorium und schieben sie anschließend völkerrechtswidrig in die Türkei ab. Spezialeinheiten der griechischen Küstenwache schleppen **Flüchtlinge** in türkischen Territorialgewässern zurück.

Die meisten Befragten berichteten, misshandelt worden zu sein. In den Fällen, in denen Flüchtlinge von der Insel Farmakonisi zurückgewiesen wurden, grenzten die Misshandlungen von neun männlichen syrischen Flüchtlinge an Folter , heißt es in dem Bericht. Kinder, Babys und Schwerstkranke seien ebenso betroffen wie Angehörige aus Kriegs- und Krisenregionen.

Die Organisation hat in den vergangenen 13 Monaten in der Türkei 90 Menschen befragt, die mindestens einmal von Griechenland an der Grenze zurückgeschoben worden sind. Über die Hälfte der Befragten waren SyrerInnen, 14 von ihnen waren sogar mehrfach zurückgeschoben worden.

So berichte ein 20-jähriger Syrer, der am 23. August vor der Insel Samos aufgegriffen wurde, von der Begegnung mit den griechischen Grenzern: Sie trugen schwarze Uniformen und Masken, wir konnten nur die Augen sehen. Sie schossen drei-, viermal in die Luft und kamen dann an Bord. Wir hielten unsere Hände hoch, sie zogen die Frauen am Haar, was sie sagten, konnten wir nicht verstehen. Sie zwangen uns, niederzuknien und die Hände hinter den Nacken zu halten. Sie nahmen unser Geld, warfen unsere Handys und Koffer ins Meer. Das Boot sei zunächst in türkische Gewässer zurückgeschleppt und dann der Motor zerstört worden.

Schutzsuchende brutal zurückgewiesen ÄGÄIS Studie: Frontex und griechische Grenzer jagen  
Flüchtlingsboote und schleppen sie in türkische Gewässer zurück. Vor al....

Auch die EU hat dem Bericht zufolge ihren Anteil an den Grenzschutzaktionen: Fast alle dokumentierten Zurückschiebungen fanden im Operationsgebiet der Frontex-Mission Poseidon Land and Sea statt.

In dem Zeitraum, in dem Pro Asyl die Interviews führte, starben in der Region 149 Menschen bei dem Versuch, nach Griechenland einzureisen. Fast alle ertranken in der Ägäis oder im Grenzfluss Evros.

Allein nach den Augenzeugenberichten der interviewten Personen seien mindestens 2.000 Schutzsuchende an griechisch-türkischen Land- und Seegrenzen zurückgewiesen worden, sagt der Pro-Asyl-Geschäftsführer Günther Burkardt.

In sieben Wochen wird Griechenland die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen. Die griechische Regierung fordert von den anderen EU-Staaten zu Recht mehr Solidarität bei der Flüchtlingsaufnahme, diese Forderung muss die künftige Ratspräsidentschaft durch die Achtung von Flüchtlingsrechten untermauern , sagt Burkhardt.

Direkte Zurückweisungen von Flüchtlingen an der Grenze sind bislang mit europäischem Recht nicht vereinbar. Auf dem Papier hat jeder Schutzsuchende das Recht, hereingelassen zu werden, um einen Asylantrag stellen. Die EU-Kommission will das gerade ändern: In einer Woche wird der Innenausschuss des EU-Parlaments einen Kommissionsvorschlag beraten, Frontex zu direkten Rückschiebungen zu ermächtigen. Das soll Ende November beschlossen werden. CHRISTIAN JAKOB

Sie nahmen unser Geld und warfen unsere Koffer ins Meer

ZURÜCKGESCHOBENER SYRER

**Load-Date:** November 7, 2013

## Keinen Stich für Roma; Gesundheit Den Bezirken fehlt Geld, um Kinder von Migranten ohne Krankenversicherung zu impfen. Auch Prävention ist in Gefahr

taz, die tageszeitung

Mittwoch 06. Juni 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 21

**Length:** 516 words

**Byline:** ALKE WIERTH

**Highlight:** Gesundheit Den Bezirken fehlt Geld, um Kinder von Migranten ohne Krankenversicherung zu impfen. Auch Prävention ist in Gefahr

### Body

---

VON ALKE WIERTH

Die Berliner Bezirke können die Versorgung neu zugewanderter Kinder mit Impfungen nicht mehr gewährleisten. Das geht aus der Antwort der Senatsgesundheitsverwaltung auf eine Anfrage des Grünen-Abgeordneten Heiko Thomas hervor.

Ein Großteil vor allem der Zuwanderer aus den neuen EU-Mitgliedstaaten Bulgarien und Rumänien – viele davon Roma – sei nicht krankenversichert, teilt die Verwaltung mit. Weil die Kinder über keine Impfpässe verfügten, gelten sie hier als nicht geimpft. In der Regel übernehmen in solchen Fällen die Öffentlichen Gesundheitsdienste (ÖGD) der Bezirke Impfungen und die entsprechenden Kosten. Der Anstieg von Zuzügen aus den neuen EU-Staaten führe aber vor allem in der Innenstadt dazu, dass der Bedarf an Impfungen das vom Bezirk dafür vorgesehene Budget bei Weitem übersteigt, heißt es in der Antwort. In einigen Bezirken bedeute das, dass nur noch in Ausnahmefällen geimpft werden könne.

1.800 neu zugewanderte Kinder mit Impfbedarf gebe es in Neukölln, sagt der dortige Gesundheitsstadtrat Falko Liecke (CDU). Nicht alle seien Roma, auch Flüchtlingskinder sind darunter. Unser Gesundheitsdienst muss derzeit viele wieder wegschicken, so Liecke. Rund drei Millionen Euro wären seinen Angaben zufolge nötig, um den zusätzlichen Bedarf an Personal und Impfstoffen sowie weiterer Gesundheitsvorsorge wie etwa Früherkennungsuntersuchungen für Kinder zu decken. Der gesamte derzeitige Etat des Bezirks für alle Angebote des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes liegt bei 2,8 Millionen Euro.

Problem: Nachweise fehlen

## Keinen Stich für Roma Gesundheit Den Bezirken fehlt Geld, um Kinder von Migranten ohne Krankenversicherung zu impfen. Auch Prävention ist in Gefahr

Viele der Neuzuwanderer hätten schon in den Herkunftsländern nicht über eine Krankenversicherung verfügt, erklärt Anna Schmitt von der Beratungsstelle der Roma-Selbsthilfeorganisation Amaro Drom. Sie seien dort als Tagelöhner oft nicht sozialversicherungspflichtig beschäftigt gewesen. Das führe zu Problemen, hier krankenversichert zu werden: Weil dafür Nachweise über Vorversicherungszeiten erbracht werden müssen, die sie nicht vorlegen können. Dabei sei der Bedarf an Gesundheitsversorgung bei vielen der Neuzuzügler hoch, so Schmitt. Gerade wegen der schlechten Versorgung im Herkunftsland litten sie unter Problemen, etwa infolge unbehandelter Krankheiten oder fehlender Nachsorge nach Unfällen.

Zwar würden auch in Bulgarien und Rumänien Kinder nach der Geburt im Krankenhaus mit Grundimpfungen versehen. Doch fehlten in vielen Fällen die Nachweise darüber und auch darüber, ob die Impfungen später fortgesetzt wurden, weiß Schmitt.

Der Senat sei sich der Problematik bewusst und berate derzeit Lösungswege, heißt es in der Antwort auf die Anfrage des Grünen-Abgeordneten Thomas. Mehrbelastungen der Bezirke würden bei entsprechenden Nachweisen vollständig ausgeglichen. Nur: Wir können aber aus Kapazitätsgründen nicht jeden Einzelfall erfassen und individuell abrechnen, sagt Bezirksstadtrat Liecke. Er verhandle derzeit mit der Finanzverwaltung über andere Lösungen, die auch Bereitschaft signalisiere, so Liecke. Eins weiß er dennoch schon: Die eigentlich nötigen 3 Millionen Euro tatsächlich zu bekommen ist unrealistisch.

**Load-Date:** June 7, 2012

**Schönes neues Land; VIELFALT Die Realität zieht in den Bundestag ein.  
Mehr Abgeordnete als je zuvor sind Frauen oder haben  
Migrationshintergrund**

taz, die tageszeitung

Dienstag 22. Oktober 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** THEMEN DES TAGES; S. 04

**Length:** 533 words

**Byline:** DANIEL BAX / SIMONE SCHMOLLACK

**Highlight:** VIELFALT Die Realität zieht in den Bundestag ein. Mehr Abgeordnete als je zuvor sind Frauen oder haben Migrationshintergrund

## Body

---

VON DANIEL BAX UND SIMONE SCHMOLLACK

BERLIN taz Wenn der neue Bundestag heute zu seiner ersten Sitzung zusammenkommt, werden so viele Frauen und Abgeordnete mit Zuwanderungsgeschichte dabei sein wie nie zuvor. Von den 630 Abgeordneten sind 229 Frauen, das sind 36 Prozent (siehe Grafik). 37 Parlamentarier besitzen außerdem einen Migrationshintergrund das heißt, sie selbst oder zumindest ein Elternteil ist nicht in Deutschland geboren.

Dass 5,9 Prozent aller Abgeordneten im neuen Bundestag einen bunten Stammbaum haben, spiegelt die zunehmende Internationalisierung der Bundesrepublik wider. Der Bundestag ist aber immer noch weit davon entfernt, ein Abbild der Gesellschaft zu sein, denn in der Bevölkerung ist der Anteil von Menschen, die aus Einwandererfamilien stammen, mit 19 Prozent gut dreimal so hoch. Selbst wenn man davon all jene Bürger abzieht, die keinen deutschen Pass besitzen, also nicht wahlberechtigt sind, liegt der Anteil der Abgeordneten mit Migrationshintergrund deutlich unter dem Durchschnitt in der Bevölkerung. Auffällig ist, dass in allen Parteien der Frauenanteil gestiegen ist. Wobei die Union mit einem Sprung von 19 auf fast 25 Prozent den größten Zuwachs verzeichnet. Die SPD schafft es von 39 auf 42 Prozent und erfüllt damit zum ersten Mal ihre seit 1998 geltende 40-Prozent-Quote. Die Grünen erreichen knapp 56 Prozent, die Linkspartei schafft es etwas darüber.

Dass der 18. Bundestag generell weiblicher wird, hat das Parlament nicht nur den vertretenen Parteien zu verdanken, sondern auch einer, die nicht mehr dabei ist: der FDP. Die Liberalen hätten den Frauenschlüssel nämlich stark nach unten gedrückt. Von ihren insgesamt 363 Kandidaten waren nur 70 Frauen. Die FDP hatte vor allem junge Männer auf die aussichtsreichen Listenplätzen gesetzt.

Die SPD ist stolz darauf, dass 13 Frauen und Männer in ihrer neu gewählten SPD-Bundestagsfraktion einen Migrationshintergrund besitzen mehr als in jeder anderen Fraktion: Außer für Karamba Diaby aus Sachsen-Anhalt,

Schönes neues Land VIELFALT Die Realität zieht in den Bundestag ein. Mehr Abgeordnete als je zuvor sind Frauen oder haben Migrationshintergrund

Sebastian Edathy aus Niedersachsen und Cansel Kiziltepe aus Berlin gilt das auch für Niels Annen für Hamburg und Katarina Barley für Rheinland-Pfalz, denen man das nicht schon am Namen ansieht. In der letzten Legislaturperiode waren es nur vier gewesen, ihr Anteil hat sich also mehr als verdreifacht. Den größten Sprung aber hat auch hier die Union gemacht: von eins auf acht.

Die hohe Zahl hat auch mit der Größe der Fraktionen zu tun. Denn gemessen an ihren Mandaten im Parlament, haben Grüne (11,1 Prozent) und Linke (12,5 Prozent) den höchsten Anteil von Abgeordneten mit Migrationshintergrund. Weil beide Parteien aber Mandate eingebüßt haben, ist ihre Zahl jedoch kaum gestiegen bei der Linken von sechs auf acht, bei den Grünen von sechs auf sieben.

Mehr als verdoppelt hat sich der Anteil der türkeistämmigen Abgeordneten, ihre Zahl ist von fünf auf elf gestiegen. Sie bilden damit, wie in der Bevölkerung, die größte Gruppe jenseits des Blocks der EU-Bürger. Rund ein Drittel der Abgeordneten stammt aus Ländern der Europäischen Union, besitzt also meist die doppelte Staatsbürgerschaft.

Die FDP hätte den Frauenanteil stark nach unten gedrückt. Nur 70 von 363 Kandidaten waren Frauen

**Load-Date:** October 21, 2013

---

End of Document

**"Das ist fast Selbstmord, aber es ist egal"; FLÜCHTLING Er würde in jedes Land gehen, das Sicherheit böte, sagt der Sudanese Emad Hassan, der in Tunesien gestrandet ist. Das hohe Risiko der Überfahrt sei den Flüchtlingen bekannt. Aber da sie nichts mehr zu verlieren hätten, gebe es auch keine Angst**

taz, die tageszeitung

Samstag 05. Oktober 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AKTUELLES; S. 03

**Length:** 431 words

**Byline:** CHRISTIAN JAKOB

**Highlight:** **FLÜCHTLING** Er würde in jedes Land gehen, das Sicherheit böte, sagt der Sudanese Emad Hassan, der in Tunesien gestrandet ist. Das hohe Risiko der Überfahrt sei den **Flüchtlingen** bekannt. Aber da sie nichts mehr zu verlieren hätten, gebe es auch keine Angst

## Body

---

taz: Herr Hassan, Sie sitzen als **Flüchtling** seit dem Libyenkrieg in Tunesien fest. Welche Perspektiven haben Sie?

Emad Hassan: Ich bin als **Flüchtling** vom UNHCR anerkannt, aber es gibt kein Land, das uns aufnehmen will. Wir demonstrieren daher seit sechs Monaten vor dem UN-Büro in Tunis. Wir wollen in ein Land, wo wir mit unseren Familien leben können.

Nach Europa?

Nicht unbedingt. Das ist ein europäisches Vorurteil. Wenn es ein anderes Land gäbe, auch in Afrika, wo wir in Sicherheit und Würde leben könnten, würden wir morgen dorthin gehen.

Sie haben zwei Jahre mit vielen Tausend anderen Flüchtlingen im UN-Lager Choucha in der tunesischen Wüste gelebt. Das ist mittlerweile geschlossen. Was geschieht mit den Menschen?

Vielen wurde die Anerkennung als Flüchtling verwehrt, oder es gab keine Resettlement-Plätze. Immer wieder waren einige so verzweifelt, dass sie auf Boote gegangen sind. Ein Teil ist ertrunken, ein Teil hat es nach Europa geschafft. Als die UN das Lager geschlossen haben, haben einige 1.500 Dinar [etwa 670 Euro; d. Red.] als Eingliederungshilfe für Tunesien bekommen. Doch hierher kann man seine Familie nicht nachholen. Es gibt für uns keine Möglichkeit, unsere Existenz zu sichern. Man hängt im Nichts, es fühlt sich an wie ein Gefängnis. Deshalb haben viele das Geld genommen, um damit eine Überfahrt zu bezahlen.

"Das ist fast Selbstmord, aber es ist egal" FLÜCHTLING Er würde in jedes Land gehen, das Sicherheit böte, sagt der Sudanese Emad Hassan, der in Tunesien gestrandet....

Reicht das?

Vielleicht nicht ganz, aber es hilft ein gutes Stück weiter.

Warum gehen die Flüchtlinge nicht in ihr Land zurück?

Die Leute kommen aus Diktaturen oder Kriegsgebieten, Eritrea, Somalia, Sudan. Dorthin kann man nicht zurück. Und in Libyen ist die Lage für subsaharische Migranten extrem gefährlich.

Am Donnerstag hat sich vor Lampedusa eines der größten Unglücke mit Flüchtlingsbooten ereignet. Was haben Sie gedacht, als Sie davon hörten?

Wir haben alle davon gehört, und es macht uns alle sehr betroffen. Man weiß bei solchen Nachrichten immer nicht, ob nicht auch welche aus Choucha dabei sind, Menschen, die wir kannten.

Dennoch entscheiden sich immer wieder Flüchtlinge, die Überfahrt zu wagen. Weshalb?

Man kommt an einen Punkt, an dem man sich blockiert fühlt, es gibt keine Zukunft, nichts, was man ein Leben nennen könnte, kein Vorwärts, kein Zurück. Dann ist einem alles egal. Man weiß, dass man ein 80-zu-20-Risiko hat zu sterben. Das ist fast wie Selbstmord, ja, das ist dann auch klar, aber wenn man nichts mehr zu verlieren hat, ist es egal. Die Menschen sind so verzweifelt, dass ihnen das Risiko nichts mehr ausmacht. Sie haben vor gar nichts mehr Angst. Entweder geht es weiter, oder man stirbt eben. INTERVIEW: CHRISTIAN JAKOB

**Load-Date:** October 4, 2013



**Die Dunkelziffer wird beleuchtet; RECHTSEXTREMISMUS Wie viele Opfer rechter Gewalt wurden übersehen? Bei 746 ungeklärten Todesfällen könnte ein rechtes Tatmotiv dahinterstehen**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 05. Dezember 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 18

**Length:** 564 words

**Byline:** DANIEL BAX

**Highlight:** RECHTSEXTREMISMUS Wie viele Opfer rechter Gewalt wurden übersehen? Bei 746 ungeklärten Todesfällen könnte ein rechtes Tatmotiv dahinterstehen

## Body

---

VON DANIEL BAX

BERLIN taz | Gibt es mehr Opfer rechter Gewalt als bislang angenommen? **Migrantenverbände**, antirassistische Initiativen und Opfervertreter fordern schon lange, die offizielle Statistik nach oben zu korrigieren. Als vor zwei Jahren nur durch einen Zufall die Mordserie der rechtsextremen Terrorzelle NSU aufflog, gelobten die Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern deshalb, auch alle anderen bislang ungelösten Verbrechen noch einmal unter die Lupe zu nehmen.

Mehr als 3.300 unaufgeklärte Morde und Tötungsversuche zwischen 1990 und 2011 haben sie sich dafür noch einmal angeschaut. In 746 Fällen habe man dabei Anhaltspunkte für ein mögliches rechtsextremes Tatmotiv gefunden, räumte ein Sprecher des Bundesinnenministeriums jetzt ein. Woran sich diese Anhaltspunkte genau fest machen lassen – etwa daran, dass die Opfer Migranten waren, oder an besonderen Merkmalen der Tat –, konnte er auf Nachfrage der taz aber nicht benennen.

Seit Jahren schwelt der Streit um die korrekte Zahl der Todesopfer rechtsextremer Gewalt. Während das Bundesinnenministerium von 63 Opfern seit 1990 ausgeht, sprechen antirassistische Initiativen wie die Amadeu Antonio Stiftung von bis zu 184 Todesopfern seit der Vereinigung, und der Tagesspiegel kam nach intensiven Recherchen auf zuletzt immerhin 152 Opfer. Auch diese Fälle werden jetzt von den Behörden neu überprüft.

Anetta Kahane von der Amadeu Antonio Stiftung zeigte sich erfreut über die Überprüfung. Die Schnittmenge zwischen Gewaltkriminalität und Rechtsextremismus war in den neunziger Jahren in den neuen Bundesländern sehr hoch, sagte sie der taz. Wer lange Zeit in diesem Bereich gearbeitet hat, den kann die hohe Zahl der Verdachtsfälle daher nicht überraschen. Im westeuropäischen Vergleich falle die rechtsextreme Gewalt in

Die Dunkelziffer wird beleuchtet RECHTSEXTREMISMUS Wie viele Opfer rechter Gewalt wurden übersehen?  
Bei 746 ungeklärten Todesfällen könnte ein rechtes Tatmotiv ....

Deutschland schon jetzt aus dem Rahmen, betonte Kahane. Zu osteuropäischen Ländern seien Vergleiche hingegen schwer zu ziehen, weil dort die Dunkelziffer noch sehr viel höher sei.

Die Ergebnisse der Untersuchung werden erst im nächsten Jahr vorliegen, sagte ein Sprecher des Bundesinnenministeriums, frühestens im zweiten Quartal 2014. Für die Aufarbeitung der Fälle seien vor allem die Polizeibehörden der Länder zuständig. Erst dann werde man wissen, ob die Zahl der Morde mit rechtsextremem Hintergrund tatsächlich höher sei als bisher angenommen.

Ich begrüße es, dass Bund und Länder das Thema so engagiert anpacken, sagte die SPD-Abgeordnete Eva Högl, die bis Juli im NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestags saß, der taz. Rechte Gewalt dürfe nicht mehr verharmlost werden. Es brauche eine bessere Aus- und Fortbildung, damit rechtsextreme Straftaten besser erkannt werden. Die Polizei sollte da mit den mobilen Opferberatungsstellen zusammenarbeiten.

Anetta Kahane schließt sich diesem Wunsch an. Man sollte mehr Geld in die Fortbildung der Polizei und ihrer Führungskräfte stecken, sagte sie. Oder zivilgesellschaftliche Initiativen stärken, die sich vor Ort engagieren, wenn irgendwo ein Flüchtlingsheim entsteht, und die den Rechtsextremen dort die Stirn bieten. Das NPD-Verbot, das jetzt beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe beantragt wurde, sei hingegen überflüssig und sinnlos und werde sowieso vom europäischen Gerichtshof kassiert, fürchtet sie: Das kostet viel und bringt nichts.

Erst 2014 wird man wissen, ob die Zahl rechter Morde wirklich höher ist als vermutet

**Load-Date:** December 4, 2013

**Migrationsforscher haben genug von Friedrich; EINWANDERER  
Wissenschaftler starten Online-Aufruf für einen Kurswechsel in der  
Integrationspolitik**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 02. Oktober 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 06

**Length:** 448 words

**Highlight:** EINWANDERER Wissenschaftler starten Online-Aufruf für einen Kurswechsel in der Integrationspolitik

## **Body**

---

BERLIN taz | Mit Blick auf die anstehenden Koalitionsverhandlungen rufen mehr als 60 Wissenschaftler und prominente Politiker zu einem Neuanfang in der Integrationspolitik auf. In einer Online-Petition, die der Berliner Rat für **Migration** am Dienstag lancierte, fordern sie angesichts eines derzeitigen Kompetenzwirrwarrs, die Aufgaben bei der Integration von Zuwanderern künftig in einem Querschnittsministerium zu bündeln. Bisher liegt die Zuständigkeit vor allem im Innenministerium, aber auch beim Bildungs- oder dem Außenministerium. Gerade das Bundesinnenministerium aber sei mit seiner Konzentration auf Sicherheitspolitik und Gefahrenabwehr das falsche Zentralressort für Zuwanderung, monieren die Wissenschaftler. Das kann man auch als direkte Kritik am aktuellen Amtsinhaber Hans-Peter Friedrich verstehen. Integrationspolitik dürfe nicht länger als Sozialtherapie für Menschen mit **Migrationshintergrund** verstanden, sondern müsse zu einer teilhabeorientierten Gesellschaftspolitik für alle werden, heißt es in dem offenen Brief, den Heiner Geißler (CDU), Cornelia Schmal-Jacobsen (FDP) und Dieter Wiefelspütz (SPD) mit unterzeichnet haben.

Auch ein anderer Zusammenschluss von Wissenschaftlern, der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR), plädiert dafür, das Thema Integration künftig anderswo anzusiedeln, und schlägt das Bundesministerium für Arbeit und Soziales vor. Das wäre ein Signal, dass Integrationspolitik immer auch Gesellschaftspolitik für alle sein muss, sagte die Ratsvorsitzende Christine Langenfeld. Ein eigenes Integrationsministerium im Bund lehnt der Rat aber explizit ab. Der Sachverständigenrat geht auf eine Initiative mehrerer Stiftungen zurück; neun Wissenschaftler verschiedener Disziplinen gehören dem Gremium an.

Ein Integrationsministerium ist seit Jahren immer wieder im Gespräch. Die bisherige Integrationsbeauftragte Maria Böhmer (CDU), die als Staatssekretärin im Kanzleramt Angela Merkel direkt untergeordnet ist, hat mehrfach die Schaffung eines eigenen Ministeriums gefordert. Doch bei den Koalitionsverhandlungen im Jahr 2009 hatten sich Union und FDP darauf geeinigt, dass es kein eigenes Integrationsministerium geben solle.

Auch die Türkische Gemeinde in Deutschland wünscht sich ein neues Ministerium, das sich um die Belange von Einwanderern kümmert. Nötig sei ein Ressort für Teilhabe und Migration, fordert der Bundesvorsitzende der

Migrationsforscher haben genug von Friedrich EINWANDERER Wissenschaftler starten Online-Aufruf für einen Kurswechsel in der Integrationspolitik

Türkischen Gemeinde, Kenan Kolat. Das Innenministerium jedenfalls sei nicht geeignet, dieses gesellschaftlich wichtige Thema nur sicherheits- und ordnungspolitisch zu besetzen .

Ein Integrations- ministerium im Bund ist seit Jahren immer wieder im Gespräch

**Load-Date:** October 1, 2013

---

End of Document

**Sprachbarrieren im Pflegeheim; SENIOREN Die Zahl der älteren Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland steigt. Die kultursensible Pflege will auf ihre besonderen Bedürfnisse Rücksicht nehmen. Vor allem türkische Familien scheuen sich davor, ihre Angehörigen in ein Heim zu geben**

taz, die tageszeitung

Montag 03. Dezember 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 07

**Length:** 828 words

**Byline:** FRANZISKA HAACK

**Highlight:** SENIOREN Die Zahl der älteren Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland steigt. Die kultursensible Pflege will auf ihre besonderen Bedürfnisse Rücksicht nehmen. Vor allem türkische Familien scheuen sich davor, ihre Angehörigen in ein Heim zu geben

## Body

---

AUS BERLIN FRANZISKA HAACK

Schon länger ist klar, dass viele Gastarbeiter im Alter nicht in ihre Heimat zurückkehren werden. Wie Burhan Sengüler. Der 65-Jährige wollte seinen Lebensabend eigentlich in der Türkei verbringen. Bis ich einen Schlaganfall bekam. Der hat mir alles kaputtgemacht.

Vor fünf Jahren zog er in Berlin-Kreuzberg in das damals neu gegründete Türk Bakim Evi, das Haus des Wohlbefindens. Die Einrichtung spezialisierte sich auf kulturspezifische Pflege, die auf die besonderen Bedürfnisse älterer Menschen mit Migrationshintergrund eingehen will.

Doch das erste türkische Pflegeheim Deutschlands fand bei seiner Zielgruppe wenig Anklang. Nach zwei Jahren waren nur etwa die Hälfte der Betten belegt. 2012 gab die Einrichtung das kulturspezifische Konzept auf und nannte sich Pflegehaus Kreuzberg.

Laut Statistischem Bundesamtes gab es 2009 in Deutschland über 200.000 Pflegebedürftige mit Migrationshintergrund. Die Zahl steigt. Experten diskutieren deshalb bereits seit einiger Zeit über kultursensible Pflege, seit 2008 steht das Konzept im Gesetz zur Pflegeversicherung. Auch die Politik nimmt sich des Themas an: So hat sich Berlins Integrationssenatorin Dilek Kolat (SPD) das Schicksal älterer MigrantInnen zur Aufgabe gemacht. Und im grün-rot regierten Baden-Württemberg spricht das Sozialministerium über die nötige interkulturelle Öffnung der Altenpflege im südlichen Bundesland werden 2020 mehr als 300.000 Menschen mit Migrationshintergrund älter als 65 Jahre sein. Doch noch hapert es bei der Umsetzung des neuen Pflegeleitbildes. Nicht zuletzt, weil die Heimunterbringung in vielen Familien auf Vorbehalte stößt.

## Sprachbarrieren im Pflegeheim SENIOREN Die Zahl der älteren Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland steigt. Die kultursensible Pflege will auf ihre be....

Sengüler hingegen fiel der Umzug leicht. Mein linker Arm war gelähmt, ich konnte mich nur mühsam alleine versorgen, erzählt er. Da er in Scheidung von seiner Frau lebte und auch die Tochter wenig Zeit hatte, kam ihm das Heim wie gerufen.

Doch Menschen, die in der Seniorenarbeit tätig sind, können viel darüber erzählen, warum sich beispielsweise türkische Familien mit stationärer Pflege schwertun. Der familiäre Zusammenhalt sei traditionell groß und viele der Meinung, dass die Kinder die Alten pflegen sollten. So ist das Gerede der Nachbarn groß, wenn doch jemand ins Heim zieht.

Pflegebedürftige bleiben oft so lange zu Hause, bis es gar nicht mehr geht, sagt Meltam Baskaya vom Kompetenzzentrum für interkulturelle Öffnung der Altenhilfe in Berlin. Das Heim will man vermeiden.

Beliebter sind ambulante Pflegedienste. Oma oder Opa bleiben in ihrer gewohnten Umgebung, aber die Angehörigen werden entlastet. Bewährt haben sich dabei interkulturelle Pflegedienste. Gezielt werben sie mit Pflegern, die selbst Migrationshintergrund haben, mehrere Sprachen sprechen und das richtige Begrüßungsritual kennen oder wissen, dass man in manchen Wohnungen die Schuhe vor der Haustür ausziehen soll. Es sind kleine, aber wichtige Gesten, die es den Familien erleichtern, die Haustür Fremden zu öffnen.

Türkische Geschäfte nennt Güllü Albayrak die Trickereien, mit denen sie PatientInnen dazu bringt, ihre Medikamente zu nehmen: Geplänkel auf Türkisch mit viel Körperkontakt. Und schon ist die Tablette hinuntergeschluckt. Albayrak leitet die interkulturelle Einrichtung Kamil Tagespflege in Berlin-Schöneberg. Die kleinen Dinge seien wichtig, sagt sie, Vorlesen in der Muttersprache, Musik aus der Jugendzeit und das Basteln vor religiösen Festen: Zu Weihnachten gibt es Sterne, zum Opferfest Schäfchen.

Diese Rücksichtnahme auf den kulturellen und religiösen Hintergrund vermissen etliche MigrantInnen bei herkömmlichen Pflegeeinrichtungen. Viele muslimische Familien bringen jeden Tag selbst gekochtes Essen ins Heim, weil dort nicht nach den muslimischen Vorschriften gekocht wird, sagt Baskaya vom Kompetenzzentrum.

Häufig nehmen Familien deswegen lieber das Pflegegeld in Anspruch und kümmern sich selbst um die Angehörigen. 91 Prozent der türkischen Empfänger von Pflegeleistungen bevorzugten das Pflegegeld, berichtet beispielsweise der Medizinische Dienst der Krankenversicherung Westfalen-Lippe.

Die alten Menschen bleiben so in der gewohnten Umgebung, müssen sich nicht auf anderes Essen und fremde Menschen einstellen. Im Idealfall genießen sie die Unterhaltung der Familie in der Muttersprache.

In den Heimen wird Verständigung hingegen zum Problem, wenn MigrantInnen nie gut Deutsch gelernt haben oder es im Alter vergessen. Vor allem Demenzkranke sprechen oft nur noch die Muttersprache. Doch gute Pflege ist ohne sprachliche Kommunikation nicht möglich. Baden-Württemberg will deswegen künftig mehr MigrantInnen für Pflegeberufe gewinnen.

Burhan Sengüler spricht gut und gerne Deutsch. Trotzdem freut er sich, dass es im Pflegehaus Kreuzberg immer noch viele türkische PflegerInnen gibt. Türkisch ist eben meine Muttersprache. Mit vielen BewohnerInnen könne er sich hingegen kaum unterhalten: Die sind zu alt und verwirrt.

Viele muslimische Familien bringen Essen ins Heim

MELTAM BASKAYA, ALTENHILFE BERLIN

**Load-Date:** December 2, 2012

**Land soll gutes Beispiel sein; INTEGRATION Geht es nach der Koalition, sollen in Schleswig-Holsteins Verwaltung mehr Migranten arbeiten**

taz, die tageszeitung

Freitag 31. Mai 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 22

**Length:** 303 words

**Highlight:** INTEGRATION Geht es nach der Koalition, sollen in Schleswig-Holsteins Verwaltung mehr Migranten arbeiten

## Body

---

Im öffentlichen Dienst in Schleswig-Holstein sollen künftig nach dem Willen der Koalitionsfraktionen mehr Menschen mit ausländischen Wurzeln arbeiten. Mit den Stimmen von SPD, Grünen und SSW sowie der oppositionellen Piraten forderte der Landtag die Regierung auf, ein Konzept dafür zu entwickeln. Demnach ist das Ziel, dass die Ausbildungs- und Beschäftigungsquote im öffentlichen Dienst den Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund abbildet. Eine feste Quotierung ist aber nicht geplant.

13 Prozent der Bewohner im Land hätten einen internationalen Hintergrund, sagte Ministerpräsident Torsten Albig (SPD). Es sei nicht annähernd gelungen, Menschen in gleichen Teilen in die Verwaltung zu holen. Es gebe aber keinen strukturellen Rassismus. Wir wollen nicht nur über Integration reden oder Gipfel abhalten, um hinterher festzustellen, piep, piep, piep, wir haben uns alle lieb, so die SPD-Abgeordnete Serpil Midyatli.

Laut ihrer Fraktionschefin Eka von Kalben wollen die Landtags-Grünen den abstrakten Begriff Willkommenskultur mit Leben füllen. Nach Ansicht von SSW-Fraktionschef Lars Harms muss die Landesverwaltung mit gutem Beispiel vorangehen und zeigen, welchen Gewinn Beschäftigte mit Migrationshintergrund bedeuten.

CDU und FDP wollen zunächst einen Bericht von Innenminister Andreas Breitner (SPD) abwarten, der Auskunft über die Umsetzung eines noch von der schwarz-gelben Vorgängerregierung auf den Weg gebrachten Aktionsplans geben soll. Im Ziel bestehe aber Einigkeit, so Astrid Damerow (CDU).

Vorurteile gegenüber Zuwanderern und der weit verbreitete Rassismus stellen ein großes Problem für unsere Gesellschaft dar, erklärte die Piraten-Abgeordnete Angelika Beer. Der Staat selbst müsse sich einem Wandel unterziehen. (dpa)

Wir wollen nicht nur über Integration reden

Serpil Midyatli (SPD)

Land soll gutes Beispiel sein INTEGRATION Geht es nach der Koalition, sollen in Schleswig-Holsteins  
Verwaltung mehr Migranten arbeiten

**Load-Date:** May 30, 2013

---

End of Document



**Migrationsbüro desintegriert; POLIZEI Büro für Migration und Integration bei der Polizeipräsidentin aufgelöst. Die zuständige Büroleiterin war offenbar sehr umstritten. Bisheriger Schwulenbeauftragter übernimmt das Thema**

taz, die tageszeitung

Dienstag 28. Februar 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 22

**Length:** 403 words

**Byline:** PLUTONIA PLARRE

**Highlight:** POLIZEI Büro für **Migration** und Integration bei der Polizeipräsidentin aufgelöst. Die zuständige Büroleiterin war offenbar sehr umstritten. Bisheriger Schwulenbeauftragter übernimmt das Thema

## Body

---

Das dem Polizeipräsidenten unterstellte Büro für Integration und **Migration** gibt es in der bisherigen Form nicht mehr. Bei der Polizei ist Integration nicht mehr Chefsache und Aus für Vorzeigeprojekt, titelten Zeitungen am Montag. Die Polizei ist mit Nachdruck darum bemüht, diesem Eindruck entgegenzuwirken. Das Thema ist uns sehr wichtig, versichert Polizeisprecher Stefan Redlich.

Viel gehört hatte man von dem Büro zugegebenermaßen nicht. Es war im Mai 2011 in den letzten Amtstagen von Polizeipräsident Dieter Glietsch eingerichtet worden. Auch von der Auflösung, die die amtierende Polizeipräsidentin Margarete Koppers bereits am 9. Januar angeordnet hatte, erfuhr man erst jetzt. Mit der geplanten Anbindung der Aufgaben an die Zentralstelle für Prävention beim Landeskriminalamt (LKA) seien nun bessere Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeit geschaffen worden, sagt Redlich. Neuer Leiter für das Themengebiet Integration und Migration soll Uwe Löher werden. Er hatte bis dato die Zentralstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen geleitet. In der Schwulenszene genießt er einen guten Ruf.

Gründe, das Büro aufzulösen, hat es offenbar viele gegeben. Der Name Silke Fischer fällt dabei oft. Die frühere Kreuzberger SPD-Kreisvorsitzende war von Glietsch 2011 mit der Leitung des Büros betraut worden. Es ist davon auszugehen, dass dies im Einvernehmen mit Innensenator Ehrhart Körting (SPD) erfolgte. Die 52-jährige Fischer ist eine schillernde Figur. Sie kommt aus der Hausbesetzerszene, hat diverse Male das Kreuzberger Myfest am 1. Mai koordiniert und damit zu einem friedlichen Verlauf des traditionell konfliktreichen Tages beigetragen.

Manche Leute werfen Fischer vor, sie polarisiere und hinterlasse verbrannte Erde, wenn die Dinge nicht nach ihren Vorstellungen liefen. Gerüchte besagen, zwischen Fischer und den drei Polizisten im Migrationsbüro seien die Fetzen geflogen. Fischer wollte sich am Montag gegenüber der taz aus Loyalität zur Polizei nicht äußern. Sie hat um eine andere Verwendung bei der Polizei nachgesucht.

Migrationsbüro desintegriert POLIZEI Büro für Migration und Integration bei der Polizeipräsidentin aufgelöst.  
Die zuständige Büroleiterin war offenbar sehr umst....

Der stellvertretenden Leiterin der Zentralstelle für Prävention, Tanja Knapp, zufolge sollten Fischer und ihre drei Mitarbeiter konzeptionelle Vorschläge machen, wie die Arbeit weitergehe, wenn das Polizeiprojekt Tik (Transfer interkulturelle Kompetenz) Ende 2011 auslaufe. Es sollte kein Leerlauf entstehen. Gekommen sei aber kaum etwas, so Knapp. PLUTONIA PLARRE

**Load-Date:** February 27, 2012

---

End of Document

**Mehr Geld für bayerische Flüchtlinge; ASYL Bayerische Landkreise überwiesen Asylbewerber weniger als vorgesehen - weil diese in Sammelunterkünften wohnen. Die Landesregierung hat diese Begründung für nichtig erklärt**

taz, die tageszeitung

Dienstag 02. Oktober 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 06

**Length:** 449 words

**Byline:** MARLENE HALSER / BERND KRAMER

**Highlight:** ASYL Bayerische Landkreise überwiesen Asylbewerber weniger als vorgesehen weil diese in Sammelunterkünften wohnen. Die Landesregierung hat diese Begründung für nichtig erklärt

## Body

---

BERLIN/BAMBERG taz Als Hadi Ghaeni Anfang September seinen Kontoauszug in Händen hielt, hat er sich geärgert: 27 Euro zu wenig hatten der Landkreis Bamberg dem Flüchtling aus dem Iran überwiesen. Warum, weiß der 24-Jährige nicht. Ich habe keinen Bescheid erhalten, der das erklärt. Für jemanden, der weniger erhält als ein Hartz-IV-Empfänger, sind 27 Euro viel Geld.

Künftig sollen Asylbewerber wie Ghaeni aber mehr bekommen. Das stellte Bayerns Sozialministerin Christine Haderthauer jetzt klar und reagiert damit auf Proteste des bayerischen Flüchtlingsrats. Dieser hatte beanstandet, dass Asylbewerber in manchen Landkreisen mit abstrusen Begründungen um ihr Geld geprellt würden.

Hintergrund des Streits ist ein Urteil des Bundesverfassungsgericht vom Juli. Die Karlsruher Richter hatten das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), das die Sozialleistungen von Asylsuchenden regelt, in weiten Teilen für verfassungswidrig erklärt. Es verstoße gegen das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum. Bis zum Inkrafttreten einer neuen gesetzlichen Regelung müssen Asylbewerber nun 336 Euro im Monat erhalten statt bisher 224 Euro, entschieden sie. Das entspräche 90 Prozent des Hartz-IV-Regelsatzes.

In Bayern ist die Lage allerdings komplizierter. Einen Teil der Sozialleistungen gibt der Freistaat in Form von Essenspaketen aus und zieht diesen Betrag von den 336 Euro ab. Das Taschengeld hätte damit von derzeit 40 Euro auf 134 Euro erhöht werden müssen. Auf Hadi Ghaenis Konto gingen aber lediglich 107 Euro ein.

Die Regierung von Oberfranken erklärt die Differenz so: Zwar betrage die Höhe des Taschengelds in der Regelbedarfsstufe 1, in die erwachsene, alleinstehende oder alleinerziehende Personen, die einen eigenen Haushalt führen, eingruppiert werden, besagte 134 Euro. Jedoch führten Asylbewerber, die in der Regel in

Mehr Geld für bayerische Flüchtlinge ASYL Bayerische Landkreise überwiesen Asylbewerbern weniger als vorgesehen - weil diese in Sammelunterkünften wohnen. Die L....

Gemeinschaftsunterkünften wohnen, keinen eigenen Haushalt und hätten deswegen einen geringeren Bedarf. Deshalb fielen sie unter die Regelbedarfsstufe 3, in der es nur 107 Euro monatlich gibt.

Der Schweinfurter Rechtsanwalt Joachim Schürkens, der im Auftrag von zehn Flüchtlingen Widerspruch bei den Behörden eingelegt hat, hält die Argumentation für Unsinn. Regelbedarfsstufe 3 ist dann gerechtfertigt, wenn jemand im Hausstand eines anderen lebt, sagt er, also wenn zusätzliche Kosten, wie Telefon oder die Anschaffung von Haushaltsgeräten, durch den Haushaltsvorstand abgedeckt sind. Haderthauer schrieb den Landkreisen nun, dass Flüchtlinge in Gemeinschaftsunterkünften nicht automatisch in Regelbedarfsstufe 3 eingruppiert werden könnten. MARLENE HALSER BERND KRAMER

Für jemanden, der weniger erhält als ein Hartz-IV-Empfänger, sind 27 Euro viel Geld

**Load-Date:** October 1, 2012

---

End of Document

**Gesucht: Mäzen für einen Kessel; FLÜCHTLINGE Zwei ehemalige Gästehäuser kommen als Unterkünfte für die Flüchtlinge vom Oranienplatz infrage. Problem am Kreuzberger Standort: Die Heizung funktioniert nicht**

taz, die tageszeitung

Dienstag 29. Oktober 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 21

**Length:** 578 words

**Byline:** PLUTONIA PLARRE

**Highlight:** **FLÜCHTLINGE** Zwei ehemalige Gästehäuser kommen als Unterkünfte für die **Flüchtlinge** vom Oranienplatz infrage. Problem am Kreuzberger Standort: Die Heizung funktioniert nicht

## Body

---

VON PLUTONIA PLARRE

Auf dem Schild steht noch der Name des Vormieters: Jugendgästehaus der deutschen Schreberjugend . Aber die drei lang gezogenen rosafarbenen Riegel in der Franz-Künstler-Straße in Kreuzberg stehen seit zehn Monaten leer. Am heutigen Dienstag wird der Präsident des Landesamtes für Gesundheit und Soziales (Lageso), Franz Allert, die Anlage mit der Bezirksbürgermeisterin von Friedrichshain-Kreuzberg, Monika Herrmann, besichtigen. Allert sucht händeringend neue **Flüchtlingsunterkünfte**. Herrmann hat ihm das ehemalige Hostel unter der Prämisse angeboten, dass die **Flüchtlinge** vom Protestcamp auf dem Oranienplatz in eines der drei Häuser einziehen können.

Die überwiegend über Lampedusa nach Europa gekommenen Flüchtlinge leben seit über einem Jahr in Zelten auf dem Oranienplatz. Die Zeit für einen Umzug in ein festes Quartier drängt, denn der Winter naht. Nach längerer Suche gibt es neben der Franz-Künstler-Straße noch eine zweite Möglichkeit für die 60 bis 150 Leute: ein ehemaliges Hostel in Friedrichshain, das Sozialsenator Mario Czaja (CDU) aufgetan hat. Das Angebot steht , sagte Czajas Sprecherin Regina Kneiding am Montag zur taz. Das Haus, das von einem erfahrenen Träger der Wohnungshilfe betrieben werde, könne von den Flüchtlingen kurzfristig bezogen werden.

Finanziert werden soll die Unterbringung der Flüchtlinge aus Mitteln der Kältehilfe. Die Senatsverwaltung für Finanzen hat für die Wintermonate eine Gesamtsumme von 136.000 Euro zugesagt egal welche Variante am Ende den Zuschlag bekommt.

Beide Häuser sind in der Prüfung , bestätigte Bezirksbürgermeisterin Herrmann am Montag. Sie selbst favorisiere die Franz-Künstler-Straße. Grund: Die evangelische Kirche, die viel Erfahrung in der Flüchtlingshilfe habe, stehe dort bereit, um die Trägerschaft zu übernehmen. Voraussetzung sei aber, dass Lageso-Chef Allert mitziehe. Die

Gesucht: Mäzen für einen Kessel FLÜCHTLINGE Zwei ehemalige Gastehäuser kommen als Unterkünfte für die Flüchtlinge vom Oranienplatz infrage. Problem am Kreuzberg....

drei Häuser seien in gutem Zustand. Auf allen Etagen gebe es Duschen und Toiletten, alle Zimmer seien mit Heizkörpern ausgestattet. Das Problem sei nur: Der Heizkessel, mit dem die gesamte Anlage betrieben wurde, fehlt. Ein neuer Kessel würde 20.000 bis 30.000 Euro kosten, schätzt Herrmann. Der Bezirk könne das nicht allein bezahlen. Ich hoffe sehr, dass Herr Allert den Vorschlag positiv aufnimmt und man sich über die finanziellen Bedingungen einigen kann.

Die Sprecherin der Sozialverwaltung wollte Herrmanns Vorschlag nicht kommentieren. Man werde dem Besichtigungstermin am Dienstag nicht vorgreifen, so Kneiding. Jedes Angebot vonseiten der Bezirke zur Unterbringung von Flüchtlingen sei indes willkommen, betonte sie. Die vorhandenen Gemeinschafts- und Notunterkünfte seien mit den aktuell dort untergebrachten 7.562 Menschen überbelegt.

Lieber in Kreuzberg

Hätte die Lampedusa-Gruppe vom Oranienplatz die Wahl, würden die Flüchtlinge lieber in Kreuzberg ein festes Haus beziehen als in Friedrichshain. Dann könnten sie ihre nachbarschaftlichen Kontakte weiterpflegen, sagte die Unterstützerin Taina Gärtner, sie sind im Bezirk verwurzelt.

Auch für die 25 Flüchtlinge, die am Brandenburger Tor einen zehntägigen Hungerstreik durchgeführt haben, zeichnet sich eine Lösung ab. Seit über einer Woche wohnen sie provisorisch in einer Obdachloseneinrichtung der Heilig-Kreuz-Gemeinde. Nun habe ein Träger der katholischen Kirche ein Haus angeboten, sagte der Migrationsbeauftragte der evangelischen Kirche, Hanns Thomä.

Einen neuen Heizkessel könne der Bezirk nicht allein bezahlen, so Herrmann

**Load-Date:** October 28, 2013

**Flüchtlinge sollen arbeiten dürfen; ARBEITSMARKT Schleswig-Holsteins  
Innenminister Andreas Breitner will es Asylbewerbern leichter machen, ihren  
Lebensunterhalt selbst zu verdienen - wer herkommt, soll gleich einen Job  
annehmen dürfen**

taz, die tageszeitung

Dienstag 16. April 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 21

**Length:** 318 words

**Highlight:** ARBEITSMARKT Schleswig-Holsteins Innenminister Andreas Breitner will es Asylbewerbern leichter machen, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen wer herkommt, soll gleich einen Job annehmen dürfen

## Body

---

Schleswig-Holsteins Innenminister Andreas Breitner (SPD) hat sich für einen schnelleren Zugang von Asylbewerbern zum Arbeitsmarkt ausgesprochen. Sobald die Flüchtlinge auf die Kreise und kreisfreien Städte verteilt sind, sollten sie die Möglichkeit haben, sich um eine reguläre Arbeit zu bemühen, sagte Breitner am Montag anlässlich des 20-jährigen Bestehens des Landesamtes für Ausländerangelegenheiten (LfA).

Asylbewerber mit eigenem Einkommen entlasteten die Sozialkassen der Kommunen und freie Stellen müssten auch weiterhin zunächst Menschen mit deutschem Pass angeboten werden. Das Thema eignet sich daher nicht für billige ausländerfeindliche Ressentiments, sagte Breitner.

Bislang dürfen die Flüchtlinge im ersten Jahr ihres Aufenthalts in Deutschland keinen Job annehmen, so will es das Asylverfahrensgesetz des Bundes. Nach einem jüngsten Beschluss der EU-Regierungen soll diese Wartezeit künftig allerdings grundsätzlich auf neun Monate verkürzt werden.

Asylbewerber sind verpflichtet, nach ihrer Einreise nach Deutschland bis zu drei Monate in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen. In Schleswig-Holstein verbringen die Flüchtlinge nach ihrer Einreise im Schnitt 49 Tage in der zentralen Aufnahmeeinrichtung der LfA in Neumünster, bevor sie auf Gemeinschaftsunterkünfte im ganzen Land verteilt werden.

Die Kommunen und Kreisfreien Städte haben jedoch auch in Schleswig-Holstein zunehmend Schwierigkeiten, die Flüchtlinge unterzubringen. Denn angesichts der deutlich steigenden Zahl der Asylbewerber sind die Kapazitäten vielerorts weitgehend ausgeschöpft. Im letzten Jahr kamen 2.277 Flüchtlinge nach Schleswig-Holstein. 2011 waren es noch 1.506. Nach Angaben des Netzwerks Pro Asyl sind die Unterbringungsschwierigkeiten vor allem eine Folge davon, dass man in den letzten Jahren Plätze abgebaut habe. (dpa)

Thema ungeeignet für ausländerfeindliche Ressentiments

Flüchtlinge sollen arbeiten dürfen ARBEITSMARKT Schleswig-Holsteins Innenminister Andreas Breitner will es Asylbewerbern leichter machen, ihren Lebensunterhalt ....

ANDREAS BREITNER, INNENMINISTER

**Load-Date:** April 15, 2013

---

End of Document



**Deserteure sollen zurück ins Krisengebiet; FLÜCHTLINGE In München sitzen vier Syrer in Abschiebehaft. Sie sollen nach Ungarn abgeschoben werden. Doch das EU-Land gewährt ihnen keinen Schutz - Syrien gilt dort als "sicheres Herkunftsland"**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 12. Januar 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 07

**Length:** 612 words

**Byline:** CHRISTIAN JAKOB

**Highlight:** **FLÜCHTLINGE** In München sitzen vier Syrer in Abschiebehaft. Sie sollen nach Ungarn abgeschoben werden. Doch das EU-Land gewährt ihnen keinen Schutz Syrien gilt dort als sicheres Herkunftsland

## Body

---

VON CHRISTIAN JAKOB

BREMEN taz | Während die Welt mit wachsendem Entsetzen auf die Massaker an syrischen Aufständischen schaut, sitzen in München-Stadelheim vier SyrerInnen in Abschiebehaft. Die **Flüchtlinge** müssen fürchten, bald wieder in ihr Heimatland zurückgeschickt zu werden.

Eigentlich sollten sie in Deutschland derzeit sicher sein. Denn seit Ende April gilt hier wegen der Gewalt des Assad-Regimes gegen die Opposition ein vorläufiges Abschiebemoratorium. Doch im Fall der vier Häftlinge greift das nicht: Sie kamen auf dem Landweg hierher, das Schengengebiet erreichten sie über Ungarn. Nach der europäischen Dublin-II-Richtlinie ist deshalb Ungarn für ihren Asylantrag zuständig. Und Ungarn schiebt weiter nach Syrien ab.

Zwei der Häftlinge haben angegeben, sich dem Kriegsdienst entzogen zu haben. Den beiden Männern wurde im Spätsommer von den Dorfvorstehern mitgeteilt, dass ihre Einziehung zum Militär bevorsteht, sagt ihr Anwalt Dündar Kelloglu. Daraufhin haben sie gemeinsam mit zwei Schwestern das Land verlassen. In Ungarn stellten sie dann einen Asylantrag. Man hat ihnen dort aber signalisiert, dass der Antrag abgelehnt werden soll, sagt Kelloglu. Sie bekamen Panik und flüchteten weiter nach Deutschland.

Doch hier sollen sie nicht bleiben dürfen. Am 2. Dezember verhafteten Bundespolizisten sie an der deutsch-österreichischen Grenze. Danach stellte das Bundesamt für Flüchtlinge an Ungarn einen Rücknahmeantrag.

Dort zeigt man offenkundig wenig Sensibilität für die Lage syrischer Dissidenten. Der taz liegt eine Stellungnahme der ungarischen Behörde für Einwanderung und Staatsangehörigkeit (BAH) vom 13. September 2011 vor. Die

Deserteure sollen zurück ins Krisengebiet FLÜCHTLINGE In München sitzen vier Syrer in Abschiebehaft. Sie sollen nach Ungarn abgeschoben werden. Doch das EU-Land....

blutige Aufstandsbekämpfung in Syrien war da bereits seit Monaten im Gang. Die BAH erklärt dennoch, dass man gegen eine damals geplante Abschiebung eines syrischen Mannes in seine Heimat keine Einwände habe. Syrien kann als sicheres Herkunftsland betrachtet werden , heißt es in dem Papier. Es sei nicht zu erwarten , dass der Flüchtling dort wegen Herkunft, Religion, Nationalität, gesellschaftlicher Zugehörigkeit oder wegen seiner politischen Meinung der Gefahr der Verfolgung ausgesetzt ist . Auch drohten ihm keine Todesstrafe, Folter, unmenschliche, erniedrigende Behandlung oder Bestrafung . Ob Ungarn an dieser Bewertung festhält, ist unklar. Eine entsprechende Anfrage der taz ließ die BAH unbeantwortet.

Im Dezember lehnte das Verwaltungsgericht Dachau einen Antrag Kelloglus ab, die vier aus der Haft zu entlassen. Deutschland muss den syrischen Flüchtlingen ermöglichen, ihr Asylverfahren hier durchzuführen , fordert Simone Fischer vom bayerischen Flüchtlingsrat. Dieses sogenannte Selbsteintrittsrecht steht gemäß der Dublin-II-Richtlinie jedem Land frei.

Erst im Oktober hat das UN-Flüchtlingskommissariat die Dublin-Abschiebungen nach Ungarn kritisiert. Abgeschobene kämen dort in Haft, ihnen drohe die Rückführung in unsichere Drittstaaten, die Misshandlung von Asylbewerbern in Gefängnissen durch Polizeibeamte sei alltäglich .

Das Bundesinnenministerium beeindruckt all dies nicht. Über 200 Anträge auf Rücknahme hat Deutschland im ersten Halbjahr 2011 an Ungarn gestellt. Auch jetzt hält Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) an dieser Linie fest. Wir sehen keine Veranlassung, von Überstellungen gemäß der Dublin-Verordnung nach Ungarn abzusehen , sagt ein Sprecher Friedrichs. Auch für Asylbewerber, die Deserteure der syrischen Armee sind, gilt keine Ausnahme . Man gehe davon aus, dass Ungarn das Flüchtlingsrecht wahre. Gegenteilige Erkenntnisse liegen uns nicht vor , so der Sprecher.

Auch für Deserteure der syrischen Armee gilt keine Ausnahme

EIN SPRECHER DES BUNDESINNENMINISTERIUMS

**Load-Date:** January 11, 2012

**Lieber leiser; SCHUTZ Gotteshäuser können geflüchtete Menschen aufnehmen, die der Staat zurück in ihre Herkunftsländer abschieben will. Das Kirchenasyl gibt es in Deutschland seit den achtziger Jahren. Damals war es Protest. Heute bedeutet es Diplomatie**

taz, die tageszeitung

Freitag 03. Mai 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** HINTERGRUND; S. 02

**Length:** 1519 words

**Byline:** KRISTIANA LUDWIG

**Highlight:** SCHUTZ Gotteshäuser können **geflüchtete** Menschen aufnehmen, die der Staat zurück in ihre Herkunftsländer abschieben will. Das Kirchenasyl gibt es in Deutschland seit den achtziger Jahren. Damals war es Protest. Heute bedeutet es Diplomatie

## Body

---

VON KRISTIANA LUDWIG UND HANNES VON DER FECHT (FOTOS)

Wenn die Polizisten kommen, dann sollen sie vor dem Altar stehen, und die Glocken sollen läuten. Thomas Heß ist den Ablauf immer wieder durchgegangen. Mit Susan Alviola, die so dünn geworden ist, mit den Kindern Claritze und Alvin, mit den Nachbarn, den Aktivisten und mit seiner Frau. Die ganze Nacht haben sie zusammen in der Kammer gesessen, oben im Gemeindehaus seiner Hamburger St.-Stephanus-Kirche. Der Flug nach Manila geht über Amsterdam. Start sei in den frühen Morgenstunden, hatte die Stimme am Telefon gesagt. Doch langsam wird es hell. Niemand steht vor der Tür. Der Anrufer hat gelogen.

Als das Telefon zum zweiten Mal klingelt, ist es die Innenbehörde. Die Abschiebung der philippinischen Familie sei nun doch vom Tisch. Nach 24 Tagen im Kirchenasyl dürften Frau und Kinder in Deutschland bleiben. Bloß ein letztes Gespräch noch. Pastor Heß fährt in die Stadt, ein Tisch im Mövenpick. Der Propst, ein Mann von der Behörde und er. Der dritte Anruf ist von seiner Frau. Der Kellner bittet ihn ans Telefon: Polizisten durchsuchen die Kinderzimmer.

Es ist der 15. November 1984, als Susan Alviola und ihre Kinder durch ein Fenster ins Kirchenschiff klettern. Die Glocken schaltet ein Beamter ab. Mit beiden Händen klammern sie sich an die Holzbänke. Fünfzehn Polizisten tragen sie aus dem Andachtsraum. Um 19 Uhr hebt Flug LH 712 ab.

Zeit gewinnen

Lieber leiser SCHUTZ Gotteshäuser können geflüchtete Menschen aufnehmen, die der Staat zurück in ihre Herkunftsländer abschieben will. Das Kirchenasyl gibt es i....

Als Heß die philippinische Familie eines Seefahrers bei sich aufnimmt, liegt das erste deutsche Kirchenasyl in Berlin gerade mal ein Jahr zurück. In den USA hatten christliche Gemeinden bereits Ende der siebziger Jahre begonnen, Flüchtlinge aus Lateinamerika zu verstecken. Sanctuary Movement nannten sie sich: die Asylbewegung. Heß ist 33 Jahre alt. Die Hamburger Behörde will keinen Präzedenzfall für ausländische Seefahrer schaffen. Heß will kämpfen. Er sagte: Wir machen das jetzt.

Petrus und die Apostel antworteten: Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen.

Im Neubaubüro in der Hamburger Hafencity steht Pastorin Fanny Dethloff zwischen ihren Kakteen und spricht in ein Smartphone. Es ist einfacher, das Geld bei uns einzuklagen, sagt sie: Das wissen die meisten Krankenhäuser, und deswegen gehen sie uns auf den Sack. Dethloff, Baumwollkleid, Ohrstecker aus Holz, ist Vorstandsvorsitzende der Ökumenischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Asyl in der Kirche. Gegründet zehn Jahre nach der Ausreise von Susan Alviola.

Dethloffs Zahlen für 2011: Deutschlandweit 69 Personen in Gemeinden untergebracht, 16 Kirchenasyle erfolgreich beendet, eine Abschiebung. Kirchenasyl heißt für sie: Man braucht ein ganzes Team, um einen Menschen zu bespaßen. Haft de luxe. Die psychische Anstrengung für den Flüchtling ist groß, ebenso wie der Aufwand. Mediziner, Anwälte, Lebensmittel, die Schule für die Kinder. Kirchenasyl bedeutet, Zeit zu gewinnen.

Die evangelische Nordkirche bezahlt neben Dethloffs eigener Stelle als Flüchtlingsbeauftragte mittlerweile Wohnungen, in denen Menschen untertauchen können. Sie finanziert Juristen, die Flüchtlinge beraten. Und solche, die verhandeln können. Heute reden wir lieber im Hintergrund mit den Behördenvertretern, sagt Fanny Dethloff der Presse.

Ziviler Ungehorsam? Protest? Man muss mit Medien verantwortlich umgehen. Stilles Asyl, sagt sie, wenn sie mit den Behörden spricht, aber nicht mit Journalisten.

Vier Tage im Boot

Die Tür von Nahla Dali\* ist bunt besprüht. Eine Comicfigur, ein kleiner Junge – es ist der Eingang zum Jugendtreff. Dali sieht das Graffiti nicht oft. Seit einem Jahr verlässt sie diese Räume, in denen sie nun wohnt, fast nie. In den ersten Monaten ging sie nur zum türkischen Laden an der Ampel, kaufte ein, so schnell sie konnte, und lief zurück. Sie weiß: Ich bin nicht normal. Was passiert, wenn ein Polizist sie kontrolliert, das weiß sie nicht.

Dali wurde in dem Moment zum Flüchtling, als ihr Mann an multipler Sklerose erkrankte. Eigentlich lebten sie bereits weit entfernt von der gefährlichen Heimat Syrien. Verdienten gutes Geld in Saudi-Arabien, er verkaufte Schokoriegel, sie kümmerte sich um die Kinder. Doch als er nicht mehr konnte, konnte sie ihn nicht vertreten. Dali darf in Saudi-Arabien nicht Auto fahren. Sie ist eine Frau.

Vier Tage sitzen sie im Boot nach Italien. In Bayern hält sie die Polizei an. Flüchtlingsheim. Von dort sind es zweieinhalb Kilometer Fußweg zur Schule. Ihre beiden Töchter und sie sind die einzigen Frauen in der Unterkunft. Dali begleitet sie zum Badezimmer, den Flur entlang. So wie ihren Mann, der jetzt Hilfe braucht.

Die letzte Station ihrer Familie ist ein Versteck im Wald. Von hier aus geht es nicht mehr weiter, nur noch zurück.

Auf dem Billardtisch im Jugendtreff liegt ein Deckel aus Holz. Er wurde an die Wand geschoben. Darunter stehen Plastikbagger, für die zwei Kleinen. Die Zimmer sind groß, aber die Stoffe vor den Fenstern lassen wenig Licht in den Keller. Die Wangen der Pastorin schimmern rosa. Draußen war es warm, das spürt man hier nicht.

Wir haben dich vermisst, sagt Nahla Dali. Ich habe gestern nicht geschlafen. Fünfhundert Menschen tot, an einem Tag. Ich habe geträumt, dass meine Mutter stirbt. Dann bin ich aufgewacht. Die Pastorin blickt in die dunklen Augen der schmalen Dali. Durch euch ist für mich der Krieg näher, sagt sie. Dass Dali, ihr Mann und ihre vier Kinder hier im Kirchenanbau leben, wissen die Hamburger Behörden. Die Gemeinden der Stadt gelten als sicher. Alviolas Abschiebung im Herbst 1984 ist bis heute die einzige geblieben. Um welche Gemeinde es sich bei Nahla Dali handelt, soll trotzdem geheim bleiben. Die Pastorin fürchtet Anschläge von Rechtsextremen.

Lieber leiser SCHUTZ Gotteshäuser können geflüchtete Menschen aufnehmen, die der Staat zurück in ihre Herkunftsländer abschieben will. Das Kirchenasyl gibt es i....

Als die Familie im letzten Jahr kam, waren die alten Frauen aus der Gegend die Ersten, die fragten: Brauchen sie was Warmes? Essen? Decken? Die Kriegsgeneration. Heute bringen sie Geschenke für die Jungs vorbei. Wenn man die Geschichte mal erzählt, haben viele Leute Mitgefühl, sagt der Küster. Sonst sind wir ja hier überrannt, ergänzt er. Von Ausländern.

Jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat.

Diplomsozialpädagogin Anne Harms, 45 Jahre alt, früher Menschenrechtsaktivistin, sitzt zwischen weiß beklebten Aktenordnern und einer Orchidee. Der Bleistiftspitzer summt leise unter ihrer Tischplatte. Aus ihrem Büro in Hamburg-Altona leitet sie die kirchliche Hilfsstelle Fluchtpunkt. Gründungsjahr: 1994. Politische Kampagnen sind für Gemeinden oft eine Überforderung, sagt Harms.

Sie ist bereits einige Male zum Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nach Nürnberg geflogen. Je stiller die Diplomatie ist, desto erfolgreicher ist sie. Fluchtpunkt begann als Initiative. Heute hat die Organisation ein Standing. Man arbeite transparent, sagt Harms, denn die Politik wisse: Bevor die skandalisieren, rufen sie uns an.

Seit Jahrzehnten, sagt auch Christiane Germann vom Nürnberger Bundesamt, stehe man mit Kirchenvertretern im Dialog. Mit Bischöfen, mit der Caritas und der Diakonie, mit der Bundesarbeitsgemeinschaft für Kirchenasyl und in Expertenrunden: konstruktive, vertrauensvolle Gespräche. Einzelfälle, sagt Germann, würden so im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten auch relativ oft einer Lösung zugeführt.

Behörden überzeugen

Ob ein Kirchenasyl mit einer Aufenthaltserlaubnis für die Schützlinge endet, hänge davon ab, ob die Kirchen in der Lage sind, die politisch Verantwortlichen von einer humanitären Lösung zu überzeugen, glaubt Günter Burkhardt. Er ist der Geschäftsführer der Flüchtlingsorganisation Pro Asyl. Anne Harms sagt, sie werde nicht die Klappe halten, damit der Gesprächsfaden nicht abreißt.

Ein Edelgrieche ist dort eingezogen, wo früher der Kampftrinkergrieche war. Eimsbüttel hat sich verändert, seit Thomas Heß die Gemeinde verließ. Die St.-Stephanus-Kirche ist heute entwidmet. Auf dem rauen Steinboden im Keller liegt jetzt Parkett, der Altar ist verschwunden. Werbegrafiker haben an seiner Stelle graue Sofas aufgestellt, für Kreativrunden. Flachbildschirme und Topfpflanzen im ganzen Kirchenraum.

Als die Bänke noch standen, hatte die Seefahrerfrau Alviola gesagt: Mein Pastor und mein Anwalt schreien sich an. Heß wollte die harte Linie, wollte die Sache politisch durchziehen. Es kann doch nicht sein, dass wir Leute abschieben, weil Reeder Gewinn machen wollen! Es gab Solidaritätsveranstaltungen hier, sonntags war die Kirche proppenvoll, Ausgetretene kamen zurück, sogar Liedermacher Wolf Biermann spielte. Doch der Anwalt wollte verhandeln.

Als es vorbei war, engagierte sich Heß im Flüchtlingsrat, später auch bei Fluchtpunkt. In Eimsbüttel suchte nie wieder jemand Schutz. Die Stephanuskirche war verbrannt.

Das Kirchenasyl sei heute erfolgsorientierter, es sei professionell geworden, sagt Heß: Ich war naiv.

Er predigt jetzt draußen in Bergedorf. Eine Vorstadtgemeinde. Seine Haut ist weich geworden und sein Haar ergraut. Noch drei Jahre bis zur Pensionierung. Als vor einiger Zeit Hamburger Kurden in den Hungerstreik traten, da bot ihnen Heß noch einmal an, zu kommen. Doch die Kurden lehnten ab. Wollten in ihrem Stadtteil bleiben. St. Georg, in Hauptbahnhofsnahe. Dort gibt es mehr Presse.

\*Name geändert

**Load-Date:** May 2, 2013

Lieber leiser SCHUTZ Gotteshäuser können geflüchtete Menschen aufnehmen, die der Staat zurück in ihre Herkunftsländer abschieben will. Das Kirchenasyl gibt es i....

---

End of Document

**Asyl? Gibt's nur in der Notaufnahme; FLÜCHTLINGE Hungerstreik  
zwangsweise beendet: Polizei räumt Zeltlager in der Münchner Innenstadt,  
bringt 44 Asylsuchende in Krankenhäuser und nimmt 12 Unterstützer fest.  
Flüchtlingsprotest auch in Hamburg und Berlin**

taz, die tageszeitung

Montag 01. Juli 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SEITE 1; S. 01

**Length:** 341 words

**Byline:** MAHA

**Highlight:** **FLÜCHTLINGE** Hungerstreik zwangsweise beendet: Polizei räumt Zeltlager in der Münchner Innenstadt, bringt 44 **Asylsuchende** in Krankenhäuser und nimmt 12 Unterstützer fest. **Flüchtlingsprotest** auch in Hamburg und Berlin

## Body

---

MÜNCHEN taz Der Hunger- und Durststreik von **Asylsuchenden** auf dem Münchner Rindermarkt ist beendet. Die Polizei räumte das Camp, das die Streikenden notdürftig errichtet hatten, am frühen Sonntagmorgen. Die zum Schluss noch verbliebenen 44 stark dehydrierten **Flüchtlinge** wurden in Krankenhäuser gebracht, konnten diese aber im Laufe des Tages zum Teil wieder verlassen. Sie würden nun wie Wohnungslose behandelt und in städtischen Apartments, Pensionen und Notunterkünften untergebracht, sagte Münchens Sozialreferentin Brigitte Meier (SPD).

Die Asylsuchenden hatten gefordert, dass allen im Camp befindlichen Personen ohne Prüfung Asyl gewährt wird. Das war eine rechtlich unmögliche Forderung, sagte der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude (SPD). Man habe das von der Verfassung gewährte Demonstrationsrecht sehr ernst genommen. Es sei den Hungerstreikenden aber nicht um humanitäre oder soziale Verbesserungen gegangen, über die man hätte reden können. Wie die Stadt mitteilte, befanden sich unter den Streikenden nur drei Asylsuchende aus Oberbayern. Die anderen seien aus anderen bayerischen Bezirken angereist. Die Flüchtlinge hatten seit über einer Woche die Nahrungsaufnahme abgelehnt. Seit Dienstag weigerten sie sich auch zu trinken.

Ashkan Khorasani, der die Verhandlungen im Namen der Streikenden leitete, wurde wegen Verstoßes gegen das Versammlungsrecht festgenommen. Die Staatsanwaltschaft prüfe, ob der Strafantrag gegen den in Berlin lebenden Iraner erweitert werde, sagte Bayerns Innenminister Joachim Hermann (CSU). Zwölf Unterstützer der Asylsuchenden, die versuchten, die Räumung mit Sitzblockaden zu verhindern, wurden festgenommen. Bis auf zwei waren alle am Sonntagmittag wieder frei.

Asyl? Gibt's nur in der Notaufnahme FLÜCHTLINGE Hungerstreik zwangsweise beendet: Polizei räumt Zeltlager in der Münchner Innenstadt, bringt 44 Asylsuchende in ....

Wir dürfen jetzt nicht zur Tagesordnung übergehen , sagte der evangelische Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm. Die Politik müsse dafür sorgen, dass Asylsuchende menschenwürdig untergebracht werden und ein faires Asylverfahren bekommen.

Auch in Berlin und Hamburg kämpfen Flüchtlinge derzeit für mehr Rechte. MAHA

Schwerpunkt SEITE 3

**Load-Date:** June 30, 2013

---

End of Document



## Brandenburg macht Druck auf die Kommunen; UNTERBRINGUNG VON ASYLBEWERBERN

taz, die tageszeitung

Dienstag 08. Oktober 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 22

**Length:** 279 words

### **Body**

---

#### UNTERBRINGUNG VON ASYLBEWERBERN

Brandenburg macht bei der Unterbringung von Flüchtlingen Druck auf die Kommunen. Das Sozialministerium habe jetzt die Landeshauptstadt Potsdam und acht der 14 Landkreise zur Aufnahme weiterer Flüchtlinge angewiesen, teilten Innen- und Sozialministerium am Montag in Potsdam mit. Die Kommunen, denen auch Fristen dafür gesetzt worden seien, würden ihre Verpflichtungen dazu derzeit nicht erfüllen.

Rund 300 der derzeit etwa 730 Flüchtlinge in der Erstaufnahmestelle in Eisenhüttenstadt könnten sofort auf die Landkreise und die vier kreisfreien Städte verteilt werden, wenn die Kommunen ihre Verpflichtungen einhielten, hieß es weiter. 118 der Asylsuchenden müssten bereits länger als die dafür höchstens vorgesehenen drei Monate in Eisenhüttenstadt leben.

Aufnahmestelle überbelegt

Die Erstaufnahmestelle mit 500 regulären Plätzen ist bereits seit längerem überbelegt. Seit 2012 wurden die Kapazitäten den Angaben zufolge durch die Aufstellung von Wohncontainern auf 700 Plätze erweitert. Inzwischen werde auch die Turnhalle vor Ort zur Unterbringung von Flüchtlingen genutzt, hieß es.

Seit zwei Wochen würden zudem Flüchtlinge im regulären Asylverfahren in der Einrichtung am Flughafen Schönefeld untergebracht, die eigentlich für das verkürzte Flughafen-Asylverfahren vor der offiziellen Einreise vorgesehen ist. Da in absehbarer Zeit nicht von einem Rückgang der Asylbewerberzahlen auszugehen sei, müssten nun auch die Kommunen ihre Aufnahmekapazitäten sehr zeitnah wesentlich erhöhen, betonte Innenminister Ralf Holzschuher (SPD).

Im laufenden Jahr hätten die Landkreise und kreisfreien Städte bereits rund 1.850 Flüchtlinge aufgenommen. (epd)

**Load-Date:** October 7, 2013



**Gruppenvergewaltigung im Gefängnis; ANGOLA Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch dokumentiert die Horrorerlebnisse kongolesischer Migrantinnen in angolanischer Abschiebehaft. Massenabschiebungen gehen weiter**

taz, die tageszeitung

Dienstag 22. Mai 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 11

**Length:** 601 words

**Byline:** MARTINA SCHWIKOWSKI

**Highlight:** ANGOLA Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch dokumentiert die Horrorerlebnisse kongolesischer Migrantinnen in angolanischer Abschiebehaft. Massenabschiebungen gehen weiter

## Body

---

VON MARTINA SCHWIKOWSKI

JOHANNESBURG taz | In überfüllten Gefängniszellen in Angola erdulden Frauen und Mädchen täglich Massenvergewaltigungen, Folter und Schläge. Es sind kongolesische Migrantinnen, die dort nach brutalen Verhaftungen auf ihre Abschiebung warten. Sie nehmen die Misshandlungen durch angolanische Polizisten und Soldaten hin, weil es ihnen schlecht geht: aus Angst vor Hunger oder Tod. Ein am Montag veröffentlichter Bericht der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch prangert diese Verbrechen an und fordert die Verfolgung der Täter nach dem Völkerrecht.

Wir waren 57 Frauen und zehn Kinder in einer Zelle, zitiert der Bericht eine ehemalige Insassin des Gefängnisses Condueji in Dundo. Die ganze Zeit kamen Männer, Tag und Nacht wollten sie Sex mit den Frauen. Sie kamen in Gruppen, zu dritt oder viert. Sie haben einige Frauen vergewaltigt. All das ist in der gleichen Zelle passiert. Die Kinder haben alles gesehen und viel geweint. Ich habe mich geweigert und einer hat mir in den Bauch getreten. Die Erlebnisse der überlebenden Frauen ähneln sich, immer ist von Gewalt, Folter und unmenschlicher Behandlung bei Razzien, während des Transports und in Haft die Rede. Schläge und Folter werden angedroht und im Austausch für Sex Nahrungsmittel angeboten.

Hunderttausende Kongolesen leben in Angola, zumeist in den Diamantengebieten im Nordosten des Landes, wo die Grenze zum Kongo kaum oder gar nicht markiert ist; sie sind meistens illegal aus dem Nachbarland gekommen, um in den reichen Diamantenfeldern der Provinz Lunda Norte zu arbeiten oder als Händlerinnen Geld zu verdienen. Auch in anderen Landesgebieten und in der Exklave Cabinda leben zahlreiche Angehörige von Volksgruppen, die es sowohl in Angola als auch im Kongo gibt. Regelmäßig unternehmen die angolanischen Behörden Razzien und Massenausweisungen. Die Opfer werden oft willkürlich verhaftet, ohne Haftbefehl.

Gruppenvergewaltigung im Gefängnis ANGOLA Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch dokumentiert die Horrorerlebnisse kongolesischer Migrantinnen in ang....

HRW hat mehr als 100 Zeugen befragt, die in den Jahren 2009 bis 2011 misshandelt wurden. Es ist nicht vorbei: Allein in den ersten zwei Märzwochen dieses Jahres wurden 5.000 Migranten aus Cabinda abgeschoben. Drei Frauen kamen dabei ums Leben – sie sind vermutlich in einer überfüllten Zelle erstickt, berichtet HRW. Zur Rechenschaft gezogen wurde niemand. Angola darf irreguläre Migranten abschieben. Aber das rechtfertigt nicht, ihre grundlegenden Rechte zu verletzen, sagt Leslie Lefkow, stellvertretende Leiterin der Afrika-Abteilung von HRW. Ohne strafrechtliche Verfolgung könne niemand garantieren, dass die Misshandlungen aufhören.

Die angolansische Regierung hat die Vorwürfe von schwerer Folter und Gewalt in den vergangenen Jahren immer wieder geleugnet. Die Problematik ist nicht neu: Bereits seit 2003 schiebt Angola illegale Einwanderer massenhaft ab. Die Regierung von Präsident Eduardo Dos Santos hatte im vergangenen Jahr zugesagt, bei Abschiebungen die internationalen Verpflichtungen nach dem Völkerrecht einzuhalten. Die Realität sieht jedoch anders aus. Laut UN sind allein im Vorjahr 100.000 Migranten abgeschoben worden.

Der Zustrom aus dem armen Kongo ins vergleichsweise reiche Angola wird nicht abreißen. Doch Arme in Angola profitieren nicht vom Diamanten- und Ölreichtum des Landes. Die autokratische Regierung bekämpft die weit verbreitete Korruption und Misswirtschaft kaum. Obwohl das Bruttoinlandsprodukt innerhalb der vergangenen sieben Jahre um über 400 Prozent gewachsen ist, haben sich die Lebensbedingungen für die meisten Angolaner kaum verbessert.

Die ganze Zeit kamen Männer und wollten Sex. Die Kinder sahen alles und weinten viel

EINE EHEMALIGE GEFÄNGNISINSASSIN

**Load-Date:** May 21, 2012

## Der Papst kam nur bis Lampedusa; ASYL Staatssekretär von Innensenator Frank Henkel fordert Ende des Flüchtlingscamps in Kreuzberg

taz, die tageszeitung

Donnerstag 11. Juli 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 21

**Length:** 389 words

**Byline:** AKW

**Highlight:** ASYL Staatssekretär von Innensenator Frank Henkel fordert Ende des Flüchtlingscamps in Kreuzberg

### Body

---

Ein Brief von CDU-Innenstaatssekretär Bernd Krömer lässt den grünen Friedrichshain-Kreuzberger Bürgermeister Franz Schulz an den Papst denken. Während der auf der italienischen Insel Lampedusa mit Flüchtlingen gebetet und die herrschende Asylpolitik kritisiert habe, schreibt mir ein Christdemokrat in der Absicht, Flüchtlinge zu kriminalisieren und zu vertreiben, so Schulz.

Krömer hatte den Bezirksbürgermeister schriftlich aufgefordert, zu erklären, auf welcher Rechtsgrundlage er das Flüchtlingscamp auf dem Oranienplatz dulde, wo seit Oktober Asylsuchende mehr Rechte einfordern und wann er, Schulz, diese rechtswidrige Sondernutzung öffentlichen Straßenlandes beende. Das Camp sei eine zunehmende Belastung für die Bevölkerung, die es m. E. überwiegend ablehnt, so Krömer. Um den Oranienplatz hätten Wohnungseinbrüche, Fahrraddiebstähle sowie Körperverletzungen zugenommen.

Keine Grundlage

Bürgermeister Schulz nimmt es gelassen. Das Camp befinde sich in einer Grünanlage, die dem Bezirk gehört und für deren Nutzung wir zuständig sind. Das Land habe keine rechtliche Grundlage, sich da einzumischen. Die Senatsinnenverwaltung bestätigt das.

Tatsächlich habe es Probleme zwischen Flüchtlingen und Anwohnern gegeben, so Schulz. Im Juni war ein Campbewohner mit einem Messer angegriffen worden: Wir haben sofort das Gespräch mit den Anwohnern aufgenommen und sind Hinweisen auf Probleme nachgegangen. Seither sei etwa der Toilettencontainer der Flüchtlinge umgesetzt worden, der vor einem Café stand, Probleme bei der Aufbewahrung von Lebensmitteln und der Beseitigung von Müll, die zu vermehrtem Rattenaufkommen geführt hätten, seien gelöst worden, so Schulz. Im August finde auf Anregung der kritischen AnwohnerInnen ein gemeinsames Fest mit den Flüchtlingen zum besseren Kennenlernen statt.

Der Papst kam nur bis Lampedusa ASYL Staatssekretär von Innensenator Frank Henkel fordert Ende des Flüchtlingscamps in Kreuzberg

Es habe bei den Gesprächen eine große Rolle gespielt, dass viele Kreuzberger selbst Einwanderer und Opfer von Diskriminierung waren, so der Bürgermeister. Die Folge sei ein ausgeprägtes Gefühl von Solidarität, das weit entfernt sei von der Hetze, mit der die CDU die Bevölkerung aufbringen will.

400 Unterschriften

Vor dem Staatssekretär hatten bereits Funktionäre und Mandatsträger der CDU die Auflösung des Flüchtlingscamps gefordert. 400 Unterschriften bekam die Partei im Bezirk in zwei Wochen dafür zusammen. AKW

**Load-Date:** July 10, 2013

## Gutscheine abgeschafft; ASYLBEWERBER

taz, die tageszeitung

Samstag 29. Juni 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 42

**Length:** 329 words

**Byline:** GRÄ

**Highlight:** ASYLBEWERBER

### Body

---

Nun sind es nur noch zwei: mit Harburg hat sich am Montag der vorvorletzte Landkreis in Niedersachsen dafür entschieden, Flüchtlingen künftig Bargeld statt Gutscheine zu geben. So sind es nur noch die Landkreise Vechta und Celle, die den Großteil der monatlichen Leistung von monatlich 354 Euro als Gutscheine verteilen.

Diese Praxis haben Asylbewerber und Flüchtlingsinitiativen schon lange kritisiert. Flüchtlinge beklagten, dass weder die Bahn noch Rechtsanwälte oder Apotheken die Gutscheine akzeptierten. In Geschäften würden sie nicht immer gern angenommen, zudem bekomme man Wechselgeld nur über zehn Prozent des Gutscheinswerts unabhängig davon, wie viel tatsächlich zurückgegeben werden müsse.

Im Februar dieses Jahres hatte der niedersächsische Innenminister Boris Pistorius (SPD) einen Erlass auf den Weg gebracht, der es den Landkreisen erlaubt, selbst zu entscheiden, ob sie die Leistungen für Asylbewerber als Gutscheine oder komplett als Bargeld ausgeben. Sein Amtsvorgänger Uwe Schünemann (CDU), in der Flüchtlingspolitik als Hardliner bekannt, hatte das Bargeld-System abgelehnt, weil es Anreize zur Einreise in die Bundesrepublik Deutschland schaffen könnte. Deshalb erhielten Flüchtlinge in Niedersachsen monatlich 137 Euro Taschengeld in bar, die übrigen 217 Euro jedoch in Form von Wertgutscheinen.

Nach dem Pistorius-Erlass entschieden sich die allermeisten niedersächsischen Landkreise rasch für die komplette Auszahlung. Diejenigen, die das ablehnen, berufen sich auf ein Bundesgesetz, nämlich das Asylbewerberleistungsgesetz, das einen Vorrang der Wertgutscheine vor einer generellen Bargeldauszahlung vorsieht. Damit sei eine komplette Barauszahlung rechtlich nicht möglich, so argumentieren die Landkreise Celle und Vechta.

Im Harburger Kreistag hat man sich in der Diskussion einerseits auf menschliche Erwägungen berufen, und andererseits auf ganz praktische: Durch die Umstellung zum 1. Juli spart der Kreis im laufenden Jahr ganze 32.000 Euro. GRÄ

**Load-Date:** June 28, 2013

## Gutscheine abgeschafft ASYLBEWERBER

---

End of Document



**Gemeinsam gegen alles Fremde; FLÜCHTLINGE In Neukölln organisiert die CDU die Wut auf ein geplantes Containerdorf für Asylbewerber. Gegen Beifall von der NPD haben die Christdemokraten offenbar nichts**

taz, die tageszeitung

Freitag 19. Oktober 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 21

**Length:** 639 words

**Byline:** MARINA MAI

**Highlight:** FLÜCHTLINGE In Neukölln organisiert die CDU die Wut auf ein geplantes Containerdorf für Asylbewerber. Gegen Beifall von der NPD haben die Christdemokraten offenbar nichts

## Body

---

VON MARINA MAI

Erstmals seit der Wende macht eine demokratische Partei in Berlin Stimmung gegen eine Asylbewerberunterkunft: die CDU im Neuköllner Ortsteil Rudow. Dabei scheint ihr jedes Mittel recht zu sein, selbst Unterstützung durch die NPD.

Bislang ist mehr als fraglich, ob es eine solche Unterkunft in Rudow überhaupt geben wird. Aber weil Plätze für Asylbewerber äußerst knapp sind, suchen Senat und Bezirke derzeit neue Standorte nicht nur leere Immobilien, sondern auch Grundstücke, wo Fertigbauten wie Wohncontainer aufgestellt werden können, sagt Regina Kneiding, Sprecherin von Sozialsenator Mario Czaja (CDU).

Stehen könnten die Container nach dem Willen von Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD) und Sozialstaatssekretär Michael Büge (CDU) auf einem Areal am Teltowkanal, wo 2014 eine Schule gebaut werden soll. Entschieden ist noch nichts, Bezirk und Senat prüfen, ob man die Container dort mit Wasser und Strom versorgen kann. Das besagt die Antwort des Bezirksamts auf eine Grünen-Anfrage.

Die Stimmung im Bezirk ist ambivalent: Neukölln muss sich der Verantwortung stellen, Asylbewerber unterzubringen, sagt Carola Scheibe-Köster, Grünen-Geschäftsführerin in Neukölln. Bisher seien lediglich 54 Asylsuchende im Bezirk untergebracht in einem Obdachlosenheim. Aber, so Scheibe-Köster weiter: Ich habe kein gutes Gefühl, Asylsuchende nach Rudow zu schicken, wo die NPD so stark ist. Das will der grüne Sozialstadtrat Bernd Szczepanski nicht gelten lassen, er sieht das Argument als das falsche Signal zum Umgang mit Fremdenfeindlichkeit. Das Rudower Grundstück weitab von Verkehrsinfrastruktur und zwischen den Resten eines ehemaligen Zwangsarbeitslagers halte er aber nicht für optimal. Flüchtlingsrat und Linke in Neukölln lehnen

Gemeinsam gegen alles Fremde FLÜCHTLINGE In Neukölln organisiert die CDU die Wut auf ein geplantes Containerdorf für Asylbewerber. Gegen Beifall von der NPD hab....

Containerunterkünfte prinzipiell ab. Damit würde man der Mehrheitsbevölkerung signalisieren, Asylbewerber gehörten an den Rand der Gesellschaft , sagt Martina Mauer vom Flüchtlingsrat.

Grüne niedergebrüllt

Die Rudower CDU lehnt den Standort aus anderen Gründen ab und lud in der vergangenen Woche zur Bürgerversammlung in Rudow. Gut 150 Leute kamen und ließen ihren Emotionen freien Lauf. Die Versammlung war, gelinde gesagt, gruselig , erinnert sich Carola Scheibe-Köster, die mit anderen Grünen als Beobachterin anwesend war. Viele Besucher sahen ihre Freiheit gefährdet, wenn Flüchtlinge in ihrer dörflichen Idylle angesiedelt würden. Sätze seien gefallen wie: Asylanten soll man aufs Tempelhofer Feld schicken , und: Wenn schon nach Rudow, dann in die Einflogschneise, damit sie schnell wieder abhauen. Als der Grüne André Schulze und Georg Classen vom Flüchtlingsrat um Verständnis für Flüchtlinge aus Bürgerkriegsstaaten warben, wurden sie nach eigenen Angaben niedergebrüllt.

Im Raum entdeckten die Grünen das NPD-Landesvorstandsmitglied Sebastian Thom und eine einstellige Zahl von Anhängern. Francisca Fackeldey von den Grünen sagt, sie habe den CDU-Abgeordneten Hans-Christian Hausmann gebeten, von seinem Hausrecht Gebrauch zu machen. Die Antwort war, er verstehe mein Problem nicht. Die NPD sei eine zugelassene Partei.

Hausmann stellt das anders dar: Mich hat eine Frau angesprochen, es könnte eventuell ein NPDler im Saal sitzen. Das war mir zu vage. Die Grünen könnten jedenfalls nicht eine ganze Bürgerversammlung diskreditieren, weil zwei Leute von der NPD drin saßen. Rassistische Stimmen habe er nicht gehört, so Hausmann. Der CDU gehe es darum, den Standort für den Schulneubau zu erhalten. Die Stimmung war pro Schule, nicht kontra Asylbewerber.

Die NPD hat auf ihrer Website einen Bericht der Bürgerversammlung veröffentlicht. Rudow , heißt es dort, muss mit seinem dörflichen Charakter deutsch bleiben.

Mich hat eine Frau angesprochen, es könnte eventuell ein NPDler im Saal sitzen. Das war mir zu vage

HANS-CHRISTIAN HAUSMANN (CDU)

**Load-Date:** October 18, 2012

## Die kalkulierte Eskalation auf der Insel Lampedusa; ABSCHOTTUNG Italien erklärte wegen der Flüchtlinge politischen Notstand, Griechenland baut Zaun

taz, die tageszeitung

Donnerstag 02. Februar 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AKTUELLES; S. 02

**Length:** 427 words

**Byline:** CHRISTIAN JAKOB

**Highlight:** ABSCHOTTUNG Italien erklärte wegen der Flüchtlinge politischen Notstand, Griechenland baut Zaun

### Body

---

BERLIN taz | Der Arabische Frühling brachte nicht nur nordafrikanische Diktatoren zu Fall, er durchlöcherte zeitweise auch die Sperrung der zentralen Mittelmeerroute von Tunesien und Libyen nach Italien und Malta.

Tausende nutzten die Gelegenheit und setzten nach Europa über. Besonders auf der Mittelmeerinsel Lampedusa, dem Nordafrika am nächsten liegenden Punkt Italiens, spielten sich dramatische Szenen ab. In der ersten Jahreshälfte erreichten zeitweise Boote mit mehreren hundert Menschen am Tag das Eiland. Sie mussten dort unter katastrophalen Bedingungen leben: Bis zu 800 Menschen wurden in ein Barackenlager auf Lampedusa gesteckt, das offiziell nur 381 Plätze hat. Statt die Flüchtlinge umgehend auf das Festland zu bringen, ließ die Regierung die Situation eskalieren wohl nicht ohne Hintergedanken: Italiens damaliger Innenminister Roberto Maroni sprach immer wieder von einem politischen Notstand und forderte Hilfe von der EU. Zuvor hatte Maroni der tunesischen Übergangsregierung vergeblich Militärhilfe angeboten, um die meist aus Tunesien stammenden Migranten zu stoppen.

Im September brach in Lampedusa schließlich eine Revolte aus: Die Internierten legten Feuer, sie brachen aus, das Lager wurde völlig zerstört.

Die italienische Regierung nahm dies zum Anlass, wegen der nun fehlenden Infrastruktur, Lampedusa zu einem unsicheren Hafen zu erklären. Hintergrund ist, dass Kapitäne jeden Schiffbrüchigen retten und in einen sicheren Hafen bringen müssen. Booten mit Schiffbrüchigen darf die Einfahrt nicht verweigert werden. Weil der nächste italienische Hafen, Porto Empedocle, deutlich weiter im Norden liegt, liegt die Verantwortung für die Aufnahme Schiffbrüchiger jedoch nun öfter auch bei Malta oder Tunesien. Das Auffanglager in Lampedusa ist bis heute geschlossen, Flüchtlingsboote müssen nach Sizilien weiterfahren sofern sie durchkommen.

Auch über die östliche Mittelmeer-Route wuchs 2011 die Zahl der papierlosen Ankömmlinge trotz eines neuen Abkommens zur Grenzsicherung zwischen Griechenland und der Türkei. Griechenland verfolgt seit Jahren die

Die kalkulierte Eskalation auf der Insel Lampedusa ABSCHOTTUNG Italien erklärte wegen der Flüchtlinge politischen Notstand, Griechenland baut Zaun

Strategie, Papierlose zur Abschreckung wochen- oder monatelang in Internierungslager wie das berüchtigte Fylakio in Thrakien zu stecken.

Nun soll ein Zaun die Landgrenze zur Türkei versiegeln: Am 19. Januar unterzeichnete Christos Papoutsis, Minister für Bürgerschutz, die Verträge zum Bau des Zauns. Der 5 Millionen Euro teure und 12,5 Kilometer lange Bau soll im Mai fertiggestellt sein. CHRISTIAN JAKOB

Die Regierung in Rom erklärte Lampedusa zum nichtsicheren Hafen

**Load-Date:** February 1, 2012

---

End of Document

## Wenn Onlinespiele und Facebook zur Sucht werden; INTERNET Männer und Migranten sind besonders gefährdet, bei den Jüngeren aber auch Mädchen

taz, die tageszeitung

Mittwoch 10. Oktober 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 05

**Length:** 363 words

**Byline:** JANNIS HAGMANN

**Highlight:** INTERNET Männer und Migranten sind besonders gefährdet, bei den Jüngeren aber auch Mädchen

### Body

---

BERLIN taz Zocken bis spät in die Nacht, nochmal auf Facebook posten, im Chatroom vorbeischaun. Dass die Internetnutzung krankhafte Züge annehmen kann, stellt kaum jemand in Frage. Neben Computerspielen stehen Chatrooms und soziale Netzwerke im Verdacht, in einigen Fällen zur Sucht zu führen.

Neue Auswertungen von 2011 erhobenen Daten haben nun gezeigt: Besonders gefährdet sind Männer, Arbeitslose sowie Menschen mit Migrationshintergrund. So erklärte es am Dienstag die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Mechthild Dyckmans (FDP). Demnach gelten 0,7 Prozent der 25- bis 64-Jährigen in Deutschland als internetabhängig, doch liegt der Anteil bei Männern mehr als doppelt so hoch wie bei Frauen. Zudem seien die Anteile bei Menschen mit Migrationshintergrund sowie bei Arbeitslosen mit 1,7 Prozent überdurchschnittlich hoch. Geringe Schulbildung führe dagegen nicht zu einem erhöhten Suchtrisiko.

Die Erkenntnisse basieren auf Daten der 2011 veröffentlichten Pinta-Studie. Für diese wurden 15.000 Personen telefonisch zu ihrem Nutzungsverhalten befragt. Die Teilnehmer sollten etwa angeben, wie oft sie wegen intensiver Internetnutzung zu wenig Schlaf bekommen oder Kontakte zu Freunden und Familie vernachlässigen. Der Auswertung von letztem Jahr zufolge liegen die Suchtraten bei jungen Menschen besonders hoch, hier sind Mädchen und junge Frauen stärker betroffen.

Es gibt dieses Phänomen aber auch bei älteren Menschen, betonte der Lübecker Psychologe Hans-Jürgen Rumpf, Pinta-Mitautor. So hätten die neuen Auswertungen gezeigt, dass in der Altersgruppe der 45- bis 65-Jährigen zwar weniger Menschen internetabhängig seien, der Anteil mit 0,5 Prozent aber noch immer hoch sei. Nutzer in den älteren Altersgruppen blieben vor allem an Onlinespielen hängen, während für die Jüngeren vermehrt soziale Netzwerke zum Problem würden, so Rumpf.

Skeptiker geben jedoch zu bedenken, dass nicht geklärt sei, ob exzessive Internetnutzung eine eigenständige Sucht ist. Sie könne Folge anderer Störungen wie etwa einer Depression sein. Internetabhängigkeit ist bislang nicht als Verhaltenssucht anerkannt. Dyckmans forderte, den Katalog der Krankheiten darum zu ergänzen. JANNIS HAGMANN

Wenn Onlinespiele und Facebook zur Sucht werden INTERNET Männer und Migranten sind besonders gefährdet, bei den Jüngeren aber auch Mädchen

**Load-Date:** October 9, 2012

---

End of Document

**"Ein unhaltbarer Zustand"; KRITIK MitarbeiterInnen der Flüchtlingsinitiative lehnen ab, von Innensenator und Sozialsenatorin als Ehrenamtliche gewürdigt zu werden. Gundula Oerter erklärt, warum**

taz, die tageszeitung

Samstag 19. Oktober 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BREMEN AKTUELL; S. 48

**Length:** 729 words

**Byline:** JEAN-PHILIPP BAECK

**Highlight:** KRITIK MitarbeiterInnen der Flüchtlingsinitiative lehnen ab, von Innensenator und Sozialsenatorin als Ehrenamtliche gewürdigt zu werden. Gundula Oerter erklärt, warum

## Body

---

INTERVIEW JEAN-PHILIPP BAECK

taz: Frau Oerter, warum ist die Flüchtlingsinitiative so undankbar?

Gundula Oerter: Warum sollten wir dankbar sein? Wir machen unsere Arbeit aus anti-rassistischer Überzeugung und nicht, um vom Senat geehrt zu werden.

Deshalb haben die MitarbeiterInnen der Flüchtlingsinitiative es abgelehnt, dass Innensenator und Sozialsenatorin sie für ihr ehrenamtliches Engagement würdigen?

Ja. Die SenatorInnen sollen unsere inhaltlich fundierte und seit Jahren formulierte Kritik ernst nehmen und umsetzen. Dass ausgerechnet diese beiden Stellen uns würdigen wollen, ist grotesk.

Wieso ist das grotesk?

Es sind ja genau die Behörden dieser beiden Ressorts, die unsere Arbeit erst nötig machen und den Menschen, die wir beraten, das Leben erheblich erschweren wie die Ausländerbehörde, das Standesamt, die Sozialzentren.

Welche Probleme tauchen auf?

Da gibt es viele! Zum Beispiel eklatante Falschentscheidungen oder die fehlende Information über bestehende Rechte, außerdem werden Ermessensspielräume systematisch nicht ausgenutzt. Bei Anträgen auf Aufenthalt wird die Lebensunterhaltssicherung gefordert, wo dieser keine Voraussetzung ist, die Echtheit von Dokumenten wird angezweifelt, wo es keinerlei konkrete Anhaltspunkte gibt, Leute werden zur Ausreise aufgefordert, obwohl sie

"Ein unhaltbarer Zustand" KRITIK MitarbeiterInnen der Flüchtlingsinitiative lehnen ab, von Innensenator und Sozialsenatorin als Ehrenamtliche gewürdigt zu werde....

durchaus einen Aufenthaltsgrund haben und so weiter. Von den Sachbearbeitern werden die Betroffenen auch häufig respektlos behandelt, wir hören immer wieder von rassistischen Äußerungen.

Hat nicht Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) mehrfach darauf hingewirkt, dass Ermessensspielräume zugunsten der Flüchtlinge ausgelegt werden?

Ja, es gibt einzelne Erlasse, aber die sind längst nicht ausreichend. Und die Erlasse, die es gibt, werden in den Bescheiden der Ausländerbehörde sehr häufig nicht berücksichtigt. Ein Großteil unserer Arbeit besteht deshalb darin, die Ausländerbehörde dazu zu bringen, sich an geltendes Recht zu halten. Das heißt natürlich, dass die Leute, die nicht in unsere Beratung kommen und auch kein Geld für eine Rechtsanwältin haben, die ihnen zustehenden Rechte nicht gewährt bekommen. Asylsuchende erhalten außerdem keine gesicherte Asylverfahrensberatung. Das ist ein unhaltbarer Zustand.

Ist Bremen dazu verpflichtet, die Beratung zu organisieren?

Wenn es in einer Stadt eine zentrale Erstaufnahmestelle gibt, ist es ein Muss, eine ausreichende Asylverfahrensberatung zu gewährleisten. Bremen finanziert dafür bisher nicht mal eine volle Stelle. Wir veranschlagen pro Person und Asylverfahren drei bis fünf Stunden. Das ist realistisch, um Leute angemessen auf ein so komplexes Verfahren vorzubereiten, bei dem es um asylrelevante Fluchtgründe geht und mitunter um die gesamte Lebensgeschichte und vor allem um deren Zukunft.

Das Bundesamt verweist auf Sie als ehrenamtliche Beratungsstelle.

Im Sinne der Betroffenen finden wir das total okay. Mit Blick auf den Staat ist es nicht in Ordnung. Bremen muss dafür sorgen, dass das Asylrecht von den Betroffenen auch in Anspruch genommen werden kann, und das bedeutet eine ausreichende Finanzierung einer Rechtsberatung. Es geht nicht, dass staatliche Aufgaben reihenweise auf Ehrenamtliche abgewälzt werden.

Können staatlich finanzierte Stellen überhaupt unabhängig beraten?

Das ist nicht leicht, aber das muss dabei rauskommen. Zumindest geht es nicht, dass diejenigen, die beraten, gleichzeitig entscheiden. Und es ist auch fragwürdig, dass die beraten, die eine Monopolstellung bei der Unterbringung haben.

Sie meinen die Arbeiterwohlfahrt, die die Flüchtlingsheime bewirtschaftet?

Ja. Für die Menschen muss unterscheidbar sein, wo sie ihren Asylantrag stellen, wo sie wohnen und wer sie berät. Bei einem Asylverfahren muss ich vortragen, wo ich verfolgt und in meiner Unversehrtheit verletzt wurde. Das sind sensible Punkte, dafür braucht es in der Beratung ein Vertrauensverhältnis.

Sollte also die Flüchtlingsinitiative staatlich finanziert werden?

Uns geht es um politische Veränderung und nicht um Geld. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der alle Menschen den gleichen Zugang zu Ressourcen haben. Dann sind Beratungsstellen wie die unsere auch gar nicht mehr nötig.

Hätte die Würdigung Ihrer ehrenamtlichen Arbeit nicht Ihre Position gestärkt?

Nein, das ist eine Show-Veranstaltung ohne jede politische Relevanz. Verhandlungspositionen werden aber immer nur durch gute Inhalte gestärkt und die vertreten wir.

**Load-Date:** October 18, 2013



**Ein Beirat, wenig Spielraum; INTEGRATION Der Hamburger Integrationsbeirat ist komplett. Doch die Oppositionsparteien kritisieren seine Zusammensetzung. Außerdem habe er keine Entscheidungsbefugnisse**

taz, die tageszeitung

Samstag 07. Januar 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 42

**Length:** 544 words

**Byline:** EMILIA SMECHOWSKI

**Highlight:** INTEGRATION Der Hamburger Integrationsbeirat ist komplett. Doch die Oppositionsparteien kritisieren seine Zusammensetzung. Außerdem habe er keine Entscheidungsbefugnisse

## Body

---

VON EMILIA SMECHOWSKI

Zehn Monate liegt der Regierungswechsel in Hamburg zurück, aber erst jetzt stehen die Mitglieder des dortigen Integrationsbeirats fest. Er soll dem Senat in integrations- und migrationspolitischen Fragen beratend zur Seite stehen. Vertreter der GAL und der Linkspartei kritisieren jedoch die Zusammensetzung und mangelnde Handhabe des Beirats, der erstmals 2002 in Hamburg eingesetzt wurde, nachdem die Schill-Regierung die damalige Ausländerbeauftragte abgeschafft hatte. Seitdem setzt sich der Beirat in jeder Legislaturperiode neu zusammen in der Regel wird er zur Hälfte von Migrantenvertretern gewählt, zur anderen Hälfte von der Sozialbehörde berufen.

Der jetzige Beirat jedoch hat auf einer Seite einen Überschuss: Sozialsenator Detlef Scheele hat sechs Mitglieder mehr berufen als von den Migrantenvertretern und deren Organisationen gewählt wurden. Außerdem hatten wir im Sozialausschuss beschlossen, dass keine Fraktionsmitglieder im Beirat sitzen dürften, sagt Cansu Özdemir, migrationspolitische Sprecherin der Linkspartei. Laut Özdemir besteht die Gefahr, dass parteipolitische Interessen über die der Migranten gestellt würden. Nun sitzen dennoch zwei Abgeordnete (SPD und CDU) im Beirat.

Die Sprecherin der Sozialbehörde, Nicole Serocka, verweist lediglich auf die Geschäftsordnung, in der es heißt, Mitglieder des Beirats gäben ihre Stellungnahmen nach bestem Wissen und Gewissen ab. Sie verfügten auch über keinerlei Etat. Dem widerspricht Özdemir. In den Haushaltsbüchern sei zu lesen, der Integrationsbeirat habe 8.000 Euro jährlich zur Verfügung. Davon könne er kein Sitzungsgeld für die einzelnen Mitglieder zahlen, aber das Geld für Öffentlichkeitsarbeit verwenden. Immerhin habe der Beirat mehr Handhabe als vorher, so Serocka. Er könne jetzt durch einfache Mehrheiten Beschlüsse fassen, um beispielsweise Empfehlungen an den Senat zu geben. Bisher war er zur Einstimmigkeit gezwungen, mit der neuen Regelung könne er sich beispielsweise über den Beiratsvorsitzenden, also Senator Scheele, hinwegsetzen.

Ein Beirat, wenig Spielraum INTEGRATION Der Hamburger Integrationsbeirat ist komplett. Doch die Oppositionsparteien kritisieren seine Zusammensetzung. Außerdem ....

Auf einen Beirat in dieser Form können wir verzichten , sagt Filiz Demirel von der GAL-Fraktion. Ein Beirat ohne Entscheidungsbefugnis sei lediglich eine Beruhigungsspielle für Menschen mit Migrationshintergrund . Das Thema Integration in Hamburg gerate so auf ein Nebengleis. Die erste konstituierende Sitzung des Hamburger Integrationsbeirats ist für den 18. Januar geplant.

Auch in Bremen und Niedersachsen wurden mittlerweile die ehemaligen Ausländer- beziehungsweise Integrationsbeauftragten durch Beiräte ersetzt. Die einen begrüßen dies als Entwicklung hin zu einer demokratischeren Entscheidungsfindung. Andere wiederum halten dagegen, dass ein einzelner Beauftragter mehr Stimmgewicht gehabt und aufgrund seiner Person mehr Präsenz gezeigt habe.

Zuletzt verließ im August 2011 Honey Deihimi (CDU) ihren Posten als niedersächsische Integrationsbeauftragte, weil sie ins Bundeskanzleramt wechselte. Daraufhin strich Sozialministerin Aysel Özkun (CDU) die Stelle und schuf einen Beirat. Mit der Integrationsbeauftragten hätten Rat oder Vermittlung suchende Menschen eine feste Anlaufstelle gehabt, kritisierte damals die Opposition.

Auf einen Beirat in dieser Form können wir verzichten

Filiz Demirel, GAL-Fraktion

**Load-Date:** January 6, 2012

## Wichtig ist das Engagement

taz, die tageszeitung

Montag 07. Mai 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 21

**Length:** 280 words

**Byline:** Sebastian Erb

### Body

---

Mehr religiös-konservative Muslime, keine Vertreter der kurdischen Minderheit mehr, keine Aleviten. Es gibt nun weniger Vielfalt im Integrationsbeirat – dessen Migranten-VertreterInnen nun zum ersten Mal auf Grundlage eines Gesetzes gewählt wurden. Das ist bedauerlich. Denn die Vielfalt der Erfahrungen und Einschätzungen sind das einzige Pfund, mit dem der Beirat wuchern kann. Schließlich soll und kann das Gremium in erster Linie nur Empfehlungen erarbeiten. Der Blickwinkel von Menschen, denen Religion weniger wichtig ist, wurde jetzt leider geschwächt.

Ein gemeinsames Ziel

Die Arbeit des Beirats lebt aber besonders von denen, die sich einbringen. Es hängt von diesen einzelnen engagierten Mitbürgerinnen und Mitbürgern ab, was sie daraus machen – und ob sie überhaupt Gehör finden. Wichtig sind besonnene Stimmen, die erklären und einordnen, statt zu skandalisieren. Das hat unlängst wieder die aufgeregte Debatte über Salafisten, die Korane auf der Straße verteilen, gezeigt. Es braucht Stimmen, die aber auch laut und deutlich die Politik kritisieren, wenn dies angebracht ist.

Es ist zu hoffen, dass sich die Vertreter der Migrantenorganisationen, die sich in den kommenden vier Jahren für die Belange der Berliner Migranten einsetzen sollen, nicht von Partikularinteressen leiten lassen. Sondern dass alle gemeinsam an einem Ziel arbeiten: Menschen, egal welcher Herkunft und Abstammung, sollen in Berlin gemeinsam ein gutes Leben führen können. Die Mitglieder des Integrationsbeirates haben jetzt die Chance zu zeigen, dass ihnen dieses Ziel am Herzen liegt. Ganz egal, auf wessen Ticket sie ins Gremium gelangt sind.

Kommentar

Von Sebastian Erb

Neue Mehrheiten bei Migranten

**Load-Date:** May 6, 2012

Wichtig ist das Engagement

---

End of Document

**Roma sollen abgeschreckt werden; ASYL Flüchtlingsorganisationen kritisieren den Vorstoß von Innenminister Hans-Peter Friedrich, für Balkanstaaten die Visumspflicht wieder einzuführen. Die EU wird Ende Oktober darüber beraten**

taz, die tageszeitung

Dienstag 16. Oktober 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 06

**Length:** 374 words

**Byline:** DANIEL BAX

**Highlight:** **ASYL Flüchtlingsorganisationen** kritisieren den Vorstoß von Innenminister Hans-Peter Friedrich, für Balkanstaaten die Visumspflicht wieder einzuführen. Die EU wird Ende Oktober darüber beraten

## Body

---

BERLIN taz | Die Forderung von Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU), für Bürger aus Mazedonien und Serbien die Visumspflicht wieder einzuführen, ist bei **Flüchtlingsverbänden** auf einhellige Kritik gestoßen.

Roma aus dem Balkan unterlägen ohnehin schon einem Generalverdacht, lediglich Wirtschaftsasylanten zu sein, hieß es am Montag in einer gemeinsamen Stellungnahme von 26 Organisationen, darunter Pro Asyl und acht Landesflüchtlingsräten. Dies mache eine objektive Überprüfung ihres Antrags auf Asyl von vornherein unmöglich. Auch Friedrichs Vorstoß zielen in erster Linie auf Roma, die seit Aufhebung der Visumspflicht für Kurzaufenthalte im Schengenraum 2009 vermehrt Asyl in Deutschland beantragt haben.

Bereits heute würden Asylanträge von Roma aus Serbien und Mazedonien vielfach vorgezogen, um sie durch eine rasche Ablehnung davon abzuhalten, überhaupt nach Deutschland einzureisen, hieß es in der Stellungnahme weiter. Sie seien in Mazedonien und Serbien aber umfassender Diskriminierung ausgesetzt, hätten wenig Aussicht auf Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe. Die Flüchtlingsorganisationen beklagen eine selektive Aushebung des Rechts auf Asyl. Schnellverfahren böten keine Gewähr für die rigorose Überprüfung des Einzelfalls, wie sie die Genfer Flüchtlingskonvention vorschreibe.

Seit Jahresbeginn haben rund 7.000 Menschen aus Serbien und Mazedonien Asyl in Deutschland beantragt. Der Vorsitzende des Bundestagsinnenausschusses, Wolfgang Bosbach (CDU), unterstützt deshalb den Vorschlag von Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU), die Geldleistungen an Asylbewerber aus sicheren Drittstaaten zu reduzieren, und tritt für eine neue Visa-Praxis der EU ein. Auch an dem Arbeitsverbot für Asylbewerber, das von FDP und Grünen kritisiert wird, will die Union festhalten. Wir sollten alles unterlassen, was Anreize bieten kann, aus wirtschaftlichen Gründen unter Berufung auf das Asylrecht einzureisen, so Bosbach.

Roma sollen abgeschreckt werden ASYL Flüchtlingsorganisationen kritisieren den Vorstoß von Innenminister Hans-Peter Friedrich, für Balkanstaaten die Visumspflic....

Ende Oktober wollen die EU-Innenminister über eine zeitweise Wiedereinführung der Visumspflicht beraten, sagte ein Sprecher der EU-Kommission am Montag. Neben Deutschland hätten sich auch fünf andere Mitgliedstaaten in Brüssel über den angeblichen Ansturm aus den Balkanstaaten beschwert.

DANIEL BAX

**Load-Date:** October 15, 2012

---

End of Document

**Flüchtlinge finden keine Bleibe; ASYL I Nach Berlin kommen derzeit so viele Flüchtlinge wie seit zehn Jahren nicht. Viele Heime sind völlig überfüllt. Nun richtet das Land Notunterkünfte ein - die erste wird wohl in Lichtenberg eröffnet**

taz, die tageszeitung

Dienstag 02. Oktober 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 21

**Length:** 604 words

**Byline:** MARINA MAI

**Highlight:** ASYL I Nach Berlin kommen derzeit so viele Flüchtlinge wie seit zehn Jahren nicht. Viele Heime sind völlig überfüllt. Nun richtet das Land Notunterkünfte ein die erste wird wohl in Lichtenberg eröffnet

## Body

---

VON MARINA MAI

Berlin richtet derzeit Notunterkünfte für Asylbewerber her, weil die Plätze in Wohnungen und Asylbewerberheimen nicht mehr ausreichen. Laut Auskunft von Lichtenbergs Gesundheitsstadträtin Christina Emmrich (Linke) ist das Land bereits dabei, in der Nähe des S-Bahnhofes Storkower Straße eine solche Notunterkunft für 150 Personen in Betrieb zu nehmen.

Seitens des Landes seien zudem weitere Notunterkünfte für Hunderte Menschen in Lichtenberg geplant. Außerdem habe man an Bischöfe, Kirchengemeinden und Wohlfahrtsverbände appelliert, weitere Notunterkünfte bereitzustellen und sogar Decken für die neu ankommenden Asylbewerber zu spenden. In die Notunterkünfte sollen Menschen kommen, die eigentlich in der Zentralen Erstaufnahmestelle untergebracht werden müssten, dort aber wegen Überfüllung abgewiesen werden.

Offiziell kamen im Vorjahr 2.300 Asylbewerber neu nach Berlin. In den ersten acht Monaten dieses Jahres waren es bereits 3.700. Das sind so viele wie seit einem Jahrzehnt nicht mehr. Die Hauptherkunftsländer sind Russland von dort kommen vor allem Tschetschenen, Vietnam, Afghanistan, die Türkei, Iran, Irak, Syrien und die Nachfolgestaaten des früheren Jugoslawien. Wegen der Situation in Nahost, aber auch in den bisher wichtigsten Zielländern wie etwa Griechenland ist weiterhin mit vielen Neuankömmlingen in Berlin zu rechnen.

Die Situation ist zusätzlich erschwert, weil Flüchtlinge kaum noch Wohnungen finden. Die ehemalige rot-rote Landesregierung hatte 2011 zwar mit den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften ein Kontingent für Flüchtlinge in Wohnungen vereinbart. Die Vereinbarung gilt auch unter Rot-Schwarz, einige Wohnungsbaugesellschaften jedoch halten sich nicht daran. Dadurch können Flüchtlinge nicht aus Heimen

Flüchtlinge finden keine Bleibe ASYL I Nach Berlin kommen derzeit so viele Flüchtlinge wie seit zehn Jahren nicht. Viele Heime sind völlig überfüllt. Nun richte....

ausziehen, die vorhandenen sind völlig überfüllt. In der Spandauer Motardstraße beispielsweise sind derzeit mehr als 500 Menschen untergebracht dabei sollte das auf 400 Bewohner ausgelegte und völlig heruntergekommene Heim eigentlich in diesem Jahr geschlossen werden.

In Lichtenberg gibt es wegen der Überfüllung der Heime laut Christina Emmrich bereits Spannungen , etwa in einem Wohnheim mit 400 Plätzen in der Werneuchener Straße in Alt-Hohenschönhausen. Hier müsse regelmäßig die Polizei anrücken, weil es gewaltsame Konflikte unter den Bewohnern gibt. Das wiederum führe zu Beschwerden der Nachbarn wegen Lärm. Rassistische Stimmungen könne sie für die Zukunft nicht ausschließen, so Emmrich.

Emmrich sieht zu einem guten Teil den Heimbetreiber in der Verantwortung, der hier besser mit Sozialarbeitern arbeiten müsste. Vor allem aber fordere ich vom Land Berlin endlich ein Gesamtkonzept für den Umgang mit Flüchtlingen.

Aus der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales heißt es nur, die Suche nach geeigneten Gebäuden oder Grundstücken habe höchste Priorität . Zudem sei ein gemeinsames Vorgehen der Bezirke nötig.

Lichtenberg allerdings stellt mit mehr als 1.000 Plätzen in Asylbewerberheimen schon jetzt fast ein Drittel aller Plätze in Berlin bereit. Aber es gibt Bezirke, die stellen gar keine Plätze , sagt Emmrich. Hier müsse die Landesregierung endlich ein Machtwort sprechen.

Gemeinsam mit ihrem SPD-Bürgermeister Andreas Geisel fordert Emmrich zudem kleinere Unterkünfte und Sozialarbeiter in den Wohnheimen. Auch für Schulplätze und Schulärzte müsse gesorgt werden. Denn oft können Flüchtlingskinder nicht zur Schule gehen, weil sie auf die Erstuntersuchung warten müssen. Ohne Hilfe vom Land sei die gesetzliche Schulpflicht nicht mehr zu gewährleisten.

Kirchengemeinden werden aufgefordert, Decken für die Flüchtlinge bereitzustellen

**Load-Date:** October 1, 2012



## Angriff auf die Demokratie; DANIEL BAX ÜBER DIE FAST ALLTÄGLICHEN ÜBERGRIFFE AUF BÜROS DER LINKSPARTEI

taz, die tageszeitung

Freitag 21. September 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

**Length:** 352 words

**Byline:** DANIEL BAX

### **Body**

---

#### DANIEL BAX ÜBER DIE FAST ALLTÄGLICHEN ÜBERGRIFFE AUF BÜROS DER LINKSPARTEI

Es gibt Schlimmeres als eingeworfene Scheiben. Und viele Asylbewerber, Migranten oder linke Jugendliche machen gravierendere Erfahrungen mit rechtsextremer Gewalt als Politiker und Parteien, die im Licht der Öffentlichkeit stehen.

Trotzdem gibt es keinen Grund, die vielen rechtsradikalen Übergriffe auf Abgeordneten- und Parteibüros zu bagatellisieren, auch wenn dabei oft nur Scheiben zu Bruch gehen. Denn die alltägliche Gewalt hat an vielen Orten dieser Republik ein erschreckendes Ausmaß angenommen und sie trifft vor allem einfache Mitarbeiter, engagierte Jugendliche und Parteimitglieder an der Basis. Es ist auch kein Zufall, dass solche Übergriffe überall dort verstärkt zu verzeichnen sind, wo Neonazis ihre Treffpunkte haben. Das ist in der Tat ein gutes Argument für ein NPD-Verbot.

Doch damit ist das Problem längst nicht gelöst. Von den demokratischen Parteien muss man erwarten, dass sie hier ein klares Zeichen setzen. Dass Berlins CDU-Innensenator Frank Henkel den Landesvorstand der SPD in Berlin besuchte, nachdem deren Parteibüros und Jung-Aktivisten mehrfach zur Zielscheibe rechter Gewalt wurden, ist vorbildlich. Noch besser wäre es allerdings, wenn sich solche Solidarität unter Demokraten auch auf die Kollegen von der Linkspartei erstrecken würde. Denn deren Büros sind in besonderem Maße von rechten Attacken und Übergriffen betroffen, während andere Parteien darunter deutlich weniger zu leiden haben.

Statt also Politiker der Linkspartei vom Verfassungsschutz überwachen zu lassen, wie es derzeit der Fall ist, sollten die Sicherheitsbehörden weitaus mehr tun, um deren Sicherheit und die ihrer Mitarbeiter zu gewährleisten. Auch die anderen Parteien müssten deutlicher machen, dass die größte Gefahr bei allen politischen Gegensätzen weniger von der Linkspartei als von deren rechtsextremen Gegnern ausgeht. Denn jeder Angriff auf ihre politischen Konkurrenz ist auch ein Angriff auf die Demokratie.

Angriff auf die Demokratie DANIEL BAX ÜBER DIE FAST ALLTÄGLICHEN ÜBERGRIFFE AUF BÜROS DER  
LINKSPARTEI

Es ist kein Zufall, dass solche Attacken dort verstärkt stattfinden, wo sich Neonazis treffen

**Load-Date:** September 20, 2012

---

End of Document

**Integration als Tretmühle; SELBSTSTÄNDIGKEIT Menschen mit Migrationshintergrund lernen Fahrradfahren von Polizisten. Dabei sollen auch Berührungsängste gegenüber Behörden abgebaut werden**

taz, die tageszeitung

Dienstag 21. August 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN; S. 24

**Length:** 688 words

**Byline:** KATHRIN BREER

**Highlight:** SELBSTSTÄNDIGKEIT Menschen mit Migrationshintergrund lernen Fahrradfahren von Polizisten. Dabei sollen auch Berührungsängste gegenüber Behörden abgebaut werden

## Body

---

VON KATHRIN BREER

Über das Gelände der Jugendverkehrsschule Friedrichshain saust eine Handvoll Viertklässler auf knallroten Kinderfahrrädern. Dazwischen, deutlich wackliger, drehen sieben Frauen mit Sturzhelmen langsam ihre Runden. Die Kinder legen die praktische Prüfung für den Fahrradführerschein ab, der an Berlins Grundschulen zur Verkehrserziehung gehört. Die Erwachsenen machen einen Radfahrkurs für Frauen mit Migrationshintergrund. Am Ende werden sie zwar keinen Führerschein erhalten – aber mehr Bewegungsfreiheit.

Aus der Türkei, Sri Lanka, Pakistan und lateinamerikanischen Ländern kommen die Frauen. In ihren Heimatländern haben sie das Radfahren nicht gelernt. In manchen Kulturen fahren eben nur Kinder oder Männer Rad, sagt Natascha Garay. Sie leitet das Bayouma-Haus, eine Anlaufstelle für MigrantInnen in Friedrichshain. In Zusammenarbeit mit der Polizei organisiert Garay die kostenlosen Fahrradlehrgänge.

Das Ziel der Frauen: ihren Bewegungsradius vergrößern und mehr von Berlin sehen als immer nur den eigenen Kiez. Fahrradfahren ist für mich eine Form von Integration, sagt die Kolumbianerin Connie Gutiérrez. Die 38-Jährige studiert an der Kunsthochschule Weißensee. Die Deutschen, sagt sie, seien im Verkehr so schnell und ungeduldig, dass sie sich bisher noch nicht hinaus auf die Straße traue. In der Verkehrsschule kann sie unter Aufsicht so lange üben, bis sie sich sicher genug fühlt.

Das Gelände besteht aus Straßenzügen im Miniaturformat, mit Stoppschildern, Einbahnstraße, Zebrastreifen und Ampeln. Die Kursteilnehmer sollen hier auf alles vorbereitet werden, was sie im Straßenverkehr erwartet. Polizeihauptkommissar Wolfgang Gierlich, der den Kurs leitet, beobachtet Lucia Orrego, die gerade etwas unsicher in eine Linkskurve einbiegt. Die 55-jährige Peruanerin trägt eine dunkelblaue Jogginghose und Turnschuhe. Radfahren ist schließlich Sport. Als er sieht, wie die kleine dunkelhaarige Frau in der Kurve vom Rad steigt und mit

## Integration als Tretmühle SELBSTSTÄNDIGKEIT Menschen mit Migrationshintergrund lernen Fahrradfahren von Polizisten. Dabei sollen auch Berührungsängste gegenüber....

dem Fuß den Fahrradständer herunterklappt, runzelt er ein wenig die Stirn. Ich trinke nur kurz einen Schluck Wasser , ruft Orrego. Aber doch nicht das Rad mitten auf der Straße abstellen! , erwidert Gierlich.

Dem Polizisten macht die Arbeit mit den Frauen Spaß. Einige waren am Anfang im Umgang mit mir zurückhaltend, weil sie aufgrund ihrer Kultur gegenüber Männern eher verschlossen sind. Aber nach einigen Wochen baut sich das ab , sagt er.

Auf genau diesen Effekt hofft die Polizei: Sie will mit dem Projekt auch Berührungsängste gegenüber den Beamten abbauen und Vertrauen in Behörden schaffen, sagt Organisatorin Garay. Durch das Fahrradprojekt bekommen die Frauen einen anderen Bezug zur Polizei. Es ist überraschend für sie, dass ein Mann in Uniform auf Augenhöhe mit ihnen zusammenarbeitet. Den Teilnehmerinnen wiederum geht es vor allem darum, nicht mehr so weit laufen oder für kleine Erledigungen einen Fahrschein lösen zu müssen.

Auch die Volkshochschule (VHS) Friedrichshain-Kreuzberg bietet regelmäßig Fahrradkurse für Frauen mit Migrationshintergrund an. Teilnehmen darf aber nur, wer gleichzeitig einen Deutschkurs belegt. Wir wollen mit den Fahrradkursen einen Anreiz schaffen und gleichzeitig ein bisschen Druck machen, damit die Frauen auch wirklich zu ihren Deutschstunden gehen , erklärt Gitta-Bianca Ploog, Programmbereichsleiterin an der VHS. Die Kurse sind ein exklusives Angebot für weibliche Interessenten wenn auch Männer dabei wären, trauten sich die Frauen nicht auf die Räder, vermutet Ploog.

An den Kursen des Bayouma-Hauses darf jeder teilnehmen, Männer, Frauen, Migranten und Deutsche. Schließlich gebe es in vielen Bevölkerungsschichten Menschen, die nicht Rad fahren können. Wenn wir es schaffen, dass es durch diesen Kurs einen Verkehrsunfall weniger gibt, hat es sich schon gelohnt , sagt Wolfgang Gierlich.

Um halb drei ist der Kurs für diesen Tag vorbei. Connie Gutiérrez macht sich auf den Weg nach Hause. Zu Fuß. Aber beim nächsten Mal komme ich mit dem Rad , sagt die Kolumbianerin. Wenn ich mich traue.

Infos unter [www.bayouma-haus.de](http://www.bayouma-haus.de)

Den Teilnehmerinnen geht es vor allem darum, nicht mehr so weit laufen zu müssen

**Load-Date:** August 20, 2012

**Extrem wenig Geld - nie erhöht; JUSTIZ Das Bundesverfassungsgericht verhandelte über das Asylbewerberleistungsgesetz und wird es wohl beanstanden**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 21. Juni 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 05

**Length:** 656 words

**Byline:** CHRISTIAN RATH

**Highlight:** JUSTIZ Das Bundesverfassungsgericht verhandelte über das Asylbewerberleistungsgesetz und wird es wohl beanstanden

## Body

---

AUS KARLSRUHE CHRISTIAN RATH

Es besteht kaum ein Zweifel, dass das Bundesverfassungsgericht eine Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) verlangen wird. Das wurde am Mittwoch bei der mündlichen Verhandlung in Karlsruhe deutlich. Offen blieb vor allem, ob Karlsruhe nur eine Neuberechnung fordert oder gleich höhere Leistungen anordnet.

Das AsylbLG wurde 1993 beschlossen, als die Flüchtlingszahlen in Deutschland am höchsten waren. Gegenüber Sozialhilfeempfängern wurden die Sätze damals um 25 Prozent abgesenkt. Asylbewerber blieben meist eh nicht lange in Deutschland, hieß es zur Begründung, und müssten sich daher zunächst nicht sozial-kulturell integrieren. Vor allem aber wollte man angebliche Lockwirkungen verhindern.

Seither wurden die Sätze des AsylbLG nicht erhöht, im Gesetz stehen immer noch DM-Werte. Zwei Anläufe, wenigstens die Inflationsverluste auszugleichen, scheiterten am Bundesrat, weil die Kommunen die Kosten nicht tragen wollen. Ein Erwachsener erhielt nach dem AsylbLG 2010 rund 225 Euro pro Monat.

Stattdessen wurde der Anwendungsbereich des Gesetzes immer mehr vergrößert. Während die reduzierten Leistungen zunächst nur ein Jahr lang gezahlt wurden, sind es heute schon vier Jahre. Galt das Gesetz zunächst nur für Asylbewerber, so wurde es inzwischen auf zahlreiche andere Gruppen ausgeweitet, vor allem auf Geduldete, deren Asylantrag bereits abgelehnt wurde.

Das Landessozialgericht NRW hält das Gesetz für verfassungswidrig und bat das Bundesverfassungsgericht deshalb in zwei Fällen um eine Entscheidung.

Extrem wenig Geld - nie erhöht JUSTIZ Das Bundesverfassungsgericht verhandelte über das  
Asylbewerberleistungsgesetz und wird es wohl beanstanden

Karlsruhe hat allerdings keine Einwände dagegen, dass Sozialleistungen für Flüchtlinge in einem Sondergesetz geregelt werden. Eine entsprechende Klage war schon vor Jahren abgelehnt worden. Die Bundesregierung will am AsylbLG auch festhalten, erklärte Sozialstaatssekretärin Annette Niederfranke (CDU) für die Bundesregierung.

Dass aber zumindest Änderungsbedarf besteht, ist der Bundesregierung seit Februar 2010 klar. Damals forderte das Verfassungsgericht eine Neuberechnung der Hartz-IV-Sätze, der Bedarf dürfe nicht nur geschätzt werden. Dass die pauschal abgesenkten Sätze für Flüchtlinge erst recht nicht den Transparenz-Anforderungen genügen, war offensichtlich.

Zur Enttäuschung der Verfassungsrichter schafften es Bund und Länder seither aber nicht, sich auf neue Sätze zu einigen. Das Problem sei sehr komplex, sagte Niederfranke, denn es gebe keine Daten über das Ausgabeverhalten von Flüchtlingen. Die Sachverständige Marei Pelzer von Pro Asyl konnte die Komplexität aber nicht erkennen: Flüchtlinge haben kein anderes Existenzminimum als Hartz-IV-Bezieher. Die rheinland-pfälzische Integrations-Staatssekretärin Margit Gottstein (Grüne) schlug vor, die abgesenkten Sätze wieder auf ein Jahr Bezugsdauer zu beschränken.

Wie hoch die Sätze des AsylbLG künftig liegen, werde Karlsruhe selbstverständlich nicht selbst berechnen, sagte die federführende Verfassungsrichterin Susanne Baer zu Beginn der Verhandlung. Maßstab müsse die Menschenwürde und das Sozialstaatsprinzip sein. Bei der Konkretisierung habe der Gesetzgeber einen Gestaltungsspielraum.

Rechtsanwältin Eva Steffen, die die Verfahren ausgelöst hat, forderte das Verfassungsgericht auf, sofort einzuschreiten und nicht nur eine Frist zur Änderung zu setzen. Die AsylbLG-Sätze seien derzeit evident unzureichend. Mehrere Verfassungsrichter äußerten Sympathie für diesen Ansatz, vor allem weil die abgesenkten Sätze bereits 19 Jahre lang nicht an die Preisentwicklung angepasst wurden. Kay Hailbronner wies dies für die Bundesregierung zurück. Die Sätze seien zwar extrem niedrig, könnten aber bis zu einer Neuregelung bestehen bleiben. Staatssekretärin Niederfranke verwies auf das Bildungspaket, das nicht nur Hartz-IV-Kinder, sondern auch Flüchtlingskinder erhalten.

Das Urteil wird in einigen Monaten verkündet.

Kommentar SEITE 1

Seit 1993 wurden die Sätze des AsylbLG nicht erhöht, im Gesetz stehen DM-Werte

**Load-Date:** June 20, 2012

## Zu Fuß durch Bayern; AKTION In Franken planen Asylsuchende einen Protestmarsch nach München

taz, die tageszeitung

Donnerstag 08. August 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** THEMEN DES TAGES; S. 05

**Length:** 420 words

**Byline:** MARLENE HALSER

**Highlight:** AKTION In Franken planen Asylsuchende einen Protestmarsch nach München

### Body

---

MÜNCHEN taz | Zehn Monate lang lebt Lukas Yohannes bereits im niederbayerischen Passau. Der 22-Jährige kam mit dem Flugzeug direkt aus Äthiopien. Sein Onkel hat ihm die Reise bezahlt. 200.000 äthiopische Birr, das sind umgerechnet knapp 8.000 Euro. Wenn Lukas Yohannes über das berichtet, was ihm als Sympathisant der Oppositionspartei widerfahren ist, kommen ihm schnell die Tränen.

In Deutschland hat er Asyl als politischer Flüchtling beantragt. Das war im November 2012. Auf eine Antwort von den Behörden wartet er seither vergeblich. Es gab noch nicht mal ein Gespräch, keinen Termin, nichts, sagt Yohannes. Ich habe nicht die leiseste Ahnung, wie es in Zukunft mit mir weitergehen soll. Fest steht aber: Herumsitzen und warten möchte er nicht. Stattdessen will er kämpfen, so wie viele Asylsuchende in Bayern. Wir sind nicht illegal, sagt Yohannes. Wir wünschen uns das Recht, uns frei bewegen zu dürfen, das Recht, die Sprache zu erlernen und arbeiten zu können. Das sind unsere Forderungen.

Es gehe ihm um Gleichberechtigung, wie er sagt, und um die Anerkennung der Flüchtlinge als menschliche Wesen, die man nicht einfach so versauern lassen dürfe. Deshalb war Yohannes bereits beim Streik der Asylsuchenden am Münchner Rindermarkt dabei. Mehr als 50 Flüchtlinge hatten Ende Juni auf dem kleinen Platz in der Innenstadt ein notdürftiges Zeltlager errichtet und waren zuerst in den Hunger- und später in den Durststreik getreten – so lange, bis die Polizei den Protest auflöste und die Streikenden ins Krankenhaus brachte.

Immer wieder hieß es danach, die Flüchtlinge seien instrumentalisiert worden. Das ist absolut falsch, sagt Yohannes. Wir haben uns zusammengesetzt und uns beraten. Jeder von uns hat das Risiko zu sterben ganz bewusst in Kauf genommen.

Nun haben die bayerischen Flüchtlinge einen neuen Plan: Am 15. August wollen sie von Würzburg und Bayreuth aus nach München marschieren. Das sind jeweils knapp 300 Kilometer. Auf dem Weg sollen möglichst viele Flüchtlinge dazustoßen. Schwer zu sagen, wie viele teilnehmen werden, sagt Yohannes. Ich rechne mit mindestens 200, vielleicht auch mehr. Auch diesmal ist der Protest von Asylbewerbern organisiert. Er selbst koordiniert die TeilnehmerInnen aus Passau. Eine Sondergenehmigung für 10 Euro hat er bereits beantragt, um

Zu Fuß durch Bayern AKTION In Franken planen Asylsuchende einen Protestmarsch nach München

nach Würzburg zu fahren. Etwa 30 weitere Flüchtlinge aus Passau wollen es ihm gleichtun. Anfang September wollen die Flüchtlinge in München ankommen kurz vor der bayerischen Landtagswahl am 15. September.  
MARLENE HALSER

**Load-Date:** August 7, 2013

---

End of Document



## **Noch ärmer als Hartz IV; MIGRATION Die Zahlen über die Einwanderung armer Bulgaren und Rumänen täuschen**

taz, die tageszeitung

Montag 04. März 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** THEMEN DES TAGES; S. 03

**Length:** 798 words

**Byline:** BARBARA DRIBBUSCH

**Highlight:** **MIGRATION** Die Zahlen über die Einwanderung armer Bulgaren und Rumänen täuschen

### **Body**

---

VON BARBARA DRIBBUSCH

BERLIN taz | Roma-Familien wie diese dienen als Aufreger: zu siebt in eine kleine Wohnung in Berlin-Neukölln gepfercht, tauchen sie in Fernsehberichten auf und schwärmen vom Kindergeld, das sie nun in Deutschland bekommen. Der Deutsche Städtetag fordert jetzt in einem Positionspapier eine zügige Problemlösung angesichts der sogenannten Armutszuwanderung aus Südosteuropa. In einem Positionspapier nennt der Kommunalverband eine Zahl von 147.000 Personen, die aus Rumänien und Bulgarien im Jahre 2011 nach Deutschland eingewandert sind, Tendenz steigend.

Doch die Zahlen täuschen. Ein großer Teil der Herkommenden verlässt Deutschland alsbald wieder, weil viele der **Migranten** als Saisonarbeitskräfte in der Landwirtschaft und im Gastgewerbe ackern. Rechnet man die Fortziehenden ab, bleibt im Jahre 2011 nur ein Saldo von 58.000 Zuwanderern aus Rumänien und Bulgarien übrig, Kinder sind miteingerechnet.

Viele sind reguläre Arbeitskräfte oder Studierende, Rumänen und Bulgaren dürfen bereits in Deutschland als Saisonarbeitskräfte und in Mangelberufen wie der Pflege arbeiten und dann, wenn sie Hochschulabsolventen sind. Nach einer Statistik des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) gab es in Deutschland im vergangenen Jahr 120.000 sozialversicherungspflichtig, kurzfristig oder geringfügig Beschäftigte aus Rumänien und Bulgarien. Dem standen 28.000 Empfänger von Hartz-IV-Leistungen gegenüber, wobei dort auch Aufstocker mit zu geringem Arbeitslohn eingerechnet sind. Damit ist die Arbeitslosigkeit der Bulgaren und Rumänen deutlich geringer als im Durchschnitt der Ausländer in Deutschland, sagt Herbert Brücker, Migrationsexperte beim IAB.

Dennoch wächst die Angst vor der Armutsmigration aus Südosteuropa. Denn in den vergangenen Jahren kamen auch Tausende Migranten mit schlechten Jobchancen, darunter viele kinderreiche Roma-Familien, aus Rumänien und Bulgarien nach Deutschland. Das ist ein Armutsmilieu noch jenseits dem der hiesigen Hartz-IV-Empfänger, schildert Sebastian Müller, Aktivist im Berliner Netzwerk gegen den deutschen Efa-Vorbehalt, das sich um ausländische Arbeitslose kümmert.

## Noch ärmer als Hartz IV MIGRATION Die Zahlen über die Einwanderung armer Bulgaren und Rumänen täuschen

Rumänen und Bulgaren können sich als EU-Bürger frei in Deutschland niederlassen und haben mit der polizeilichen Anmeldung auf eine Adresse Anspruch auf Kindergeld. Hartz-IV-Leistungen wie Wohnkosten und Regelsatz bleiben den osteuropäischen EU-Migranten, die noch keine reguläre Beschäftigung hatten, allerdings versagt es sei denn, sie melden ein eigenes Gewerbe an. Wirft dieses zu wenig ab, können sie theoretisch aufstockende Leistungen nach den Hartz-IV-Gesetzen beantragen. Die Jobcenter ziehen aber die Daumenschrauben an, berichtet eine Mitarbeiterin einer Sozialbehörde, die nicht namentlich genannt werden will. Wer mit seinem kleinen Baugewerbe, seinem Putzdienst oder dem Schrotthandel keine korrekten Rechnungen und Zahlungseingänge auf seinem Konto angeben kann, dessen Anspruch auf ergänzende Hartz-IV-Leistungen wird nicht anerkannt. Manche Ämter versuchen bei den Gewerbeanmeldungen zu bremsen.

Ab dem 1. Januar 2015 gilt für EU-Migranten aus Rumänien und Bulgarien jedoch die Arbeitnehmerfreizügigkeit. Dann könnten die EU-Zuwanderer in Deutschland wie jetzt schon Italiener und Spanier beispielsweise einen Minijob annehmen und beim Jobcenter ergänzende Hartz-IV-Leistungen beantragen. Doch in der Praxis gewähren manche Jobcenter die aufstockende Leistung nicht, mit dem Hinweis, der Betreffende gelte als arbeitssuchend und habe daher keinen Anspruch auf Hartz-IV-Leistungen, schildert Müller. Laut Sozialgesetzbuch II kann EU-Ausländern die Hartz-IV-Leistung versagt werden, wenn sie sich nur zum Zweck der Arbeitssuche in Deutschland aufhalten, also keine Beschäftigungshistorie vorweisen können. Rechtlich ist das jedoch hochumstritten. Der Deutsche Städtetag fordert in seinem Positionspapier diesbezüglich vom Bund und der EU eine Klarstellung der Rechtslage.

Das gigantische Wohlstandsgefälle zwischen Deutschland und der Lebenssituation der Roma in Südosteuropa verkleinert sich durch das behördliche Hin und Her allerdings nicht. Die Zuwanderer leben hier oftmals vor allem vom Kindergeld, bezahlen horrenden Mieten für heruntergekommene Wohnungen an skrupellose Vermieter und hohe Gebühren für privat angeheuerte Übersetzer und Vermittler, die sich selbst in prekären Verhältnissen durchwursteln.

Kommt die Arbeitnehmerfreizügigkeit für Migranten aus den östlichen EU-Ländern, gibt es für sie mehr Jobchancen: Es ist zu erwarten, dass dann vor allem die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zunimmt und nicht die Arbeitslosigkeit, sagt der Forscher Herbert Brücker.

Die Arbeitslosigkeit der Bulgaren und Rumänen ist geringer als im Durchschnitt der Ausländer

HERBERT BRÜCKER, MIGRATIONSEXPERTE

**Load-Date:** March 3, 2013

**Flüchtlinge bleiben im Zelt; ASYL II In den nächsten Tagen kommen Protestkarawanen mit rund 200 Flüchtlingen in Berlin an. Mit einem Camp auf dem Oranienplatz wollen sie auf unwürdige Lebensbedingungen aufmerksam machen**

taz, die tageszeitung

Dienstag 02. Oktober 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 21

**Length:** 443 words

**Byline:** Nikolai Schreiter

**Highlight:** ASYL II In den nächsten Tagen kommen Protestkarawanen mit rund 200 Flüchtlingen in Berlin an. Mit einem Camp auf dem Oranienplatz wollen sie auf unwürdige Lebensbedingungen aufmerksam machen

## Body

---

Kein Mensch ist illegal steht auf dem Infotisch vor dem zehn Meter langen Zelt am Heinrichplatz. Dahinter zwei Sofas, eine provisorische Teeküche und ein großes Bett. Jede Nacht schlafen hier mindestens zwei Flüchtlinge, zu den Versammlungen kommen bis zu 50 weitere Flüchtlinge und UnterstützerInnen, um den Protest gegen die menschenunwürdigen Lebensbedingungen von Flüchtlingen voranzutreiben. In den nächsten Tagen kommen zwei Protestkarawanen in Berlin an: Dann soll die Zahl der Protestierenden auf mehr als 200 wachsen.

Das Camp soll am Mittwoch vom Heinrich- auf den Oranienplatz umziehen, dort soll ein Zirkuszelt samt Küche und Internet eingerichtet werden. Wir bleiben, bis unsere Forderungen erreicht sind, kündigt Hatef Soltani an, ein Flüchtling aus Berlin. Vielleicht ein Jahr, vielleicht zwei oder drei.

Der junge Mann kämpft gemeinsam mit anderen Flüchtlingen und Asylsuchenden seit Anfang August auf dem Heinrichplatz für seine Rechte. Bundesweit gibt es mehrere solcher Camps gegen rassistische Gesetze wie Residenzpflicht, Abschiebungen und unsichere Aufenthaltstitel. Die Gesetze betreffen unser Leben, sogar unser Essen und unseren Schlaf, sagt Arash Dosthossein, Asylbewerber und Mitorganisator der Proteste.

Im März ist Dosthossein mit anderen Flüchtlingen aus dem Iran in Würzburg in Hungerstreik getreten. Auf einem Teil der Strecke begleitete er eine der beiden Karawanen, die nun von Würzburg nach Berlin ziehen und vom Koordinationskomitee der protestierenden Flüchtlinge ins Leben gerufen wurde. Eine der Karawanen ist mit dem Bus unterwegs, die andere bewegt sich zu Fuß fort. Nun bereitet Dosthossein die Ankunft der beiden Karawanen mit vor, er wirkt bedacht und kämpferisch zugleich.

Papiere zerrissen

Flüchtlinge bleiben im Zelt ASYL II In den nächsten Tagen kommen Protestkarawanen mit rund 200 Flüchtlingen in Berlin an. Mit einem Camp auf dem Oranienplatz wo....

Das Marschieren ist für viele Flüchtlinge schon ein Rechtsbruch sie verstoßen gegen die Residenzpflicht. Je nach Bundesland verbietet ihnen dieses Gesetz, den jeweiligen Landkreis, Regierungsbezirk oder das Bundesland zu verlassen. An der bayerisch-thüringischen Grenze haben TeilnehmerInnen der Karawane ihre Papiere zerrissen: Sie stünden für alles, gegen das sie kämpfen. Am Samstag nun wird diese Karawane am Oranienplatz erwartet.

Die Ziele von Flüchtlingsprotesten sind seit Jahren dieselben: Es geht um das Recht von Menschen, dort zu leben, wo sie wollen und wie sie wollen. Neu ist nun die Entschlossenheit, mit der die Proteste getragen werden. Und auch, dass die Betroffenen selbst als politische Subjekte wahrgenommen werden. Meine Freunde und ich haben gelernt, dass wir stärker kämpfen müssen , sagt Dosthossein. Der Hungerstreik in Würzburg war nur eine Übung für die Kämpfe in Berlin. Nikolai Schreiter

**Load-Date:** October 1, 2012

---

End of Document

**Flüchtlinge landen hinter Gittern; ASYL Eine geplante Aufnahmerichtlinie der EU erleichtert es, Asylbewerber zu inhaftieren. Auch Deutschland will sie in Brüssel jetzt durchwinken**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 16. Januar 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 06

**Length:** 950 words

**Byline:** RUTH REICHSTEIN / DANIEL BAX

**Highlight:** ASYL Eine geplante Aufnahmerichtlinie der EU erleichtert es, Asylbewerber zu inhaftieren. Auch Deutschland will sie in Brüssel jetzt durchwinken

## Body

---

VON RUTH REICHSTEIN UND DANIEL BAX

BRÜSSEL/BERLIN taz | Mit einer E-Mail-Aktion wendet sich die deutsche Menschenrechtsorganisation Pro Asyl seit einem Monat an die 99 deutschen Abgeordneten im EU-Parlament. Stellen Sie sich vor, Sie müssen fliehen, heißt es in dem Anschreiben. Doch an der Grenze werden Sie sofort festgenommen. Mehr als 8.000 Unterstützer haben bereits eine solche Mail an einen EU-Parlamentarier geschickt. Pro Asyl will die deutschen EU-Parlamentarier davon überzeugen, gegen die geplante neue Aufnahmerichtlinie zu stimmen. Diese würde es europaweit erleichtern, Asylsuchende über Monate hinweg in Gefängnissen wegzusperren.

An der Grenze in Haft

Griechenland hat erst im Oktober 2012 verfügt, dass Flüchtlinge, die an seiner Grenze aufgegriffen werden, dort bis zu zwölf Monate lang inhaftiert werden können. Auch auf Malta und in Ungarn werden Flüchtlinge systematisch weggesperrt. Selbst Schweden kennt viele Gründe, Flüchtlinge ins Gefängnis zu stecken. In 12 der 27 EU-Staaten ist es derzeit erlaubt, Asylbewerber während ihres Verfahrens zu inhaftieren. Das steht in einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linkspartei, die der taz vorliegt. Diese Staaten haben mit Unterstützung Deutschlands nun durchgesetzt, dass europaweit rechtlich abgesichert wird, was bei ihnen schlechte Praxis ist.

Karl Kopp, Europareferent bei Pro Asyl, spricht deshalb von einem Dammbruch und einem Kompendium der Schabigkeiten. Das komme einem Freibrief zur willkürlichen Inhaftierung Schutzsuchender gleich, findet Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Links-Fraktion im Bundestag. Statt deutlich höhere Standards zu setzen, wird der niedrigste Standard zum Gemeingut erklärt. Beide fordern ein Verschlechterungsverbot, um zu verhindern, dass bislang relativ liberale EU-Staaten den neuen, harten EU-Regeln folgen müssen. Bisher gibt es

Flüchtlinge landen hinter Gittern ASYL Eine geplante Aufnahmerichtlinie der EU erleichtert es, Asylbewerber zu inhaftieren. Auch Deutschland will sie in Brüssel....

auf EU-Ebene keine Vorschriften für die Haft von Asylsuchenden. Einige Mitgliedsländer haben das als Einladung betrachtet, ihre Flüchtlinge über Monate ins Gefängnis zu werfen. Vor acht Jahren beschloss die EU, ihre Asylverfahren zu vereinheitlichen. Doch die Inhaftierung gehört damit nicht der Vergangenheit an, im Gegenteil: Tritt die neue Aufnahmerichtlinie in Kraft, würden damit europaweit sechs Haftgründe für Asylsuchende festgelegt.

Die neue Richtlinie schreibt zwar vor, dass niemand nur deshalb im Gefängnis landen darf, weil er internationalen Schutz beantragt. Bei den Ausnahmen ist sie aber sehr großzügig: Flüchtlinge sollen fortan inhaftiert werden dürfen, um ihre Identität und ihr Recht auf Einreise zu überprüfen oder um Beweise zu sichern. Aber auch wer seinen Asylantrag zu spät stellt, nach Ansicht der Behörden die nationale Sicherheit und Ordnung gefährdet oder untertauchen will, kann in Haft landen.

Was sollte denn da noch als weiterer Grund angeführt werden? , fragt Karl Kopp von Pro Asyl sarkastisch. Das reicht doch schon aus, um jeden asylsuchenden Menschen in der EU jederzeit und an jedem Ort zu inhaftieren. Kopp fürchtet, dass es in einigen Staaten zu einer Verschlechterung der Rechtslage kommen könnte und mehr Flüchtlinge im Gefängnis landen. Denn ob Kinder, Jugendliche oder schwangere Frauen eine Ausnahme wird nicht gemacht. Die christliche Menschenrechtsorganisation Pax Christi spricht schon von einer Inhaftierungsrichtlinie .

Auch der UN-Sonderbeauftragte für Menschenrechte, François Crepeau, spricht sich gegen die Inhaftierung von Flüchtlingen aus vor allem von minderjährigen. Auf einer Informationsreise durch Griechenland sprach er kürzlich von schockierenden Zuständen in den Haftanstalten. Es darf nicht sein, dass man in einem Land der Europäischen Union Kinder hinter Gitterstäben einsperrt.

Dass die neue Aufnahmerichtlinie kommt, gilt trotzdem als wahrscheinlich: Bereits im Vorfeld der Abstimmung im Europäischen Parlament haben sich nämlich die EU-Regierungen und die Abgeordneten auf einen Richtlinientext geeinigt. Die Abstimmung im Plenum gilt eigentlich nur noch als Formsache. Pro Asyl hofft, mit seiner Postkartenaktion die Parlamentarier dennoch umzustimmen. Für uns ist die Messe noch nicht gelesen , gibt sich Kopp zuversichtlich. Für uns entscheidet das EU-Parlament.

Ob das sich sperrt, ist aber fraglich. Von den konservativen deutschen EU-Abgeordneten im zuständigen Ausschuss wollte aktuell zwar keiner mehr zu der Aufnahmerichtlinie Stellung nehmen, aber die für Asylpolitik zuständige CSU-Abgeordnete Monika Hohlmeier schrieb schon vor einigen Monaten, man dürfe es Asylbewerbern nicht gestatten, vorsätzlich unterzutauchen, und brauche für diesen Fall greifende Sanktionsmittel.

Eigentlich sollte es bereits seit Ende 2012 ein gemeinsames europäisches Asylrecht geben. Doch die Abstimmungen darüber ziehen sich in die Länge. Ursprünglich sollte zumindest die Aufnahmerichtlinie bereits an diesem Mittwoch im EU-Parlament verabschiedet werden. Wegen juristischer Unklarheiten ist dies aber kurzfristig wieder verschoben worden.

Auf Druck Deutschlands und sieben anderer Staaten soll die Richtlinie nun gemeinsam mit allen anderen Asylrichtlinien im Paket beschlossen werden. Deutschland will sich auf diesem Wege offenbar zwei Regeln sichern: sein umstrittenes Asylprüfungsverfahren auf Flughäfen und das Recht, für die Verfolgung von Straftaten auf die Fingerabdrücke von Flüchtlingen in der Eurodac-Datei zugreifen zu dürfen. Die Schikanen gegen Flüchtlinge würden damit lediglich addiert.

Tausende Flüchtlinge sitzen schon jetzt europaweit in Haft , sagt Karl Kopp von Pro Asyl. Einem Friedensnobelpreisträger steht das nicht gut zu Gesicht.

Einem Friedensnobelpreisträger steht das nicht gut zu Gesicht

KARL KOPP, PRO ASYL

Flüchtlinge landen hinter Gittern ASYL Eine geplante Aufnahmerichtlinie der EU erleichtert es, Asylbewerber zu inhaftieren. Auch Deutschland will sie in Brüssel....

---

End of Document

**Integrationskurse für alle?; WORT UND TAT Der Migrationsforscher Klaus Bade beklagt, Medien und Politik hätten aus der NSU-Mordserie und der Sarrazin-Debatte nichts gelernt. Das sei eine Gefahr für den Zusammenhalt der Gesellschaft**

taz, die tageszeitung

Samstag 13. April 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** POLITISCHES BUCH; S. 29

**Length:** 555 words

**Byline:** DANIEL BAX

**Highlight:** WORT UND TAT Der **Migrationsforscher** Klaus Bade beklagt, Medien und Politik hätten aus der NSU-Mordserie und der Sarrazin-Debatte nichts gelernt. Das sei eine Gefahr für den Zusammenhalt der Gesellschaft

## Body

---

Schon auf seiner Abschiedsfeier im vergangenen Jahr warnte Klaus Bade vor dem minderheitenfeindlichen Sumpf, der den Zusammenhalt der Gesellschaft bedrohe. Mehr als alles andere schade dieser der Integration von Einwanderern. Für einen **Migrationsforscher** waren das ungewöhnliche Worte. Vier Jahre lang ließ Bade dem Sachverständigenrat deutscher Stiftungen Integration und **Migration** Gesicht und Stimme. Doch wer keine Institution vertreten muss, der kann oft freier sprechen. In seinem Buch Kritik und Gewalt legt Bade deshalb nun nach.

Wie der Antisemitismusforscher Wolfgang Benz warnt auch Bade vor dem populären antimuslimischen Ressentiment. In seinem 2012 erschienenen Buch Die Feinde aus dem Morgenland mahnte Benz, wie die Angst vor den Muslimen unsere Demokratie gefährdet, so der Untertitel. Bade fürchtet sich auch davor, dass das Ressentiment in Gewalt umschlägt.

Bade kritisiert, was er das Agitationskartell hauptberuflicher Islamkritiker nennt vor allem Necla Kelek und Thilo Sarrazin, aber auch Henryk Broder, Ralph Giordano und Alice Schwarzer zählt er dazu. Mit ihrer Verdachtsrhetorik lieferten sie die Stichworte, so Bade, die von Hass-Blogs im Internet begierig aufgegriffen und mit unverhohlenen Gewaltfantasien verbunden werden.

Bade spricht aus eigener Erfahrung: 2011 hatte Necla Kelek den Vorsitzenden des unabhängigen Stiftungsrats im FAZ-Feuilleton mit dem Generalsekretär eines Politbüros verglichen. Sarrazin brachte an gleicher Stelle sogar NS-Vergleiche ins Spiel (Reichsfunk, Integrationskraftersetzer). Daraufhin wurde Bade im Internet so brachial angegangen, dass er seine öffentlichen Auftritte nur noch mit Saal- und Personenschutz absolvieren konnte. Ähnlich erging es zuvor auch anderen Wissenschaftlern wie dem Erlanger Juristen Matthias Rohe, der Soziologin



Integrationskurse für alle? WORT UND TAT Der Migrationsforscher Klaus Bade beklagt, Medien und Politik hätten aus der NSU-Mordserie und der Sarrazin-Debatte nic....

Naika Foroutan und auch Wolfgang Benz. Wer den militanten Islamfeinden nicht passt, wird öffentlich niedergemacht.

Nun ist ein Shitstorm im Netz noch keine nackte Gewalt, eine Verhöhnung im Feuilleton vernichtet noch keine bürgerliche Existenz. Aber verharmlosen sollte man sie auch nicht, findet Bade. Aus Worten können Taten werden , zitiert er die Mahnung von Angela Merkel im Februar 2011 bei der Trauerfeier für die Opfer der NSU-Mordserie. Bade findet, die Brisanz der antimuslimischen Agitation werde verkannt, und verweist auf das Breivik-Massaker in Norwegen und den Mord an der Ägypterin Marwa El-Sherbini in Dresden, um deren Gefahren deutlich zu machen. Nur am Rande geht er aber darauf ein, dass gerade die NSU-Terroristen eine klassisch rechtsextreme Gesinnung leitete.

Bade kritisiert, dass radikale minderheiten- und damit verfassungsfeindliche Blogs wie PI News vom Verfassungsschutz weiter ignoriert werden, und findet, Razzien gegen Nazis und ein paar Reparaturen am Verfassungsschutz seien nicht genug.

Mit Blick auf die NSU-Morde fordert er eine Debatte um die neue kollektive Identität in der Einwanderungsgesellschaft , wie es sie in Norwegen nach den Breivik-Morden gab, als sich das Land emphatisch zu Liberalismus und Multikulturalität bekannte. So etwas stehe hier noch aus. Vielleicht, so Bade, brauche es Integrationskurse für alle , also auch für Deutsche ohne Migrationshintergrund. DANIEL BAX

- Klaus Bade: Kritik und Gewalt . Wochenschau Verlag, Schwalbach 2013,

398 Seiten, 22 Euro

**Load-Date:** April 12, 2013

**Henkel ganz handzahn; ASYL Von wegen Hardliner: Wie sein Vorgänger lässt Innensenator Frank Henkel die meisten Härtefälle nicht abschieben. Opposition kritisiert CDU-Innensenator dennoch**

taz, die tageszeitung

Freitag 28. Juni 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 22

**Length:** 581 words

**Byline:** KONRAD LITSCHKO

**Highlight:** **ASYL** Von wegen Hardliner: Wie sein Vorgänger lässt Innensenator Frank Henkel die meisten Härtefälle nicht abschieben. Opposition kritisiert CDU-Innensenator dennoch

## Body

---

Früher gab er sich als Hardliner, in der **Flüchtlingspolitik** aber bleibt Innensenator Frank Henkel (CDU) auf Linie seines SPD-Vorgängers. Das jedenfalls lassen die aktuellen Zahlen der Härtefallkommission vermuten, die der taz vorliegen. Demnach ist die Zahl derer, denen die Kommission ein Bleiberecht verweigert, unter Henkel nur leicht gestiegen.

Die Härtefallkommission ist für Flüchtlinge der letzte Rettungsanker: Hier kann sich melden, wer vor der Abschiebung steht, aber aus humanitären Gründen doch noch um Asyl bittet. Das letzte Wort hat in der Kommission, die aus sieben Vertretern von Kirchen oder Wohlfahrtsverbänden besteht, der Innensenator. Und der amtierende, Henkel, setzt die Quote der Vorjahre fort: Er stimmte 65 Prozent der Ersuche zu. Unter seinem Vorgänger Ehrhart Körting (SPD) waren es zwischen 59 und 68 Prozent. 2011, im Jahr des Wechsels von Rot-Rot zu Rot-Schwarz, wurden 70 Prozent der Anträge zugestimmt.

Insgesamt gingen die Abschiebungen unter Henkel sogar noch zurück: 363 Asylbewerber mussten das Land 2012 wieder verlassen. Die Zahl folgt aber nur einem bundesweiten Trend der Vorjahre, der auf die stetig fallenden Zahlen von einreisenden Flüchtlingen zurückging: Wurden in Berlin 2006 noch 1.155 Asylsuchende abgeschoben, waren es 2011 nur mehr 453. Anders dürfte es in diesem Jahr werden: Seit Jahresbeginn kommen so viele Flüchtlinge ins Land wie lange nicht.

Der vorherige Rückgang machte sich auch in der Härtefallkommission bemerkbar: Hier wurde 2012 über deutlich weniger Asylsuchende entschieden als noch im Vorjahr: 269 statt 340. Von ihnen erhielten 172 ein Bleiberecht. Vor einem Jahr waren es 228. Die Abnahme wird in der Kommission auch mit Personalengpässen begründet, die im letzten Jahr zu einem Antragsstau geführt hätten. Für die Flüchtlinge bleibt dies folgenlos, da sie in der Beratungszeit nicht abgeschoben werden.

Henkel ganz handzahn ASYL Von wegen Hardliner: Wie sein Vorgänger lässt Innensenator Frank Henkel die meisten Härtefälle nicht abschieben. Opposition kritisiert....

Mit der Ablehnung von einem Drittel der Härtefälle gehört Berlin allerdings bundesweit weiter zu den restriktivsten Ländern. Hier wiederum verweist die Kommission darauf, dass in Berlin die Aufnahme als Härtefall liberaler als anderswo sei, vermeintlich aussichtslose Fälle nicht sofort abgewiesen würden.

Wir begrüßen, dass die Quote halbwegs gehalten wurde , sagt denn auch Monika Kadur, die für den Flüchtlingsrat in der Kommission sitzt. Unklar sei aber, ob auch schwierige Fälle , wie straffällig gewordene Flüchtlinge, unter Henkel weiter eine Chance bekämen. Kadur fordert, auch hier bei einer positiven Entwicklung ein Bleiberecht zu gestatten. Ein Sprecher Henkels versicherte nur, dass jeder Fall individuell und gewissenhaft vom Senator geprüft werde.

In der Opposition zögert man dennoch mit Lob an Henkel. Ich sehe keinen Fortschritt , moniert Hakan Tas (Linke). Immer noch würden ja ein Drittel der Flüchtlinge abgewiesen. Zudem habe es unter Henkel, anders als bei Körting, keinen Winterabschiebestopp mehr gegeben, so Tas. Der Innensenator hat sich für diese Abschiebungen sogar noch gefeiert.

Pirat Fabio Reinhardt übt auch grundsätzliche Kritik: Die Kommission ist weiter nur Bittsteller. Es sei nicht erkennbar, nach welchen Kriterien Henkel über die Ersuche entscheidet. Da fehlt jede Transparenz , so Reinhardt. Auch müssten die Flüchtlinge oft zu lange auf die Entscheidung warten, teils im Abschiebegewahrsam. Zumindest für die Dauer der Prüfung sollte eine Duldung ausgesprochen werden. KONRAD LITSCHKO

Wir begrüßen, dass die Quote halbwegs gehalten wurde

MONIKA KADUR, FLÜCHTLINGSRAT

**Load-Date:** June 27, 2013

**Mehr Integration!; MIGRANTEN Türkischer Bund will Mittelsicherheit für Bildung und eine Reform der Ausländerbehörde**

taz, die tageszeitung

Freitag 06. Januar 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 21

**Length:** 254 words

**Highlight:** MIGRANTEN Türkischer Bund will Mittelsicherheit für Bildung und eine Reform der Ausländerbehörde

## Body

---

Der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg (TBB) fordert vom Senat größere Anstrengungen bei der Integration von Zuwanderern. So sollten etwa in einer konzertierten Aktion die Bildungs- und Arbeitsmarktchancen für migrantische Jugendliche verbessert werden, sagte der Vorstandssprecher des türkischen Dachverbandes, Alisan Genc, am Donnerstag. Dazu solle der Senat auch eine Bindung von Haushaltsmitteln für junge Migranten diskutieren. Die bislang meist von freien Träger angebotenen Maßnahmen könnten effektiver werden, so Genc.

Weiter spricht sich der Türkische Bund für eine Reform der Ausländerbehörde aus. Die Beschwerden über das unangemessene Verhalten von Sachbearbeitern gegenüber Ausländern, deren Begleitern und Anwälten hätten im vergangenen Jahr sehr zugenommen, sagte Vorstandssprecher Hilmi Kaya Turan. Eine größere Willkommenskultur sei vonnöten. Schließlich prägten die Behördenmitarbeiter auch das erste Deutschland-Bild von Ausländern. Turan plädierte dafür, die Zuständigkeit für die Ausländerbehörde von der Innenverwaltung weg zur Senatsverwaltung für Arbeit und Integration zu verlagern.

Als Arbeitsschwerpunkte für das Jahr 2012 nannten die Vorstandsmitglieder des TBB neben der Förderung der Integration von Zuwanderern den Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung. Mit Blick auf die Mordserie der Zwickauer Nazizelle sagte Turan, es gebe große Ängste in der türkischen Gemeinschaft: Die Unsicherheit ist groß. Rassismus als gesellschaftliches Phänomen sei in Deutschland immer ausgeblendet worden. (epd)

**Load-Date:** January 5, 2012

**Hoffen auf Hartz IV; ASYLBEWERBER Flüchtlinge kriegen weit geringere Sozialleistungen als Deutsche, seit 1993 wurden ihre Bezüge nicht erhöht. Darüber urteilt jetzt das Bundesverfassungsgericht**

taz, die tageszeitung

Montag 16. Juli 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SEITE 1; S. 01

**Length:** 288 words

**Highlight:** **ASYLBEWERBER Flüchtlinge** kriegen weit geringere Sozialleistungen als Deutsche, seit 1993 wurden ihre Bezüge nicht erhöht. Darüber urteilt jetzt das Bundesverfassungsgericht

## Body

---

BERLIN taz/dpa/epd | Sie dürfen nicht arbeiten, aber bekommen 40 Prozent weniger als deutsche Hartz-IV-Empfänger: Rund 130.000 **Asylsuchende** und Geduldete müssen mit maximal 225 Euro im Monat auskommen.

Am Mittwoch nun wird das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe sein Urteil im Prozess um das sogenannte Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbwLG) verkünden. Und es wird die Regelung wohl kippen: Bei der mündlichen Verhandlung im Juni hatten die Richter deutliche Zweifel daran geäußert, dass die Leistungen für Asylbewerber ausreichend sind. Es bestehe eine ins Auge stechende Differenz zwischen den Hartz-IV-Sätzen und den deutlich niedrigeren Geldleistungen für Asylbewerber, sagte der Vizepräsident des Gerichts, Ferdinand Kirchhof. Das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen hielt die Beträge für eindeutig zu niedrig und hatte das Gesetz in Karlsruhe zur Prüfung vorgelegt. Menschenrechts- und Flüchtlingshilfeorganisationen kritisieren das Asylbewerberleistungsgesetz seit Jahren scharf.

Das vom Staat gewährte menschenwürdige Existenzminimum muss für Flüchtlinge und Deutsche gleich sein, sagte Katharina Spieß von Amnesty International. Mit seinen Bestimmungen verstoße Deutschland gegen den UN-Sozialpakt und die Kinderrechtskonvention, sagte Spieß, die vor Gericht als Sachverständige gehört wurde.

In der taz erzählen drei Flüchtlinge von ihrem Leben, das sich weit unterhalb des offiziellen Existenzminimums abspielt: ein Palästinenser aus Pirna, der als Muslim an der Tafel kaum Gerichte ohne Fleisch findet, eine aus dem Kaukasus stammende Familie, die ihren Kindern gern Lego-Bausteine kaufen würde, und eine alleinerziehende Mutter aus Nigeria, die ihr Essen nur fertig abgepackt vom Amt bekommt.

Schwerpunkt SEITE 3

**Load-Date:** July 15, 2012

Hoffen auf Hartz IV ASYLBEWERBER Flüchtlinge kriegen weit geringere Sozialleistungen als Deutsche, seit 1993 wurden ihre Bezüge nicht erhöht. Darüber urteilt je....

---

End of Document

## Gegen Abschiebung am Airport; ASYL Am neuen Großflughafen in Berlin-Brandenburg ist ein Abschiebezentrum geplant. Flüchtlings- und Wohlfahrtsverbände fordern die Regierung auf, das Projekt zu stoppen

taz, die tageszeitung

Samstag 21. Januar 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 05

**Length:** 560 words

**Byline:** JULIANE SCHUMACHER

**Highlight:** ASYL Am neuen Großflughafen in Berlin-Brandenburg ist ein Abschiebezentrum geplant. Flüchtlings- und Wohlfahrtsverbände fordern die Regierung auf, das Projekt zu stoppen

### Body

---

AUS BERLIN JULIANE SCHUMACHER

Ein Bündnis von Flüchtlingsverbänden, Kirchen und Wohlfahrtsverbänden fordert angesichts der Planung eines Abschiebezentrums am neuen Berliner Großflughafen den Stopp der Asylschnellverfahren an Flughäfen. Die Länder Berlin und Brandenburg sowie die Bundesregierung sollten auf die Errichtung in Schönefeld verzichten, verlangen rund 20 Verbände und Institutionen in einer Stellungnahme, die sie am Freitag in Berlin veröffentlichten.

Am neuen Berliner Großflughafen, der im Juni eröffnen soll, planen Landes- und Bundesregierung den Bau einer Gewahrsamseinrichtung. Dort sollen Flüchtlinge nach dem 1993 beschlossenen Flughafenverfahren direkt inhaftiert und nach Prüfung ihres Asylgesuchs ggf. sofort abgeschoben werden können. Die Befragung erfolgt nach Ankunft, über die Annahme des Asylantrags wird innerhalb von zwei Tagen entschieden, innerhalb von drei Tagen kann Einspruch eingelegt werden.

Das Flughafenverfahren umgeht das geltende Asylrecht, sagte Beate Selders vom Flüchtlingsrat Brandenburg. Eine anwaltliche Verteidigung der Rechte des Flüchtlings ist im Flughafenverfahren angesichts der kurzen Fristen unmöglich, erklärte Berenice Böhlo vom Republikanischen Anwaltsverein. Das Flughafenverfahren wird derzeit an fünf deutschen Flughäfen angewandt, 90 Prozent der Verfahren finden in Frankfurt am Main statt. Bernd Mesovic von Pro Asyl spricht von einer strukturellen Unfairness, die sich auch in drei empirischen Untersuchungen gezeigt habe, die seine Organisation zum Flughafenverfahren durchgeführt habe.

Die Errichtung der Anlage soll die Landesregierung Brandenburg nach Mitteilung der Flüchtlingsverbände rund 50.000 Euro kosten. Zuständig für Betreuung wie Bewachung der Flüchtlinge soll die private Sicherheitsfirma B.O.S.S. sein; eine Ausschreibung fand nicht statt. Das neue Abschiebegefängnis soll für 300 Verfahren im Jahr ausgelegt sein – eine Zahl, die bei Experten Verwunderung auslöst. Zwischen 1999 und 2008 wurden auf dem

Gegen Abschiebung am Airport ASYL Am neuen Großflughafen in Berlin-Brandenburg ist ein Abschiebezentrum geplant. Flüchtlings- und Wohlfahrtsverbände fordern die....

Flughafen Schönefeld nur 47 Asylanträge gestellt, in den letzten drei Jahren wurde ein einziger Antrag dort im Flughafenverfahren verhandelt. Da fragt man sich schon: Was soll das? , meint Selders. Der Bau solle wohl vor allem auch als Symbol dienen, um die Hardlinerposition der Bundesregierung in der EU-Flüchtlingspolitik zu unterstreichen.

Die EU-Kommission erarbeitet derzeit neue Richtlinienvorschläge zum Asylverfahren und könnte das deutsche Flughafenverfahren darin verbieten. Im Mai 2010 hatte die Landesregierung Brandenburg beim Bundesministerium des Innern angefragt, ob es die Entscheidung über den Neubau bis zur Entscheidung der EU verschieben könne das Bundesministerium antwortete, dass dies die deutsche Verhandlungsposition schwächen könnte.

Die Vertreter der Verbände sehen die Landesregierungen in der Pflicht: Diese könnten den Bau stoppen. Der Regierung in Brandenburg stünde ein bisschen ziviler Ungehorsam gut zu Gesicht, so Andreas Kaczynski vom Paritätischen Landesverband Brandenburg. Die Landesregierung Brandenburg weist dies zurück: Sie habe mehrfach versucht, vom Bundesinnenministerium die Erlaubnis zur Einstellung des Verfahrens zu bekommen, erklärt Ingo Decker, Pressesprecher des Brandenburger Innenministeriums. Dies sei jedoch verweigert worden.

In Schönefeld wurde in den letzten drei Jahren nur ein Asylantrag verhandelt

**Load-Date:** January 20, 2012



**Wenn der Bewegungsradius nicht an der Grenze endet; DEMO  
Asylsuchende demonstrieren gegen die Residenzpflicht und marschieren  
nach Berlin**

taz, die tageszeitung

Dienstag 11. September 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 07

**Length:** 495 words

**Byline:** MARLENE HALSER

**Highlight:** DEMO Asylsuchende demonstrieren gegen die Residenzpflicht und marschieren nach Berlin

## Body

---

MÜNCHEN taz Die ersten vierzig Kilometer haben die Flüchtlinge und ihre Unterstützer schon hinter sich gebracht. Von Samstag auf Sonntag marschierten sie von Würzburg nach Schweinfurt, um gegen die ihnen auferlegte Residenzpflicht zu protestieren. Montags ging es weiter in Richtung der bayerisch-thüringischen Landesgrenze. Dort wird der Demonstrationzug wohl am Mittwoch eintreffen. In gut einem Monat wollen die Teilnehmer in Berlin sein und so ihren Ärger über die restriktive Flüchtlingspolitik in die Hauptstadt tragen.

Die Residenzpflicht für Asylsuchende gehört zu den unmenschlichsten Gesetzen Deutschlands, sagt Houner Hedayatzadeh, einer der Flüchtlinge. Es legt fest, dass Asylbewerber, abhängig von ihrem Aufenthaltsstatus und der Auslegung des jeweiligen Bundeslandes, den Landkreis, Regierungsbezirk oder das Bundesland, in dem sie untergebracht sind, nicht verlassen dürfen, ohne vorher eine Sondergenehmigung zu beantragen. Besonders streng wird die Regelung in Bayern ausgelegt. Hier endet der legale Bewegungsradius eines Asylsuchenden an der Landkreisgrenze.

Hedayatzadeh, ein 22-jähriger Iraner, lebt seit einem Jahr in Deutschland, er ist in einem Flüchtlingslager in Regensburg untergebracht. Seit Juli beteiligt er sich am Protest bayerischer Asylsuchender, der im März in Würzburg seinen Anfang nahm. Nun marschiert er gemeinsam mit derzeit 27 weiteren Flüchtlingen und rund 30 deutschen Unterstützern ins etwa 500 Kilometer entfernte Berlin.

Wir wollen, dass Bayern uns nicht abschiebt und dass die Lager- und die Residenzpflicht abgeschafft werden, sagt Hedayatzadeh. Die Lagerpflicht zwingt bayerische Asylsuchende, in teilweise heruntergekommenen Sammelunterkünften zu leben, anstatt sich selbst eine Bleibe suchen zu dürfen. Wir leben in ständiger Abhängigkeit von der Regierung wie Tiere. Wir sind aber Menschen und wollen auch so behandelt werden.

Mit ihrem Marsch nach Berlin wollen die Flüchtlinge die Residenzpflicht bewusst brechen. Sie haben absichtlich keine Sondergenehmigung beantragt. In jeder Stadt auf dem Weg sollen neue Flüchtlinge und Unterstützer

Wenn der Bewegungsradius nicht an der Grenze endet DEMO Asylsuchende demonstrieren gegen die Residenzpflicht und marschieren nach Berlin

dazustoßen. Bislang hat die bayerische Polizei die Demonstranten friedlich ziehen lassen. Wir erwarten aber, dass an der Grenze zwischen Bayern und Thüringen etwas passieren wird , vermutet Hedayatzadeh. Den Demonstranten wäre es recht, denn so würde die Aufmerksamkeit steigen, die der Aktion zuteilwird.

Beim zuständigen Polizeipräsidium in München sieht man derweil keine Notwendigkeit einzugreifen. Von unserer Seite ist nichts geplant , sagt Polizeisprecher Andreas Luxem der taz. Uns sind alle Beteiligten namentlich bekannt. Jede Verletzung der Residenzpflicht werde zur Anzeige gebracht. Dazu ist es aber nicht notwendig, dass wir die Asylsuchenden festnehmen. Wie mit der Anzeige verfahren werde, sei schließlich Sache der Staatsanwaltschaft und der Gerichte. Änderungsbedarf an der Residenzpflicht sieht man im bayerischen Innenministerium nicht.  
MARLENE HALSER

**Load-Date:** September 10, 2012

---

End of Document

**Gutscheine oder Bargeld; FLÜCHTLINGSPOLITIK Niedersachsens  
Innenminister Boris Pistorius stellt es den Kommunen frei, wie sie  
Asylbewerbern Sozialleistungen auszahlen. Göttingen und Oldenburg wollen  
zügig auf Bares umstellen**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 07. März 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 21

**Length:** 578 words

**Byline:** TERESA HAVLICEK

**Highlight:** **FLÜCHTLINGSPOLITIK** Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius stellt es den Kommunen frei, wie sie **Asylbewerbern** Sozialleistungen auszahlen. Göttingen und Oldenburg wollen zügig auf Bares umstellen

## Body

---

VON TERESA HAVLICEK

Knapp drei Wochen nach Amtsantritt hat Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius (SPD) eine der Ankündigungen aus dem rot-grünen Koalitionsvertrag umgesetzt: Sein Ministerium hat Niedersachsens Landkreisen und kreisfreien Städten jetzt offiziell freigestellt, Sozialleistungen nach dem **Asylbewerberleistungsgesetz** in bar oder in Wertgutscheinen auszuzahlen. Ein entsprechender Erlass wurde diese Woche verschickt.

Unter Pistorius' Vorgänger Uwe Schünemann (CDU) noch galt die Anweisung, Asylbewerbern Barzahlungen lediglich in begründeten Ausnahmefällen zu gewähren. Anreize zur Einreise in die Bundesrepublik Deutschland beziehungsweise zum Verbleib wolle man mit dem Grundsatz Gutscheine statt Bargeld vermeiden, so die Ansage unter Schünemann.

Zum Ärger der damaligen rot-rot-grünen Landtagsopposition, Menschenrechtsorganisationen und zahlreicher Kommunen. Anträge und Resolutionen zur Abschaffung des Gutscheinsystems haben etwa in Göttingen, Oldenburg oder Lüneburg Kreistage und Stadträte verabschiedet. Die Auffassung dort: Dass Flüchtlinge Sozialleistungen in Form von Gutscheinen erhalten, die exakt regeln, was sie wo dafür erhalten, sei diskriminierend.

Ähnlich urteilte auch das Sozialgericht Hildesheim: Schon im Dezember entschied man dort, dass Asylbewerbern Sozialleistungs-Nachzahlungen grundsätzlich in bar zu zahlen sind. Mit ihrem Anwalt Sven Adams hatte eine Frau aus Kuba gegen die Stadt Göttingen geklagt, weil ihr Nachzahlungen teilweise in Gutscheinen ausgehändigt wurden. Auslöser für diese Nachzahlungen ist eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus dem

## Gutscheine oder Bargeld FLÜCHTLINGSPOLITIK Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius stellt es den Kommunen frei, wie sie Asylbewerbern Sozialleistungen ausz....

Sommer 2012: Flüchtlinge dürfen demnach nicht weniger Leistungen zur Sicherung ihres Lebensunterhalts bekommen als Hartz-IV-EmpfängerInnen. Nachzahlungen wurden ab Anfang 2011 angeordnet.

Ein weiteres, ursprünglich für Februar angesetztes Verfahren zur Frage der Rechtmäßigkeit der Gutscheinpraxis allgemein hatte das Sozialgericht kurzfristig abgesagt. Die Stadt Göttingen als Beklagte hatte nach dem Regierungswechsel in Hannover um Aufhebung des Verhandlungstermins gebeten. Ein neuer Erlass zum Gutschein-System hat der neue Innenminister Pistorius gleich nach seiner Vereidigung angekündigt.

Und nun vorgelegt. Darin setzt Pistorius vor allem auf Entscheidungsspielraum für die Kommunen. Sie sollen unter Berücksichtigung der jeweiligen örtlichen Gegebenheiten selbst bestimmen, ob sie anstelle von Sachleistungen oder Wertgutscheinen Bargeld auszahlen, erklärt der Minister.

Erste Kommunen haben darauf bereits reagiert. In Oldenburg etwa will die Stadtverwaltung zum nächsten Auszahlungstermin für April komplett auf Bargeld umstellen. In Göttingen wollen Stadt und Landkreis alle Sozialleistungen für Asylbewerber ab sofort bar auszahlen. Die Initiative Gutscheingruppe Göttingen, die seit Jahren gegen das Gutschein-System kämpft, nennt den Erlass und die Umsetzung vor Ort ein kleines Wunder. Zugleich appelliert sie an alle niedersächsischen Kommunen, die Wertgutscheine ebenfalls umgehend abzuschaffen.

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen hätte sich unterdessen gewünscht, dass das Land seinem Wunsch, die leidige Wertgutscheinpraxis abzuschaffen, durch deutlichere Vorgaben Nachdruck verleiht.

Selbst im schwarz-gelb regierten Hessen gelten deutlichere Regeln, führt man an. Dort müssen sich Kommunen eine Genehmigung beim Regierungspräsidium einholen, wenn sie von der Barzahlung für Flüchtlinge abweichen und Gutscheine ausgeben wollen.

**Load-Date:** March 6, 2013

**Anklage: Mord, Raub und Terrorismus; NEONAZI-TERROR Beate Zschäpe wird als gleichberechtigtes Mitglied im "Tötungskommando" NSU angeklagt. Sie sei bei den Morden an Migranten "unverzichtbar" gewesen, erklärt die Bundesanwaltschaft**

taz, die tageszeitung

Freitag 09. November 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SEITE 1; S. 01

**Length:** 222 words

**Highlight:** NEONAZI-TERROR Beate Zschäpe wird als gleichberechtigtes Mitglied im Tötungskommando NSU angeklagt. Sie sei bei den Morden an Migranten unverzichtbar gewesen, erklärt die Bundesanwaltschaft

## **Body**

---

KARLSRUHE dpa/taz Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) hat die Mordanklage gegen die mutmaßliche Neonazi-Terroristin Beate Zschäpe als Beleg für die gute Arbeit der Sicherheitsbehörden gewertet. Ich glaube, man kann daran sehen, die Aufklärung geht voran, sagte Friedrich am Donnerstag. Die Bundesanwaltschaft hatte bekannt gegeben, dass Zschäpe wegen Mittäterschaft an der Ermordung von neun Migranten und einer Polizistin angeklagt werde. Sie sei nicht nur Mitglied der terroristischen Vereinigung Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) gewesen, sondern selbst als Mittäterin verantwortlich, sagte Generalbundesanwalt Harald Range. Auch an 15 bewaffneten Raubüberfällen soll Zschäpe beteiligt gewesen sein. Die NSU-Mitglieder verstanden sich als einheitliches Tötungskommando, das seine feigen Mordanschläge aus rassistischen und staatsfeindlichen Motiven arbeitsteilig verübte. Zschäpe habe die unverzichtbare Aufgabe gehabt, dem Dasein des untergetauchten Terrortrios den Anschein von Normalität zu geben. Die 37-Jährige ist die einzige Überlebende des Trios. Ihre mutmaßlichen Komplizen Mundlos und Böhnhardt töteten sich selbst. Zschäpe sitzt seit 2011 in Haft. Anklage erhoben wird nun auch gegen die mutmaßlichen NSU-Helfer Ralf Wohlleben und Carsten S. Ihnen wird Beihilfe zum Mord vorgeworfen.

Schwerpunkt SEITE 4

**Load-Date:** November 8, 2012

**Bad Zwischenahn gegen Oldenburger Flüchtlingsheim; RECHTSSTREIT  
Nachbargemeinde scheitert mit Klage gegen die Unterbringung von  
Asylbewerbern**

taz, die tageszeitung

Freitag 20. Januar 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 22

**Length:** 226 words

**Byline:** THA

**Highlight:** RECHTSSTREIT Nachbargemeinde scheitert mit Klage gegen die Unterbringung von Asylbewerbern

## Body

---

Die Gemeinde Bad Zwischenahn ist mit ihrem Versuch, gegen ein **Flüchtlingswohnheim** der Stadt Oldenburg in Kasernen des ehemaligen Fliegerhorsts vorzugehen, erstmal gescheitert: Das Oldenburger Verwaltungsgericht lehnte gestern einen Antrag auf vorläufigen Rechtsschutz ab.

Um die Frage, ob die Asylbewerber willkommen sind, geht es nicht, sagt Bad Zwischenahns Bürgermeister Arno Schilling (SPD) auf taz-Nachfrage. Weil aber die Zufahrt zu dem Wohnheim, in dem die Oldenburger bis zu 160 Flüchtlinge unterbringen wollen, über das Gelände der Nachbargemeinde verläuft, hätte diese für die Baugenehmigung miteinbezogen werden müssen.

Um soziale Spannungen zu vermeiden, müsse die Gemeinde nun ihre Betreuungskapazitäten etwa in der Jugendarbeit ausbauen, so Schilling weiter. Denn den Flüchtlingen, die nicht arbeiten dürfen, müsse man vor Ort Möglichkeiten anbieten, sich zu beschäftigen und da liege Bad Zwischenahn eben näher als Oldenburgs Stadtzentrum.

Eine Argumentation, der das Gericht gestern nicht folgte: Es sei nicht erkennbar, dass Bad Zwischenahn Infrastruktureinrichtungen neu schaffen oder ausbauen müsste. AnwohnerInnen des Fliegerhorsts waren zuvor mit ähnlichen Klagen gescheitert.

Ob Bad Zwischenahn Beschwerde gegen den noch nicht rechtskräftigen Beschluss einlegen wird, konnte Bürgermeister Schilling gestern noch nicht absehen. THA

**Load-Date:** January 19, 2012

Bad Zwischenahn gegen Oldenburger Flüchtlingsheim RECHTSSTREIT Nachbargemeinde scheitert mit Klage  
gegen die Unterbringung von Asylbewerbern

---

End of Document

**"Die Sprache ist eine Hürde"; Truckerausbildungs-Projekt geht in dritte Runde HEUTE IN HAMBURG**

taz, die tageszeitung

Dienstag 07. August 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** HAMBURG AKTUELL; S. 20

**Length:** 253 words

**Byline:** PS

**Highlight:** Truckerausbildungs-Projekt geht in dritte Runde

## **Body**

---

taz: Herr Wylezol, warum bilden Sie **Migranten** zu LKW-Fahrern aus?

Frank Wylezol: Financiers sind ja nicht wir allein. Auch die Arbeitsagentur sitzt im Boot.

Wie entstand die Idee?

Einerseits aus der Tatsache, dass Truckermangel herrscht. Andererseits aus der Beobachtung, dass etliche Migranten gute Fahrer wären, aber an der Sprache scheitern, weil die Prüfungen auf deutsch abgelegt werden. Deshalb haben wir die inhaltliche Qualifikation mit Deutsch-Kursen verbunden.

Mit welchem Erfolg?

In den zwei Lehrgängen unseres Pilotprojekts haben wir zehn Fahrer ausgebildet.

Wie viele werden gebraucht?

Bundesweit fehlen jährlich 20.000 Fahrer.

Warum fehlen so viele?

Das ist ein bundesweites Problem. Ein Grund ist das schlechte Image des LKW, der angeblich stinkt und die Straßen verstopft.

Und die Bezahlung?

Die ist leider schlecht.

Könnte man das ändern?



"Die Sprache ist eine Hürde" Truckerausbildungs-Projekt geht in dritte Runde HEUTE IN HAMBURG

Wenn die Auftraggeber unserer Transporte mehr zahlten, könnten wir auch die Fahrer besser entlohnern.

Wer hat sich für Ihr Projekt beworben?

Menschen aller Migrantengruppen, die hier leben.

Was lernen die Leute bei Ihnen?

Alles, was ein Berufs-Kraftfahrer haben muss, um sich zu bewerben: die Grund-Qualifikation sowie weitere Qualifikationen etwa den Gefahrgutführerschein und die Gabelstaplerausbildung.

Haben Sie selbst schon LKW chauffiert?

Kleine schon. Aber die großen Trucker überlasse ich meinen Unternehmern. INTERVIEW: PS

Heute ziehen Arbeitsagentur und der Verband Straßengüterverkehr Bilanz: Das Pilot-Qualifizierungsprojekt Euro-Trucker startet bald den dritten Lehrgang

**Load-Date:** August 6, 2012

## **Drama in der Sahara: In der Wüste verdurstet; MIGRATION Dutzende Bauern aus Niger verirrt sich auf dem Weg nach Algerien. Die meisten sind tot**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 30. Oktober 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 10

**Length:** 416 words

**Highlight:** **MIGRATION** Dutzende Bauern aus Niger verirrt sich auf dem Weg nach Algerien. Die meisten sind tot

### **Body**

---

NIAMEY afp/taz | In der Sahara-Wüste von Niger sind mindestens 35, möglicherweise mehr als doppelt so viele **Migranten** auf dem Weg nach Algerien verdurstet. Wie Abdourahmane Maouli, Bürgermeister der Uranbergbaustadt Arlit, gegenüber AFP sagte: Reisende haben berichtet, sie hätten auf der Straße bis zu 35 Leichen gezählt, die meisten davon Frauen und Kinder. Rhissa Feltou, Bürgermeister der größten nordnigrischen Stadt Agadez, bestätigte: Rund 40 Nigrer, darunter zahlreiche Frauen und Kinder, sind auf dem Weg nach Algerien an Durst gestorben.

Den Angaben zufolge verließen zwei Fahrzeuge mit mindestens 60 Auswanderern Arlit etwa am 15. Oktober, um ins südalgerische Tamanrasset zu fahren. Als eines der Fahrzeuge eine Panne hatte, sei das andere ohne Passagiere losgefahren, um Ersatzteile zu besorgen. Es sei aber nie zurückgekehrt.

Gegenüber dem nigrischen Radiosender Sahara FM berichtete ein 30 Jahre alter Überlebender namens Sadafiou, es hätten sich in den Fahrzeugen 98 Menschen befunden, von denen 82 gestorben seien. Die meisten seien verdurstet, aber auch die Reisebedingungen seien ein Problem gewesen: Wir waren zusammengepfercht wie Vieh.

Sie kämen aus dem Süden Nigers und hätten eine Missernte hinter sich; daher wollten sie in Algerien Geld verdienen. Sie hätten sich verfahren, als sie einer algerischen Grenzpatrouille entgehen wollten. Männer aus der Gruppe seien losgezogen, um Wasser zu suchen, aber als sie zurückkamen, seien schon zahlreiche Frauen und Kinder verdurstet. Manche waren schon tot. Andere starben, nachdem sie die ersten Schlucke Wasser getrunken hatten. Manche starben, nachdem sie ihre Kinder in die Wüste geschickt hatten.

Überlebende hätten schließlich ein Auto angehalten. Ein Fahrer habe die Leichen durch den Geruch entdeckt und man habe sie notdürftig verscharrt.

Drama in der Sahara: In der Wüste verdurstet MIGRATION Dutzende Bauern aus Niger verirrt sich auf dem Weg nach Algerien. Die meisten sind tot

Fatou N'Diaye von der Internationalen Organisation für Migration (IOM) in Arlit spricht aufgrund ihrer Interviews mit 13 Überlebenden von 78 Passagieren. Die nigrische Gendarmerie sagt, sie habe 19 Überlebende nach Arlit zurückgebracht und dann angefangen, die Leichen zu suchen. Es seien bis Montag fünf Tote geborgen worden.

Gegenüber dem französischen RFI-Rundfunk sagte ein lokaler Politiker, es sei schwierig, solche Dramen zu verhindern. Es sind nigrische Staatsbürger, man kann sie nicht am Reisen innerhalb des Landes hindern, sagte er. Und man kann Leute, die einfach Verwandte in Tamanrasset besuchen, nicht von solchen unterscheiden, die eigentlich auswandern wollen.

**Load-Date:** October 29, 2013

---

End of Document

**Förderung hinkt hinterher; SCHULE Die Zahl der Kinder mit Migrationshintergrund in Hamburg steigt, mehr Sprachlehrer aber gibt es für sie nicht. Gewerkschaft GEW spricht von faktischer Kürzung**

taz, die tageszeitung

Freitag 04. Januar 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** HAMBURG AKTUELL; S. 24

**Length:** 500 words

**Byline:** KAIJA KUTTER

**Highlight:** SCHULE Die Zahl der Kinder mit **Migrationshintergrund** in Hamburg steigt, mehr Sprachlehrer aber gibt es für sie nicht. Gewerkschaft GEW spricht von faktischer Kürzung

## Body

---

VON KAIJA KUTTER

Seit dem Brandbrief von 14 Wilhelmsburger Schulleitern wird darüber diskutiert, wie sich die Lernbedingungen auf der Elbinsel verbessern lassen. Dort liegt die Hälfte der Schüler bei Vergleichstests weit hinter dem Hamburger Durchschnitt. Dabei werden allerdings Normen für deutsche Muttersprachler angesetzt und nicht für eine Schülerschaft, die zuhause kaum oder gar nicht Deutsch spricht.

Nicht nur in Wilhelmsburg, in ganz Hamburg ist der Anteil der Schulkinder mit Migrationshintergrund im vergangenen Jahrzehnt stark gestiegen: Hatten 2003 noch 41 Prozent der Vierjährigen Eltern mit Migrationsstatus, traf dies im Schuljahr 2011/12 schon auf 48,4 Prozent der Erstklässler zu. Und laut Bildungsbericht 2011 haben 48,9 Prozent aller Fünf- bis 15-Jährigen eine familiäre Zuwanderungsgeschichte. Sie wohnen in Stadtteilen wie Jenfeld, Billstedt, Allermöhe, Harburg oder eben Wilhelmsburg.

Doch die stadtweit zur Verfügung stehenden Lehrerstellen für Sprachförderung blieben, nachdem sie 2005 unter CDU-Regierung um 100 Stellen gesenkt wurden, konstant. Zuletzt wurden sie im vergangenen Jahr sogar noch von 326 auf 287 reduziert, weil den Sonderschulen ihre Zuweisung gestrichen wurde.

Zugleich ist die Zahl der Schüler, die eine additive Sprachförderung benötigen, um weit mehr als die Hälfte gestiegen. Die Schulen führen dafür bis jeweils am Anfang und am Ende des Schuljahres Sprachstandsdiagnosen durch. Hatten im August 2005 noch 13.221 Schüler erheblichen Förderbedarf, stieg ihr Anteil seither kontinuierlich an. Nach den aktuellsten Daten brauchten im Schuljahr 2010/11 20.713 Kinder neben dem Regelunterricht Sprachförderung.

Förderung hinkt hinterher SCHULE Die Zahl der Kinder mit Migrationshintergrund in Hamburg steigt, mehr Sprachlehrer aber gibt es für sie nicht. Gewerkschaft GEW....

Die dafür eingeplanten Lehrerstunden passen sich nicht dem Bedarf an. Sie werden nach den sogenannten Kess-Sozialindizes verteilt (siehe Kasten). Die meisten Gymnasien bekommen nichts, eine Stadtteilschule mit 1.000 Schülern in sozial schwieriger Lage erhält vier bis fünf Stellen. Eine solche Schule hat dann bis zu 90 Prozent Schüler mit Migrationshintergrund.

Auf die Frage, ob nicht eine Anpassung nötig sei, erklärt Schulsenator Ties Rabe (SPD), man warte ein Forschungsprojekt von Bund und Kultusministerkonferenz ab. Es heißt Bildung durch Sprache und Schrift (BISS), ist auf fünf Jahre ausgerichtet und wird erst im Herbst 2013 beginnen. Es gebe in 16 Ländern 65 verschiedene Sprachförderprogramme, sagt Rabes Sprecher Peter Albrecht da gelte es zunächst einmal zu klären, wie genau Sprachförderung eigentlich wirkt .

Warten bis 2018? Das ist zu lange, findet die Grünen-Abgeordnete Stefanie von Berg. Auch wenn Evaluation wichtig sei, müsse schneller reagiert werden, weil es sonst zu einer Schräglage kommt .

Es spricht vieles dafür, Sprachförderkonzepte zu überprüfen , sagt auch Klaus Bullan, Landeschef der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Schulen in benachteiligten Quartieren bräuchten aber schon jetzt zusätzliche Lehrer. Wenn der Bedarf steigt und man nicht drauf reagiert, ist das sonst faktisch eine Kürzung.

**Load-Date:** January 3, 2013

**Ignoranz mit System; INTEGRATION Die Fahndung nach den Zwickauer Terroristen sei nicht an strukturellen Problemen gescheitert, stand hier kürzlich. Eine Gegenrede**

taz, die tageszeitung

Dienstag 31. Januar 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

**Length:** 1025 words

**Byline:** DANIEL BAX

**Highlight:** INTEGRATION Die Fahndung nach den Zwickauer Terroristen sei nicht an strukturellen Problemen gescheitert, stand hier kürzlich. Eine Gegenrede

## Body

---

Was lehrt uns die beispiellose Mordserie der Neonazi-Terroristen aus Zwickau? Gar nichts, meinte jüngst Christian Rath (in der taz vom 23. 1.) , solche heimtückischen Taten seien nicht zu verhindern, wenn man nicht in einem totalen Überwachungsstaat leben wolle. Das mag provokant zugespitzt sein. Aber Rath spricht damit für all jene, die den Fall nach einem Moment des Erschreckens und nach der Entschuldigung des Bundestags bei den Opfern am liebsten zu den Akten legen wollen. Und das sind nicht wenige.

Schwer vorstellbar, dass weite Teile der deutschen Öffentlichkeit in gleicher Weise zur Tagesordnung übergehen würden, wenn es sich bei den Opfern um Politiker oder Journalisten gehandelt hätte. Schon das verharmlosende Wort von der behördlichen Pannenserie spielt den Skandal zu einem x-beliebigen Versäumnis unter vielen herunter. Dabei steckt hinter dem systematischen Versagen der Sicherheitsbehörden mehr als bloßes Pech. Und dass die Opfer von Polizei und Medien verdächtigt wurden, in kriminelle Machenschaften verwickelt zu sein, ist auch mehr als nur ein Grund zur Scham. Diese Betriebsblindheit von Behörden und Medien ist vielmehr ein Musterbeispiel für den strukturellen Rassismus und die institutionelle Ignoranz gegenüber **Migranten**. Sie sollte Anlass dazu geben, die deutsche Integrationspolitik von Grund auf zu überdenken.

Nicht allen fehlte die Fantasie

Es ist ja schlichtweg falsch, dass niemand auf die Idee kam, Neonazis könnten hinter der Mordserie stecken, wie Rath schreibt. Viele Angehörige der Opfer haben das lange geahnt. Nach dem letzten Mord in Hanau 2006 gab es sogar Demonstrationen von Migranten, die ein rassistisches Motiv hinter den Taten vermuteten. Viele Migranten waren daher nicht sonderlich überrascht, als das wahre Motiv der Täter herauskam. Nur Deutsche, die keinen Migrationshintergrund besitzen, fielen deswegen aus allen Wolken. Mörderischer Türkenhass? In unserem Land? Wie kann das sein?

Ignoranz mit System INTEGRATION Die Fahndung nach den Zwickauer Terroristen sei nicht an strukturellen Problemen gescheitert, stand hier kürzlich. Eine Gegenred....

Viele Deutsche konnten sich offenbar nicht vorstellen, dass Rechtsextreme zu so einer perfiden Tat in der Lage sein könnten. Dieser Mangel an Fantasie ist recht erstaunlich gerade in Deutschland, das doch eine lange Tradition der Türken raus! -Parolen und eine historische Erfahrung mit rechtsextremer Gewalt hat.

Radikalisierungsprozesse, die zum Terrorismus führen, gab und gibt es zudem in allen politischen Milieus und sie verlaufen meist nach ähnlichem Muster: Eine einstmals starke politische Bewegung, die einen radikalen Wandel der Verhältnisse fordert, spaltet sich: der größere Teil verlegt sich auf ein legales politisches Engagement, tritt den Marsch durch die Institutionen an oder arrangiert sich mit dem System. Ein kleinerer Teil aber hält kompromisslos an den radikalen Grundüberzeugungen fest, geht in den Untergrund und nimmt von dort aus den bewaffneten Kampf auf.

#### Logik der Radikalisierung

So ging aus dem Linksextremismus der 70er Jahre in Deutschland der Terror der RAF hervor. So hat der Islamismus des 20. Jahrhunderts den Terror von al-Qaida & Co hervorgebracht, der auch in Deutschland seine Spuren hinterlassen hat. Warum fehlte es den deutschen Sicherheitsbehörden da an der nötigen Fantasie, sich auszumalen, dass auch der Rechtsextremismus der 90er Jahre in den Terror münden könnte? Hätte nicht klar sein müssen, dass nicht alle Aktivisten von damals den Weg in die Legalität oder in das parteipolitische Engagement für die NPD gehen würden? Dieser Mangel an Vorstellungskraft mutet im Rückblick gespenstisch an.

Die Terrorzelle aus Zwickau hat nun schlagartig vor Augen geführt, welche Gefahr man jahrelang unterschätzt hat. In gewisser Weise war das für die Behörden ein weiterer 9/11-Moment. Entsprechend tief sitzt der Schock bei den Verantwortlichen: Der Präsident des Bundeskriminalamtes BKA, Jörg Ziercke, nannte die rassistische Mordserie eine Zäsur. Und Verfassungsschutz-Präsident Heinz Fromm räumte ein: Wir hätten es durchaus besser wissen können. Aber die Öffentlichkeit wirkt von der Blutspur der Terrorzelle aus Zwickau seltsam unberührt.

Nach Zwickau verspricht Innenminister Friedrich nun zwar, die Sicherheitsdienste zu modernisieren. Und die Opposition glaubt, mit einem NPD-Verbot das Übel an der Wurzel zu packen. Aber das allein wird nicht reichen, denn das Problem geht weit tiefer. Rassismus und Türkenfeindlichkeit reichen bis weit in die Mitte der Gesellschaft. Der Rechtsextremismus ist da nur die Spitze des Eisbergs.

#### Sarrazins willige Vollstrecker?

Das haben die Debatten der letzten Jahre gezeigt: Wie müssen sich die Neonazis aus Zwickau bestätigt gefühlt haben, als Thilo Sarrazin mit der These hausieren ging, türkische und arabische Einwanderer seien weil angeblich dümmer eine Belastung für dieses Land? Haben sie nicht bloß in mörderischer Konsequenz vollstreckt, was Berlins Ex-Finanzsenator irgendwie nahelegte? Selbst Horst Seehofer hatte sich ja im vergangenen Jahr, von Sarrazin beflügelt, damit gebrüstet, jede weitere Einwanderung aus fremden Kulturkreisen werde er bis zur letzten Patrone bekämpfen. Beim CSU-Chef war das nur eine rhetorische Entgleisung. Bei den Nazis aus Zwickau blutiger Ernst.

Nach Zwickau kann die Politik nicht einfach so weitermachen wie bisher. Dafür ist das Vertrauen vieler Einwanderer in den deutschen Staat zu stark erschüttert worden. Das Thema Diskriminierung, Ausgrenzung und Alltagsrassismus gehört jetzt endlich auf die Tagesordnung gesetzt. Und es ist höchste Zeit für eine aktive Integrationspolitik, die Migranten die gleichberechtigte Teilhabe erlaubt.

Würden alle Menschen mit Migrationshintergrund, die in Deutschland geboren sind, automatisch eingebürgert, könnten sie nicht mehr als Ausländer ausgegrenzt werden. Gäbe es beim Verfassungsschutz und der Polizei mehr Mitarbeiter mit Migrationshintergrund, wären diese Behörden beim Thema Rassismus und Rechtsextremismus womöglich etwas engagierter. Und gäbe es in den Medien mehr Migranten, würden diese vielleicht etwas weniger einseitig berichten, wenn es um Einwanderer und deren Diskriminierung geht. DANIEL BAX

Die Pannenserie der Behörden gibt Anlass, die deutsche Integrationspolitik von Grund auf zu überdenken

Ignoranz mit System INTEGRATION Die Fahndung nach den Zwickauer Terroristen sei nicht an strukturellen Problemen gescheitert, stand hier kürzlich. Eine Gegenred....

**Load-Date:** January 30, 2012

---

End of Document



## Bei Frost und Regen: die Kraftprobe

taz, die tageszeitung

Samstag 03. November 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 38

**Length:** 389 words

**Byline:** KONRAD LITSCHKO

### Body

---

Im Rund sitzen die 16 **Flüchtlinge** unter dem Schatten des Brandenburger Tors, umstellt von aufgespannten Regenschirmen, umflossen von Touristen. Wind zerrt an ihren Steppjacken, die Polizei an Isomatten und Schlafsäcken. Neun Tage, bei Tee und Wasser, Frost und Regen.

Eine politische Inszenierung schimpfte CDU-Innensenator Frank Henkel den Hungerstreik der 16. Ein überraschender Vorwurf. Was sonst sollte dieser Protest sein? Natürlich ist es eine Inszenierung. Es ist ein Symbol, wenn der eigene Körper zum Einsatz für das politische Ziel wird, ein wohlkalkuliertes. Noch viel mehr: das letzte.

Seit Jahren schon liegt die Flüchtlingspolitik in Berlin brach. Zu Demos gegen den Berliner Abschiebeknast, gegen Flüchtlingsheime nie kamen mehr als ein paar hundert Teilnehmer. Die Flüchtlinge haben dies nun durchbrochen. Auf eigene Initiative und mit einer Kraftprobe, die nicht mehr zu übergehen war. 600 Kilometer liefen sie von Würzburg nach Berlin. 6.000 Menschen folgten ihnen vor drei Wochen zur größten Flüchtlingsdemo seit Jahren. Und schließlich der Hungerstreik in Sichtweite ihres Adressaten, des Bundestags.

Dass die Asylbewerber so weit gehen, überrascht nicht. Fast alle von ihnen waren Politaktivisten in den Ländern, aus denen sie fliehen mussten. Niemand durfte erwarten, dass sie nach ihrem wochenlangen Fußmarsch einfach kehrtmachen, zurück in die Unsichtbarkeit der Heime.

Henkel hat dieser Kraftprobe inhaltlich nichts entgegengestellt. Außer der Verteidigung der Polizei, die das Versammlungsrecht der Flüchtlinge bis zur Verhinderung mit Auflagen belegte, selbst Wärmflaschen beschlagnahmte was dem Hungerstreik erst recht Öffentlichkeit verschaffte. Bezeichnend, dass dieser weniger die klassisch linke Unterstützerszene mobilisierte, sondern die Piraten. Eine Partei, die bisher nicht durch ausgeprägte Flüchtlingspolitik auffiel. Deren Interesse aber zeigt: Die Botschaft der Hungerstreikenden, ihr Ernst, vermittelt sich längst in der Breite.

Auch wenn die Asylsuchenden ihren Hungerstreik nun beendeten sie haben schon gewonnen. Denn nun wird nach Jahren der Stille wieder diskutiert, auch auf Bundesebene: über abgelegene Heime, die Arbeits- und Reiseverbote, die langwierigen Asylverfahren. Die Inszenierung ist aufgegangen. KONRAD LITSCHKO

## Bei Frost und Regen: die Kraftprobe

Seit Jahren schon lag die Flüchtlingspolitik in Berlin brach

**Load-Date:** November 2, 2012

---

End of Document

**"Wir sehen uns als Korrektiv"; Die Journalistin Ferda Ataman gibt Medien  
Nachhilfe in Integration**

taz, die tageszeitung

Samstag 16. März 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** THEMEN DES TAGES; S. 12

**Length:** 273 words

**Byline:** DANIEL BAX

**Highlight:** Die Journalistin Ferda Ataman gibt Medien Nachhilfe in Integration

## **Body**

---

taz.lab: Frau Ataman, ein Fünftel aller Menschen in Deutschland besitzt einen **Migrationshintergrund** bei Journalisten aber höchstens drei Prozent. Woran liegt diese Diskrepanz?

Ferda Ataman: Zum einen ist Journalismus traditionell ein eher elitärer Beruf, für den man gute Kontakte benötigt, um den Einstieg zu finden und aufzusteigen. Das macht es nicht nur Migrantenkindern, sondern auch anderen Gruppen schwer. Für viele Migranten war der Beruf bisher aber auch keine Option, weil es kaum Vorbilder für sie gab.

Heute gibt es Fernsehmoderatoren wie Ingo Zamperoni oder Dunja Hayali. Hat sich da nicht einiges geändert?

Auf jeden Fall vor allem vor den Kameras. Hinter den Kulissen, in den Redaktionen und den Führungsetagen, hat sich noch nicht so viel getan. Da stecken wir noch in den Kinderschuhen.

Wie wirkt sich das Ihrer Meinung nach auf die Berichterstattung der Medien aus?

Man stelle sich mal vor, eine Redaktion würde ausschließlich aus Männern bestehen oder aus über 50-Jährigen. Es ist völlig klar, dass da bestimmte Themen unter den Tisch fallen würden. So ist das mit Blick auf die Einwanderungsgesellschaft bestimmte Themen und Perspektiven fehlen einfach.

Sie arbeiten beim Mediendienst Integration. Leisten Sie Entwicklungshilfe in Sachen interkultureller Kompetenz?

So würde ich das nicht nennen. Wir unterstützen Journalisten bei der Recherche und vermitteln Kontakte zu Wissenschaftlern. Wir sehen uns als Korrektiv, wenn bestimmte Mythen oder Fehler kursieren. Und wir wollen dazu beitragen, neue Perspektiven, Experten und Themen in eine Debatte zu speisen, die sich ziemlich festgefahren hat.

INTERVIEW: DANIEL BAX

"Wir sehen uns als Korrektiv" Die Journalistin Ferda Ataman gibt Medien Nachhilfe in Integration

**Load-Date:** March 15, 2013

---

End of Document

**Wo Hilfesuchende zu Insassen werden; ASYL Vor einigen Wochen hat sich ein Flüchtling in der Erstaufnahmestelle für Asylsuchende in Eisenhüttenstadt erhängt. Kritik an der medizinisch-psychologischen Versorgung der Flüchtlinge gibt es schon lange. Ein Besuch**

taz, die tageszeitung

Freitag 12. Juli 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLINER THEMA; S. 23

**Length:** 1136 words

**Byline:** MARINA MAI

**Highlight:** ASYL Vor einigen Wochen hat sich ein Flüchtling in der Erstaufnahmestelle für Asylsuchende in Eisenhüttenstadt erhängt. Kritik an der medizinisch-psychologischen Versorgung der Flüchtlinge gibt es schon lange. Ein Besuch

## Body

---

VON MARINA MAI

Die Stühle in Ibrahims M.s Zimmer sind reif für den Sperrmüll, ebenso die Betten. Also setzt er sich auf den Tisch. Alle fragen nach den Problemen, die mein Freund hatte, sagt der Mann aus dem Tschad. Aber niemand fragt nach meinen.

Ibrahim M. ist nach Deutschland gekommen, um Asyl zu beantragen. Er lebt in Eisenhüttenstadt, in Brandenburgs Zentraler Erstaufnahmestelle für Asylsuchende. Eines der vier kaputten Betten in dem gut 20 Quadratmeter großen Raum ist leer – das seines Freundes, der ebenfalls aus dem Tschad stammte. Er erhängte sich Anfang Juni, hier im Zimmer. M. fand ihn.

Die Erstaufnahmestelle Eisenhüttenstadt steht seit Langem in der Kritik: Die medizinische Versorgung sei schlecht. Vor allem für psychisch kranke Flüchtlinge sei sie eklatant unzulänglich, äußerte sich nach dem Tod des Mannes etwa der Flüchtlingsrat Brandenburg.

In Wohncontainern

Derzeit haben 700 Menschen hier Platz. Sie sind für jeweils drei Monate in abrisssreifen Baracken und Wohncontainern untergebracht, bevor sie auf andere Stellen im Land verteilt werden. Mehr als die Hälfte der Asylsuchenden sind Tschetschenen, weitere kommen vor allem aus dem Tschad, aus Somalia, Serbien, Syrien und Vietnam.

Wo Hilfesuchende zu Insassen werden ASYL Vor einigen Wochen hat sich ein Flüchtling in der Erstaufnahmestelle für Asylsuchende in Eisenhüttenstadt erhängt. Krit....

Dabei ist es bundesweit einmalig, dass ein Innenministerium eine Aufnahmeeinrichtung für Asylbewerber betreibt. Und ebenso einmalig ist es, dass sich das Abschiebegewahrsam auf demselben Gelände befindet. Während für viele Neuankömmlinge die räumliche Nähe von Heim und Knast ein psychologisches Problem ist, sieht Brandenburgs Landesregierung darin Synergieeffekte für die Verwaltung. Erst diese Woche hat sich wieder ein 21-jähriger Georgier im Abschiebeknast schwer verletzt ob es ein Suizidversuch war, ist momentan noch unklar.

Der Flüchtlingsrat kritisiert zudem, dass für die Betreuung der Flüchtlinge ein Wachschutzunternehmen zuständig ist, nicht etwa ein sozialpädagogisch erfahrener Träger. Ohne eine strukturelle Veränderung, vor deren Notwendigkeit die politisch Verantwortlichen bis heute beharrlich die Augen verschließen, werden die Probleme nicht aufhören, sagt Sprecherin Simone Tetzlaff.

Ibrahim M. erzählt von seinem Freund, der stark rauchte und in Eisenhüttenstadt auf Entzug war wohl weil das Geld knapp war. Die deutschen Behörden wollten ihn nach Italien zurückschicken, sagt der 28-jährige Afrikaner, auch er selbst hat davor Angst. Über Italien war sein Freund ebenso wie M. nach Deutschland gekommen. Dort sind wir Flüchtlinge aus Afrika obdachlos. Wir bekommen kein Essen. In der Nacht ist es kalt auf der Straße. Hier, fährt der junge Mann fort, sei es besser.

Er zeigt auf das kahle Fenster seines Zimmers, durch dessen Fugen der Wind pfeift. Er zeigt auf den einzigen Tisch, auf dem er sitzt, weil die Stühle wackeln. Das Zimmer ist klein und schlecht. Aber es ist besser als Italien.

Das Innenministerium in Potsdam dementiert, dass Ibrahim M.s verstorbener Freund nach Italien zurückgemusst hätte. Spielte sich die Angst vor der Rückschiebung nach Italien nur im Kopf des Mannes ab?

Genau das vermutet Rabah Berkouk von der Flüchtlingsberatungsstelle der Diakonie in Eisenhüttenstadt. Der junge Mann war psychisch schwer krank, sagt er. Das merkte man sofort, wenn man mit ihm sprach. Jeder hat es gemerkt nur nicht das zuständige Heimpersonal. Berkouk wollte ihm einen Termin im Behandlungszentrum für Folteropfer in Berlin besorgen. Doch dazu kam es nicht mehr.

Berkouk hat sein Büro in der Kirche, knapp einen Kilometer von der Aufnahmestelle entfernt. Er spricht Französisch und Arabisch, sein Kollege Joachim Runge Russisch und Englisch. So können sie sich mit vielen in der Erstaufnahmestelle unterhalten. Das Heimpersonal, sagen sie, spreche kaum Fremdsprachen. Deshalb sind wir für viele Flüchtlinge Vertrauenspersonen.

Gerade wenn es um medizinische Hilfe geht, hätten sie mit den Mitarbeitern schon hart diskutiert, um die jeweilige Versorgung zu erhalten. Ins Detail will der Flüchtlingsberater nicht gehen: Sein Kollege habe einer tschetschenischen Familie einen Platz im Kirchenasyl verschafft seitdem dürfe er die Aufnahmestelle nicht mehr betreten.

Norbert Wendorf, der Leiter der Aufnahmestelle, bestätigt dieses schon seit Jahren bestehende Hausverbot. Es kann nicht die Aufgabe der Diakonie sein, unsere Arbeit zu stören, indem sie eine Rückschiebung nach Polen verhindert, sagt er.

Unstimmigkeiten gibt es auch, was die Rolle der Wachschutzfirma Boss angeht. Das Unternehmen, das mit der Zentralen Aufnahmestelle kooperiert, beschäftigt etwa die Krankenschwester auf dem Gelände. Wer zum Arzt will, braucht in der Regel einen Krankenschein von ihr Diakonie und Flüchtlingsrat kritisieren das Verfahren. Die Frau spreche keine Fremdsprache, eine Verständigung sei oft nur mit Händen und Füßen möglich. Auf dieser Grundlage wird aber oft eine Vorstellung beim Arzt verweigert, um Geld zu sparen, sagt Simone Tetzlaff vom Flüchtlingsrat. Wir kennen Fälle, in denen Krankheiten auf diese Weise verschleppt wurden.

Leiter Norbert Wendorf räumt zwar ein, dass die Schwester keine Fremdsprache spreche. Die Verständigung klappt aber in der Regel trotzdem, sagt er. Man setze auch mehrsprachige Fragebögen ein. Und wir haben schon viel Geld ausgegeben für Arztbesuche von Insassen. Der Behördenleiter sagt Insassen, wenn er die Bewohner meint. Warum? Das sagen wir hier so.

Wo Hilfesuchende zu Insassen werden ASYL Vor einigen Wochen hat sich ein Flüchtling in der Erstaufnahmestelle für Asylsuchende in Eisenhüttenstadt erhängt. Krit....

Das Wachschutzunternehmen beschäftigt auch Sozialbetreuer. Die geben Wendorf zufolge beispielsweise Bettwäsche aus und verteilen gemeinnützige Arbeit.

Nach dem Suizid des Freundes von Ibrahim M. hatte Brandenburgs Innenminister Dietmar Woidke (SPD) eine bessere personelle Ausstattung der Erstaufnahmestelle angekündigt, um psychische Probleme früher erkennen zu könne. Das wird jetzt konkret: Ein Sprecher des Innenministeriums sagte gegenüber der taz, es würden vier zusätzliche Stellen ausgeschrieben, für die Verwaltung und für Sozialbetreuer. Diese Sozialbetreuer allerdings sollen wieder bei Boss angestellt werden dort also, wo man die psychischen Probleme des Afrikaners offenbar nicht erkannt hatte.

Norbert Wendorf ist zudem skeptisch, ob er überhaupt qualifiziertes Personal für die Stellen findet: Die Bezahlung ist schlecht. Dafür arbeiten keine qualifizierten Sozialpädagogen oder Psychologen , sagt er. Fremdsprachenkenntnisse seien deshalb auch keine Voraussetzung für die Einstellung. Mit so einer Forderung würden wir erst recht niemanden finden.

Simone Tetzlaff vom Flüchtlingsrat gibt zu bedenken, dass sich Fachkräfte mit sozialpädagogischer Ausbildung und Fremdsprachenkenntnissen in einem Wachschutzunternehmen einfach nicht wohlfühlen . Sollte wirklich kein Fachpersonal bereit sein, in Eisenhüttenstadt zu arbeiten, so Tetzlaff, dann stellt sich die Standortfrage .

Für die Betreuung der Flüchtlinge ist eine Wachschutzfirma zuständig

**Load-Date:** July 11, 2013

## Für Flüchtlinge weniger Platz als für Hunde; ASYL Kritiker nennen von Senat angeordnete Überbelegung von Flüchtlingsheimen rechtswidrig

taz, die tageszeitung

Donnerstag 01. August 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 22

**Length:** 335 words

**Byline:** MARINA MAI

**Highlight:** ASYL Kritiker nennen von Senat angeordnete Überbelegung von Flüchtlingsheimen rechtswidrig

### Body

---

Flüchtlingsrat und Linkspartei kritisieren die geplante Überbelegung von Flüchtlingsheimen. Mit seiner Weisung, die Mindestwohnfläche von sechs auf vier Quadratmeter zu senken, unterschreitet der Senat sogar die Standards für die Hundehaltung, sagt der flüchtlingspolitische Sprecher der Linken, Hakan Tas. Nach der Tierschutz-Hundeverordnung beträgt die Mindestfläche bei der Zwingerhaltung je nach Größe des Hundes 6 bis 10 Quadratmetern. Der Flüchtlingsrat nennt die neue Anordnung rechtswidrig.

Am Dienstag hatte das Landesamt für Gesundheit und Soziales alle 30 Flüchtlingsheime aufgefordert, Gemeinschaftsräume in Schlafsäle umzuwandeln. Dabei dürfe vorübergehend hingenommen werden, dass ein Flüchtling nur vier Quadratmeter Wohnraum hat. Laut Gesetz stehen Flüchtlingen sechs Quadratmeter zu. Hintergrund sind fehlende Plätze für Flüchtlinge, weil das umstrittene Heim in Hellersdorf noch nicht fertig gestellt ist. Bezirksbürgermeister Stefan Komoß (SPD) hatte zwar am Mittwoch erklärt: Wir rechnen damit, dass in den nächsten Tagen alles nötige vorliegt. Doch sein Amt hat den Baustopp noch immer nicht aufgehoben.

Der Flüchtlingsrat kritisiert, durch die Anweisung würden zudem ehrenamtliche Initiativen an der Arbeit gehindert, die mit Flüchtlingen Deutsch lernen, musizieren oder Beratungsgespräche zum Asylverfahren anbieten. Denn solche Initiativen finden in den Gemeinschaftsräumen statt, die jetzt zu Schlafsälen werden sollen. Wenn es kurzfristig Engpässe bei der Unterbringung gibt, muss das Land die Menschen in Hostels, Ferienwohnungen und Pensionen unterbringen, sagt Georg Classen vom Flüchtlingsrat. Zudem fordert er eine Entbürokratisierung der Wohnungsvermietung an Flüchtlinge.

Franciska Obermeyer, Sprecherin von Sozialsenator Mario Czaja (CDU), sagt zu den Vorwürfen: Es handelt sich lediglich um ein Zusammenrücken in Einzelfällen. Da der Flüchtlingszustrom nach Berlin weiterhin anhalte, benötigen wir nach wie vor zusätzlich rund 1.000 Unterbringungsplätze. MARINA MAI

**Load-Date:** July 31, 2013



Für Flüchtlinge weniger Platz als für Hunde ASYL Kritiker nennen von Senat angeordnete Überbelegung von  
Flüchtlingsheimen rechtswidrig

---

End of Document

**Bildung und Bewerbungen: Öneys große Baustellen; BADEN-WÜRTTEMBERG Die Integrationsministerin hat ihre politischen Schwerpunkte für das Bundesland vorgestellt**

taz, die tageszeitung

Dienstag 31. Januar 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 06

**Length:** 364 words

**Byline:** NADINE MICHEL

**Highlight:** BADEN-WÜRTTEMBERG Die Integrationsministerin hat ihre politischen Schwerpunkte für das Bundesland vorgestellt

## Body

---

STUTTGART taz | Baden-Württemberg ist das Flächenland mit dem höchsten Anteil an **Migranten**. Grund genug also, endlich an einigen Stellschrauben deutlich zu drehen, findet Integrationsministerin Bilkay Öney. **Migrantinnen** und **Migranten** sollen Verantwortung für die Zukunft Baden-Württembergs übernehmen, sagt die SPD-Politikerin. Am Montag hat sie in Stuttgart ihre politischen Schwerpunkte für das laufende Jahr vorgestellt.

### Sechs Schwerpunkte

Wir brauchen gesellschaftliche, rechtliche und wirtschaftliche Verbesserungen, sagte Öney. Jeder vierte Einwohner Baden-Württembergs habe schließlich einen Migrationshintergrund. Für das Jahr 2012 hat sie sich sechs Schwerpunkte vorgenommen, allen voran die Teilhabe an Bildung und Arbeit. Um diese zu verbessern, will Öney unter anderem Projekte für und mit den Eltern fördern. Wir müssen die Eltern erreichen, wenn wir die Bildungschancen der Kinder verbessern wollen, sagte die Ministerin.

Ein weiterer wichtiger Punkt sei die Anerkennung von Bildungsabschlüssen. Anfang April tritt ein Bundesgesetz zur Feststellung der Berufsqualifikation in Kraft. Öney will dieses auf Landesebene umsetzen – eine große Baustelle, wie sie selbst sagt. Immerhin würden mehr als 200 Berufe auf Landesebene geregelt, etwa im Pflege- und im pädagogischen Bereich. Die Bedeutung der Anerkennung unterstrich Öney mit Verweis auf den Fachkräftemangel. Wir verschenken viel, wenn wir Leute als Putzkräfte arbeiten lassen, obwohl sie auch als Pflegekräfte arbeiten könnten.

Testprojekt geplant

Bildung und Bewerbungen: Öneys große Baustellen BADEN-WÜRTTEMBERG Die Integrationsministerin hat ihre politischen Schwerpunkte für das Bundesland vorgestellt

Zudem will die Ministerin im Laufe des Jahres mit Firmen ein Testprojekt für anonymisierte Bewerbungen durchführen. Wenn in der Bewerbung der Name schon fremd klingt, haben viele gar nicht die Möglichkeit, sich persönlich vorzustellen, gab die Sozialdemokratin zu bedenken.

Weitere Schwerpunkte sind unter anderem die Bekämpfung von Zwangsverheiratung, eine Einbürgerungskampagne sowie die Verbesserung der politischen Teilhabe. Lob für das Programm kam von der Türkischen Gemeinde in Baden-Württemberg. Die Ministerin hat mit ihrem Vorhaben die wichtigsten Punkte aufgegriffen, sagte der Landesvorsitzende der Türkischen Gemeinde, Gökay Sofuoglu. NADINE MICHEL

**Load-Date:** January 30, 2012

---

End of Document

## Anschlag auf die Tradition; "MUSLIMISCHE DUNKELMÄNNER" SPAREN AM WEIHNACHTSBAUM

taz, die tageszeitung

Montag 10. Dezember 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 10

**Length:** 361 words

### **Body**

---

#### MUSLIMISCHE DUNKELMÄNNER SPAREN AM WEIHNACHTSBAUM

Weihnachtsfeier stand auf der Tagesordnung der Mietergemeinschaft Egedalsvænge im nördlich von Kopenhagen liegenden Kokkedal. Niemand hatte Lust, die zu organisieren, weshalb eine Mehrheit des Gremiums bestimmte, auch die 100 Euro für den Weihnachtsbaum einzusparen. Die Mehrheit besteht aus fünf Neudänen, wie man hier Migranten nennt, alle muslimischen Glaubens.

Vor einem dänischen Mehrfamilienhaus würde also eine Tanne fehlen. Wenn das keine Story ist! Weihnachten abgesagt!, schlagzeilte die Boulevardpresse. Ein Kommentar wetterte gegen die Mørkemænd, muslimische Dunkelmänner, die kein Problem hatten, das Fest des Fastenbrechens zum Ende des Ramadan zu veranstalten.

Ein Parlamentarier ereiferte sich über mangelnden Respekt für unser Land, unsere Kultur und Tradition. Vor Jahren hatte dieser Verteidiger dänischer Werte vorgeschlagen, somalischen Flüchtlingen, deren Ausweisung schwierig war, Fallschirme umzubinden, um sie über Somalia abzuwerfen.

Für Ismail Mestasis, den Chef des Mietergremiums und seine Erklärung, was sollten wir machen, ich habe nie Weihnachten gefeiert und wir wissen gar nicht richtig, wie das geht, interessierte sich niemand. Auch nicht dafür, dass schnell ein Spender Egedalsvænge den traditionellen Weihnachtsbaum in den Vorgarten stellte. Als der Kultusminister bei einer Fragestunde im Parlament bis dahin schaffte es der Weihnachtsbaumtöter philosophierte, Traditionen müssten es sich gefallen lassen, in Frage gestellt zu werden, zog er zusätzliche Kritik auf sich.

Nach der Boulevardpresse nahm sich das Feuilleton des Themas an, um zu analysieren, was da mal wieder rotten sei im Staate Dänemark. Den Vogel schoss die satirische Publikation Rokokoposten ab und erinnerte daran, wie urdänisch der Weihnachtsbaum ist. In einem fiktiven Artikel von 1808 polemisiert man gegen Neudänen aus Deutschland, die mit ihren geschmückten Nadelbäumen einen Anschlag auf die dänische Weihnachtskultur verübten: Schlimmster Kulturimperialismus! Werde der nicht gestoppt, drohe eine Auslöschung aller dänischen Werte.

Anschlag auf die Tradition "MUSLIMISCHE DUNKELMÄNNER" SPAREN AM WEIHNACHTSBAUM

KOLUMNE

NEBENSACHEN AUS KOPENHAGEN

VON REINHARD WOLFF

**Load-Date:** December 9, 2012

---

End of Document

**Nebenbei integrieren; KOMMENTAR: LENA KAISER ÜBER DIE  
ANERKENNUNG VON AUSLÄNDISCHEn ABSCHLÜSSEN**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 10. Oktober 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 17

**Length:** 242 words

**Byline:** LENA KAISER

## **Body**

---

### KOMMENTAR: LENA KAISER ÜBER DIE ANERKENNUNG VON AUSLÄNDISCHEn ABSCHLÜSSEN

Weil Niedersachsen der demografische Wandel und der vielzitierte Fachkräftemangel hart treffen wird, holt Ministerpräsident David McAllister (CDU) mit einem Handlungskonzept zum Gegenschlag aus. Akademiker aus dem Ausland sollen demnach nicht länger in fachfremden Berufen arbeiten müssen. Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, sollen ab nächstem Jahr ausgewählte Berufsabschlüsse von MigrantInnen besser anerkannt werden.

Revolutionär ist der Vorstoß nicht. Der Bund hat schon vor sechs Monaten durch eine Gesetzesnovelle die Anerkennung ausländischer Berufsausbildungen, die in seine Zuständigkeit fallen, erleichtert. Das war schon lange überfällig. Wenn etwa im Ausland ausgebildete Ärzte für billiges Geld in der Altenpflege arbeiten müssen, weil ihre Qualifikation hier nichts zählt, hätten längst die Weichen gestellt werden müssen, um eine Gleichwertigkeit der Ausbildungen zu prüfen und, wenn nötig, weitere Qualifizierungsmaßnahmen zu ermöglichen. Auch gilt der Vorstoß nur für bestimmte Berufsgruppen.

Längst hätten Bund und Länder etwas dagegen tun können, dass MigrantInnen, wenn sie nach Deutschland kommen, nicht ein sozialer Abstieg bevorsteht. McAllister geht es aber nicht um die bessere Integration von MigrantInnen in den Arbeitsmarkt. Das Positive an seinem Konzept ist nur ein glücklicher Nebeneffekt.

Die Anerkennung ausländischer Berufsausbildungen ist überfällig

**Load-Date:** October 9, 2012